

FLORENZ
20.-22. MAI 2010

BERICHT ÜBER DIE BIENNALE KONFERENZ 2010
**Bekämpfung sozialer Ausgrenzung
durch Bildung**



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

DE

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort von EWSA-Präsident Mario Sepi	5
ZUSAMMENFASSUNG DER KONFERENZ	7
Donnerstag, 20. Mai 2010 – Eröffnungssitzung	
Begrüßungsansprache	9
Eröffnung der Diskussionen	15
Freitag, 21. Mai 2010 – Workshops	
Eröffnung der Workshops	24
Workshop 1 – Bildung als Tor zu sozialem Engagement:	
Grundlagen für die Integration	27
Workshop 2 – Bildung als Tor zum Arbeitsmarkt:	
praktische Umsetzung der Integration	36
Workshop 3 – Bildung als Tor zur Wahrnehmung von Rechten:	
proaktive Integration	47
Samstag, 22. Mai – Abschlusssitzung: Ergebnisse und Schlussfolgerungen	
Einleitung und Kurzbericht über die Workshops.....	54
Position der Institutionen	58
Schlussfolgerungen	67
STANDPUNKTE DER BERICHTERSTATTER	
<i>María Candelas Sánchez Miguel</i> , Berichterstatterin der Stellungnahme des EWSA zum Thema "Bildung für Inklusion: Ein Instrument zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung", verabschiedet am 28. April 2010	77
<i>Maureen O'Neill</i> , Berichterstatterin für Workshop 1	79
<i>André Mordant</i> , Berichterstatter für Workshop 2	84
<i>Stéphane Buffetaut</i> , Berichterstatter für Workshop 3	89
SCHLUSSERKLÄRUNG UND VORSCHLÄGE	97
ANLAGEN	
Anlage 1: Programm der Konferenz	
Anlage 2: Wortbeiträge	

VORWORT

Lernen, Wissen und Verständnis - Schlüsselfaktoren für die dauerhafte soziale Integration – standen im Zentrum der größten Veranstaltung meiner zweijährigen Präsidentschaft. Die Wahl eines für die Behandlung solcher Themen besonders geeigneten Veranstaltungsorts – des Istituto degli Innocenti in Florenz mit einer langen Tradition der Kinderfürsorge und der sozialen Integration – ist symptomatisch für den Wunsch, den in dem Motto "Rechte und Solidarität als Wegweiser für die Globalisierung" enthaltenen Vorstellungen konkrete Gestalt zu geben.

Außerdem ging es darum, ein echtes praktisches Beispiel für die partizipative Demokratie laut dem Vertrag von Lissabon zu bieten. Denn die Veranstaltung war gekennzeichnet durch eine umfangreiche Bürgerbeteiligung und die Einbeziehung breiter Teile der Zivilgesellschaft mittels einer gezielten Wahl kleiner, mittlerer und großer Organisationen aus allen Teilen Europas, die sich in unterschiedlichsten Bereichen für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung durch allgemeine und berufliche Bildung engagieren.

Die Untersuchung ging zudem - nach einer Prüfung der zur Verfügung stehenden aktuellen Daten von Eurostat - von folgendem zentralem Befund aus: über ein Viertel der Bevölkerung Europas ist von sozialer Ausgrenzung betroffen. Dies ist auf verschiedene Umstände zurückzuführen, wie z.B. Armut, Behinderung, Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit, Schwierigkeiten bei der kulturellen Integration oder unsichere Beschäftigungsverhältnisse. Im Zuge der Untersuchung der Zusammenhänge zwischen der Bildung in all ihren Formen und Facetten und der sozialen Ausgrenzung wurden die Biennale Konferenz veranstaltet, um im Rahmen von Arbeitssitzungen und Diskussionen verschiedene Aspekte und Dimensionen des staatlichen Handelns im Bildungsbereich – in dem die Zivilgesellschaft besonders aktiv ist – eingehender zu analysieren.

Mario Sepi

Präsident des EWSAs

ZUSAMMENFASSUNG DER KONFERENZ

DONNERSTAG, 20. MAI

Eröffnungssitzung

Begrüßungsansprache

Der Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, **Mario Sepi**, eröffnet die Sitzung. Er erläutert die Gründe, die den Ausschuss dazu bewogen haben, die "Bekämpfung sozialer Ausgrenzung durch Bildung" als Thema dieser Biennale zu wählen. In erster Linie hat es der Ausschuss für wichtig gehalten, aus Anlass des Europäischen Jahres 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung das "Humankapital" mit einer konkreten Initiative zu fördern und soziale Brüche zu heilen. Dabei will er die Vorschläge, die bei dieser Veranstaltung unterbreitet werden, in konkrete Projekte umsetzen. Mit diesem Treffen soll auch Artikel 11 des Vertrags von Lissabon, der das wichtige Prinzip der partizipativen Demokratie festschreibt, mit Leben erfüllt werden. Dies wird einerseits über die Konsultation der wichtigsten Nichtregierungsorganisationen der Zivilgesellschaft, die auf dem Gebiet der sozialen Eingliederung arbeiten, andererseits über das Wirken der europäischen Institutionen insgesamt erreicht. Die große Krise in Europa und die unausbleiblichen Vertiefung der sozialen Kluft haben den Ausschuss veranlasst, diese Thematik abermals und unter einem gänzlich neuen Gesichtspunkt aufzugreifen, um innovative Methoden zur Krisenbewältigung vorzuschlagen, die jedoch die wirtschaftliche Erholung nicht gefährden. Nach Auffassung des Präsidenten kann eine echte Lösung dieser Krise nicht durch Sparmaßnahmen alleine erreicht werden, die eine Senkung der öffentlichen Ausgaben und neue Steuern bewirken. Vielmehr geht es auch um die Suche nach neuen Wegen zur Finanzierung der Europäischen Union und um innovative Steuerkonzepte, wie etwa die Besteuerung von Finanztransaktionen und Kohlendioxidemissionen, oder die Schaffung einer Eurobond-Anleihe. Im Rahmen dieser Biennale will man eine Debatte anstoßen, in der die zentrale Rolle der Bildung für die Überwindung der sozialen Ausgrenzung in

einer Perspektive gewürdigt wird, die den steten Zugewinn an Rechten in dieser Hinsicht berücksichtigt, wonach jedermann sein Schicksal in die Hand nehmen und voranschreiten sollte. Als die Väter Europas das Manifest von Ventotene veröffentlichten, beschlossen sie, durch die Abschaffung der Grenzen den Frieden zwischen den europäischen Ländern anzustreben. Ihre Vision von Europa war von einer Leidenschaft getragen, die ihnen die Kraft gab, zu handeln und die Menschen zu motivieren – für ein Europa im Zeichen eines starken sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts. Trotzdem gibt es noch Grenzen innerhalb der Länder, die zwar keine physischen Barrieren mehr sind, aber zwischen den sozialen Klassen, Gesellschaftsschichten und Generationen bestehen. Aus diesem Grund sollte diese Vision von Europa wiederbelebt werden, was durch einen großen Wurf im Bereich Sozialpolitik und Wachstum der europäischen Gesellschaft erreicht werden könnte. Ließe man von dem Ziel des sozialen Zusammenhalts in Europa ab, käme dies auch ein Stück weit dem Verlust der eigenen Identität gleich, und dies zu einem Augenblick, in dem ein enger Kontakt zwischen Institutionen und Öffentlichkeit hergestellt werden muss. Dafür müssen nicht nur die Armen gebildet, sondern auch die Reichen erzogen werden. Das gesellschaftliche Leitbild muss ein Gemeinwesen sein, das genügsamer und weniger konsumorientiert und dadurch in der Lage ist, die wesentlichen Werte des Lebens und der Menschheit zu würdigen.

Stella Targetti, Vizepräsidentin der Region Toskana, unterstreicht, wie wichtig es für ihre Region ist, Gastgeber einer so bedeutenden Veranstaltung sein zu dürfen. Die Region Toskana steht alleine schon deshalb aus Überzeugung hinter einer solchen Initiative, weil sie ein traditionsgemäßer Förderer von Wachstum und Entwicklung durch die so wichtigen Elemente Lernen, Wissen und Verstehen ist. In der regionalen Politik nehmen Bildungsfragen einen breiten Raum ein, denn sie sind ein strategisches Handlungsfeld, auf dem man Schulabbruch bekämpfen kann: derartige Maßnahmen sind zum Beispiel die Gestaltung von Bildungs- und Berufsbildungswegen, durch die die Jugendlichen so lang wie möglich im Bildungssystem gehalten werden, damit sie die grundlegenden Fähigkeiten erwerben können, die ihnen später Zugang zum Arbeitsmarkt und konkret zu einer wahren sozialen Integration verschaffen. Die Aufgabe, für Synergien zwischen Sozialpolitik und Bildung zu sorgen,

betrachtet die Region in diesem historischen Augenblick als eine ihrer wichtigsten Zielsetzungen. Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise ist eine der wichtigsten Errungenschaften Europas, die Gemeinschaftswährung, in Gefahr gebracht worden. Für die Zukunft Europas gibt es in diesem Moment große Probleme und eine Legitimitätskrise sowie die Schwierigkeit, den Bürgern Sinn und Zweck des europäischen Einigungswerks zu vermitteln. Eine Ziffer, die Anlass zur Beunruhigung gibt, besagt, dass ein Viertel der Bürger vom Zugang zu den Grundrechten u.a. auf Bildung und Arbeit ausgeschlossen ist. In diesen nicht leichten Zeiten kommt es nach Auffassung der Rednerin darauf an, sich zum Prinzip der Wissens- und der Kompetenzverbreitung zu bekennen, die gemeinsam mit der Innovation das effektivste Instrument zur Förderung besserer Lebensbedingungen und zur Beseitigung von Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung bilden. Die Zeit drängt und wichtige Entscheidungen sind unverzüglich zu treffen, muss man doch die Kosten der sozialen Ausgrenzung im Auge behalten, die heutzutage auch eine wirtschaftliche Herausforderung sind: kein Land kann sich den Luxus leisten, ein Viertel seiner Bürger von Produktion und Konsum auszuschließen. Vizepräsidentin Targetti schließt ihre Ausführungen mit dem Wunsch, dass Florenz nicht nur eine erste Etappe bleiben möge, sondern dass von hier aus ein Weckruf ausgehen kann, der die Europäische Kommission erreicht und zur Ausarbeitung eines Grünbuchs veranlasst - so dass man sagen kann, in Florenz sei ein neuer Weg eingeschlagen worden.

Antonella Coniglio¹, Mitglied der Provinzialverwaltung der Provinz Florenz, zuständig für Sozialpolitik, Sicherheit und Recht. Die Rednerin äußert die Befürchtung, dass die Sozialpolitik in einer Gesellschaft, die sich an anderen Werten orientiert, offenbar außer Mode kommt. Bedauerlicherweise wird über einzufordernde und zu garantierende Grundrechte quasi so gesprochen, als handle es sich um einen Rückschritt oder eine Regression. Durch die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre ist die soziale Kluft zu den Benachteiligten nicht gerade kleiner geworden. Im Gegenteil, es sind noch mehr Menschen am Rande der Gesellschaft hinzugekommen, gilt doch die grob vereinfachende Gleichung "produktiv = eingeschlossen / nicht produktiv = ausgegrenzt". Demnach gibt es

¹ Anlage 2, S. iii.

neben der Bevölkerungsgruppe, die schon immer als "schwach und benachteiligt" gegolten hat, nun auch einen großen Prozentsatz von Jugendlichen, Frauen und Menschen, die nicht die erforderliche Eigenschaft "produktiv" haben. Aus diesem Grund haben die Institutionen in einem Moment der wirklich knappen Ressourcen die Pflicht, ihre "praktische Kreativität" einzusetzen, um partizipativ und vernetzt Politik zu machen. So soll den Betroffenen über Kenntnisse der Zugang zu Wegen der Arbeitssuche eröffnet werden. Zur Bewältigung von Notfällen müssen manchmal auch realitätsnahe Ziele verfolgt werden, um die grundlegenden Rechte auf Wohnung, Gesundheit und Bildung zu garantieren, ohne dabei Ressourcen zu vergeuden und mit dem Ziel eines wahren Wohlstands, der als Wohlbefinden zu verstehen ist.

Stefania Saccardi, Mitglied der Stadtverwaltung von Florenz, zuständig für Gesundheit, Soziales und Umwelt. Nach Einschätzung von Frau Saccardi entgeht auch Florenz nicht der schwierigen wirtschaftlichen Lage, die in ganz Europa herrscht und zu einer Verschärfung und Ausbreitung der sozialen Ausgrenzung geführt hat. Die lokalen und sozialen Bürgerdienste, die das Stadtgebiet wie ein feines Netz überspannen und gewissermaßen den Puls der Stadt fühlen, zeichnen ein besorgniserregendes Bild. Demnach ist die Ausgrenzung nicht mehr nur bei den traditionell Betroffenen wie Migranten aus Drittländern, Personen mit einer Suchtproblematik oder ethnischen Minderheiten anzutreffen, sondern hat nun auch die Mittelschicht erreicht. Damit es im Angesicht der veränderten sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht zu Konflikten unter den benachteiligten Bevölkerungsschichten kommt, sollte das Augenmerk von der sozialen Integrationshilfe (Einkommensbeihilfen für jene, die versuchen, sich aus eigener Kraft aus ihrer Lage zu befreien) auf konkrete Projekte für Hilfsbedürftige verschoben werden, um eine dauerhafte Problemlösung zu finden. Die Gelder sollten nicht nur für eine Direkthilfe der zu unterstützenden Personen eingesetzt werden. Sie müssen vielmehr auf potenzielle Arbeitgeber ausgerichtet werden, damit Hilfsbedürftige so eine Art Aussteuer für den Eintritt in die Arbeitswelt mit auf den Weg bekommen, sowie für die Bildung des Humankapitals eingesetzt werden. In diesem Sinne gewinnt das Thema dieser Biennale und das Handeln Europas im Angesicht dieses Problems, das keine Grenzen mehr kennt, nach Auffassung

der Rednerin strategische Qualität. Wenn soziale Spannungen in allen Länder Europas zu spüren sind, muss es auch gemeinsame Anstrengungen der Zivilgesellschaft und der Institutionen geben, um sich den in Schwierigkeit geratenen Menschen vollends anzunehmen. Diesbezüglich darf auch die Stadt Florenz nicht zurückstehen. Die karitativen Einrichtungen der florentinischen Edelleute, Ausdruck der jahrhundertlangen Stadtgeschichte, legen auch noch heute umfassendes Zeugnis von der architektonischen Schönheit der Stadt Florenz ab. Vor allem aber bezeugen sie die große Solidarität und das passionierte Wirken des Menschen für eine Gesellschaft, die integrativer und aufmerksamer gegenüber den Bedürfnissen ihrer schwächsten Mitglieder ist. Manchmal hat man den Eindruck, wenig oder nichts Wesentliches gegen die schwierigen und erdrückenden Umstände um uns herum tun zu können. Wir glauben, dass das, was wir für unsere Mitmenschen tun können, oft nur ein Tropfen im Ozean ist – aber ohne diesen Tropfen hätte der Ozean einen Tropfen weniger! (Mutter Teresa von Kalkutta).

Alessandra Maggi, Leiterin der karitativen Einrichtung "Istituto degli Innocenti", dankt dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss in der Person seines Präsidenten für die Wahl des "Istituto degli innocenti" als Veranstaltungsort und referiert die Geschichte dieser Einrichtung, die für die Stadt Florenz von besonderer Bedeutung ist. Vor 600 Jahren hinterließ Pier Francesco da Tini, ein Kaufmann aus Prato, bei seinem Tod 1000 Florin für den Erwerb eines Grundstücks, um dort einen Ort für die Aufnahme von Kindern zu schaffen, die durch Krieg, Epidemien und Armut zu Waisenkindern geworden waren. Mit der Ausführung der Arbeiten wurde Filippo Brunelleschi beauftragt, ein großer Baumeister seiner Zeit, von dem auch die Kuppel des Florentiner Doms stammt. Auf diese Weise sollte ein schöner Ort für Kinder in Not geschaffen werden. Jahrhunderte lang hat man an diesem Ort Kindern geholfen, sie gepflegt, erzogen und ihnen Bildung, einen Beruf und ein Zuhause gegeben, um so ihre normale soziale Eingliederung zu ermöglichen. Es ist ein säkularer Ort, der es verstanden hat, sich dem Wandel der Bedürfnisse und den gewandelten nationalen und lokalen Rechtsbestimmungen in der Kinderbetreuung anzupassen. Es ist ein Ort, von dem eine unglaubliche Wirkung ausgegangen ist und wo, wie an allen Stätten der Renaissance, auch Künstler einen Betätigungsort fanden. Sie

hinterließen dort im Laufe der Zeit viele Kunstwerke, die man in den alltäglich genutzten Räumen unterbrachte, um so den Kindern auch die Kunst näher zu bringen. Heute ist das Institut eine öffentliche Einrichtung, die auch weiterhin auf vielfältige Weise Kinder betreut und Kinderbetreuungsdienste in verschiedenen sozialen Einrichtungen betreibt. Dabei wird das Ziel verfolgt, die Bildung der Kinder – auch durch Forschung - zu fördern, um ihnen Möglichkeiten und Chancen zu bieten, denn die Kinder sind unsere Zukunft.

GRUSSBOTSCHAFT DES PRÄSIDENTEN DER ITALIENISCHEN REPUBLIK AN DIE BIENNALE KONFERENZ ZUM THEMA "BEKÄMPFUNG SOZIALER AUSGRENZUNG DURCH BILDUNG", VERANSTALTET VOM EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS IN ZUSAMMEN-ARBEIT MIT DER REGION TOSKANA

Hiermit übermittle ich den Entscheidungsträgern und allen Teilnehmern der biennalen Konferenz des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema "Bekämpfung sozialer Ausgrenzung durch Bildung" meine herzlichsten Grüsse.

In der jetzigen Zeit, in der Europa weiter unter der schweren Weltfinanzkrise leidet, ist es besonders wichtig, über die Bildungspolitik zu diskutieren und dabei konkrete Initiativen und Vorschläge zu unterbreiten. Diese Politik ist für unsere Zukunft und das Wirtschaftswachstum entscheidend, braucht angemessene Mittel und muss in der politischen Auseinandersetzung zunehmend Beachtung finden. Die grossen Veränderungen in den europäischen Bildungssystemen und die bestehenden Haushaltszwänge dürfen das Engagement im Kampf gegen jede Form der Ausgrenzung - infolge anhaltender sozialer Ungleichheiten oder neuer Formen der Armut - nicht schmälern.

Gerade heute kommt es darauf an sicherzustellen, dass das Recht auf Zugang zu allgemeiner und beruflicher sowie lebensbegleitender Bildung geachtet wird. Auch unter diesem Gesichtspunkt müssen wir die Krise als Chance für ein gerechteres Europa begreifen, das mit einer wirksamen Wirtschaftsführung neue Perspektiven für nachhaltiges Wachstum eröffnet und zugleich die Bildung als unverzichtbaren Pfeiler des europäischen Sozialmodells fördert.

Mit dieser Botschaft möchte ich Ihnen signalisieren, dass mir dieses Thema am Herz liegt, und viel Erfolg für ihre Arbeiten wünschen.

Giorgio Napolitano

Eröffnung der Diskussionen

Der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, **Gianni Pittella**, unterstreicht, wie wichtig es ist, sich der sozialen Problematik in dem Moment der Krise, die Europa durchlebt, zu stellen, da durch diese Krise Armut, Arbeitslosigkeit und Not noch verschärft und vertieft werden. Der Ausweg aus dieser Krise darf nicht ausschließlich eine harte Sparpolitik sein, sondern es muss im Rahmen einer angemessenen und langfristigen Politik für Wachstum, Gerechtigkeit und soziale Konvergenz gehandelt werden. Zwar sind die von den europäischen Regierungen beschlossenen Maßnahmen als positive Antworten zu werten, aber sie sind leider nur Teillösungen, die verspätet kommen. Man müsse sich darüber im Klaren sein, dass diese Interventionen lediglich als Puffer wirken. Bildlich gesprochen muss man Europa als einen Schwerkranken betrachten, der nicht mit einem einfachen Pflaster geheilt werden kann, sondern eine richtige Therapie mit vielen Arzneimitteln benötigt. Es besteht ein vordringlicher Bedarf für ein europäisches Programm zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung. Ein Mindesteinkommen sollte garantiert werden, um den Bevölkerungsgruppen, die sich in einer schwierigen Situation befinden, zu helfen. Es muss sichergestellt werden, dass jedermann ein vollwertiger Bürger ist, und vor allem muss auf die starke Unterstützung der Jugendlichen geachtet werden. Es sollte auf die Schaffung eines europäischen Währungsfonds hingearbeitet werden, der in Notfällen intervenieren könnte, und es sollte eine europäische Ratingagentur aufgebaut werden. Der Eurogruppe sollten wirtschaftliche Befugnisse für die Koordinierung der Wirtschafts- und Fiskalpolitik verliehen werden, wobei die Europäische Investitionsbank Eurobonds begeben könnte, mit denen auf den europäischen und internationalen Finanzmärkten Milliarden Euro für ein großes Investitionsprogramm der öffentlichen Hand aufgenommen werden könnten. Dadurch wiederum könnten Forschung, Bildung und Berufsbildung, die physische Infrastruktur und die Bekämpfung der Armut finanziert werden. Angesichts dieser

großen Herausforderungen für Europa ist die Biennale von Florenz eine interessante und nützliche Plattform, die dem Europäischen Parlament und dem EWSA eine besondere Gelegenheit zur engen Zusammenarbeit mit großen sozialen und gewerkschaftlichen Organisationen bietet.

Laut **Anna Diamantopoulou** sind Bildung und Sozialpolitik sowie soziale Eingliederung die zentralen Problemstellungen und Herausforderungen der heutigen Zeit. In Bezug auf die Wirtschaftskrise glaubt sie nicht, dass für Europa bereits ein Ende der Folgen der Krise abzusehen ist. Ihrer Meinung nach müssen die Menschen weiterhin im Mittelpunkt stehen. Dies erfordert eine enge Verzahnung zwischen den europäischen Politikbereichen, wobei sich jedoch das europäische Modell auf ein Dreieck aus Währungspolitik, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik stützen muss. Es sollte bedacht werden, wie teuer uns eine Vernachlässigung der Sozialpolitik zu stehen käme. Bei Maßnahmen im Bereich Sozialpolitik und soziale Ausgrenzung ist Bildung das entscheidende Stichwort und die wichtigste Strategie, da sie zugleich zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung beiträgt. Speziell zum gegenwärtigen Zeitpunkt muss die Bildungspolitik an zwei Leitlinien ausgerichtet werden. Die erste ist ein Querschnittsansatz bei den Investitionen, die sich auf alle Bildungsabschnitte von der frühkindlichen Erziehung bis hin zum lebenslangen Lernen erstrecken und Bildung von hoher Qualität insbesondere für benachteiligte Bevölkerungsgruppen ermöglichen sollten. Die positive Diskriminierung benachteiligter Gruppen muss aufrechterhalten werden. Außerdem bedarf es einer Zusammenarbeit auf europäischer Ebene nach der Methode der offenen Koordinierung - zu diesem Vorschlag könnte der EWSA einen Beitrag erarbeiten. Die Methode der offenen Koordinierung könnte sich als zweckdienlich erweisen, um die Zusammenarbeit zwischen Regierungen, regionalen Behörden und auch lokalen Behörden zu fördern. Investitionen und positive Diskriminierung sind speziell in drei Bereichen erforderlich. Der erste Bereich betrifft geografische Aspekte von Gebieten mit Entwicklungsrückstand, der zweite soziale Aspekte bestimmter Gruppen und der dritte den Schulabbruch von Kindern und Jugendlichen. Anna Diamantopoulou ist der Auffassung, dass im Hinblick auf soziale Ausgrenzung und Armut eine Zusammenarbeit möglich ist und dass auf der Grundlage der Methode der offenen Koordinierung ein groß

angelegtes europäisches Programm auf den Weg gebracht werden kann. Zweitens wird vorgeschlagen, die Zusammenarbeit mit den Hochschulen zu fördern und anhand ihrer Forschungsarbeiten zu ermitteln, welche Folgen eine Vernachlässigung der Sozialpolitik hätte.

Antonella Mansi, Präsidentin des Arbeitgeberverbandes der Toskana. Die Frage der Bildung als öffentliches Gut eines Landes hängt zweifellos eng mit der Wirtschaft und den Unternehmen zusammen. In erster Linie mit dem Unternehmertum, denn ein gesundes Unternehmen ist sicherlich ein Ort der bürgerschaftlichen Verantwortung, an dem auch aus- und weitergebildet wird. Angesichts der derzeitigen Krise befindet sich unser Land in einem tiefgreifenden Wandel, der die Folgen der Umwälzungen, die Italien in den vergangenen 20 Jahren im sozialen Bereich durchgemacht hat, noch verstärkt. 2009 verzeichneten wir Einbrüche bei der Produktion um 16,5%, beim Umsatz um 17% und bei der Beschäftigung um 5%. Diese Zahlen wiegen schwer und machen deutlich, dass wir noch nicht über den Berg sind. Die wirtschaftspolitische Herausforderung besteht nun darin, zweierlei zu erreichen: Kurzfristig ist ein erneuter Konjunkturabschwung zu vermeiden, der angesichts kreuzgefährlicher Finanzspekulationen durchaus möglich ist. Langfristig muss versucht werden, den Verlust von Humankapital zu begrenzen. Laut einer Studie sieht Italien schwarz für seine Zukunft. Die Mehrheit der Bevölkerung findet sich bereits mit dem Gedanken ab, dass die künftigen Generationen unter schlechteren Bedingungen leben werden als die vorhergehenden. In Bezug auf die Qualifikation des Humankapitals steht Italien weit hinter den anderen Industrieländern zurück. Die Jugendbeschäftigungsquote ist zu niedrig: Bei Hochschulabsolventen zwischen 25 und 29 Jahren liegt er in Italien bei 64,4% verglichen mit dem europäischen Durchschnitt von 75,5%. Es ist uns nicht gelungen, im Rahmen unseres Bildungssystems die für Italien festgelegten Lissabon-Ziele zu erreichen: Die Schulabbrecherquote liegt bei 19,8% (gegenüber einer Zielvorgabe von 10%) und der Anteil der Menschen mit einem Schulabschluss bei 76% (Zielwert sind hingegen 85%). Wir haben nur ein Viertel der Stipendien Frankreichs und das Durchschnittsalter der Bankenvorstände liegt 15 Jahre über dem OSZE-Durchschnitt. Ein stärkeres Engagement öffentlicher und privater Akteure wäre folglich zweckmäßig: Erforderlich ist die

Förderung der Forschung in enger Zusammenarbeit mit den Hochschulen, erforderlich sind Investitionen in das Humankapital durch bessere und mehr Bildungsangebote sowie die Verhinderung der Abwanderung von Spitzenkräften; erforderlich sind schließlich Bedingungen, um Fachkräfte zu werben, vielleicht auch Maßnahmen zur Schaffung von Anreizen für eine Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte. Die Schaffung besserer Bildungssysteme ist somit eine der größten Herausforderungen, die Europa bewältigen muss, um mehr wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Dynamik zu erreichen. Wir müssen damit aufhören, die Zukunft der kommenden Generationen durch unsere heutige Unfähigkeit zu unpopulären Entscheidungen zu gefährden. Wir müssen von dieser Krise profitieren und durch eine Anhebung des allgemeinen und beruflichen Bildungsniveaus eine Stärkung des Humankapitals und somit der Produktivität anstreben. Die Krise hat uns sehr deutlich vor Augen geführt, dass endlich ein universelles, effizientes, solidarisches und gerechtes System der sozialen Sicherung geschaffen werden muss, in dessen Rahmen die aktiven und passiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in ein besseres Gleichgewicht gebracht und die Fragen des Zugangs von jungen Menschen zum Arbeitsmarkt, des lebenslangen Lernens und der Rentenausgaben energischer angegangen werden: Wir müssen mit den jungen Leuten und ihrer Energie einen Neuanfang wagen. Unter Einbindung der Jungen werden wir ein dynamisches und wettbewerbsfähiges Italien der Zukunft aufbauen können ein Land mit qualifizierten und kompetenten Arbeitskräften, einem offenen und integrierenden Arbeitsmarkt und weniger geschlechts- und generationsspezifischen sowie geografischen Barrieren und Unterschieden. Es gibt keine Alternative dazu. Italien muss sich zu einem Land entwickeln, in dem sich die allgemeine und berufliche Bildung stärker etabliert und sich über das ganze Berufsleben einer Person fortsetzt, in dem die Leistungsgesellschaft ein pädagogischer Wert ist, in dem die Pflichten den gleichen Stellenwert haben wie die Rechte und in dem die Auswahl der Besten zur unabdingbaren Regel wird. Zu einem Land, das die Jugendlichen zu besseren Leistungen zu motivieren weiß - denn dies ist der Königsweg zum Wachstum der ganzen Gesellschaft.

Fulvio Fammoni², Generalsekretär der Gewerkschaft CGIL, dankt dem Ausschuss für die Einladung zu dieser bedeutenden Veranstaltung und weist darauf hin, dass die Biennale mit dem 40. Jahrestag der Verabschiedung des Statuts der Arbeitnehmerrechte, des in Italien bekannten Gesetzes Nr. 300 zum Schutz der Freiheit und Würde der Arbeitnehmer, zusammenfällt. Herr Fammoni führte sinngemäß Folgendes aus: Dieses Datum ist für Italien und insbesondere für die Gewerkschaften insofern wichtig, als die Fortschritte bei den Rechten und der Emanzipation der Arbeitnehmer sich häufig mit den sozialen Errungenschaften der einzelnen Länder decken. Angesichts dieser Rechte sowie der Tatsache, dass die Würde und die Freiheit nicht durch die Zwänge einer Finanzkrise gewaltigen Ausmaßes in den Hintergrund gedrängt werden dürfen, bedarf es der Bildung und Information der Bürger, um diese unabhängiger und damit im wahrsten Sinne frei zu machen. Leider geschieht aber nicht genau das. Bildung ist heute nicht immer ein Gut, das allen zur Verfügung steht. Es geht zwar häufig um Statistiken und Ziele, aber sehr viel weniger um deren praktische Umsetzung. Ein äußerst wichtiges, jedoch kaum diskutiertes Thema ist beispielsweise das Phänomen des Schulabbruchs, das leider eine hohe Zahl von Migrantenkindern, die vielfach in Italien geboren wurden, betrifft. Europa hat sich schon wieder neue Ziele gesteckt, von denen aber einige möglicherweise nicht realisierbar sind. In den offiziellen Dokumenten wird eine wettbewerbsfähigere und dynamischere europäische Wirtschaft angestrebt, die auf einem stärkeren sozialen Zusammenhalt beruht. Es heißt darin auch, dass Europa mit einer neuen Freiheit - der Freizügigkeit des Wissens - ausgestattet werden soll. All dies sind gute Vorschläge, doch müssen ihre Folgen im Zusammenhang mit der Krise und den Krisenbekämpfungsmaßnahmen abgeschätzt werden. Die Arbeitslosigkeit nimmt stetig zu. Den jüngsten Schätzungen der EZB zufolge stehen uns noch sehr schwierige Jahre bevor. Es wird darüber diskutiert, wie den Folgen der Finanzspekulationen begegnet werden kann. So wird einerseits versucht, der Rolle der Institutionen und des europäischen Regierens mehr Gewicht zu verleihen; andererseits gilt es, das Haushaltsdefizit und die Einhaltung monetärer Parameter zu bedenken. Paradoxerweise ist die Bildung ein Bereich, in dem die Ausgaben verringert werden

² Anlage 2, S. v.

sollen. Zum Ausgleich wird versucht, Kürzungen bei den Strukturfonds vorzunehmen, was jedoch zu einem verheerenden Bumerangeffekt für den Zusammenhalt führen dürfte. Es steht fest, dass wir aus der derzeitigen Krise verändert hervorgehen werden - wie das aber sein wird, das wird jetzt entschieden. Deshalb dürfen die Konzepte der Qualität und der künftigen Entwicklung nicht aufgegeben werden. Der Kostenwettbewerb ist eine kurzfristige Lösung, die nicht nur Verluste mit sich, sondern auch die soziale Ausgrenzung und die - kulturelle - Armut verstärkt: Beschlüsse über Einsparungen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung sind das genaue Gegenteil von dem, was wir jetzt brauchen. Der Fall Italiens ist symptomatisch: Gegenwärtig werden erhebliche Kürzungen im öffentlichen Bildungsetat vorgenommen, und jetzt ist von einem neuen Sparetat in Höhe von 25 Mrd. EUR die Rede, der damit begründet wird, dass dies von Europa so gefordert werde. Das gesamte italienische Hochschul- und Forschungswesen läuft dagegen Sturm. Wenn hochwertige Innovationen erreicht werden sollen, dürfen die höchsten Bildungsebenen nicht vernachlässigt werden. Auch im Beschäftigungsbereich sind Maßnahmen zur Umschulung und zur Verknüpfung von Angebot und Nachfrage offenkundig dringend erforderlich. Integration, ein zentrales Diskussionsthema, bedeutet auch, dass die Menschen sich der Bildungsnotwendigkeit bewusst werden. Alle Formen des Angebots tendieren dazu, sich an der Nachfrage des Stärksten auszurichten. Mit zunehmendem Alter nimmt die Teilnahmequote ab; auch bei den Studienabschlüssen ist die Quote umgekehrt proportional. Die Teilnahmequoten sind bei denjenigen, die in gering qualifizierten Berufen arbeiten, niedrig, und es gibt allzu viele Ungleichheiten in Bezug auf familiäre Verpflichtungen, Unterrichtszeiten und Studiengebühren (die zu hoch sind). Frauen sind von den Ausbildungsmaßnahmen fast immer ausgeschlossen. Wissen - das ist eine große Aufgabe für Europa, aber auch für die Gewerkschaften in Italien. Auf Initiative der CGIL wurde dem Parlament ein Gesetzentwurf für lebenslanges Lernen vorgelegt, der 130.000 Unterschriften von Bürgern trägt. Es sollen also ein hochwertiges, für alle bereits in sehr jungen Jahren zugängliches System geschaffen, eine Gesellschaft, in der es keine Ausgrenzungen, Vorurteile und Diskriminierungen gibt, aufgebaut und hoch gesteckte Ziele im Bereich Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung verwirklicht werden. Das alles macht aus der Sicht der italienischen

Gewerkschaften die Rolle des sozialen Europa erforderlich - eines Modells, das sich durch anspruchsvolle Projekte auszeichnet und einen echten Weg aus der Krise aufzeigt.

Fintan Farrell³, Direktor des Europäischen Netzwerks gegen Armut (EAPN) und Koordinator der NRO-Koalition für das Jahr 2010. Der Redner betont, dass die Zusammenarbeit in Europa dem alltäglichen Leben in der Gesellschaft oft nicht gerecht wird. In diesem Fall könnten Menschen, die in Armut leben, selbst für Veränderungen im Prozess für die Suche nach den richtigen politischen Maßnahmen eintreten. Wenn die Bildung im Kampf gegen soziale Ausgrenzung eine Rolle spielen sollte, müsse sie auch in die Bekämpfung der Armut eingebunden werden. Farrell zufolge hat die Armut einen großen Einfluss auf Bildungschancen und Ausbildungserfolge. Dennoch hätte es nicht den gewünschten Effekt, würde man sich ausschließlich auf Bildungschancen und den gleichberechtigten Zugang zur Bildung konzentrieren. Viel wichtiger seien hier die Ergebnisse unserer Systeme. Farrell macht deutlich, dass die Ungleichheit immer weiter zunimmt und dass dies nicht nur eine Folge der Krise ist. Seiner Meinung nach ist der Grund für die momentane Krise, dass wir im Vorfeld unser Augenmerk nicht auf Armut und Ungleichheit gerichtet haben. Er sieht eine neue Krise auf uns zu kommen, wenn diesen Problemen nicht die gebührende Bedeutung beigemessen wird. Farrell zufolge hat die Lissabon-Strategie nicht richtig funktioniert, weil dem sozialen Teil der Strategie zuwenig politische Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Die EU 2020-Strategie werde indes dafür sorgen, dass diesem Ziel politische Aufmerksamkeit auf höchstem Niveau zuteil wird. Die zweite Priorität müssten Bildung und Schulabbruch bleiben. Farrell erinnert an den Vorschlag, eine Plattform gegen die Armut einzurichten, die in engerer Verbindung mit nationalen politischen Entscheidungsträgern stehe - unter stärkerer Einbeziehung der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments, sowie der lokalen Behörden und der NRO. Abschließend erklärt er, dass der Vertrag zwar Befugnisse einräumt, dass es aber notwendig sei, ein europäisches Rahmenkonzept zu entwickeln, das seinen Schwerpunkt auf angemessene Mindestunterstützungsregelungen lege. Diese seien die Grundlage, auf der eine gerechte Gesellschaft

³ Anlage 2, S. vii.

aufgebaut werden könne. Gleichzeitig betont er die Bedeutung der Sozialschutzsysteme, mit denen Ungleichheiten bekämpft werden könnten. Solange es Ungleichheit gibt, können wir keinen Nutzen aus der Bildung ziehen.

Josep Borrell, Präsident des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz (ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments), leitet seine Rede mit dem Verweis auf zwei Aussprüche in Bezug auf die Ungleichheit ein. Der erste, der von einem Vorstand der amerikanischen Notenbank FED geäußert wurde, lautet folgendermaßen: "Wenn wir das nationale Einkommen besser verteilt hätten, wenn die auf Finanzspekulationen verwendeten Hunderte von Milliarden statt dessen auf die Familien und Unternehmen aufgeteilt worden wären, hätten wir uns die Krise erspart". Der zweite Ausspruch stammt vom Präsidenten der Deutschen Bundesbank, der während seiner Amtszeit als Präsident des Europäischen Parlaments einmal sagte: "Den Regierungen muss bewusst sein, dass die Finanzmärkte eine stärkere Kontrolle über sie haben als die Parlamente und die Märkte die Regierungen zu einem politischen Richtungswechsel zwingen, wenn ihre Politik nicht ihren Erwartungen entspricht". Die zuerst von Josep Borrell wiedergegebenen Worte aus dem Jahr 1944 besitzen seines Erachtens nach wie vor Gültigkeit. Wenn unser Wachstum gerechter verlaufen wäre und weniger Ungleichheiten geschaffen hätte, wäre die Krise deutlich schwächer verlaufen, denn Ungleichheiten sind nicht nur eine Folge der Krise, sie sind auch eine ihrer Ursachen. Hinsichtlich des zweiten Ausspruchs kommt es seiner Ansicht nach einer systemischen Negation der Demokratie gleich, an dem Markt unterworfenen, anstatt als dessen Polizei zu fungierende Regierungen zu denken. Anschließend weist Josep Borrell darauf hin, dass es damals als die Regierungen zu Beginn der Krise den Finanzakteuren, vor allem den Geschäftsbanken, zu Hilfe eilten, hieß: "Nun kontrollieren die Regierungen wirklich die Märkte". Allerdings ist er der Auffassung, dass vor allem zu jenem Zeitpunkt die Märkte den Regierungen die Entscheidungen diktierten, indem sie sagten: "Entweder ihr rettet uns oder wir gehen alle gemeinsam unter." Er zitiert Marx, als er anmerkt, dass der Staat ein Instrument der herrschenden Klasse ist, denn er eilt herbei, um das Finanzsystem zu retten. Sobald es sich aber ein wenig erholt haben wird, wird es die Regierungen für ihr Defizit bestrafen, das weitgehend durch die

Rettung des Finanzsystems selbst entstanden ist. Bei dem Defizit wird es sich also um ein soziales Defizit handeln. Laut Borrell hat die Senkung der Staatsausgaben, der wir uns alle gegenübersehen, ihren Preis. Die sozialen Folgen werden in Form zunehmender Armut und Ausgrenzung zu spüren sein. Der Kurs, der Griechenland auferlegt wurde oder derzeit Spanien auferlegt wird, ist wirtschaftlich nicht der beste und wird schwerwiegende Auswirkungen im Bereich soziale Ausgrenzung und Bildung haben. Die Kürzung der für die Bildung zur Verfügung gestellten Mittel basiert auf einem Trugschluss. Die in diesem Bereich getätigten Ausgaben sollten nicht als Kosten angesehen werden, sondern als eine Investition, die lohnender ist als der Kauf eines Autos oder der Bau einer Straße. Das Gehalt eines Lehrers ist kein Kostenpunkt, sondern eine Investition. Wir belasten die Zukunft mit einer schweren Hypothek und dies wird Auswirkungen auf unser soziales Gleichgewicht haben. Die Ungleichheit war einer der die Krise treibenden Faktoren, und zwar weltweit, vor allem in den USA, wo die zwischen den Reichsten und Ärmsten bestehenden Unterschiede weder frappierend noch skandalös, sondern absurd sind. Borrell fragt sich, wie wir uns aus dieser Lage wieder befreien können und ob wir gestärkt daraus hervorgehen werden oder mit einer weniger solidarischen, ärmeren und ungleicheren Gesellschaft. Nach seinem Dafürhalten muss Europa seine Wirtschaftspolitik abstimmen, wenn es nicht Opfer seines uneinheitlichen Vorgehens werden will. Bei der derzeitigen Krise in Europa handelt es sich um eine Krise, die das Fehlen einer sozialen Dimension offenbart und die Widersprüchlichkeiten zwischen den Gesellschaften aufzeigt. Wir können keine einheitliche Wirtschaftspolitik aufrechterhalten, wenn wir keine Steuer- und Sozialsysteme schaffen, die diese Entwicklungen miteinander in Einklang bringen. Dies stellt für das Europa von heute eine Herausforderung dar. Abschließend erklärt Josep Borrell, dass er sich weniger angesichts der Abwertung des Euros Sorgen mache, sondern vielmehr aufgrund der sozialen Brüche, des Verlustes an Vertrauen in Europa unter den EU-Bürgern, des Gefühls, dass es egal ist, welche politische Option man wählt und die Politik keine Lösung für die sozialen Probleme bietet.

FREITAG, 21. MAI

Workshops

Eröffnung der Workshops

Maria Candelas Sánchez Miguel, Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und Berichterstatteerin zu der Stellungnahme zum Thema "Bildung und soziale Ausgrenzung" erklärt, dass die EU bereits verschiedene Möglichkeiten der Schaffung von Systemen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Betracht gezogen habe, in Bezug auf die Beseitigung von Armut durch Bildung jedoch lediglich Notlösungen ergriffen worden seien. Bildung müsse verstärkt als System zur Integration aller Bürger und als Grundrecht betrachtet werden, sodass allen Bürgern unabhängig von ihren Lebensumständen ein kostenloser Zugang zu Bildung zur Verfügung stehe. Durch die Wirtschaftskrise sei eine Situation entstanden, die schlimme Auswirkungen für die Armen und Ausgegrenzten mit sich gebracht habe. Arbeitslosigkeit sei derzeit das drängendste Problem Europas. In der EU-2020-Strategie komme der Gedanke zum Tragen, dass durch Bildung vermitteltes Wissen ein grundlegendes Instrument für den Ausweg aus dieser Lage darstellt. Zur Lösung des Problems der Finanzierung von Bildung sei ein neues gesellschaftliches Bewusstsein erforderlich und müssten Politiker und Regierungen von der Bedeutung kostenloser und gleichberechtigter, an neue Bedürfnisse und Anforderungen angepasster Bildung überzeugt werden. Integrative Bildung bedeute, dass der humanitäre Aspekt des Unterrichtens besonders betont werden müsse. Ein weiterer Aspekt integrativer Bildung sei zudem die Qualität der Bildung, da integrative Bildung zur Steigerung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit beitrage. Die Kernbotschaft der Stellungnahme laute, dass Bildung ein unabdingbares Instrument zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung darstellt.

Stefano Zamagni, Vorsitzender der Italienischen Agentur für gemeinnützige Organisationen, teilt die Ansicht, dass Bildung das

entscheidende Instrument zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung und Armut ist. Die relative Armut habe in Europa ebenso zugenommen wie die soziale Ungleichheit. Dies sei besorgniserregend, wenn man all die von den Mitgliedstaaten ergriffenen politischen Maßnahmen bedenke und zudem in Betracht ziehe, dass relative Armut eine Quelle sozialer Konflikte und eine Gefahr für die Demokratie darstelle. Wem Demokratie etwas bedeute, der dürfe deshalb nicht die wachsende strukturelle Ungleichheit in den europäischen Gesellschaften leugnen. Welche Rolle könne nun Bildung dabei spielen, dieser wachsenden Ungleichheit entgegenzuwirken, um soziale Integration und Demokratie zu fördern? Der durch eine falsche Bildungspolitik erzeugte Mangel an angemessener allgemeiner und beruflicher Bildung sei die Hauptursache der wachsenden relativen Armut in Europa. Durch die dritte industrielle Revolution (die IT-Revolution) habe sich die Struktur des Arbeitsmarktes verändert. Sie lasse sich nicht mehr als eine Pyramide mit einer großen Basis aus Geringqualifizierten beschreiben. Vielmehr sei heute die Form einer Sanduhr mit einer Engstelle auf der mittleren Ebene und einer breiten Spitze aus hochqualifizierten Arbeitnehmern erkennbar. Auf den mittleren Ebenen nähmen Arbeitslosigkeit, unsichere und prekäre Arbeitsverhältnisse und Ungleichheiten stark zu. Es reiche nicht mehr aus, lediglich einen Zugang zu formaler Bildung für alle zu gewährleisten, da ein Auseinanderdriften der vorhandenen Qualifikationen und des Bedarfs der Wirtschaft dazu führen würde, dass Personen aller Bildungstufen sich Situationen ausgesetzt sähen, die von Arbeitslosigkeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen geprägt sind. Formale Bildung sei notwendig, reiche jedoch nicht aus. Nichtformale Bildung müsse daher zu einer Ergänzung der formalen Bildung werden. Ohne eine Zusammenarbeit des öffentlichen und des gemeinnützigen Sektors sei dieses Ziel nicht zu erreichen.

Antonia Carparelli⁴ von der Europäischen Kommission, GD EMPL ("Inklusion, sozialpolitische Aspekte der Migration, Straffung des Prozesses im Bereich der Sozialpolitik"), betont, dass die Bildung im Mittelpunkt vieler europäischer Initiativen im Rahmen des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung

⁴ Anlage 2, S. xix.

gestanden habe. Grund für dieses gesteigerte Interesse an der Bildung sei die "Wiederentdeckung" der Armut. Statistiken hätten bestätigt, dass die relative - nicht unbedingt aber die absolute - Armut zugenommen habe, weshalb die Europäische Kommission und der Europäische Rat der Bekämpfung sozialer Ausgrenzung größere Aufmerksamkeit schenken als bislang. Integratives Wachstum sei einer der drei vorrangigen Bereiche der Strategie "Europa 2020". Dieser Ansatz werde durch fünf miteinander verbundene Ziele unterstützt, von denen bei zweien die Bildung in den Mittelpunkt gerückt und ein Zusammenhang zwischen Bildung und der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung eingeräumt würden. Statistiken hätten gezeigt, dass soziale Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit besonders in Bevölkerungsschichten mit geringem Bildungsstand andauere. Der Prozentsatz der Ausgegrenzten betrage in Europa insgesamt 9% und liege bei den Personen mit dem niedrigsten Bildungsstand bei 13%, bei jenen mit einem sekundären Bildungsabschluss bei 7,5% und bei jenen mit einer Hochschulausbildung bei 5%. Insgesamt seien 17% (80 Millionen Personen) von Armut bedroht, wobei dieser Prozentsatz bei der Gruppe des niedrigsten Bildungsstands bei 23%, bei jener mit sekundärem Bildungsabschluss bei 13% und bei jener mit Hochschulabschluss bei 7% liege. Dies verdeutliche, dass die Bildung bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung im Mittelpunkt stehen müsse. Die Politik der EU zur Förderung der sozialen Integration basiere auf der Methode der offenen Koordinierung. Der Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren könne zu wirksamen politischen Maßnahmen beitragen. Eine wichtige Frage sei jedoch, in welchem Maße bildungspolitische Strategien als Ersatz für Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung dienen könnten. Eine amerikanische Studie habe ergeben, dass der Bildungsstand, wenngleich er auch wichtig sei, dennoch nicht so großen Einfluss habe wie der Familienstand. Mit anderen Worten sei Bildung also nicht der einzige Faktor.

Susanne Conze⁵ von der Europäischen Kommission, GD EAC ("Schulbildung und Comenius-Programm") betont, dass die hervorgehobene Rolle, die der sozialen Ausgrenzung und der Bildung in politischen Debatten eingeräumt werde, ihre Ursache in

⁵ Anlage 2, S. xxii.

der derzeitigen Situation der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie in der sozioökonomischen Lage im weiteren Sinne habe. Es bestehe ein enger Zusammenhang zwischen dem Bildungserfolg und der sozialen Herkunft, was bedeute, dass die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung nicht in der Lage gewesen seien, den Schülern/Studierenden aus sozial benachteiligten Gruppen zu besseren Leistungen zu verhelfen. Zudem vergrößere sich die Kluft zwischen Schülern/Studenten aus benachteiligten und solchen aus privilegierten familiären Milieus weiter. Schulabbrecher kämen überwiegend aus benachteiligten Familien. Kinder aus sozial benachteiligten Gruppen nähmen zudem mit geringerer Wahrscheinlichkeit an Angeboten des frühkindlichen und vorschulischen Lernens teil, und die Mehrheit der Fünfzehnjährigen, die nur über geringe Kenntnisse im Lesen, Rechnen und den Naturwissenschaften verfügen, stamme aus sozial benachteiligten Familien. Die europäischen Bildungssysteme müssten deshalb für zielgerichtete, an die Bedürfnisse der Lernenden angepasste Bildungsangebote und für eine höhere Flexibilität in den Bildungslaufbahnen sorgen. Kernfragen seien dabei eine zielgerichtete Förderung, Hilfestellungen, die Durchlässigkeit der Bildungswege und die Anerkennung des nichtformalen Lernens. Das Thema soziale Ausgrenzung und Bildung sei von Bedeutung für alle Bildungssektoren und -bereiche: Schulbildung, berufliche Bildung, Hochschul- und Erwachsenenbildung. Die Europäische Kommission werde spätestens Ende 2010 eine Empfehlung zum Thema "Schulabbruch" vorlegen und erwäge die Schaffung eines Netzes, um ein stärkeres Augenmerk auf das Problemfeld "Migration und Bildung" zu richten. Der belgische Ratsvorsitz werde Ende 2010 eine Konferenz zum Thema "Soziale Ausgrenzung und allgemeine und berufliche Bildung" veranstalten.

WORKSHOP 1

Bildung als Tor zu sozialem Engagement: Grundlagen für die Integration

Luigi Berlinguer, Mitglied des Europäischen Parlaments, erklärte, Europa sei moralisch zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung, auch auf globaler Ebene, verpflichtet. Soziale Ausgrenzung bedeute eine

Verschwendung von Humanressourcen, der Grundlage jeder modernen Gesellschaft. Die Erwerbsbevölkerung müsse den Grundsatz der Innovation verkörpern, indem sie sich fähig zeige, sich selbst durch lebenslanges Lernen immer wieder zu erneuern. Niemand solle, ganz gleich in welcher Altersstufe, von Bildung ausgeschlossen werden. Er sehe keinen Konflikt zwischen Exzellenz und einer Anhebung des durchschnittlichen Bildungsstands. Es sei eine konsequentere EU-Politik mit gemeinsamen Zielen im Bereich Bildung erforderlich, um die nationalen Politiken zu erneuern und Engpässe zu beheben, die aus überholten Herangehensweisen im Bildungsbereich resultierten. Es bedürfe einer neuen Strategie, bei der die Lernenden in den Mittelpunkt gestellt würden und die auf den Begabungen und den Rechten des Einzelnen beruhe.

Zivilgesellschaft und die Erfahrungen gesellschaftlicher Interessenträger

Bildung und neue Informationstechnologien zur Förderung der sozialen Integration. **Anne Alitolppa-Niitamo**⁶ vom Finnischen Familienbund und Vorsitzende einer Arbeitsgruppe zum Thema "Bildung und neue Informationstechnologien" innerhalb des COFACE (Bund der Familienorganisationen in der Europäischen Union) betont die Bedeutung sowohl der informellen als auch der nichtformalen Bildung, insbesondere im Fall von Kindern aus einem benachteiligten Umfeld, die häufig die soziale Ausgrenzung ihrer Eltern erbt. Der Rolle der Eltern beim Lernprozess von Kindern müsse Rechnung getragen werden. Familien stellen den wichtigsten Sozialisationsfaktor dar, und es gebe anscheinend einen allgemeinen Bedarf an elterlicher Bildung, um die Eltern bei der Bewältigung dieser Aufgabe zu unterstützen. Unter normalen Umständen reiche selbst eine langsame Anpassung an äußere Veränderungen aus, doch könne in Zeiten des raschen gesellschaftlichen Wandels eine Kluft zwischen integrierten und ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen sowie zwischen den Generationen, d.h. zwischen Eltern und ihren Kindern, entstehen. Dies lasse sich an zwei Beispielen erläutern. So seien die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zwar kostspielig, jedoch auch sozial integrativ, sodass Personen, die nicht über die entsprechenden Geräte und die zu ihrer

⁶ Anlage 2, S. xxvi.

Nutzung erforderlichen Kenntnisse verfügten, ausgegrenzt würden. Ebenso gelängen Eltern gegenüber ihren Kindern leicht ins Hintertreffen, wenn es um die genannten Kenntnisse gehe, was es den Eltern unter anderem erschwere, ihre Kinder vor den mit den neuen Technologien einhergehenden möglichen Gefahren zu schützen. Auch wenn eine Migrantenfamilie sich in einem neuen Land niederließe, könne es zu einer Kluft zwischen den Eltern und ihren Kindern bezüglich der Sprachkenntnisse und des Grads der kulturellen Anpassung kommen. Niedrigschwellige Bildungsangebote für Eltern sollten ein Teil des lebenslangen Lernens sein. NRO könnten eine wichtige Rolle dabei spielen, Kurse, beispielsweise im Bereich Medienkompetenz, anzubieten, und dabei sicherzustellen, dass Eltern, die solche Angebote nutzen, nicht stigmatisiert würden.

Bildung in Moscheen. **Mostafa el Ayoubi**⁷, Confronti-Chefredakteur, legt dar, dass sich Italien in den letzten zehn Jahren erheblich verändert habe und Migranten heute 6% der Bevölkerung ausmachten. Die Gesellschaft habe mit dieser Veränderung nicht Schritt halten können. Es gebe noch kein wirkliches Integrationsmodell und es bestehe ein hohes Risiko der sozialen Ausgrenzung unter diesen Neubürgern, die der italienischen Sprache nicht mächtig seien und nur wenige Kenntnisse über die italienische Kultur besäßen, weshalb sie große Schwierigkeiten dabei hätten, eine vollwertige Rolle in der Zivilgesellschaft zu spielen. Im Mittelpunkt des von ihm vorgestellten Projekts ständen muslimische Einwanderer, die 33% aller Migranten ausmachten. Das Projekt sei 2007 gestartet worden und beinhalte Bildungsangebote in den Bereichen Staatsbürgerkunde und Spracherwerb, die in zwei Moscheen Roms, die für viele Einwanderer den einzigen Sozialisationsort verkörperten, zur Verfügung gestellt würden. Durch die Nutzung der Moschee als einzigem Sozialisationsort und die Tatsache, dass Migranten ausschließlich Fernseher aus ihrem Herkunftsland in Anspruch nähmen, würden die Einwanderer von der sie umgebenden italienischen Gesellschaft isoliert. Viele Frauen würden ihre Wohnung nur verlassen, um ihre Kinder zur Schule zu bringen. Man habe Männer und Frauen in den Moscheen in getrennte Kursgruppen aufteilen müssen, was nicht unumstritten sei. Das Projekt vermittle einen Einblick in die wichtige Rolle von

⁷ Anlage 2, S. xxxi.

Glaubensgemeinschaften für den Integrationsprozess. Er glaube darüber hinaus, dass eine europäische Herangehensweise erforderlich sei, da einzelstaatliche Initiativen häufig zu sehr von Schwankungen in den politischen Gegebenheiten abhängen.

Denisa Pochová⁸, Kinderärztin an einem Krankenhaus in Prešov und Beraterin von RAMAD (Vereinigung der zur Bevölkerungsgruppe der Roma gehörenden Jugendlichen und Kinder in der Slowakei), betont, dass die Kindersterblichkeit in der stark ausgegrenzten Roma-bevölkerung der östlichen Slowakei deutlich höher sei als in der übrigen slowakischen Bevölkerung. Dies sei hauptsächlich ihrem Lebensumfeld geschuldet. In einigen Fällen litten besonders stark benachteiligte Romasiedlungen unter hoher Arbeitslosigkeit und hätten keinen Anschluss an die Wasserversorgung, das Kanalisationssystem und das Gasnetz. Romakinder seien oftmals bereits vor ihrer Geburt gefährdet, da ihre Mütter minderjährig seien, rauchten, tranken oder Drogen nahmen und häufig auch unter Unterernährung und verschiedenen Krankheiten litten. Erkrankungen der Atemwege und des Magen-Darm-Trakts seien unter den Kindern weit verbreitet. Sie vertrete ein Netz aus Ärzten und geschulten Sozialarbeitern, das Methoden entwickelt habe, um Mütter mit wichtigen Informationen zu Fragen wie Gesundheit, Ernährung (nicht zuletzt über die Bedeutung des Stillens), Hygiene und Familienplanung zu versorgen. Als wirksamstes Mittel hätten sich dabei kleine Zusammenkünfte mit Müttern und ihren Kindern erwiesen, die entweder im Krankenhaus oder auf der Straße in den Ghettos oder Siedlungen der Roma stattfänden. Auf diese Weise würden die Informationen langsam unter der gesamten Romagemeinde verbreitet. Von besonderer Bedeutung seien dabei das Vertrauen und die Pflege einer offenen und aktiven Kommunikation mit der Romagemeinde.

Schulbildung zur Integration von Einwanderern: **Simona Taliani** vom Centro Frantz Fanon in Turin betont, dass Schulen vor allen anderen diejenigen sozialen Einrichtungen seien, in denen die Kinder von Einwanderern am meisten Aufmerksamkeit erhielten. Schulen seien ein Abbild der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Spannungen einer jeden Gesellschaft, und es sei wichtig, derartige Probleme nicht

⁸ Anlage 2, S. xxxix.

medizinisch zu betrachten und schwierige Kinder als pathologisch zu brandmarken - wengleich unter Zeitdruck stehende Lehrer versucht sein könnten, solche Kinder in neuro-psychiatrische Behandlung überweisen zu lassen. Der interkulturelle Arbeitskreis in Turin sei als Versuch gegründet worden, die Herkunftskultur mit dem Phänomen der Migration zu vereinbaren. Jedes Kind solle lernen zu verstehen, wie Kultur und Migration sich auf eine miteinander verbundene Weise entwickelt hätten, und beispielsweise die Wanderungsbewegungen und die Geschichte ihrer Eltern unter einem eher anthropologischen Blickwinkel von Kultur zu betrachten, der die Verwandlung in den Mittelpunkt stellt. Der Trick bestehe dabei darin, aus dem alten Rahmen auszubrechen, in dem Kinder häufig kulturell stereotypisiert würden, um stattdessen das Bewusstsein der Schulen und der Lehrer für die pluralen Identitäten ihrer Schüler zu wecken.

Erklärungen und Reaktionen institutioneller und zivilgesellschaftlicher Akteure

Die soziale Lage der Roma. **Luca Bravi**, Professor für Sozialwissenschaften an der Fernuniversität Leonardo da Vinci, bemerkt, dass die Roma zwar über eine privilegierte Partnerschaft mit der EU verfügen, sich die Situation auf der Ebene der Mitgliedstaaten jedoch völlig anders darstellt. Von den etwa 12 Millionen Roma in der EU lebten ca. 60% unter Bedingungen der Ausgrenzung. In einigen Fällen würden sie sogar per Gesetz ausgegrenzt. Die Hälfte der in Italien lebenden Roma stamme aus Italien, doch würden sie als Ausländer wahrgenommen, und viele lebten in prekären Verhältnissen. Im Laufe der letzten Jahre habe sich das allgemeine Klima verschlechtert. Die provisorischen Siedlungen umherziehender Personen seien in Italien ein echtes Problem. Amnesty International habe die dortigen Bedingungen mit einigen der schlimmsten der Dritten Welt verglichen. Romakinder würden häufig als Analphabeten vorverurteilt und Sonderklassen oder zweit- und drittklassigen Schulen zugeteilt. Es müsse eine kulturelle Anstrengung unternommen werden, um den Roma ein würdiges Leben zu ermöglichen. Dies sei eine Vorbedingung für erfolgreiche Bildungsmaßnahmen.

Ein vergleichender Ansatz zum Zusammenhang zwischen Bildung und sozialer Ausgrenzung in den EU-Mitgliedstaaten (YOUNEX-

Programm): **Didier Chabanet**⁹, Wissenschaftler an der Hochschule (ENS) Lyon, stellt einige vorläufige Ergebnisse des YOUNEX-Projekts vor, einer laufenden Erhebung unter Langzeitarbeitslosen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren in sechs Ländern (Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Schweden, Schweiz) über die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf das Privatleben. Am auffallendsten sei dabei, dass Arbeitslosigkeit nicht objektiviert werden könne: Sie werde nicht durch Begriffe wie zum Beispiel Armut definiert, sondern sei in erster Linie eine "Lebenserfahrung". Bildung spiele eine große Rolle für die Fähigkeit junger Menschen, sich zu befreien und Kontrolle über ihre Zukunft zu erlangen. Eine sehr wichtige unterstützende Funktion komme auch der Familie zu, und zwar nicht nur durch die Versorgung mit einer Unterkunft und mit finanziellen Mitteln, sondern als einem Ort der moralischen Unterstützung und Liebe. Es beständen deutliche Unterschiede zwischen Personen, die eine Familie hätten, auf die sie sich verlassen könnten, und jenen, die sie nicht hätten, wenngleich auch andere Ressourcen wie zum Beispiel Freundschaften und nachbarschaftliche Gemeinschaften eine ähnliche Unterstützung bieten könnten. Die Erhebung habe gezeigt, dass 1.) sehr deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern beständen (Männer hätten größere Schwierigkeiten beim Umgang mit der Arbeitslosigkeit als Frauen), 2.) die Fähigkeit, die eigene Zeit einzuteilen, von großer Bedeutung sei, und 3.) es jungen Arbeitslosen an politischen Institutionen und Bezugspunkten (Gewerkschaften, Parteien usw.) mangle, was die Arbeitslosigkeit zu einer sehr persönlichen, vereinzelt Erfahrung mache. Dies führe zu "Integrationsarmut" - Armut an Beziehungen - und dem Gefühl, von geringem Wert für die Gesellschaft zu sein. Es stelle sich die Frage, was mit Personen, die durch das Raster der modernen Wissensgesellschaft fallen, zu tun sei.

Valeria Fargion übernimmt den Vorsitz des Workshops.

Grundtvig-Workshop: Interkulturelles Lernen. **Noureddine Erradi**¹⁰, Integration für Alle (IFA), der über eine langjährige Erfahrung als Lehrer von Einwanderern verfügt, stellt einen von ihm angefertigten Dokumentarfilm vor, der auf einem einfachen Konzept beruht:

⁹ Anlage 2, S. xliii.

¹⁰ <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.videos.4243>.

Niederländische Politiker und Fachleute aus dem Integrationsbereich (Sprachlehrer usw.) haben an einem einwöchigen, in arabischer Sprache abgehaltenen Integrationsprogramm in Marokko teilgenommen. Ziel sei es dabei gewesen zu zeigen, dass Integration ein beiderseitiger Prozess sein müsse, um erfolgreich zu verlaufen. Das Konzept sei bereits von 850 europäischen und amerikanischen Organisationen angewendet worden. Es wird ein Ausschnitt aus dem Film gezeigt.

Familie und Schule: ein pädagogisches Bündnis? **Celeste Pernisco**¹¹ von ANPE - EUROFEPP (Italienische Nationale Lehrervereinigung), wirft die Frage auf, ob Eltern und Lehrer verantwortungsvolle Pädagogen seien. In den letzten zehn Jahren habe die italienische Gesellschaft eine Veränderung in Richtung eines verstärkten Individualismus und geringerer Toleranz gegenüber anderen erlebt. Der Familie komme eine bedeutende Rolle im Bildungsprozess zu, doch könne das Leben einer heranwachsenden Person nicht allein auf familiären Bindungen gründen: Auch der schulische Kontext sei wichtig. Es überrasche daher, dass diese beiden Institutionen - Familie und Schule - niemals eine Übereinkunft über ihre jeweiligen Pflichten und Verantwortlichkeiten erzielt hätten. Eltern und Lehrer hegten unterschiedliche Erwartungen, und es gebe zu viele Missverständnisse und zu wenig Dialog. Es müsse ein pädagogisches Bündnis geschlossen werden, um den Kindern schlüssige Antworten auf ihre täglichen Zweifel zu geben und sie zu harmonischen Persönlichkeiten heranwachsen zu lassen. Bei der staatsbürgerlichen Erziehung sei ein pluralistisches Konzept von Staatsbürgerschaft erforderlich.

Globale Kampagne für ein stärkeres Bewusstsein und Verständnis in Bezug auf Kinderarbeit. **Maria Gabriella Lay**¹², Programmleiterin bei der IAO, stellt die Initiative "SCREAM" (Supporting Children's Rights through Education, the Arts and the Media - Förderung der Kinderrechte durch Bildung, Kunst und Medien) der IAO zunächst mit einem Diavortrag vor. Der endlose Kreislauf der Armut, in dem sich Millionen von Kindern in der heutigen globalisierten Welt befänden, müsse auf der Dringlichkeitsliste ganz oben stehen. Die

¹¹ Anlage 2, S. xlviii.

¹² Anlage 2, S. I.

Kinder wüchsen in einer Welt der Gegensätze auf: Die einen gingen zur Schule und kämen in den Genuss der Sicherheit einer Familie, während andere in einer Parallelwelt lebten, in der es keine Hoffnung auf eine bessere Zukunft gebe. Den massenhaften Verletzungen der Rechte der Kinder weltweit ein Ende zu setzen sei einer der vordringlichsten moralischen Imperative der heutigen Zeit. Alle Kinder sollten die universellen Menschenrechte und den sozialen Schutz genießen, und das Schlüsselkonzept in diesem Zusammenhang heiÙe "Mitwirkung der Kinder". Der Begriff "Bildung" müsse weiter gefasst und junge Menschen müssten in die Lage versetzt werden, bewusst sich selbst und ihre Umgebung wahrzunehmen, um ihre soziale Rolle ausfüllen zu können. Indem ihnen Verantwortung übertragen werde, entwickelten junge Menschen ein Bewusstsein für "glokale" Bürgerschaft - die Fähigkeit, global zu denken und lokal zu handeln. SCREAM stelle ein Instrument dar, das entwickelt worden sei, um das Verständnis junger Menschen für die Menschenrechte zu fördern. Ziel sei die Ausweitung der Mitwirkung der Kinder und der Mitspracherechte von Jugendlichen mithilfe visueller, literarischer und darstellender Künste.

Nach der Mittagspause greift die für die Schlussfolgerungen des Workshops verantwortliche Berichterstatterin **Maureen O'Neill**, Mitglied des EWSA, einige in den Vorträgen angesprochene allgemeine Themenbereiche auf und legt dar, in welche Richtung die Schlussfolgerungen des Workshops zielen könnten. Die Frage "Welche Art von Bildung?" sei grundlegend für die Diskussionen. Dabei seien auch Europas Stellung in der Welt, die Rolle der offenen Koordinierungsmethode und die Strategie "Europa 2020" zu berücksichtigen.

Eine Gruppe italienischer Studenten berichtet über einen Austausch mit Studierenden aus Kairo und über die Freiwilligenarbeit mit ausgesetzten Kindern in einem Waisenhaus in Kenia.

Die Verwalterin des englischen Friedhofs in Florenz, **Julia Halloway**, berichtet darüber, wie geschickte Arbeitskräfte aus der Bevölkerungsgruppe der Roma sie bei der Restaurierung einer Trockensteinmauer auf dem Friedhof unterstützt hätten und wie sie, ausgehend von dieser Erfahrung, ein Programm ins Leben gerufen habe, in dessen Rahmen Romafamilien als "Bezahlung" für ihre

Restaurierungstätigkeit auf dem Friedhof Schreib- und Leseunterricht erhielten.

Der Koordinator der "Opera Nomadi Nazionale" (Nationale Initiative für "Fahrende" Italiens), **Marcello Zuinisi**, zieht eine persönliche Bilanz der Situation der Stadt Florenz im Allgemeinen und in Bezug auf die Roma im Besonderen.

Flavia Bocchino, eine Italienischlehrerin für Einwanderer, weist darauf hin, dass die Kenntnis der Sprache des neuen Heimatlandes eine unabdingbare Voraussetzung für eine schnelle Integration sei. Sie fordert eine Initiative der EU, um die Mitgliedstaaten zu verpflichten, Einwanderern geeigneten landessprachlichen Unterricht zur Verfügung zu stellen.

Ursulina Valeri, stellvertretende Vorsitzende einer Schulinrichtung für Erwachsenenbildung in der Region Friaul-Julisch Venetien, gibt einen Überblick über einen Teil der Arbeit ihrer Einrichtung, darunter ein interkultureller Ansatz im Sprachunterricht, eine besondere Initiative mit dem Ziel, junge Menschen zu aktiven Bürgern werden zu lassen, und ein besonderes Programm für Kleinkinder mit einem ausländischen Elternteil.

Giuseppe Errico, Psychologe und Professor, beschreibt verschiedene Projekte, an denen er mitgewirkt hat, unter anderem Teatri contro esclusione (ein Netz von Schauspielern, Regisseuren, Sozialwissenschaftlern und Malern) und La Strada Maestra (mit dem Ziel einer Unterstützung von Pädagogen und Sozialarbeitern). Er berichtet ferner von einem Mentorenprojekt, in dessen Rahmen Kinder darin geschult werden, jüngeren Kindern bei der Lösung verschiedener Probleme, die in der Familie und der Schule auftreten können, zu helfen.

Marianna Piccioli von der Italienischen Lehrgewerkschaft FLC-CGIL weist darauf hin, dass es in Italien umfangreiche Erfahrungen damit gebe, Schüler mit Behinderungen mithilfe besonderer Unterstützung durch dazu ausgebildete Lehrer in Regelklassen zu integrieren. Bildung stelle in der Tat für viele Menschen mit Behinderung die einzige Chance zur Integration dar. Sie verweist ferner auf einen

bereits bestehenden "Index für Inklusion", der ein nützliches, aber viel zu wenig verwendetes Kontrollinstrument darstelle.

Cristina Matiuzzo, Wissenschaftlerin am Istituto degli Innocenti, nimmt Bezug auf das Beispiel von nach Geschlechtern getrennten Kursen in Moscheen und betont, dass es wichtig sei, das Vorhandensein bestimmter kultureller Aspekte anzuerkennen, die von grundlegender Bedeutung seien - für muslimische Einwanderer ebenso wie für Roma - und über die nicht verhandelt werden könne.

Adam Beizak stellt sich als italienischer Staatsbürger und Roma vor. Er fordert verstärkte Anstrengungen, um der Romabevölkerung zu Anerkennung zu verhelfen. Das Europäische Parlament ruft er dazu auf, die Unionsbürgerschaft auszubauen.

Alessandro Martini, Direktor der Caritas in Florenz, nimmt Bezug auf die Wortmeldung von Marcello Zuinisi und weist darauf hin, dass die von der Caritas in Florenz erreichten Ergebnisse - auch in Bezug auf die Roma - für sich selbst sprechen.

Nach der Kaffeepause stellt die Berichterstatterin **Maureen O'Neill** ihre Ideen für die Schlussfolgerungen des Workshops vor. Sie stellt fest, dass es in den Diskussionen offenbar vier tragende Themen gegeben habe: frühe Kindheit, Bildungsträger, Sprachausbildung und Diskriminierung. Aus dem Publikum werden verschiedene Stellungnahmen zu diesen Themen abgegeben, und Frau O'Neill sagt zu, bei der Ausarbeitung der endgültigen Schlussfolgerungen alle Beiträge zu berücksichtigen.

WORKSHOP 2

Bildung als Tor zum Arbeitsmarkt: praktische Umsetzung der Integration

Die Sitzung wird vom Vorsitzenden der Commissione di Indagine sull'Esclusione Sociale (CIES) (Italienischer Untersuchungsausschuss zur sozialen Ausgrenzung), **Marco Revelli**, eröffnet, der den Zusammenhang zwischen Armut und mangelnder Bildung, Gesundheit, Arbeit und Einkommen betont. Die Veränderung des

Arbeitsmarktes habe eine Kategorie armer Arbeitnehmer hervorgebracht, die sich EU-weit auf 8% und in Italien auf 10% belaufe. Bei 19% atypischen Beschäftigungsverhältnissen, einer Durchschnittsrate von Haushalten ohne Erwerbstätigkeit von 9,6% (im Süden des Landes aber 28%) und 49% an Familien, in denen nur eine Person arbeitet, stelle sich die Lage in Italien so dar, dass jede dritte Familie in relativer Armut und fast eineinhalb Millionen Menschen in absoluter Armut leben. Die Armut sei noch ausgeprägter, wo minderjährige Kinder und ein niedriger Bildungsgrad der Eltern vorhanden seien. Man müsse feststellen, dass in Europa die Möglichkeiten, einen Schulabschluss und die Hochschulreife zu erlangen, von Land zu Land sehr unterschiedlich seien. Um hier Abhilfe zu schaffen, bedürfte es in stärkerem Maße integrativer Schulen, einer vielschichtigen Politik und besonderer Finanzmittel.

Erfahrungsberichte von Vertretern der Zivilgesellschaft und sozialer Akteure

Alternativlösungen zur Einbeziehung ausgegrenzter Jugendlicher. **Lionel Urdy**¹³, Direktor der Schule für eine zweite Chance in Marseille (École de la deuxième chance - E2C, eine Bildungseinrichtung für Schulabbrecher), informiert darüber, dass diese Einrichtungen in der Lage seien, jährlich etwa 150 000 Schulabbrecher aufzufangen und die Erwerbslosenquote bei Jugendlichen, die bei über 40% liege, einzudämmen. Hier handele es sich um ein gelungenes Projekt in der gemeinsamen Verantwortung verschiedener Akteure. Er verweist auf die Rolle der Europäischen Kommission (speziell deren Weißbuch von 1995 "Lehren und lernen - auf dem Weg zur kognitiven Gesellschaft") und der lokalen Gebietskörperschaften bei der konkreten Umsetzung bzw. der Kofinanzierung dieses Projekts. Die in 13 Mitgliedstaaten bestehenden 50 E2C-Schulen böten Jugendlichen, die vorzeitig die Schule abgebrochen haben, eine "zweite Chance" in Form einer Ausbildung, die zu ihrer Resozialisierung führen und ihnen Zugang zu einer Qualifizierung, zu einem Arbeitsplatz oder einer höheren Bildungsstufe verschaffen soll. Der französische Staat gewähre dabei erhebliche Unterstützung in Form von steuerlichen Anreizen für die Partnerunternehmen. Der Erfolg sei auch der Aufteilung der Kosten

¹³ Anlage 2, S. liv.

zwischen diesen Unternehmen und den betreffenden lokalen Gebietskörperschaften zu verdanken.

Zugang von Randgruppen der Gesellschaft ("Reisende"/"Fahrende") zur Arbeitswelt. **Stéfane Lévêque**, Leiter der FNASAT, würdigt die Tatsache, dass in diesem Workshop Überlegungen zur Lage dieser Gruppe unter dem Gesichtspunkt der Einbeziehung und der Interaktion stattfänden. Die FNASAT ist ein Verband, in dem rund 100 Organisationen Frankreichs vereint sind, die sich für den Zugang dieser Menschen zu den Grundrechten einsetzen. Diese ethnischen Gruppen, die von jeher als Handwerker tätig gewesen seien und Handel getrieben hätten, würden von der FNASAT bei der Gründung von Unternehmen in diesen Bereichen unterstützt. Außerdem habe sich die FNASAT für die Anpassung des VAE-Verfahrens (Verfahren zur Anerkennung der durch Erfahrung erworbenen Kompetenzen) eingesetzt und bemühe sich um dessen landesweite Durchsetzung, damit es von möglichst vielen Personen beantragt werden könne. Es bedürfe keiner Bildung speziell für "Fahrende", sondern genereller integrativer Strategien.

Behebung der Unsicherheit der Marginalisierten, der Armen und der "Obdachlosen". **Assunta Serenari**, Vertreterin des gemeinnützigen Verbandes "Freunde der Piazza Grande" in Bologna, stellt ihren Verband vor. Dieser sei auf Initiative von Gewerkschaften entstanden, an die sich Obdachlose gewandt hatten, um Arbeit zu finden. 1990 sei eine erste von diesem Personenkreis herausgegebene "Straßenzeitung" und 1996 eine Sozialgenossenschaft im Bereich der Sammlung und Wiederverwertung von Altmaterial gegründet worden. Dann sei noch ein Verband von Anwälten für die "Menschen der Straße" hinzugekommen. 2004 sei ein richtiges Bildungszentrum gegründet worden, das später auch als Arbeitsvermittlungsstelle fungiert habe. Künftig sollen diese Betroffenenengruppen dafür sorgen, dass die Rolle der Sozialwirtschaft und der Genossenschaften des "Typs B" (Einbindung durch Arbeit) mehr Anerkennung findet, und Ausbildungszentren für die Gewährleistung lebenslangen Lernens gegründet werden.

Kreativität in Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Krisen. **Charlotte Gruber**¹⁴ ist Vorsitzende des Europäischen Netzes sozialer Integrationsunternehmen (ENSIE), das Unternehmen in neun europäischen Ländern vereint, deren Gesellschaftsziel die soziale Eingliederung der arbeitsmarktfernsten bzw. am stärksten von Arbeitslosigkeit bedrohten Bevölkerungsgruppen ist. Diesen Personen werde von den Unternehmen ein geeignetes Arbeitsumfeld geboten, wo sie ihre Beschäftigungsfähigkeit entwickeln und ihren Lebensunterhalt verdienen könnten. Indem sie so in das lokale Gemeinwesen eingegliedert würden (Herstellung nützlicher Produkte in geringerem Umfang, Reinigungs- und Gartenarbeiten, Wiederverwertung von Altmaterialien, Kinderbetreuung usw.), könnten sie Krisenzeiten meistern. Doch häufig blieben sie unsichtbar und ihr Beitrag zur Eingliederung sei zu wenig bekannt bzw. anerkannt.

Beiträge institutioneller Akteure und von Akteuren der Zivilgesellschaft

Nach Ansicht des Generalsekretärs der Gewerkschaft Unione Italiana del Lavoro (UIL), **Massimo di Mena**, sei die Nachhaltigkeit der EU vom Erfolg der Kohäsionsmaßnahmen abhängig, deren wichtigster Schwerpunkt die Eingliederung, vor allem durch Bildung, sei. Es gehe darum, ein flexibleres und besser auf die Bedürfnisse der Menschen abgestimmtes Bildungssystem zu errichten.

Andrea Olivero, Sprecher des "Forum del Terzo Settore" (Forum des Dritten Sektors) sieht in erster Linie eine Kluft zwischen der Grundbildung und der Berufsausbildung, obwohl Kontinuität zwischen beiden bestehen sollte. Die Regierungen müssten darauf achten, dass ihre Bildungssysteme stärker auf Einbeziehung und Eingliederung ausgerichtet seien, um vor allem die Gefahr kultureller Ausgrenzung zu vermeiden. Die Zivilgesellschaft könne und müsse ebenfalls eine Rolle in der Kultur der Partizipation spielen, die zur Förderung der Individuen führen soll. Doch bestünde die Gefahr heute darin, dass der Schwerpunkt vor allem auf kurzfristigen Maßnahmen läge, während das lebenslange Lernen das einzige Instrument sei, mit dem den derzeitigen Herausforderungen

¹⁴ Anlage 2, S. Ix.

begegnet werden könne. Die Krise dürfe nicht auf Kosten der allgemeinen und beruflichen Bildung bewältigt werden. Im Gegenteil, anstatt diese Bereiche in den "Wartestand zu versetzen", müssten sie als „Strategie für den Ausweg aus der Krise“ bedeutendere Investitionen erhalten.

Allgemeine und berufliche Bildung als Instrumente der sozialen Eingliederung. **Aviana Bulgarelli**¹⁵, Direktorin des CEDEFOP, zeigt anhand von Statistiken auf, dass Ursachen für die Armut darin bestünden, dass das Bildungsniveau für "gute Arbeitsplätze" nicht ausreiche und Menschen mit einem niedrigen Bildungsstand stärker von der Krise betroffen seien. In den nächsten zehn Jahren würden voraussichtlich 80 Millionen Arbeitsplätze in Berufen geschaffen, die einen hohen Wissensstand erfordern, während es immer weniger Arbeitsplätze mit "Routinetätigkeiten" geben werde. Da der Zugang zu Weiterbildung vom Grad der Qualifikation abhänge, gelte es zunächst, der derzeitigen Schulabbrecherquote von 15% entgegenzuwirken und Lösungen für die 78 Millionen Menschen zu finden, denen es an Kompetenzen und Qualifikationen mangle.

Soziale Eingliederung und neue Formen der Armut: ein methodischer Vorschlag. **Paolo Coceancig**¹⁶, Sozialarbeiter im CSAPSA (Centro Studio Analisi di Psicologia e Sociologia Applicate - Studienzentrum für angewandte Psychologie und Soziologie), zählt die neuen Kategorien von Armen auf: Arbeitnehmer ohne festen Arbeitsplatz, Arbeitslose kurz vor dem Eintritt in die Rente, überschuldete Personen. Er schlägt einen "lokalen Beschäftigungspakt" zwischen Gebietskörperschaften, sozialen Genossenschaften, Beschäftigungszentren, Gewerkschaften, Freiwilligendiensten und für das Thema Beschäftigungsfähigkeit aufgeschlossenen Unternehmen vor. Als "professionelle Erzieher" seien die Sozialarbeiter zur Umsetzung von Projekten zur Erlangung der Beschäftigungsfähigkeit in der Lage und könnten die politischen Entscheidungsträger über die Probleme informieren, mit denen sie zu tun hätten.

¹⁵ Anlage 2, S. Ixvii.

¹⁶ Anlage 2, S. Ixxii.

Die Rolle der beruflichen Bildung bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. **Tommaso Grimaldi**¹⁷, Generalsekretär des Europäischen Berufsbildungsverbands AEFB, erläutert, dass vor allem präventiv vorgegangen werden müsse. In den 90er Jahren seien Nichterwerbstätige und Arbeitslose allzu oft diskreditiert worden. Hingegen müsse die Möglichkeit der Berufsbildung als allgemein zugängliche öffentliche Dienstleistung gewährt werden und diese gelte es publik zu machen, stets auf dem neuesten Stand zu halten und attraktiver zu gestalten. Dann stellt er einige Fälle "bewährter Verfahren" vor: i) im Vereinigten Königreich würden die Gewerkschaftsvertreter im Rahmen des Projekts "Trade Union Learning Representatives" (Gewerkschaftsvertreter für das Lernen) ihr Vertrauensverhältnis zu den Arbeitnehmern nutzen, um sie zur Weiterbildung zu ermutigen; ii) das Projekt Visa-DIF der französischen Region Centre sei entwickelt worden, um der Ausgrenzung durch Wissenserwerb vorzubeugen. Dies sei ein auf Unternehmen zugeschnittenes Bildungsangebot, das auf kurzen, auf jeden einzelnen Lernenden abgestimmten und mit einem Nachweis als gültig bestätigten Ausbildungsmodulen beruhe; iii) das Projekt "Key to mobility" (Schlüssel zur Mobilität) ermögliche es benachteiligten Jugendlichen, internationale berufliche Basiskompetenzen zu erwerben, um sich in eine andere Ausbildung oder in den Arbeitsmarkt eines anderen Landes integrieren zu können.

"Bewährte Verfahren" der beruflichen Eingliederung von Frauen aus den am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen. **Neus Pociello Cayuela**¹⁸, Generalkoordinatorin der Stiftung AROA in Spanien, erläutert, dass diese Stiftung durch eine Gruppe von Fachkräften der Bereiche Gesundheit, Sozialhilfe und Pflege ins Leben gerufen worden sei, um einen bereichsübergreifenden Ansatz im Hinblick auf die genannte Zielgruppe verfolgen zu können. Die Stiftung befasse sich mit der Integration von schutzbedürftigen Frauen (vor allem Migrantinnen) mittels einer integrierten Ausbildungsstrategie, die alle eine Person betreffenden Aspekte erfasse. Diese Befähigungsstrategie (empowerment) beruhe auf der Anerkennung des individuellen Entwicklungspotenzials einer Person,

¹⁷ Anlage 2, S. lxxv.

¹⁸ Anlage 2, S. lxxx.

die in die Lage versetzt werden soll, ihre persönliche und soziale Situation zu ändern.

Mehrere Teilnehmer melden sich zu Wort, um ihrerseits ihre jeweiligen Initiativen vorzustellen:

Eine in einem Berufsbildungsprojekt der Art "Schule der zweiten Chance" engagierte Frau bittet Lionel Urdy um technische Unterstützung bei der Gestaltung ihrer Initiative.

Eine Mutter berichtet, wie ihr Sohn und zehn weitere Jugendliche mit Behinderungen an Kochkursen teilgenommen hätten, wobei es ihnen gelungen sei, mit Unterstützung der Eltern eine Genossenschaft vom "Typ B" (Eingliederung durch Arbeit) - im vorliegenden Fall ein Restaurant in Florenz - zu gründen.

Die Vertreterin einer seit 1992 in der italienischen Region Friaul tätigen gemeinnützigen Organisation für die Verwaltung von Personalressourcen berichtet über deren Bildungsmaßnahmen (in Zusammenarbeit mit Schulen). Der ursprüngliche Gedanke sei gewesen, mehr Migranten und andere Neuankömmlinge in der Region in die Sekundar- und Hochschulbildung einzubeziehen und sie über die Initiativen der EU zur Förderung von Bildung und Beschäftigung zu informieren.

Für den Vertreter einer Organisation, die Asylbewerber betreut (ALCCI), gilt es, bei der Gestaltung der verschiedenen Ausbildungsbereiche (Sprache, Gesellschaft und Kultur des Aufnahmelandes) den Zeitfaktor zu berücksichtigen, damit im Rahmen der gesetzlich auf sechs Monate beschränkten Eingliederungskonzepte ein Lebensentwurf konzipiert werden könne.

Zwei Vertreter einer Freiwilligenorganisation berichten über ihr Projekt, das vor 15 Jahren speziell für Frauen eines Wohnlagers von Roma ins Leben gerufen worden war. Im Rahmen dieses Beschäftigungsprojekts mit der Bezeichnung "Mani di donne" ("Frauenhände") sei eine Stickerei- und Schneiderwerkstatt errichtet worden, um die Kompetenzen dieser Frauen nutzbar zu machen und um letztere dann in bezahlte Arbeit zu bringen. Seitdem hat sich diese Werkstatt dem Markt angepasst und bietet die Reparatur von Bekleidung sowie

Bügelarbeiten an. Die Erfahrung habe gezeigt, dass diese Art von Projekten im Rahmen von Netzen organisiert und von den lokalen Gebietskörperschaften unterstützt werden müsse.

Die Vertreterin einer Organisation für Hausfrauen spricht das Problem dieser Frauen an, die in Krisenzeiten Arbeit suchen müssten, sich aber weder ihrer eigenen Fähigkeiten noch der für ihre Anerkennung oder ihren Erwerb erforderlichen Zeit bewusst seien. Im Juni soll für diese Organisation ein Arbeitsvermittlungsprojekt genehmigt werden, dessen Ziel die Herstellung von Kontakten und die Begleitung von Frauen sei, die an einer flexiblen Tätigkeit interessiert sind.

Marco Revelli fasst die Diskussion zusammen, wobei er die wichtigsten Erkenntnisse hervorhebt, die aus den Statistiken, den Beispielen für bewährte Verfahren und den Hinweisen für die Politik gezogen werden müssten. Er macht die Voraussetzungen einer erfolgreichen Hilfe für die am stärksten Benachteiligten deutlich, vor allem Ausbildung, Vermittlung, Personalisierung und Herstellung von Kontakten. Er verweist auf die Dringlichkeit entsprechender Maßnahmen, um gegen extreme Ausgrenzung vorzugehen, betont die Auswirkungen mangelnder Schulbildung auf den Zugang zur Beschäftigung und bekräftigt erneut die Forderung, Streichungen im Bildungshaushalt zu unterlassen.

Nach dem Mittagessen eröffnet **Franco Chittolina**, Leiter des Studienzentrums der Stiftung Cassa di Risparmio di Cune, die Sitzung, wobei er folgende Punkte thematisiert: i) Zugang zu Beschäftigung und Erhalt von Arbeitsplätzen seien mittel- und langfristig zunehmend von Investitionen in die Ausbildung abhängig, ii) die Untersuchungen über Trends des Angebots müssten weiter ausgebaut werden, und iii) es müsse ein angemessenes Einkommen für alle sichergestellt werden.

Im Workshop wird erörtert, welche Akteure zuständig sind und welche Maßnahmen sie zu treffen hätten.

Brendan Burns, EWSA-Mitglied (Gruppe I), bedauert, dass in einem Workshop, der den Zugang zur Beschäftigung behandelt, keine Arbeitgebervertreter anwesend seien, und verweist auf die

Bedeutung dieser Akteure. Er schlägt die Erörterung von "Qualifikationen" vor, denn seiner Ansicht nach reichen Abschlüsse allein nicht aus. Er plädiert eher für eine aufgabenbezogene Ausbildung unmittelbar in der Arbeitsumwelt. In Abhängigkeit von der jeweiligen Entwicklung des Arbeitsmarktes solle die betreffende Person allmählich dazu geführt werden, mehr Arbeitsaufgaben zu erfüllen. Genau das sei es, was die Arbeitgeber interessiere. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, die Verfahren der Anerkennung der tatsächlichen Fähigkeiten zu verbessern.

Lars Nyberg, EWSA-Mitglied (Gruppe II), stellt seinerseits fest, dass keine Beiträge von Gewerkschaftsvertretern vorgestellt worden seien. Er schlägt vor, mehr über Möglichkeiten zur Vermeidung der Ausgrenzung nachzudenken. Darüber hinaus ist er der Ansicht, dass sich der öffentliche Sektor seiner Verantwortung in diesem Bereich nicht entziehen dürfe, so verdienstvoll die Initiativen des privaten Sektors und der Zivilgesellschaft seien. Daher müssten den Ambitionen der Mitgliedstaaten entsprechende Finanzmittel eingesetzt und beispielsweise durch Steuermittel aufgebracht werden.

Robert de Mûelenaere, EWSA-Mitglied (Gruppe I), ist der Ansicht, dass Arbeitsplätze nicht nur durch die Arbeitgeber, sondern auch durch koordinierte Maßnahmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geschaffen werden könnten. In der Bauindustrie in Belgien seien 200 000 Leute beschäftigt, doch seien jedes Jahr 20 000 neue Arbeitnehmer zum Ausgleich für die Abgänge erforderlich, die zu finden eben aufgrund der fehlenden fachlichen Ausbildung schwierig sei. In einer sogenannten Wissensgesellschaft müssten die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung die Grundvoraussetzungen für den Zugang zu Beschäftigung schaffen.

Peter Hansen, EWSA-Mitglied (Gruppe II), nennt einige Beispiele bewährter Verfahren, die von schwedischen Arbeitgebern praktiziert worden seien, um gesellschaftliche Randgruppen in Arbeit zu bringen. Zugleich kritisiert er aber auch Arbeitgeber, die es vermieden, Migranten mit Hochschulabschluss ein Praktikum anzubieten. Über die allgemeine und berufliche Bildung müsse im Rahmen der europäischen Initiative "Neue Kompetenzen für neue Beschäftigung" erneut nachgedacht werden, wobei nicht nur

"hochwertige" Bildungsangebote angestrebt, sondern Arbeit-suchende für alle Angebote, einschließlich der Altenpflege (80% der Neueinstellungen in den USA), vorbereitet werden sollten.

Joost van Iersel, EWSA-Mitglied (Gruppe I), führt das Beispiel der Niederlande an, wo im Konsens zwischen Sozialpartnern und durch Maßnahmen von Vermittlern wie den Handelskammern ein flexibles Kooperationsmodell geschaffen worden sei, mit dem Arbeitslosigkeit verhindert werden könne. Aufgabe der Regierungen sei es nicht, Arbeitsplätze im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern günstige Voraussetzungen für Beschäftigung zu schaffen, d.h. i) die Bildung zu modernisieren und ii) Steuerinstrumente einzusetzen, um die Finanzierung der betrieblichen Ausbildung zu unterstützen. Im Hinblick auf die Migranten müssten bestehende Vorurteile bekämpft werden, und es gelte, deren Bedeutung auf dem Arbeitsmarkt anzuerkennen und sie über die berufliche Bildung besser zu integrieren.

Xavier Verboven, EWSA-Mitglied (Gruppe II), richtet das Augenmerk auf den Rückgang der Einkommen im Zusammenhang mit dem Verlust des Arbeitsplatzes, was in einem Haushalt mit zwei Arbeitslosen bis zu 80% des Einkommens ausmachen könne. Er erinnert auch an den Bedarf an geeigneten Ausbildungen für Arbeitnehmer im Alter von über 50 Jahren (in einigen Ländern über 50% der Arbeitnehmer). Während die Verantwortung für die allgemeine Bildung Sache der Bildungssysteme sei, müssten bei der berufsbegleitenden Weiterbildung eher die Sozialpartner über passende Lösungen verhandeln.

Eine Gewerkschaftsvertreterin aus Irland berichtet, wie die Krise zum Stillstand des jüngsten Beschäftigungswachstums in Irland geführt habe (4,6%), wodurch die Arbeitslosenquote auf 14% angestiegen sei und vor allem die weniger qualifizierten Arbeitnehmer betreffe. Daraus ergebe sich, wie wichtig eine stärkere soziale Infrastruktur und eine verantwortungsvollere Beschäftigungspolitik seien.

Sandy Boyle, EWSA-Mitglied (Gruppe II), ist der Ansicht, dass die formale Bildung für den Zugang zum Arbeitsmarkt unvermeidlich sei. Früher hätten junge Menschen ohne Studium im Finanzsektor arbeiten können, während sie heute einen Hochschulabschluss

benötigten. Die Vermittlung von Finanzwissen sei ein wichtiger Faktor für die Integration, denn sie verhindere Ausgrenzung wegen Überschuldung.

Ein Professor aus einem Polytechnischen Institut in Italien verweist auf die dort bestehende Tendenz, den Unterricht öffentlicher technischer Schulen in den Sekundarunterricht zu integrieren, was zu einer Kürzung der Stundenanzahl im "praktischen" Unterricht führen würde. Ferner betont er, dass die Lernenden zunächst ein bestimmtes Niveau der Grundbildung erreichen müssten, bevor sie sich spezialisieren sollten.

Aviana Bulgarelli verwendet das Wort "flexication" (flexible Bildung) und verweist damit auf die Notwendigkeit, die Ausbildungsgänge zu flexibilisieren und die Gestaltung von Laufbahnen "auf Zeit" zu ermöglichen. Darüber hinaus gelte es, die Beziehungen zwischen den Bildungseinrichtungen und den Unternehmen zu stärken.

Jean Lapeyre, stellvertretendes EWSA-Mitglied (Gruppe II), stellt fest, dass die Krise "eine Maschine sei, die soziale Ausgrenzung produziere", und dass Arbeitslosigkeit um jeden Preis vermieden werden müsse. Insofern müssten die Arbeitgeber Mittel und Wege finden, um Entlassungen zu vermeiden und den weniger qualifizierten Arbeitnehmern Weiterbildungsmöglichkeiten anzubieten.

Vor Abschluss der Sitzung merkt **Franco Chittolina** noch an, dass Investitionen in die Bildung und in Bildungseinrichtungen nicht in die Berechnung der Staatsschuld einfließen dürften.

Nach der Kaffeepause greift der Berichterstatter des Workshops, **André Mordant**, die Vorschläge aus den Präsentationen und Aussprachen auf. Er äußert seine persönliche Ansicht, dass Bildung ein Recht und das öffentliche Bildungswesen der wichtigste Ort für dessen Umsetzung sei. Bildung müsse integrativ sein, was veränderte Ansätze, Strukturen und Systeme erforderlich mache. Sie müsse auch das Thema "Bildung mit dem Ziel der Eingliederung" für besonders schutzbedürftige Personen einschließen. Der Zugang zum Arbeitsmarkt sei zweifellos wichtig, doch müsse die Beschäftigung

einen angemessenen Lebensstandard sicherstellen. Daher sei eine "menschenwürdige" Arbeit wichtig.

WORKSHOP 3

Bildung als Tor zur Wahrnehmung von Rechten: proaktive Integration

Der Vorsitzende und Moderator des Workshops, Präsident der Stiftung Fondaca und Gründer des Netzes "Cittadinanza attiva" (Aktive Staatsbürgerschaft), **Giovanni Moro**, eröffnet den Workshop mit dem Hinweis auf die drei Schwerpunkte einer aktiven demokratischen Teilnahme: Engagement der Zivilgesellschaft für das Bildungswesen, staatsbürgerliche Aktivitäten als Bildungserfahrung und als Prozess der Sozialisierung und Stärkung der Fähigkeiten besonders schutzbedürftiger Personen sowie Strategien aktiver Bürger im Zusammenhang mit formaler Bildung und insbesondere nichtformaler Bildung. Giovanni Moro bedauert die geringe Aktivität der Regierungen der Mitgliedstaaten in diesem Bereich, denn dadurch würden die hohen Erwartungen der Bürger enttäuscht.

Erfahrungsberichte von Vertretern der Zivilgesellschaft und sozialer Akteure

Gleiche Rechte für alle: **Marie-Cécile Renoux**¹⁹, Delegierte des Vereins ATD Vierte Welt bei der EU, stellt ihren Bericht über Volkshochschulen vor, die auf Dialog und gegenseitig bereichernden Begegnungen zwischen jenen beruhen, die in großer Armut leben, und jenen, die mit ihnen solidarisch sind. Erstere werden dabei zu Akteuren, die über bestimmtes Wissen verfügen und denen es so gelingen kann, ihre Scham zu überwinden und Anerkennung und Würde zu gewinnen. So entsteht Wissen, das auf Lebenserfahrung beruht, über die wir von den Betroffenen viel lernen können, wobei sie selbst ebenfalls einen Prozess der Bewusstwerdung durchlaufen müssen. So wird mangelnde formale Bildung durch nichtformale Bildung und Lebenserfahrung ergänzt. Der erzieherische Ansatz in

¹⁹ Anlage 2, S. lxxxii.

einem emanzipatorischen Projekt muss sowohl für die betroffenen Personen, aber auch mit ihnen gemeinsam konzipiert werden.

Die Sozialpartner als Akteure für Information und Bildung im rechtlichen Bereich. **Beniamino Lami**²⁰, Nationalsekretär der Lehrgewerkschaft FLC-CGIL betont, dass der integrative Charakter des italienischen Bildungssystems seine Wurzeln in der italienischen Verfassung habe, in der Arbeit und Bildung Grundrechte, aber auch Instrumente zur Herausbildung des staatsbürgerlichen Bewusstseins seien. Beniamino Lami weist allerdings darauf hin, dass es nicht ausreiche, die allgemeinen Grundsätze anzuführen, sondern dass es ihrer praktischen Umsetzung bedürfe, wie es das Beispiel von Menschen mit Behinderungen oder auch des Migrationsphänomens zeige, die heutzutage in unserer multikulturellen Gesellschaft dauerhaft strukturell berücksichtigt würden. Der interkulturelle Bereich sowie Gleichheit und Solidarität würden es so erlauben, im Rahmen der Interaktion zwischen den Identitäten eine sowohl aus ziviler als auch aus politischer Sicht reifere Gesellschaft zu errichten.

Die vorzeitige Ausgrenzung von Jugendlichen aus den Netzen der allgemeinen und beruflichen Bildung. **Cesare Moreno**, Vorsitzender der Vereinigung Maestri di Strada ("Straßenlehrer"), betont, dass die Eingliederung ausgegrenzter Jugendlicher nicht das Ergebnis, sondern der Beginn eines Prozesses sei, der es ihnen erlaube, sich das Gesetz zu eigen zu machen ("das Gesetz ist in dir") und aktiver Teil einer Gemeinschaft zu werden, die als ein auf Beziehungen und auf Gegenseitigkeit gestalteter Raum wahrgenommen werde. Bildung sei eine Form des Widerstands gegen die Krise. Sie dürfe nicht den wirtschaftlichen Faktor als einziges Kriterium zugrunde legen, sondern müsse vor allem die sozialen Aspekte berücksichtigen.

Bildung als Universaldienst. **Alessandro Martini**²¹, Leiter der Caritas Florenz, betont, dass Bildung ein Weg sein müsse, in dessen Verlauf die gesamte Persönlichkeit wachsen würde. Dabei sei es vor allem erforderlich, dem jeweils anderen mit seinem Anliegen zuzuhören, um dann durch Bildung Solidarität und Gegenseitigkeit erfahren zu können. Das Wort sei das wichtigste Instrument der Bildung. Es diene

²⁰ Anlage 2, S. lxxxix.

²¹ Anlage 2, S. xc.

dazu, Freiheit und soziale Gerechtigkeit aufrechtzuerhalten und zu gewährleisten.

Beitrag institutioneller Akteure und der Zivilgesellschaft

Recht auf Zugang zu Finanzmitteln: Nach Aussagen von **Denis Stokink**²², Vorsitzender der Denkfabrik "Für Solidarität", sei das Recht auf Zugang zu Finanzmitteln eine unverzichtbare Voraussetzung, um die volle Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten. Leider seien viele Menschen finanziell ausgegrenzt und überschuldet. Um dem abhelfen zu können, müssten spezielle Bildungsinitiativen für Verbraucher entwickelt und Partnerschaften mit nichtstaatlichen Organisationen, öffentlichen Einrichtungen und der Privatwirtschaft gegründet werden, um alle Zielgruppen zu erreichen.

Bürgersinn und Verfassung: **Frau Fichelli**²³, Vertreterin des italienischen Ministeriums für Bildung, Hochschulen und Forschung, stellt einen Lehrgang vor, der für alle Studenten verbindlich sein und dessen Ziel die Herausbildung einer aktiven demokratischen Staatsbürgerschaft und bewusster Verhaltensweisen der Studenten durch eine gründlichere Aneignung der Werte und Grundsätze der italienischen Verfassung, aber auch der wichtigsten gemeinschafts- und völkerrechtlichen Konventionen, sein müsse. Damit werde angestrebt, von der Schule der Wissensvermittlung zu einer Form der Schule überzugehen, in der Jugendliche die Fähigkeit erwerben könnten, aktive und bewusste Staatsbürger zu werden.

Das Recht auf Bildung im Menschenrechtsbereich: **Emmanuel Decaux**, Professor für internationales Recht an der Universität Paris II und Mitglied des Beratenden Ausschusses des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen, erinnert an die Rechtsgrundlagen - die entweder als verbindliche Rechtsvorschriften oder als deklaratorische Rechtsakte bestehen - und betont, dass es sich dabei zum einen um ein Recht an sich und zum anderen um einen Aspekt des Rechts auf Bildung im umfassenderen Sinne handele. Er verweist auch darauf,

²² Anlage 2, S. xciii.

²³ Anlage 2, S. xcvi und civ.

dass es wichtig sei, dieses Recht - wie auch das Recht auf Gesundheit - wirksam durchzusetzen.

Rosario Iaccarino²⁴, nationaler Beauftragter für gewerkschaftliche Bildung der italienischen Metallarbeitergewerkschaft FIM CISL betont, dass soziale Unsicherheit zu Gleichgültigkeit und Intoleranz führe und das Individuum schwäche. Die erzieherische Herausforderung müsse angenommen werden, wobei es gelte, von einem vor allem persönlichen Recht auf die Pflicht überzuleiten, die gesellschaftlicher Natur sei, von der Ideologie zu den Werten, und dabei Unabhängigkeit, aber auch Verantwortung und Gegenseitigkeit zur Richtschnur zu machen.

Nach Ansicht von **Sergio Marelli**²⁵, Generalsekretär der Federazione Organismi Cristiani Servizio Internazionale Volontario - FOCSIV (Dachverband der italienischen christlichen Freiwilligendienste für internationale Einsätze), sichert Bildung den Zugang zu allen anderen Rechten und biete ein enormes Potenzial der Heranbildung von Kindern und Jugendlichen zu bewussten und aktiven Erwachsenen. Das Recht auf Bildung müsse auch in den entwickelten Ländern garantiert werden, wo es durch das derzeitige Entwicklungsmodell bedroht sei, bei dem nicht mehr die Persönlichkeit im Mittelpunkt stehe und so der frühzeitige Abbruch der Schulausbildung begünstigt werde. Selbstverständlich sei das Problem auch in den weniger entwickelten Ländern sehr kritisch und erfordere gemeinsame Bemühungen, wobei die Europäische Union vor allem mit einem Vorschlag für einen verbesserten Indikator für die Qualität der Bildung eine wichtige Rolle spielen könne.

Luisa Bosisio Fazzi²⁶, Vorsitzende des nationalen Behindertenrates (Italien), betont, dass die Behinderung vor allem ein gesellschaftliches Thema sei, dem daher mit Bildung und Eingliederung begegnet werden müsse. Die Behindertenthematik könne als Gradmesser für die tatsächliche Fähigkeit angesehen werden, Bildung für alle zugänglich zu machen.

²⁴ Anlage 2, S. cv.

²⁵ Anlage 2, S. cviii.

²⁶ Anlage 2, S. cx.

Anschließend findet eine erste Aussprache zwischen den Projektbeteiligten, den Rednern und den Teilnehmern des Workshops statt, in deren Verlauf folgende Personen das Wort ergreifen: **Herr Massa** (FRC Neapel), der über abgebrochene Schulbildung spricht und darüber, wie wichtig die Festlegung gemeinsamer Ziele auf EU-Ebene sei; ein Stellvertreter des Präsidenten der Provinz Pisa, der den Zusammenhang zwischen dem informellen Bereich und der Zivilgesellschaft einerseits und dem formellen Bereich und der Politik andererseits anspricht. **Herr Gennari** (Schulleiter in der Toskana) trägt allgemeinere Überlegungen zur grundlegenden Rolle des Bildungswesens für die Heranbildung aktiver Bürger vor.

Nach dem Mittagessen eröffnet der Berichterstatter, **Stéphane Buffetaut**, die Fortsetzung der Aussprache, wobei er einige Aspekte aufgreift, die in der vorangegangenen Aussprache erörtert wurden - beispielsweise, wie wichtig die praktische und konkrete Umsetzung feierlich verkündeter Rechte sei; dass die Ausübung der Rechte nicht allein ein Zweck an sich sei, sondern auch letztlich die Würde des diese Rechte ausübenden Menschen zum Ziel haben müsse; das Konzept der Bildung im Sinne eines Austauschs, in dessen Rahmen selbst die Ärmsten viel einzubringen hätten und hier das entsprechende Bewusstsein entwickeln würden; die mitunter ideologisch bedingte Unfähigkeit, diesen Jugendlichen beruflich orientierte Qualifikationen anzubieten; die Bedeutung einer Bildung, die nicht nur Wissen, sondern auch Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens vermitteln soll, und schließlich der Bürgersinn, die verhängnisvollen Auswirkungen von Familienkrisen auf die Kinder, die Tatsache, dass die soziale Eingliederung sich nicht auf die Ausübung von Rechten bzw. Forderungen nach ihnen beschränken dürfe, sondern auch die Erfüllung von Aufgaben und die Übernahme von Verantwortung erfordere, die soziale Verantwortung der Unternehmen sowie die Rolle, die Eliten im Dienste der Gesellschaft und im Bereich der sozialen Eingliederung tatsächlich spielen oder vielmehr spielen sollten.

Anschließend wird die Aussprache mit Wortmeldungen aus dem Sitzungssaal fortgesetzt: **Herr Moro** spricht über die Bedeutung, die Unternehmen im Hinblick auf Maßnahmen im Sinne sozialer Verant-

wortung hätten, aber auch die Schwierigkeiten, mit denen sie in diesem Zusammenhang konfrontiert seien; **Herr Macario** (Student aus Genua) über die Bildung als Netzwerk und Form des Austauschs und der Verbreitung bewährter Verfahren; **Herr Loni** (Behindertenverband der Toskana) über die Schwierigkeiten, die behinderte Menschen gehabt hätten, zu dieser Konferenz zugelassen zu werden, denn gerade sie hätten Zeugnis davon ablegen können, dass noch so großartige Reden keine Umsetzung finden, sowie darüber, wie wichtig es sei, die Menschen einzubeziehen, denen man helfen möchte; **Herr Robyns de Schneidauer**, EWSA-Mitglied, über die Verantwortung der Medien bei der Vermittlung von Finanzwissen; **Herr Santostefano** (IRES der Region Piemont), darüber, wie wichtig die Öffnung von Räumen für die informelle Bildung sei; **Frau Renoux** (ATD Vierte Welt) darüber, dass die Entwicklung einer Gesellschaft an der Verbesserung der Lebensqualität der Bedürftigsten gemessen werden müsse, sowie über die Bedeutung der Gegenseitigkeit beim Austausch im Rahmen von Bildung; **Frau Bosisio Fazzi** (italienischer Behindertenrat) darüber, wie wichtig der wirkliche Zugang zur Bildung für alle sei; **Herr Moreno** (Maestri di Strada) - darüber, dass die EU einen Katalog von Berufen und Projekten mit Bildungsfunktion aufstellen solle, dass die aus einer Gesellschaft Ausgegrenzten Indikator für die Gesundheit dieser Gesellschaft seien, ferner über die Notwendigkeit einer Bewertung der Bildungsprogramme; **Frau Fichelli** (italienisches Ministerium für Bildung, Hochschulen und Forschung) über die Rolle, die das öffentliche Schulsystem, aber auch die informelle Bildung spielen könnten.

Abschließend unterbreitet **Herr Buffetaut** seine Vorschläge, wobei er vor allem darauf verweist, dass die von sozialer Ausgrenzung Betroffenen aktiv bei der ihnen gewährten Hilfe und der Bildung mitwirken müssten. Er spricht auch die Bedeutung von Qualität und Gerechtigkeit im Zusammenhang mit Ausbildung und Eingliederung sowie den Sachverhalt an, dass Eingliederung alle etwas angehe. Die Vorschläge, zu denen vom Publikum einige Änderungen eingingen, werden nach Zustimmung durch Herrn Buffetaut angenommen. Die Aussprache wird von **Herrn Moro** mit dem Hinweis darauf geschlossen, dass der Europäischen Union mit dieser Konferenz zweifellos ein bedeutender Schritt im Hinblick auf die Annäherung

ZUSAMMENFASSUNG DER KONFERENZ

an die Bürger, die Ausgegrenzten und deren konkrete Probleme gelungen sei.

SAMSTAG, 22. MAI

Abschlusssitzung: Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Einleitung und Kurzbericht über die Workshops

Maureen O’Neill, Mitglied des EWSA (Gruppe Verschiedene Interessen) und Berichterstatteerin für den Workshop 1 "Bildung als Tor zu sozialem Engagement: Grundlagen für die Integration", erklärte, dass es bei der Ermittlung der Grundlagen für die soziale Integration wichtig ist, Europa im globalen Kontext zu betrachten. Es sei notwendig, lokale Themen zu behandeln, aber auch zu untersuchen, wie europäische Bürgerinnen und Bürger den Fortschritt in anderen Ländern beeinflussen können. Das EWSA-Mitglied unterstrich zudem die Bedeutung der ILO-Erklärung über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung. Im Rahmen des Workshops wurde die Frage erörtert, wie Familien unterstützt werden sollten und wie die Zusammenarbeit mit jungen Menschen verstärkt werden könnte. Maureen O’Neill begrüßte den Beitrag der Europäischen Kommission, in dem eine Reihe bereits ergriffener Maßnahmen vorgestellt wurden. Ein äußerst wichtiges Thema ist ihrer Meinung nach die Situation von Einwanderern. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass Migranten dank ihres kulturellen Hintergrunds spezifische Fähigkeiten mitbringen, die anerkannt werden sollten: Ihre Unterschiede sollten genauso geschätzt werden wie ihre Gemeinsamkeiten. Ein weiterer wichtiger Aspekt, auf den Maureen O’Neill in der Rede einging, war die aktive Bürgerschaft, die als Schlüsselfaktor bezeichnet wurde: Im Sinne der aktiven Bürgerschaft müsse es Jugendlichen ermöglicht werden, zur Lösung ihrer Schwierigkeiten selbst beizutragen. Redner und Teilnehmer verständigten sich auf vier spezielle Themenbereiche, die nach Ansicht von Maureen O’Neill die Aufmerksamkeit der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates verdienen: frühkindlicher Unterricht, Bildungsträger, Sprachvermittlung und Diskriminierung. In diesem Zusammenhang wurde auf mehrere Notwendigkeiten hingewiesen. Erstens muss der frühkindliche

Unterricht gefördert werden, um eine gute Bildungsgrundlage für die Entwicklung von Kindern zu schaffen. Zweitens sind die Bildungseinrichtungen dahingehend zu unterstützen, dass Lehrkräfte angemessene Schulungen erhalten. Ein wichtiger Aspekt sind hier die Auswirkungen der Informationstechnologien und die Frage, wie diese Technologien von allen für die persönliche Entwicklung genutzt werden können. Drittens wurde in Bezug auf die Sprachvermittlung darauf hingewiesen, dass die Kenntnis der Sprache des Aufnahmelandes für Einwanderer unverzichtbar ist und der Sprachunterricht für Migranten von der EU unterstützt werden sollte. Hinsichtlich der Diskriminierung wurde schließlich das Problem von Roma-Kindern angesprochen und betont, dass Antidiskriminierungsmaßnahmen in diesem Bereich von wesentlicher Bedeutung sind. Ein weiteres zentrales Thema der im Workshop unterbreiteten Vorschläge waren die Grundrechte im Rahmen der EU-Politik.

André Mordant, Mitglied des EWSA (Gruppe der Arbeitnehmer) und Berichterstatter für den Workshop 2: "Bildung als Tor zum Arbeitsmarkt: Praktische Umsetzung der Integration", unterstrich gleich zu Beginn die allgemeine Besorgnis angesichts der für den Bildungssektor zur Verfügung stehenden Finanzmittel. Insbesondere in Krisenzeiten sei die öffentliche Finanzierung der allgemeinen und beruflichen Bildung eine grundlegende Investition, die keinen Haushaltszwängen unterworfen sein dürfe. Vielmehr sollten alle erforderlichen Mittel bereitgestellt werden, um die Bildungsziele zu erreichen. Zahlreiche Vertreter der Zivilgesellschaft nahmen an diesem Workshop teil, wobei verschiedene Initiativen vorgestellt wurden: die Erfahrungen der "Schule der zweiten Chance" in Marseille, die deutlich machten, dass eine berufliche Ausbildung nur durch die Wiederaneignung von Grundkenntnissen und sozialen Kompetenzen möglich ist; das Projekt eines Frauenverbands in der Toskana, der Roma-Frauen die Möglichkeit gibt, einen Näh- und Bügelservice zu eröffnen und so eine Beschäftigung zu finden; ein Verein für Menschen ohne festen Wohnsitz, der darauf hinwies, dass das Verständnis für die Situation eines Menschen für seine soziale Eingliederung ausschlaggebend ist und dass der Zugang zu einer Beschäftigung, so geringfügig sie auch sein mag, ihm seine Würde zurückgibt, Anerkennung bringt und schließlich die Ausübung seiner Rechte ermöglicht; eine französische Organisation für nichtsesshafte

Menschen, die hervorhob, dass ein Eingliederungskonzept nicht zu speziell auf diesen Personenkreis zugeschnittenen Maßnahmen führen darf, sondern die Berücksichtigung ihrer Besonderheiten bei der Erarbeitung und Durchführung der auf die gesamte Bevölkerung ausgerichteten Maßnahmen zur Folge haben muss. André Mordant führte weiter aus, dass es eine unmittelbare Verbindung Bildungsqualität und Beschäftigungsqualität gibt: Soziale Ungleichheiten führten zu Ungleichheiten hinsichtlich des Zugangs zur Bildung, der schulischen Erfolge und des Zugangs zu hochwertiger Beschäftigung. Es sei wichtig, an diesen offenkundigen Zusammenhang zu erinnern – ein Zusammenhang, der im Übrigen auch für den Zugang zu Fortbildungsmaßnahmen gelte, von denen die Menschen mit den geringsten Qualifikationen ausgeschlossen seien. Die Teilnehmer an diesem Workshop erklärten ihre Unterstützung für die Strategie Europa 2020, die darauf abzielt, die Zahl der Schulabbrecher auf unter 10% zu senken und den Anteil der jungen Menschen mit einem Hochschulabschluss auf mindestens 40% anzuheben. Ein Diplom allein reiche jedoch nicht aus: Die erworbenen Qualifikationen müssten an die Wirklichkeit auf dem Arbeitsmarkt angepasst werden. André Mordant unterstrich, dass die Bildung ein Grundrecht für die persönliche Entwicklung und Selbstverwirklichung ist. Während der Staat die Verantwortung für das Bildungssystem trage, obliege es den Sozialpartnern, umfassende regionale und lokale Vereinbarungen für eine berufliche Weiterbildung zu treffen, und gemeinsam müssten sie die Entwicklung eines europäischen Qualifikations- und Kompetenzrahmens vorantreiben. Bezüglich der Ausbildung am Arbeitsplatz müssten Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter auf einen Konsens hinarbeiten und Ausbildungsgänge fördern, die auf die Erfordernisse des Unternehmens zugeschnitten sind. Die Teilnehmer forderten von der Europäischen Union, die Rolle der organisierten Zivilgesellschaft bei der Umsetzung kreativer Lösungsansätze anzuerkennen und zu unterstützen. Dabei geht es in erster Linie um die Sozialwirtschaft, Genossenschaften und die Freiwilligenarbeit, die im Bereich des Nachhilfeunterrichts und bei der Bekämpfung von Analphabetismus eine wichtige Rolle spielt. André Mordant wies darauf hin, dass besondere Anstrengungen unternommen werden müssten, um Frauen in Arbeit zu bringen und zu halten, denn in 17 Mitgliedstaaten sind sie wegen der Schwierigkeiten beim Zugang zur Beschäftigung (Teilzeit, Alleinerziehung) und des ge-

schlechtsspezifischen Einkommensgefälles von Armut am stärksten betroffen. Durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Zugangs zum Arbeitsmarkt für Frauen kann den Risiken eines Arbeitskräftemangels entgegengewirkt und sicherlich auch die Armut bekämpft werden. Schließlich betonte der Berichterstatter, dass Einwanderungsgesetze die Integration fördern müssen und Arbeitsmigranten wegen ihres Beitrags zur Gesellschaft als Bürger mit allen Rechten und Pflichten angesehen werden sollten. Das bedeute nicht nur, dass ihnen alle Dienstleistungen und der Bildungsbereich offen stehen müssten, sondern dass es ihnen auch ermöglicht werde, einen Schulabschluss und damit eine Chance zur Integration in die Gesellschaft zu erhalten.

Stéphane Buffetaut, Mitglied des EWSA (Gruppe der Arbeitgeber) und Berichterstatter des Workshops 3 "Bildung als Wahrnehmung von Rechten: proaktive Integration". Der Workshop folgte einem sehr konkreten Ablauf und stützte sich auf Berichte von in diesem Bereich tätigen Akteuren, die aufzeigten, wie sie ausgegrenzten Menschen, denen die Wahrnehmung ihrer Rechte verweigert wird, durch Bildungsarbeit zu ihrer Würde verhelfen konnten. Insbesondere wurden der Zugang zu Finanzierung, die Benachteiligung durch Behinderungen, die Vermittlung von Wissen über Bürgerrechte und die Erziehung zu Bürgersinn (Vermittlung der verfassungsrechtlichen Vorschriften) angesprochen. Die Proklamation von Rechten ist wichtig, doch noch wichtiger ist es, jedem zu ermöglichen, diese auch in der Praxis wahrzunehmen und ihre Rechtssicherheit zu gewährleisten. Während des Workshops wurde die Rolle von Gewerkschaften und der sozialen Verantwortung von Unternehmen hervorgehoben, um ausgegrenzte Menschen durch reine Bildungsmaßnahmen und das Wiedererlernen der Verhaltensregeln des gesellschaftlichen Lebens schrittweise in die Arbeitswelt zurückzuführen. Stéphane Buffetaut berichtet, dass die Ausübung von Rechten bei den Debatten nicht als ein Zweck an sich betrachtet wurde: der letztendliche Zweck ist die Bekräftigung der Würde ausgegrenzter Menschen durch ihre uneingeschränkte Beteiligung am gesellschaftlichen Leben. Es handelt sich dabei um einen wechselseitigen Prozess: Es ist wichtig, dass das auf eigenen Erfahrungen beruhende Wissen der ausgegrenzten Menschen in die Prozesse der Eingliederung eingebunden wird. Für die Wahrnehmung von Rechten ist die Bildung von zentraler Bedeutung

und wenn ausgegrenzte Menschen ihre Zielgruppe sind, muss sie spezifischen Kriterien genügen, wie etwa der Wechselseitigkeit und der "Resozialisierung". Hierfür eignet sich am besten die nichtformale bzw. informelle Bildung (durch NGO, die Familie, Unternehmen, Medien), wohingegen die formale Bildung tendenziell Ausgrenzung bewirkt, da sie nicht auf diese besonderen Bedürfnisse eingeht. Das Problem der Multikulturalität sei realistisch anzugehen, betont Herr Buffetaut. In Europa bestehen interkulturelle Spannungen, und Bildung sollte in jedem Fall Verständigung fördern, um Multikulturalität zu einem Faktor für Wohlstand zu machen. Besonderes Augenmerk wurde auf die Situation von Menschen mit Behinderungen gerichtet, die oft unbeabsichtigt diskriminiert werden und infolgedessen auf dem Arbeitsmarkt unter starker sozialer Ausgrenzung leiden. Abschließend weist Herr Buffetaut darauf hin, dass sich anhand des Grades der sozialen Ausgrenzung der Gesundheitszustand einer Gesellschaft beurteilen lässt. In der Europäischen Union leben 78 Mio. Bürger unterhalb der Armutsgrenze. Da diese Zahl für niemanden akzeptabel sein kann, fordern die Teilnehmer des Workshops, sowohl qualitativ als auch quantitativ ehrgeizige Ziele zur Beseitigung extremer Armut einschließlich eines entsprechenden Kontrollmechanismus in die Strategie Europa 2020 aufzunehmen.

Position der Institutionen

Isabelle Durant, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments. Allein seine Bürger geben Europa einen Sinn. Daher verlangen es die prekären Verhältnisse, in denen eine beträchtliche Anzahl von ihnen lebt, diesem Problem Zeit und Aufmerksamkeit zu widmen, selbst in Zeiten der Wahl in Belgien. Frau Durant äußert großes Interesse an den Arbeiten der Konferenz und hofft unter Hinweis darauf, dass durch den Lissabon-Vertrag eine Pflicht zum Dialog zwischen den europäischen Institutionen eingeführt wurde, dass diese in Zukunft eine größere Interaktion zwischen den EU-Institutionen, und insbesondere zwischen dem Europäischen Parlament und dem EWSA, bewirken wird. Soziale Ausgrenzung ist kein Phänomen der Finanzkrise; diese hat die Situation jedoch verschlimmert und insbesondere zu neuen Formen der sozialen Benachteiligung geführt: unter der Armutsgrenze lebende Erwerbstätige, höhere Belastung des Familienbudgets durch gestiegene Wohnungskosten,

alleinerziehende Eltern oder Patchwork-Familien etc. Auch wenn Bildung und die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung nicht in den ausschließlichen Zuständigkeitsbereich der EU fallen, stehen doch einige strittige Fragen in unmittelbarem Zusammenhang damit. Zum einen wirken sich die Koordinierung der Wirtschaftspolitik und die Regulierung der Finanzmärkte auf die Sozialpolitik aus: Lässt man die Finanzmärkte auf die öffentlichen Finanzen eines Staates spekulieren, veranlasst dies die Behörden entsprechend verstärkt, Sparmaßnahmen zu ergreifen, die sich wiederum auf die Integrationsverbände, Arbeitgeber, Kommunalbehörden, Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sowie andere soziale Dienste auswirken können, und zwar in einem Maße, das sich in Zukunft als noch dramatischer erweisen könnte als zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Heutzutage benötigen wir eine wirtschafts- und haushaltspolitische Steuerung, die auch aus sozialer Sicht vertretbar ist. Ebenso muss an Wegen zur Finanzierung der Haushaltsdisziplin gearbeitet werden, einschließlich einer stärkeren Umverteilung durch das Steuersystem und der Besteuerung von Finanztransaktionen. Zum anderen sollten in der Strategie Europa 2020 Maßnahmen zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung berücksichtigt werden, ihre Zielsetzungen und Inhalte sind jedoch unzulänglich. Es hätte eine Bewertung der vorherigen Strategie vorgenommen werden müssen, um aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Überdies konnte im Europäischen Parlament keine gemeinsame EntschlieÙung mit konkretem Inhalt und Schwerpunkt auf der Armutsbekämpfung verabschiedet werden. Die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung steht in keinem Zusammenhang mit kurzfristiger Unterstützung, Abhängigkeit und Bereitstellung von Mitteln. Es geht dabei um die Wiederherstellung der Würde und Anerkennung, die von dem Willen der Menschen abhängt, die in den Sozialdiensten, Unternehmen, Schulen, Verbänden etc. arbeiten. Dies hinterfragt unser konsumorientiertes und auf quantitative Ziele gestütztes Entwicklungsmodell. Diese Frage muss von den Institutionen ebenso getragen werden wie von der Zivilgesellschaft, um Europa den Bürgern näher zu bringen und bei den kommenden Generationen mehr Begeisterung für Europa zu wecken.

Bibiana Aído Almagro²⁷, spanische Ministerin für Gleichstellung. Die für Gleichstellung zuständige Ministerin Bibiana Aído Almagro unterstreicht in ihrer Rede, dass Bildung für jede Gesellschaft eine absolute Notwendigkeit ist, weil sie den Weg zu einer umfassenden Integration ebnet. Bildung verleiht uns Fähigkeiten, sorgt für unsere Gleichstellung und ruft uns unsere Situation ins Bewusstsein; außerdem bereitet sie uns auf den Entscheidungsprozess und die Berufstätigkeit vor; man könnte sogar sagen, dass sie alle großen Ideen verkörpert, die in der Charta der Grundrechte verankert sind, wie etwa Freiheit, Gleichheit und Zusammenhalt. Damit das auch genau so funktioniert - damit Bildung wirklich den Weg hin zu einer besseren Gesellschaft und einer besseren Welt bereitet -, muss das Qualitätsprinzip bei der Gleichstellung beachtet werden und Exzellenz angestrebt werden, ohne auf Integration zu verzichten. Schülerinnen und Schüler müssen wirklich gleiche Chancen erhalten, ungeachtet ihrer Herkunft und ihrer besonderen Bedürfnisse. Qualität ohne Gleichstellung, so die Ministerin, führt dazu, dass das Bildungswesen nur Eliten hervorbringt, womit wiederum zwangsläufig Segregation und Diskriminierung einhergehen. Das wäre ein gesellschaftliches Fiasko, das sich Europa nicht leisten kann, denn eine Gesellschaft, in der Segregation herrscht, ist eine ungerechte und ineffiziente Gesellschaft. Diskriminierung hindert uns daran, ein bestimmtes Humankapital zu nutzen: nämlich die Fähigkeiten und Talente der Frauen und Männer, deren Rechte auf vollständige Eingliederung und Teilhabe beschnitten werden. Wir kennen nur zu gut das trügerische Argument, dem zufolge Krisenzeiten nicht dazu angetan seien, Gesetze zu erarbeiten und Maßnahmen umzusetzen, die die Chancengleichheit verstärken sollen. Dieser Denkansatz ist nicht nur ungerecht, sondern ganz und gar unzutreffend, denn gerade in Krisenzeiten ist es notwendig, dass alle ihren Beitrag zur Weiterentwicklung des europäischen Projekts leisten - und davon sollte niemand ausgeschlossen werden. Aus diesem Grund betont die Ministerin die Bedeutung des Binoms "Bildung und Gleichstellung": Nur die Erziehung zur Gleichstellung kann ein Gemeinschaftsgefühl erzeugen; sie gewährleistet, dass Talente nicht unerkannt bleiben und dass Ausbildungsmaßnahmen und Stipendien nicht als Ausgaben, sondern als Investitionen verstanden werden. Diese Investitionen in Wettbewerbsfähigkeit und

²⁷ Anlage 2, S. cxiii.

sozialen Zusammenhalt wie auch in Menschen haben einen Ertrag in Form von Humankapital, das gut ausgebildet und bereit ist, für das Wohl und den Fortschritt der gesamten Gesellschaft zu arbeiten. Gegenwärtig können wir feststellen, dass die Erziehung zur Gleichstellung unser wirksamstes Instrument zur Verwirklichung des Wachstumsmodells ist, das wir in den nächsten zehn Jahren konsolidieren möchten. In dieser historischen Phase müssen wir die Folgen der schlimmsten Wirtschaftskrise überwinden, die Europa seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt hat. Sie hat zu hoher Arbeitslosigkeit – insbesondere unter Jugendlichen - und in mehreren Ländern zur Annahme harter Anpassungsmaßnahmen geführt. Deshalb konzentrieren sich unsere Anstrengungen derzeit auf die Schaffung eines neuen Wachstumsmodells, der Europa-2020-Strategie. Dieses durch Intelligenz, Nachhaltigkeit und Integration gekennzeichnete Modell zielt auf eine europäische wissensbasierte Wirtschaft ab, die die Ressourcen effizient nutzt und den sozialen und territorialen Zusammenhalt verstärkt, sodass eine Beschäftigungsquote für Frauen und Männer von 75% in den nächsten zehn Jahren erreicht werden kann. Vor diesem Hintergrund gewinnen die Ziele der schulischen, beruflichen und lebensbegleitenden Bildung an besonderer Bedeutung im Rahmen der kollektiven Anstrengungen der 27 Mitgliedstaaten zur Neuorientierung unserer Wirtschaft an Parametern wie Wissen, Innovation und hochwertiger Beschäftigung. Gleichwohl müssen wir uns der Ausgangslage bewusst sein, d.h. der Schwächen Europas im Bildungsbereich. Diese Situation erfordert nicht nur ein ernstes Nachdenken, sondern auch eine planerische Tätigkeit und ein gemeinsames Handeln, denn ein höheres Bildungsniveau bedeutet einen leichteren Zugang zu hochwertiger Beschäftigung, die ja selbst ein wichtiges Mittel ist, um Wohlstand zu erreichen und die Armut zu bekämpfen und vor allem die soziale Integration zu ermöglichen. Die Vertreterin der spanischen Regierung weist darauf hin, dass der Rat der Bildungsminister im Mai grünes Licht für die einschlägigen Ziele der EU im Zusammenhang mit der Europa-2020-Strategie gegeben hat: einerseits soll die Schulabbruchquote in Europa auf 10% gesenkt und andererseits die Zahl der Personen mit Universitätsabschluss oder an einer Hochschule erworbenen Berufsdiplom auf 40% erhöht werden. Es handelt sich um ehrgeizige, aber auch realistische Bestrebungen, da die verschiedenen Staaten ihre jeweiligen nationalen Ziele auf diesem Gebiet in Übereinkunft mit der Kommission und im Einklang

mit den bereits auf EU-Ebene definierten Zielen festlegen müssen. Das Ziel des spanischen Ratsvorsitzes der EU bestand, so die Ministerin, darin, die Bildung mit all ihren sozialen und integrativen Aspekten in den Mittelpunkt der Europa-2020-Strategie zu stellen - wie auch den Schutz der Unionsbürgerinnen und -bürger vor jeder Form der Diskriminierung, eine neue Errungenschaft hinsichtlich der europäischen Rechte und Grundfreiheiten.

Pietro Cerrito, Sekretär im Bundesvorstand der Gewerkschaft CISL, beginnt seine Ausführungen mit der Feststellung, dass die Europa-2020-Strategie der Union einen Fortschritt im Vergleich zur Lissabon-Strategie darstellt, da sie nicht nur auf das Wirtschaftswachstum abstellt, sondern auch eine Reihe anderer qualitativer Faktoren beinhaltet. Es handelt sich um eine ehrgeizigere und komplexere Strategie mit den sehr interessanten Zielen. Herr Cerrito wirft jedoch die Frage auf, ob die EU mit dem vorgesehenen Instrumentarium und zumal in Krisenzeiten in der Lage sein wird, die Zielsetzungen der Strategie zu erreichen. Dabei komme es in erster Linie darauf an, dass die Instrumente für die Umsetzung der Strategie vor Ort an die Erfordernisse der einzelnen Regionen angepasst werden. Nach Ansicht des Redners sollte der Frage der verwendeten Indikatoren besondere Beachtung geschenkt werden, da es ja im Zeitraum 2000-2008, in dem ein relativ stetiges Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum verbucht werden konnte, zugleich zu einer zunehmenden Verarmung der europäischen Bevölkerung gekommen ist. Zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Armut reicht es nicht, dem Markt zu vertrauen und auf Wachstum zu hoffen, und selbst eine Verbesserung des Zugangs zum Arbeitsmarkt allein ist unzureichend. Vielmehr müssen zusätzliche Ressourcen mobilisiert werden, wobei der Sparkurs mit den Erfordernissen der allgemeinen und beruflichen Bildung und Berufsberatung in Einklang gebracht werden muss, da diesen Bereichen entscheidende Bedeutung zukommt. Nach Ansicht von Herrn Cerrito sollte die EU gemeinsame Indikatoren für die Erhebung von Daten über Armut und über von Armut betroffene Gebiete entwickeln. Der Redner weist darauf hin, dass es über die auf EU-Ebene unternommenen Anstrengungen hinaus auch eines Engagements der einzelstaatlichen Regierungen zur Einkommensumverteilung in dieser von knappen Ressourcen geprägten Zeit bedarf. Welfare kann nicht durch Workfare ersetzt werden. Es ist nicht möglich, den derzeitigen Sozialschutz allein

dadurch zu ersetzen, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt verbessert wird, denn damit wird die Marginalisierung und soziale Ausgrenzung nicht verringert.

Tonio Dell'Olio, Vereinigung LIBERA, beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der Bekämpfung von Kriminalität und der Erziehung zur Legalität, zwei Ziele, die das Netz seiner Vereinigung in Sizilien und in ganz Italien fördert. Er betont, dass die Frage der Bildung zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung sich wie ein roter Faden durch die gesamte Tätigkeit seiner Vereinigung zieht. Die Vereinigung versucht, mit dem der Zivilgesellschaft zur Verfügung stehenden Instrumentarium einen eigenen bewussten und verantwortungsvollen Beitrag zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu leisten, um eine Kultur der demokratischen Legalität zu verbreiten. Ein entscheidendes Mittel dabei ist die Erinnerung, d.h. das Gedenken vor allem an jene, die ihren Widerstand gegen die Mafien mit dem Leben bezahlten, damit ihr Opfer nicht in Vergessenheit gerät und damit dieses wichtige Erbe an die jungen Generationen weitergegeben werden kann. Denn zu vergessen wäre in der Tat das größte Geschenk, das man den kriminellen Banden machen könnte. Deshalb muss die Erinnerung unbedingt wach gehalten werden. Ein weiteres wichtiges Mittel ist es nach Ansicht von Dell'Olio die Information und Aufklärung. Es besteht die Gefahr, dass man beim Stichpunkt Bildung fast ausschließlich an Bildungseinrichtungen denkt und dabei übersieht, dass es auch andere Mittel und Wege der Information und Aufklärung gibt, mit denen das Problem der sozialen Ausgrenzung angegangen werden kann. In Bezug auf die Fragen, mit denen sich die Vereinigung beschäftigt, weist er darauf hin, dass von der Mafia und mafiösen Vereinigungen nach wie vor nur in Verbindung mit Toten, Verbrechensmeldungen und Gerichtsreportagen die Rede ist, ohne zum Beispiel stärker die Rolle des investigativen Journalismus herauszustellen, und das obwohl die Mafia mittlerweile das Wirtschaftssystem in der Europäischen Union und in anderen Teilen der Welt infiltriert und korrumpiert hat. Die Vereinigung LIBERA hat Projekte in den Bereichen Bildung und Erziehung zur Legalität auf die Beine gestellt und führt diese in Schulen durch, aber auch auf der Straße, wo noch viel größere Überzeugungsarbeit geleistet werden muss. Tonio Dell'Olio erklärt, dass die Bildungs- und Erziehungsarbeit auch Erwachsenen gelten muss, vor allem den Akteuren in der

Politik, den kommunalen Verwaltungen und den Medien. Nun wendet er sich einem anderen Aspekt der Erfahrungen seiner Vereinigung zu, nämlich der Verwendung beschlagnahmter Güter für soziale Zwecke. Im Jahr 1995 führte LIBERA eine Unterschriftenaktion durch, um im Parlament ein Gesetz einzubringen, das es erlaubte, Güter und Vermögenswerte von Mafiosi und Korrupten zu beschlagnahmen und für soziale Zwecke zu verwenden. Das daraufhin verabschiedete Gesetz traf die Mafien am empfindlichsten Punkt, nämlich beim Vermögen und Reichtum. Dadurch konnten Genossenschaften gegründet werden, die die von den Mafien beschlagnahmten Grundstücke landwirtschaftlich nutzen, wodurch zudem in den am stärksten von Kriminalität geprägten Gebieten Arbeitsplätze entstanden. Die Vereinigung plant nun eine Unterschriftenaktion in ganz Europa für eine EU-Richtlinie, die die Verwendung von beschlagnahmten Gütern zu sozialen Zwecken in allen Ländern der Europäischen Union ermöglicht. Zum Abschluss seiner Ausführungen erzählt der Redner eine Anekdote aus seiner Zeit als Gefängnispfarrer, als ihm ein Mafia-Boss erklärte, wie er zur Camorra kam. Die Anekdote verdeutlicht eine Lebensweisheit: wer die jungen Leute zuerst erreicht, bestimmt ihre Zukunft mit. Oft ist nämlich das organisierte Verbrechen hier vor der Zivilgesellschaft da. Wir können es uns aber nicht mehr leisten, zu spät zu kommen.

Mario Monti, Präsident der Universität Luigi Bocconi, Mitglied der Reflexionsgruppe "Horizont 2020-2030", verweist zu Beginn seiner Ausführungen auf die sehr positiven Beziehungen, die er während seiner zehn Jahre als Mitglied der Europäischen Kommission zum EWSA pflegte. Unter der Präsidentschaft von Mario Sepi hat der Ausschuss nun einen weiteren wichtigen Impuls erfahren. Zum Thema der Konferenz möchte er persönliche Überlegungen beitragen, die er aus zwei verschiedenen Perspektiven zum Thema soziale Ausgrenzung angestellt hat, nämlich einmal aus der Sicht eines im Hochschulwesen tätigen Menschen und zum anderen aus der Sicht eines begeisterten Europäers. In den Bildungssystemen stellt sich das Problem der sozialen Ausgrenzung vor allem auf der Ebene der Primär- und Sekundarschule, wie aus dem Seminar 1 klar hervorging. Doch auch die Hochschulen müssen zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung beitragen und dafür auch gegen Vorurteile und etablierte Interessen angehen. Prof.

Monti stellt zunächst das Konzept der kostenlosen Hochschulbildung und der Bildungsdarlehen für Studierende zur Debatte, mit dem einige alte Dogmen überwunden und tatsächlich integrative Hochschulen aufgebaut werden können, die nach dem Leistungsprinzip und nicht nach korporativistischen Interessen funktionieren. Nach der wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Krise braucht Europa nicht mehr den traditionsbedingten Komplex zu haben, dass es den sozialen Aspekten mehr Beachtung schenkt als andere Kontinente. Die Krise hat kulturell weit von uns entfernte Teile der Welt dazu gebracht, den sozialen Aspekten mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Gleichzeitig ist in Europa der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten, in dem eine in hohem Maße wettbewerbsfähige und nachhaltige soziale Marktwirtschaft zum Ziel der EU erklärt wird. Konzeptionell zeichnet sich daher die Frage der Schaffung und Steuerung eines sozialen Marktsystems auf integrierter, gemeinschaftlicher Ebene ab. Das Problem der Armut und sozialen Ausgrenzung ist relevant, denn gelingt es uns nicht, einen auf Gemeinschaftsebene geförderten Binnenmarkt besser mit der auf nationaler Ebene - mit immer größeren Schwierigkeiten - betriebenen Sozialpolitik zu verknüpfen, wird das bei den Bürgern Enttäuschung, wenn nicht gar Ablehnung hervorrufen, und diese Enttäuschung wendet sich gegen den Markt aber auch gegen die europäische Integration, den Grundpfeiler der EU. Nach Ansicht von Mario Monti kann die Lösung nicht in einer Schwächung des Binnenmarktes liegen, denn das würde weniger Wachstum, weniger Entwicklung, weniger Wettbewerb und mehr Armut bedeuten. So haben die europäischen Sozialpartner erst unlängst in einer gemeinsamen Erklärung betont, dass der Binnenmarkt in Europa das größte konkrete Beispiel für Integration ist, das den neuen Mitgliedstaaten der EU einen Riesenschritt nach vorn ermöglicht, sowohl hinsichtlich der Schaffung demokratischer Institutionen als auch in Bezug auf mehr Beschäftigung und soziale Offenheit. Prof. Mario Monti hält es für notwendig, die Sozialpolitik stärker in den Mittelpunkt zu rücken, um bestimmte Nebeneffekte des integrierten Binnenmarktes abzustellen, durch die die Mitgliedstaaten in ihrer Fähigkeit zum Betreiben einer wirksamen Sozialpolitik beeinträchtigt werden.

Enrico Rossi, Präsident der Region Toskana, verpflichtet sich zu Beginn seiner Ausführungen, die auf dieser Veranstaltung

formulierten Forderungen und Vorschläge an die lokale Ebene zu übermitteln und das äußerst interessante Material, das im Rahmen dieser Konferenz erarbeitet wurde, im nächsten Entwicklungsplan seiner Region zu verwenden. Er unterstreicht die Bedeutung dieser Biennale-Konferenz im Hinblick auf die Bewältigung der Wirtschaftskrise, der zunehmenden Armut und der vielen anderen Widersprüche und Probleme, die ist derzeit gibt. Europa muss sich den Problemen der Armut und sozialen Ausgrenzung stellen. 17% der Unionsbürger müssen mit einem unzureichenden Einkommen leben, d.h. jeder fünfte Europäer muss auf viele für andere völlig normale Dinge verzichten. Auch dies ist ein Faktor, der die wirtschaftliche Erholung und das Wirtschaftswachstum hemmt. Für viele besteht die harte Realität in Arbeitslosigkeit, Armut, schlechten Gesundheitsbedingungen, Hindernissen beim Zugang zu Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten. Hier gibt es ein Problem der Ungleichheit, der Ethnie, des Geschlechts, der Religion. Um die soziale Ausgrenzung im europäischen Rahmen zu bekämpfen, müssen Formen der Einkommensumverteilung angedacht werden, da es nicht mehr hinzunehmende Ungerechtigkeiten gibt, die unser Sozialmodell in Frage stellen. In Verbindung mit der Bedürftigkeit tritt das Problem des schwierigen Zugangs zu Bildung und Information auf, wobei dies für das Schicksal vieler entscheidende Elemente sind. Es entstehen neue Formen der Armut, die Kinder der Not leiden unter Niedergeschlagenheit und Entmutigung und blicken pessimistisch und angstvoll in die Zukunft. Nach Ansicht des Redners trifft die Veranstaltung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses genau ins Schwarze, denn auf dem Gebiet der sozialen Ausgrenzung hat Europa viele sehr wichtige und entscheidende Dinge beizutragen und hebt sich hier positiv von einigen Mitgliedstaaten ab, in denen die Ausgaben für Bildung rückläufig sind. Die für die Bildung bereitgestellten Mittel sind zu knapp bemessen. Aufgrund der Wirtschaftskrise besteht obendrein die Gefahr, dass im Zuge der Sparpolitik weitere Kürzungen in diesem Bereich vorgenommen werden. In einem so entscheidenden Bereich wie dem der Bildung darf es keine Kürzungen geben. Es wäre kurzsichtig, Mittel von der Bildung für die Finanzierung von Maßnahmen zur sozialen Abfederung abzuziehen. Die Kosten zur Bewältigung der Krise dürfen nicht zulasten des Schulwesens gehen. Das Humankapital ist ein entscheidendes Element der europäischen Wettbewerbsfähigkeit; ein Rückstand auf diesem Gebiet würde

Europa in der weltweiten Entwicklung zurückwerfen. Nach Ansicht des Redners bedarf es einer Wende auf europäischer Ebene, wie sie auch der Präsident der Italienischen Republik Giorgio Napolitano in seiner Grußbotschaft an die Konferenz gefordert hatte. Er verweist auf Artikel 3 der italienischen Verfassung, wo es wie folgt heißt: "Es ist Pflicht der Republik, wirtschaftliche und soziale Hindernisse zu beseitigen, die, da sie de facto Freiheit und Gleichheit der Bürger hemmen, die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit [...] verhindern." Regionalpräsident Rossi würdigt zudem die im Konjunkturplan der Kommission formulierten Ziele. Vor allem das Ziel, wonach die Mitgliedstaaten eine Senkung der Schulabbruchsquote auf 10% und eine Anhebung des Anteils von Hoch- und Fachschulabsolventen anstreben sollen. Überdies äußert er sich anerkennend zur angestrebten Förderung der Mobilität von Studierenden, um deren Kompetenzen sowie Fähigkeiten und Fertigkeiten gemäß den Erfordernissen des Marktes zu entwickeln und ihren Zugang zum Arbeitsmarkt zu verbessern. Die Region Toskana würdigt die Europa-2020-Strategie der Kommission, die mit der von der Region aufgestellten Strategie im Einklang steht. Zum Abschluss seiner Ausführungen bringt Regionalpräsident Rossi seine Überzeugung zum Ausdruck, dass Europa eine grundlegende Dimension unserer Gegenwart und unserer Zukunft ist.

Schlussfolgerungen

Mario Sepi, Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, schließt mit seinen Ausführungen die Veranstaltung und dankt zunächst Kommissionspräsident Barroso für seine Teilnahme, die die Diskussionen bereichert und zur Suche nach einem direkten und unmittelbaren Kontakt zu den Organisationen der Zivilgesellschaft beigetragen hat. Er dankt überdies der Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Isabelle Durant und dem Vorsitz des Rates der Europäischen Union, hier vertreten durch die Ministerin Bibiana Aído. Seine Dankesworte gelten zudem allen Rednern der Konferenz sowie den Kolleginnen und Kollegen, die dem Verlauf der Arbeiten mit großem Interesse folgten. Diese Biennale war nicht nur eine Konferenz der Worte; alle EU-Institutionen und viele zivilgesellschaftlicher Organisationen haben - auch mit Infoständen auf der Straße - daran teilgenommen und dazu beigetragen. Es war auch ein künstlerisches Event, denn am Rande

der Arbeiten traten zwei Musikgruppen auf und bereicherten die Veranstaltung mit ihrer Musik der Sinti und Roma bzw. mit multiethnischer Musik. Der Präsident hat sich nachdrücklich für die Teilnahme all dieser Menschen eingesetzt, denn sie sind ein lebendiger Ausdruck der Zivilgesellschaft, die aufgrund ihrer Vielfalt so reich und wichtig ist. Nach Ansicht von Präsident Sepi kann eine Konferenz mit derart zahlreicher Beteiligung für die Europäische Union eine wichtige politische und kulturelle Bereicherung sein, denn die Menschen konnten hier in der konkreten Auseinandersetzung direkt mit institutionellen Ansprechpartnern reden. Die Konferenz hat die sehr engen Beziehungen zwischen den verschiedenen Akteuren der Zivilgesellschaft gezeigt. Nicht nur im EWSA, auch an der Basis gibt es eine Übereinstimmung über die Ziele, die Verfahren und die Instrumente zur Erreichung dieser Ziele. Der Präsident erläutert, warum für die Veranstaltung das Thema der Bildung zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung gewählt wurde. Dies geschah erstens aus institutionellen Gründen, nämlich um dem Thema des europäischen Jahres konkrete Gestalt zu verleihen. Zweitens, weil die derzeitige Wirtschaftskrise die sozialen Brüche vergrößert hat. Die Daten geben Anlass zu großer Besorgnis, ein Teil der Gesellschaft ist vom Rest abgekoppelt, und es ist einfach nicht möglich, hier untätig zu bleiben. Der Sinn Europas wird in Krisenzeiten wiederentdeckt; die Fähigkeiten zur Abstimmung der Wirtschaftspolitik müssen verbessert werden, um aus der Sackgasse der Krise herauszukommen. Drittens hat die Wahl des Themas auch einen sozialen Grund: die soziale Ungleichheit ist ein schwerer Makel der Europäischen Union. Am Beginn Europas stand ein Projekt des sozialen Zusammenhalts, denn die Gründerväter hatten ja nicht nur den Binnenmarkt und den freien Warenverkehr, sondern auch die soziale Kohäsion im Blick. Heute müssen wir uns erneut der Sozialpolitik zuwenden und unbedingt Finanzen und Soziales miteinander in Einklang bringen, sonst wird Europa bald wieder in Schwierigkeiten geraten. Der EWSA sieht seine Aufgabe darin, das Werk der Gründerväter Europas fortzusetzen. Das Ziel der Gründer vor 50 Jahren war der Frieden durch Abschaffung der Grenzen. Der EWSA fordert von Europa und verpflichtet sich, auch die anderen Grenzen in Verwaltung, Politik und Wirtschaft abzuschaffen. Es bedarf eines großen Projekts dieser Art, um Europa den Menschen wieder näher zu bringen, neue Begeisterung dafür zu entfachen und die Institutionen bei der Bewältigung der beiden großen Probleme -

Überwindung der Krise und Wiedererlangung der demokratischen Legitimität - zu unterstützen. Nach Ansicht von Präsident Sepi kann das Demokratiedefizit nur durch solide legislative Arbeit zur Umsetzung des Vertrags von Lissabon behoben werden. Die Grundrechtecharta und die horizontale Sozialklausel müssen konkret in die Praxis umgesetzt werden, was auch durch die Bildung geschehen muss. Präsident Sepi betont, dass Not und Entwicklung nicht voneinander getrennt werden können. Der Anfang muss heute gemacht werden, um in der Phase der Not für die Elemente der Entwicklung zu sorgen. Solange ein Fünftel der europäischen Bevölkerung vom Fortschritt ausgeschlossen ist, kann Europa nicht wettbewerbsfähig werden. Der EWSA verpflichtet sich, die Kommission und die anderen Institutionen hier zu unterstützen und zu beraten. Im Dialog mit der Gesellschaft lassen sich neue Vorschläge und Übereinstimmungen zwischen Politik und Zivilgesellschaft finden. Die Institutionen müssen hierbei ehrgeiziger und mutiger sein. Wir durchleben schwierige Zeiten, wobei es darauf ankommt, dass wir die Notlage in einer sinnvollen Art und Weise bewältigen. Zum Abschluss seiner Ausführungen übergibt Präsident Sepi Kommissionspräsident Barroso im Namen der Teilnehmer drei Dokumente, in denen die Arbeiten der drei Seminare zusammengefasst werden, damit die Kommission auf der Grundlage dieser Überlegungen und Anregungen der Zivilgesellschaft umfassende Gesetzesvorschläge ausgehend vom Schwerpunkt Bildung erarbeiten kann.

Martin Hirsch, ehemaliger französischer Hoher Kommissar für aktive Solidarität gegen Armut und ehemaliger Hoher Kommissar für die Jugend, Präsident der Agentur für Freiwilligendienst, unterstreicht zunächst die Bedeutung der Arbeiten im Rahmen dieser Konferenz, die seiner Meinung nach zum Erfolg des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und somit zur Verringerung der Prekarität beitragen kann. Er fügt hinzu, dass mit der Europa-2020-Strategie denjenigen geholfen werden kann, die am meisten gefährdet sind. Anschließend geht er auf drei Aspekte des Konferenzthemas ein: 1. In den Arbeiten hat sich gezeigt, dass hinsichtlich der Notwendigkeit der Bildung für die Armutsbekämpfung ein eindeutiger Konsens besteht. Es hat sich aber auch gezeigt, dass unser Bildungsmodell nicht mehr zum Abbau von Ungleichheiten beiträgt, sondern vielmehr zur Ausgrenzung (Schulabbruch) und zur Elitenbildung. 2.

Dieses System muss nicht einfach ergänzt, sondern umgestaltet werden, da angesichts der erforderlichen Haushaltskürzungen die Ausgaben so zielgerichtet wie möglich in die Bildung und die Armutsbekämpfung fließen müssen. 3. Wenn Europa nicht auf einen demografischen Kollaps zusteuern will, braucht es seine Jugendlichen und seine Arbeitskräfte. Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung sind unabdingbar, damit nicht der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften weitere Standortverlagerungen auslöst, durch die in Europa Industrien und Dienste verlorengehen und die Arbeitslosigkeit zunimmt. Die Bildung und die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung stehen also im Mittelpunkt eines grundlegenden Problems, auf das Europa auf unterschiedliche Weise reagieren kann: 1. durch die Förderung von Strategien zur aktiven Integration, mit einer Kombination aus Mindestlohn, Zugang zu Beschäftigung und Zugang zu öffentlichen Diensten; in Frankreich hat dies zur Einführung des Revenu de solidarité active (RSA) geführt, eine Sozialhilfe in Verbindung mit einem Kombilohn, womit gewährleistet wird, dass die Beschäftigungsaufnahme tatsächlich zu einem höheren Einkommen führt; 2. durch die Festlegung genauer Ziele mit einem zukunftsorientierten Ansatz, der es ermöglicht, die zur Verwirklichung dieser Ziele erforderlichen Hebel zu finden, und mit einer Überwachung der Ergebnisse und der Kontrolle über die Exekutive durch die Sozialpartner, der Parlamentsmitglieder und der Zivilgesellschaft in Bezug auf diese Ziele; es gibt keinen systematischen Zusammenhang zwischen Wachstum und Armutsverringerung, weshalb eine Sozialpolitik notwendig ist, die eigenständig und nicht der Wirtschaftspolitik untergeordnet ist; 3. durch die Plattform zur Bekämpfung der Armut, die in der Europa-2020-Strategie vorgesehen ist; sie kann dieselbe Rolle wie eine Forschungs- und Entwicklungsabteilung einer großen Firma spielen, d.h. sie kann neue Methoden testen und das beste Kosten/Nutzen-Verhältnis der Sozialmaßnahmen sicherstellen. Diese Erprobungsstrategie wurde bereits in Frankreich verfolgt, um Antworten auf das Problem des Schulabbruchs zu finden: Maßnahmen wurden zunächst in einigen Schulen erprobt und konnten, nachdem sie sich aus der Sicht der öffentlichen Finanzen als effizient erwiesen hatten, großflächig umgesetzt werden. Auf dieser Plattform könnten somit Erprobungsprogramme erarbeitet werden, die dann in mehreren Mitgliedstaaten durchgeführt werden, um das Kosten/Nutzen-Verhältnis der Sozialmaßnahmen zu ermitteln. Die EU hat die Mittel,

um im Bereich der Bildung und der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung Ergebnisse zu erzielen. Basierend auf einem theoretischen Unterbau und einem politischen Willen können Instrumente entwickelt werden, um die Ziele, die für die Europa-2020-Strategie festgelegt werden, zu verwirklichen.

José Manuel Barroso²⁸, Präsident der Europäischen Kommission, verspricht einleitend, gemeinsam mit den zuständigen Kommissionsmitgliedern auf die Vorschläge, die in den Workshops der Biennale erarbeitet wurden, einzugehen. Die große Herausforderung der Europa-2020-Strategie besteht darin, ungeachtet der Wirtschaftskrise und der großen Haushaltszwänge für eine bessere soziale Integration zu sorgen. Für die Mitgliedstaaten, die sich großen Problemen ausgesetzt sehen, wurde ein koordinierter finanzieller Stabilisierungsmechanismus geschaffen. Man muss aber noch weitere Schritte unternehmen, denn eine Währungsunion ohne eine Wirtschaftsunion ist nicht möglich. Die Vorschläge der Kommission zur stärkeren Koordinierung der Wirtschaftspolitik zielen in diese Richtung. In der derzeitigen Lage ist es dringend erforderlich, das Vertrauen wiederherzustellen, und die Kunst besteht darin, Haushaltsreformen und Sozialausgaben miteinander zu vereinbaren. Investitionen in soziale Innovationen sind notwendig und bei den Ausgaben muss man sich auf diejenigen konzentrieren, die Wettbewerbsfähigkeit und soziale Integration voranbringen. Millionen Europäern fehlen die Mittel für ein Leben in Würde, und durch die Krise hat sich ihre Not noch verschlimmert. Um hier Abhilfe zu schaffen, setzt die Europa-2020-Strategie bei der Wechselwirkung zwischen Bildung, Beschäftigung und sozialer Integration an. Fünf Kernziele und drei der sieben Leitinitiativen der Strategie nehmen hierauf Bezug. Bei der Bekämpfung von Armut gilt es auch, konkrete Ziele zu vereinbaren, da diesem Übel nicht automatisch über die Beschäftigung beizukommen ist. Bildung ist einer der Motoren für die Dynamik von Wettbewerbsfähigkeit und Gerechtigkeit, die die Kommission in Gang setzen will. Die Zahlen über den Zugang zu Bildung in der EU sind inakzeptabel. Die EU und die Mitgliedstaaten müssen gemeinsame Anstrengungen unternehmen. Über die bereits unternommenen Maßnahmen hinaus sind Aktionen für die Bildung von Zuwanderern, die Senkung der Schulabbrecherquote, für

²⁸ Anlage 2, S. cxvii.

frühkindliche Erziehung und die soziale Dimension von Bildung und Weiterbildung vorgesehen. Diese Investitionen sind unter wirtschaftlichen, sozialen und menschlichen Gesichtspunkten für unsere Zukunft von entscheidender Bedeutung: für Kreativität, Mobilität, Fähigkeit zur Anpassung an Veränderungen, Unternehmergeist, Innovation, aber auch für die Weiterführung einer Kultur der Offenheit, der Grundwerte und für die Schaffung einer aktiven Bürgerbeteiligung. Schulversagen mündet unmittelbar in Ungleichheit und soziale Ausgrenzung. Investitionen sind nötig, damit Bildung ihre Rolle als einem Faktor, der Gerechtigkeit schafft, vor Ausgrenzung schützt und sozialen Aufstieg ermöglicht, in vollem Umfang entfalten kann. Dabei handelt es sich um ein langfristiges Projekt, das von der Gesellschaft mitgetragen werden muss und von dem die nächste Generation profitieren wird. Die Europa-2020-Strategie muss von den Institutionen, aber auch von der Gesellschaft konkret umgesetzt werden. Hierzu bedarf es einer engen und tragfähigen Partnerschaft zwischen der Europäischen Union, den Mitgliedstaaten, den Sozialpartnern, den Akteuren auf lokaler und regionaler Ebene und der Zivilgesellschaft.

STANDPUNKTE DER BERICHTERSTATTER

María Candelas Sánchez Miguel

Berichterstatterin der Stellungnahme des EWSA zum Thema "Bildung für Inklusion: Ein Instrument zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung", verabschiedet am 28. April 2010

Auf der vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss vom 20. bis 22. Mai 2010 in Florenz zum Thema "Bekämpfung sozialer Ausgrenzung durch Bildung" durchgeführten Biennale wurden drei Teilthemen diskutiert, die in den Titeln der drei Workshops zum Ausdruck kommen, und zwar "Bildung als Tor zu sozialem Engagement: Grundlagen für die Integration", "Bildung als Tor zum Arbeitsmarkt: praktische Umsetzung der Integration" und "Bildung als Tor zur Wahrnehmung von Rechten: proaktive Integration". Auf der Konferenz zogen die Teilnehmer das Fazit, dass Bildung ein Grundrecht sei, das zu sozialem Engagement führe und die Menschen in die Lage versetze, ihre Rechte und Pflichten wahrzunehmen, und dass allgemeine und berufliche Bildung die zuverlässigste Voraussetzung für einen hochwertigen Arbeitsplatz und damit zur Vermeidung von Armut und sozialer Ausgrenzung darstelle.

Diese Konferenz war ein großer Erfolg. Daran hatte die Aktualität ihres Themas großen Anteil. Ihr Erfolg ist aber auch auf die Untergliederung in drei Workshops zurückzuführen, die einen sehr dynamischen und umfassenden Austausch neuer Ideen ermöglichte. Sowohl die teilnehmenden Organisationen als auch die anderen Teilnehmer äußerten sich während und nach der Konferenz sehr positiv zu dieser Veranstaltung.

In der Stellungnahme des EWSA vom 28. April 2010 zum Thema "Bildung für Inklusion: Ein Instrument zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung" wurden bereits einige der Themen näher untersucht, die Gegenstand der Beratungen der Konferenz waren.

In der Stellungnahme unterstreicht der EWSA die Bedeutung, die der allgemeinen und beruflichen Bildung als wirksames Instrument zur Erreichung dieser Ziele zukommt.

Der EWSA verweist ein weiteres Mal auf folgende Gründe zugunsten einer integrativen Bildung:

- bildungspolitische Gründe, weil ein hochwertiges Bildungssystem allen von frühester Kindheit an zugutekommen muss;
- sozialpolitische Gründe, weil die Bildung dazu beitragen muss, einen Mentalitätswandel zu bewirken und zur Entstehung einer ausgrenzungs-, diskriminierungs- und vorurteilsfreien Gesellschaft beizutragen, und
- wirtschaftspolitische Gründe, weil sie angesichts der neuen wirtschaftlichen Herausforderungen und der neuen Anforderungen des Arbeitsmarktes zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit beiträgt.

Der EWSA verweist erneut darauf, dass eine hochwertige öffentliche Bildung für alle ein Instrument zur Förderung von Gleichheit und sozialer Inklusion ist. Hinzu kommt, dass nichtformale und formale Bildung nebeneinander bestehen, wobei die nichtformale die formale Bildung ergänzt. Ferner wird zunehmend anerkannt, dass auch nichtformale Bildung den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert. Nach Ansicht des EWSA sollte die Europäische Union diese Frage im Lichte einer integrativen Bildung betrachten.

In seiner Stellungnahme empfiehlt der EWSA, dass die künftigen Maßnahmen zwar in Übereinstimmung mit den bereits festgelegten politischen Prioritäten zu verfolgen sind, sie aber auch als Katalysatoren für anspruchsvollere und ehrgeizigere Verpflichtungen in diesem Bereich dienen und die unterschiedlichsten Einrichtungen und Akteure einbeziehen sollten.

Die zweijährliche Konferenz fand in einer sehr ereignisreichen Zeit statt. Sie wurde nicht nur im Europäischen Jahr der Bekämpfung von Armut durchgeführt, sondern auch zu einer Zeit, da die Vorkehrungen zur Umsetzung der Strategie "EU 2020" allmählich Gestalt annehmen. So wurden die beiden Schlüsselziele, die die Bildung auf der einen und die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf

der anderen Seite betreffen und zu denen auf dem Märzgipfel keine Einigung zustande gekommen war, am 17. Juni von den Staats- und Regierungschefs angenommen. Am Vorabend des Europäischen Gipfels vom 17. Juni gab EWSA-Präsident Mario Sepi eine mahnende Erklärung speziell zum Ziel der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ab, in der er zur Annahme eines allen Mitgliedstaaten gemeinsamen Einkommensindikators als Grundlage für die Senkung der Zahl der von Armut bedrohten Menschen um 20 Millionen aufrief. Wir begrüßen die Einigung der Mitgliedstaaten auf drei konkrete Indikatoren zur Messung der Zahl der von Armut oder Ausgrenzung bedrohten Menschen. Die Bemühungen des EWSA haben sich also gelohnt!

Maureen O'Neill

Berichterstatterin für WORKSHOP 1 "Bildung als Tor zu sozialem Engagement: Grundlagen für die Integration"

Dieser Workshop war von anregenden, anspruchsvollen und bereichernden Präsentationen geprägt, die auf anschauliche Weise über die Ausbeutung von Kindern, Schwierigkeiten von Migranten und die furchtbaren Bedingungen, denen die Roma-Gemeinschaften in Europa ausgesetzt sind, informierten.

Die Präsentationen und Beiträge der Workshop-Teilnehmer zeigten Lösungen und bewährte Praktiken für die Unterstützung von Familien, die Arbeit mit jungen Menschen und die Einbeziehung von Glaubensgemeinschaften.

In den neun Präsentationen und den zahlreichen Diskussionsbeiträgen kristallisierten sich vier tragende Themen heraus:

- Frühe Kindheit
- Bildungsträger
- Sprachausbildung
- Diskriminierung.

Das sind die Bausteine, die Fundamente, auf denen aufgebaut werden sollte. Neue Fundamente sind erforderlich, weil sich die Lebensumstände der Menschen je nach Leistungsfähigkeit, Wohnlage, gesellschaftlichen Veränderungen, Altersentwicklung und Gesundheitszustand ändern. Bildung muss als fester Bestandteil der Sozialpolitik in den Bereichen Wohnungs- und Gesundheitswesen, gemeinschaftliche Aktionen usw. verstanden werden. Auch wenn bildungspolitische Maßnahmen allein es nicht vermögen, für eine umfassende soziale Integration zu sorgen, so sind sie doch ein wesentliches Element. Bildung ist ein Grundrecht, das zu sozialem Engagement führt und die Menschen in die Lage versetzt, ihre Rechte und Pflichten wahrzunehmen.

Ein Mangel an allgemeiner und beruflicher Bildung verschärft die Ungleichheit und damit die soziale Ausgrenzung. Angesichts technischer Entwicklungen sowie geografischer und demografischer Verschiebungen in der Bevölkerung unterliegen die Rahmenbedingungen rasanten Veränderungen. Doch die derzeitigen Bildungssysteme können ihren elementaren Bildungsauftrag nicht mehr erfüllen, sodass eine radikale Überprüfung erforderlich ist, damit der Bedarf, der in der europäischen Gesellschaft in Bezug auf Qualifikationen, persönliche Entwicklung und Integration besteht, gedeckt werden kann. Europa sieht sich heute einem Heer von mangelhaft vorbereiteten Schulabgängern und arbeitslosen Hochschulabsolventen gegenüber. Einige Bevölkerungsgruppen sind ausgegrenzt, weil sie ihre Bürgerrechte nicht wahrnehmen können. Der europäischen Gesellschaft könnte also ein Mangel an angemessenen, flexiblen und integrierten Systemen drohen.

Die folgenden Vorschläge sollten ein fester Bestandteil der Strategie "EU 2020" sein:

Frühkindliche Bildung

Es sollten mehr Ressourcen in die frühkindliche Bildung und die Förderung der die Kinder bis zum Schulalter umfassenden Altersgruppe investiert werden, um die Lernfähigkeit zu fördern, die spätere Analphabetenquote und die Zahl der Schulabbrecher zu senken und die emotionale Entwicklung und den Erwerb sozialer Fähigkeiten zu unterstützen. In die Strategie "EU 2020" sollten konkrete Indikatoren

aufgenommen werden, mit denen sich der Einfluss der Teilnahme an der frühkindlichen Bildung und Erziehung auf die soziale Integration im späteren Leben messen lässt.

Dieser Schwerpunkt ist von entscheidender Bedeutung, da einschlägige Untersuchungen und Erfahrungen belegen, dass sich mangelnde Förderung in früher Kindheit später nicht mehr aufholen lässt.

Die Teilnehmer vertraten die Ansicht, dass neben einer hochwertigen Vorschulerziehung auch die Eltern maßgeblich dazu beitragen, dass das Kind die richtigen kognitiven Fähigkeiten und Verhaltensweisen erwirbt. Als Vermittler nichtformaler Bildung sollten die Familien erforderlichenfalls durch Programme zur Schulung und Anleitung der Eltern unterstützt werden.

Bildungsträger

Die Erschließung der Synergie und Komplementarität zwischen der gesetzlich vorgeschriebenen, der nichtformalen und der informellen Bildung trägt wesentlich zur Verhinderung sozialer Ausgrenzung bei. Die Zusammenarbeit zwischen Bildungsträgern und Familien ist für die Erarbeitung flexibler pädagogischer Lösungen, die die Bedürfnisse des Einzelnen und der Gesellschaft befriedigen, von entscheidender Bedeutung.

Das Potenzial von Glaubensgemeinschaften sollte zur Integration und Bildung von Migranten genutzt werden. Moscheen, Kirchen und Kulturzentren könnten als Mittler zwischen ankommenden Migranten und der neuen Umgebung wirken. Migranten sollten die Möglichkeit erhalten, an staatsbürgerlichen und sprachlichen Bildungsmaßnahmen teilzunehmen, bei denen kulturelle und religiöse Unterschiede umfassend berücksichtigt werden.

Zur Gewährleistung einer höheren Qualität der Bildung und erfolgreicher Ergebnisse müssen entsprechend qualifizierte Fachkräfte eingesetzt und unterstützt werden, die eine partizipative und staatsbürgerliche Bildung unterstützen und die Talente und die Kreativität der Schüler fördern.

Die Problematik des Schulabbruchs verdient besondere Aufmerksamkeit der Politiker. Dabei spielt die kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule vom Kindergarten bis zum Schulabschluss eine entscheidende Rolle.

Es kommt darauf an, das breite Spektrum der sich im Laufe des Lebens (frühe Jahre, Schul- und Berufszeit, fortlaufende persönliche Entwicklung usw.) bietenden Lernmöglichkeiten anzuerkennen und zu fördern.

Sprachausbildung

Migranten muss unbedingt eine hochwertige sprachliche Ausbildung angeboten werden. Wird nicht ausreichend darauf geachtet, dass Menschen die Möglichkeit erhalten, die Sprache des Landes zu erlernen, in dem sie leben, kommt es unweigerlich zu Isolation und Ausgrenzung. Kommunikationsfähigkeit ist eine Voraussetzung für eine erfolgreiche soziale Integration. Positive Ergebnisse lassen sich nur erzielen, wenn auf allen Ebenen ausreichend Zeit sowie personelle und finanzielle Ressourcen investiert werden. Für die Teilnahme an Bildungsmaßnahmen, für die Aufnahme einer Beschäftigung und die umfassende Integration in die Gesellschaft sind Sprachfertigkeiten sowohl im mündlichen als auch im schriftlichen Bereich unabdingbar.

Der Ausbau der Palette der Bildungsträger sollte unterstützt werden.

Roma

Die Frage der Roma spielte in den Diskussionen über Diskriminierung eine zentrale Rolle. Besonders problematisch waren nach Ansicht der Teilnehmer der Zugang der Roma-Gemeinschaften zu wesentlichen Dienstleistungen und die Ausübung ihrer Grundrechte als EU-Bürger, einschließlich des Zugangs zu Bildungsmaßnahmen. Roma sind Opfer von Diskriminierungen, Stereotypisierungen, gesellschaftlicher Verachtung und Misshandlungen. Sie leben häufig unter erbärmlichen Bedingungen, und auch neue Roma-Generationen können der sozialen Ausgrenzung nicht entkommen. Weil die vorhandenen Maßnahmen und Programme nicht ausreichen, muss mehr getan werden, um diese Probleme einer Lösung zuzuführen. Das Europäi-

sche Parlament wurde konkret aufgefordert, für Maßnahmen zu sorgen, mit denen gewährleistet werden kann, dass die Mitglieder von Roma-Gemeinschaften als vollwertige europäische Bürger anerkannt werden.

Sonstige Vorschläge

- Ausbau des internationalen Studentenaustauschs zur Herstellung von Beziehungen, die der Verständigung zwischen unterschiedlichen Kulturen dienen.
- Studenten und Basisgruppen sollten angeregt werden, Migranten bei der Integration zu unterstützen.
- Die Fähigkeiten und das kulturelle Erbe von Migrantengruppen sollten genutzt und kulturelle Unterschiede als Chance erkannt werden.
- Einsatz kreativer Methoden zur Veranschaulichung von Problemen, zur Ermöglichung des Gedankenaustauschs und zur Vertrauensbildung.
- Einbeziehung junger Menschen in Entscheidungsprozesse, die ihre Zukunft berühren, und Stärkung ihrer Rolle dabei.
- Alle Mitglieder der europäischen Gesellschaft müssen zur Übernahme von Verantwortung und zu aktiver Bürgerschaft angehalten werden.

Fazit

Die eigentliche Frage besteht darin, welche Art von Bildung künftig gebraucht wird und ob das derzeitige Angebot den Anforderungen genügt. Klar ist, dass eine undifferenzierte Einheitsregelung keine effektive Strategie zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung darstellt und dass es eines vielschichtigen Ansatzes auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene bedarf.

André Mordant

Berichterstatter für WORKSHOP 2 "Bildung als Tor zum Arbeitsmarkt: praktische Umsetzung der Integration"

Wie ich bereits Gelegenheit hatte festzustellen, war die Konferenz meines Erachtens aus einer Reihe von Gründen äußerst nützlich. So möchte ich u.a. die Bedeutung des gewählten Themas hervorheben und die Ausführlichkeit, in der es im Verlaufe der drei Workshops diskutiert wurde. Aber ich möchte auch auf das Engagement einer ziemlich gemischten Gruppe von Teilnehmern bei der Suche nach konkreten Lösungen verweisen. Mitgenommen habe ich von dieser Konferenz im Wesentlichen die Erinnerung daran, dass die Atmosphäre von Wärme und menschlichem Engagement geprägt war. Die teilnehmenden Organisationen äußerten sich eindeutig zufrieden darüber, dass sie Gelegenheit hatten, ihre Aktivitäten zu erläutern und sich Gehör zu verschaffen.

Von den drei Workshops war Workshop 2 derjenige, bei dem von vornherein klar war, dass die Ansichten wohl besonders weit auseinander gehen würden, da er das "praktischere" (um nicht zu sagen "nützliche") Ziel der Bildung (Zugang zum Arbeitsmarkt) sowie die Ermittlung konkreter Aufgaben und Aktionen zu dessen Umsetzung betraf.

Deshalb fühlten wir uns veranlasst, in den Schlussfolgerungen bzw. Vorschlägen dieses Workshops zu unterstreichen, dass Bildung ein Grundrecht ist und die Hauptverantwortung in diesem Bereich beim Staat liegt, der den allgemeinen, diskriminierungsfreien und gleichberechtigten Zugang zu Bildung gewährleisten muss. Ferner kann zwar davon ausgegangen werden, dass hochwertige Beschäftigung (in Bezug auf Arbeitsbedingungen und Einkommen, aber auch im Hinblick auf die persönliche Entwicklung) die beste Voraussetzung für die Vermeidung von Armut und sozialer Ausgrenzung bildet, die allgemeine und berufliche Bildung jedoch die zuverlässigste Grundlage darstellt, um eine solche Beschäftigung zu finden. Analphabetentum muss auf EU-Ebene konsequent und koordiniert bekämpft werden.

Zudem ist das lebenslange Lernen zu fördern, um die neuen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt bewältigen zu können.

Die derzeitige Krise darf keine Entschuldigung dafür sein, dass Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung gekürzt werden. Ganz im Gegenteil, während einer Konjunkturflaute sollten wirtschaftliche Maßnahmen ergriffen werden, um all jene mit dem nötigen Rüstzeug auszustatten, die den Aufschwung herbeiführen werden. Den Unternehmen kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. Sie müssen ihr Humankapital im Betrieb halten und es aufwerten, indem sie in jene Gruppen investieren, die Probleme haben, eine dauerhafte Beschäftigung zu finden, wie beispielsweise Frauen, die als "die Zukunft des Arbeitsmarktes" gelten. Organisationen der Zivilgesellschaft kommt neben Verwaltungen, lokalen Behörden und den Sozialpartnern eine wichtige Rolle bei der Integration der sozial besonders schwachen Bürger zu. Die Staaten müssen erkennen, dass Unternehmen der Sozialwirtschaft besonders geeignet sind, um im Namen dieser Bürger zu handeln, und daher deren Bildungs-, Fortbildungs- und Arbeitsbeschaffungsinitiativen unterstützen. Sie können ihre Verantwortung jedoch nicht auf diese Unternehmen abwälzen. Die Sozialpartner müssen sich auf berufliche Bildungsmöglichkeiten einigen, die den Erfordernissen der Wirtschaft entsprechen.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen zu den Fragen, um die es in Workshop 2 ging, möchte ich näher auf die aufschlussreichsten Beiträge und Diskussionen eingehen, aus denen im Verlaufe des Workshops praktische Lehren abgeleitet werden konnten und die jetzt die Grundlage für Nachfolgeinitiativen bilden können.

Berufliche Bildung und soziale Inklusion: Die Präsentation des CEDEFOP war deshalb besonders informativ, weil sie das Ergebnis mehrjähriger gezielter Forschungsarbeit darstellte. Ich möchte die meines Erachtens drei wichtigsten Empfehlungen daraus in diesen Bericht aufnehmen, und zwar:

- Aktuelle politische Maßnahmen in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung sollten sich stärker auf Strategien zur Integration von Schulabbrechern, ungelernten und älteren Arbeitnehmern sowie Migranten konzentrieren. Die Bildungs-

maßnahmen sollten vielfältig sein und die Menschen auf Übergänge in ihrem Leben vorbereiten, die im Falle einer unzureichenden Vorbereitung ein sehr schwieriges Terrain darstellen.

- Wir müssen die Lücke schließen, die derzeit zwischen der allgemeinen und der beruflichen Bildung klafft. Außerdem gilt es, die berufliche Bildung stärker auf die Erfordernisse des Arbeitsmarktes auszurichten. Den Sozialpartnern kommt bei der Entwicklung von Partnerschaften eine entscheidende Rolle zu. Die Ausbildung am Arbeitsplatz sollte gefördert und betreut werden, und die dabei erworbenen Fähigkeiten sollten entsprechend anerkannt werden.
- Bildung ist untrennbar mit staatsbürgerlicher Identität und kultureller Integration verbunden. Kulturelle Ausgrenzung ist schädlich. Die Zivilgesellschaft kann und sollte einen wichtigen Beitrag zur "Kultur der Mitwirkung" leisten.

Die Rolle der beruflichen Bildung bei der Reintegration in den Arbeitsmarkt. Der Europäische Berufsbildungsverband (European Vocational Training Association – EVTA) setzt sich für das Konzept der beruflichen Bildung als einer allgemein zugänglichen öffentlichen Dienstleistung ein, die stärker ins Bewusstsein gerückt und die gefördert, aktualisiert und attraktiver gestaltet werden müsse.

Vorschlag: *Der EWSA sollte erörtern, wie die Forderungen von Organisationen wie des EVTA nach Intensivierung der Forschung im Bereich der beruflichen Bildung unterstützt und wie weitreichende Strategien zur Verbesserung ihrer Angebote entwickelt werden könnten.*

Alternative Wege zur Integration ausgegrenzter Jugendlicher. Das Projekt "Schule der zweiten Chance" (E2C), das in mehreren Mitgliedstaaten durchgeführt wird, bietet Schulabbrechern eine Alternative. Im Rahmen dieser Initiative erhalten junge Menschen "eine zweite Chance", d.h. eine Ausbildung, die sie "resozialisiert" und ihnen Zugang zu beruflicher Qualifizierung oder einer höheren beruflichen Bildung bietet.

Vorschlag: *Der EWSA könnte Maßnahmen zur Anerkennung und Weiterentwicklung dieses Konzepts auf europäischer Ebene unterstützen (auch durch seine Befürwortung).*

Die Rolle sozialer Integrationsunternehmen und sozialer Genossenschaften: Das Europäische Netz der Sozialen Integrationsunternehmen (ENSIE) ist ein Verbund von Unternehmen, die dasselbe soziale Ziel verfolgen, nämlich die soziale Integration von Gruppen, die am stärksten von der Ausgrenzung am Arbeitsmarkt bedroht bzw. die sozial am schwächsten sind, also ungelernte junge Menschen, Langzeitarbeitslose, Migranten und ehemalige Drogenabhängige. Unternehmen der Sozialwirtschaft (Unternehmen ohne Erwerbszweck, vielfach Genossenschaften) bieten diesen ausgegrenzten Gruppen ein geeignetes (also nicht auf Wettbewerb ausgerichtetes) Arbeitsumfeld, in dem sie ihre Beschäftigungsfähigkeit verbessern und gleichzeitig ihren Unterhalt verdienen können.

Vorschlag: *Der EWSA, der sich bereits für die Anerkennung des Beitrags der sozialen Integrationswirtschaft einsetzt, sollte sich verstärkt über aktuelle Projekte in Europa informieren und deren Vorzüge öffentlich machen. Er sollte aber auch die damit verbundenen Probleme untersuchen, um fundierte Empfehlungen geben zu können.*

Eine Methode zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit: Die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit umfasst nicht nur den Erwerb neuer Fertigkeiten, sondern auch die Neudefinition von Bezugsgruppen (Zugehörigkeitsgefühl). Eine Integrationsmethodik muss die folgenden Merkmale aufweisen: persönlicher Kontakt, Zuschnitt einer Maßnahme auf die einzelne Person, Dezentralisierung, Vernetzung, Flexibilität, Betreuung sowie geeignete Zeitrahmen. Es sind die Berufsausbilder, die über die erforderlichen Merkmale (in den Bereichen Pädagogik, Unterstützung, Organisation und Intervention) verfügen, um Projekte zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit erfolgreich umzusetzen.

Vorschlag: *Der EWSA könnte im Rahmen seiner beratenden Tätigkeit und der Ausübung seines Initiativrechts eine Stellungnahme zu dieser Methodik und Berufsgruppe erarbeiten.*

Öffnung des Arbeitsmarktes für ausgegrenzte Menschen – Erleichterung des Zugangs für nichtsesshafte Personen: FNASAT nennt sich ein aus annähernd 100 französischen Organisationen bestehendes Netz, das sich für die Verbesserung der Grundrechte von Roma und

nichtsesshaften Personen und die Annäherung zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen einsetzt. Sein Ziel ist es, auf Handwerk und Handel ausgerichtete Betriebe zu gründen, die den Erwartungen von nichtsesshaften Personen entsprechen und die Diskrepanz zwischen ihren Fähigkeiten und den Hürden des Arbeitsmarktes berücksichtigen. Diese Initiativen müssen jetzt standardisiert werden, und die Modifizierung des VAE-Verfahrens (das in Frankreich angewandte Verfahren zur Umwandlung von Arbeitserfahrungen in Qualifikationen oder Teilqualifikationen) muss landesweit validiert werden, um zu gewährleisten, dass es möglichst vielen Menschen offensteht. Besonders wichtig ist, dass keine speziell auf diesen Personenkreis zugeschnittenen bildungspolitischen oder sonstigen Maßnahmen getroffen werden, sondern dass vielmehr deren spezifische Merkmale bei der Erarbeitung und Durchführung entsprechender Maßnahmen berücksichtigt werden.

Vorschlag: *Der EWSA könnte in seiner zweiten Stellungnahme zur Lage der Roma (zurzeit im Entwurfsstadium) auf diese Maßnahme verweisen.*

Beispielhafte Vorgehensweisen bei der Integration von Frauen aus benachteiligten Familien in den Arbeitsmarkt: Die spanische Stiftung AROA setzt sich speziell für die Integration hilfsbedürftiger Frauen (vor allem Migrantinnen) ein. Sie verfolgt dazu eine integrierte Strategie, bei der die formale mit der nichtformalen Bildung verknüpft wird, und die sich auf alle Aspekte der jeweiligen Person erstreckt und nicht nur auf Ergebnisse im Bereich der Beschäftigung, sondern auch der persönlichen Entwicklung abstellt.

Vorschlag: *Zusätzlich zu ihren zahlreichen Stellungnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter führte die EWSA-Fachgruppe SOC drei Anhörungen zum Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt und ihrer dortigen Verweildauer durch. Sie sollte diese vorbildliche Anhörungspraxis zur Gewohnheit werden lassen.*

Diskussionsbeiträge zu Initiativen der Zivilgesellschaft: Zahlreiche NRO-Vertreter berichteten über Erfahrungen, die sie im Rahmen zivilgesellschaftlicher Projekte gesammelt haben. Dabei wurde auf die Bildung von sozialen Genossenschaften und die Notwendigkeit der Errichtung von Netzen verwiesen.

Vorschlag: In diesen *Beiträgen* wurde die *Notwendigkeit wissenschaftlicher Untersuchungen unterstrichen, zu denen der EWSA einen Beitrag leisten könnte.*

Diskussion über Verantwortlichkeiten und vorgeschlagene Maßnahmen als Ergänzung zu den Beiträgen aus der Zivilgesellschaft. Im Rahmen des Workshops fand auch eine Diskussion über Verantwortungsträger und die von ihnen zu ergreifenden Maßnahmen statt. Die meisten Redner waren EWSA-Mitglieder. Viele bedauerten, dass an einem Workshop zum Arbeitsmarktzugang so wenig Arbeitgebervertreter teilnahmen. Andere wiesen auf die gemeinsame Verantwortung von Bildungseinrichtungen, Gewerkschaften und Handelskammern als Arbeitsvermittler hin. Einige Redner hoben die soziale Verantwortung von Unternehmen für die berufliche Bildung geringerer qualifizierter Arbeitnehmer hervor. Verwiesen wurde auch auf die Gefahren der derzeitigen Diskrepanz zwischen der allgemeinen und der beruflichen Bildung sowie darauf, dass ein Teil der Ausbildungsgänge zu kurz ist.

Vorschlag: *Die Ausführungen der EWSA-Mitglieder trugen zur Feststellung der verschiedenen Verantwortungsträger bei. Es sollte eine entsprechende Liste erstellt und verteilt werden.*

Stéphane Buffetaut

Berichterstatter für WORKSHOP 3 "Bildung als Tor zur Wahrnehmung von Rechten: proactive Integration"

Häufig wird festgestellt, dass wir in einer Gesellschaft der Rechte (im Plural) leben, aber wenn es wichtig ist, dass diese Rechte u.a. in feierlichen Deklarationen und Chartas verankert werden, dann ist es ebenso wichtig, dass jeder sie in der Praxis ausüben kann und sie durch gesetzliche Garantien geschützt werden.

Doch die Ausübung von Rechten hat ihren Preis: Letztlich geht es um die Wahrung der Würde derjenigen, die sie ausüben. In diesem Sinne ist die Vermittlung von Bildung an die Opfer von Ausgrenzungen nicht nur ein Geschenk der "Wissenden" an die "Unwissenden", sondern ein zweiseitiger Austausch, der die Menschen bereichert, vorausgesetzt, dass der Rahmen des Austauschs vorher abgesteckt wurde. Den finanziell am stärksten benachteiligten Mitgliedern der Gesellschaft ist oftmals nicht klar, dass auch sie einen Beitrag leisten können, weil sie von einem gewissen Gefühl der Scham gelähmt werden. Die Herausforderung besteht darin, den Übergang von der Scham zur Würde zu bewerkstelligen. Für diesen Prozess sind nicht-formale und informelle Lehrmethoden am besten geeignet.

Vielfach ist es jedoch so, dass Bildungssysteme soziale Ungleichheiten perpetuieren und Eliten sich zunehmend abschotten. Am anderen Ende des Spektrums versagt die Schule immer häufiger, die Bildunggrundlage wird unsolid und die ersten Opfer dieser Entwicklung sind Kinder aus finanziell benachteiligten Familien, einschließlich der Kinder von Migranten, deren Situation durch sprachliche und kulturelle Probleme noch erschwert wird. Da die Unzulänglichkeiten und Schwächen eines Bildungssystems zu Ausgrenzung führen können, müssen Verbesserungen bei der Qualität der Bildungssysteme und der Chancengleichheit im Bildungswesen angestrebt werden.

Jungen Menschen fällt es also immer schwerer, Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden, während finanziell benachteiligte ältere Arbeitnehmer immer häufiger vom Arbeitsmarkt verdrängt werden. Das deutet darauf hin, dass lebenslanges Lernen – ein vielfach verkündetes Grundrecht in der modernen Welt – allzu oft ein virtuelles Recht bleibt.

Das Versagen des Bildungssystems ist nicht nur für die Betroffenen eine Katastrophe, sondern auch für Unternehmen, die auf qualifizierte und gut ausgebildete Mitarbeiter angewiesen sind, die sich dem neuen globalisierten wirtschaftlichen Umfeld anpassen können. Diese Unternehmen brauchen aber Arbeitskräfte aller Qualifikationsstufen. Deshalb erkennen sie zunehmend Arbeitserfahrungen unabhängig von deren akademischer Validierung an.

In erster Linie hat die soziale Ausgrenzung ihre Wurzeln zweifellos im Analphabetentum, das in den meisten EU-Staaten weiter zunimmt, und in der Unfähigkeit der betreffenden Personen, elementare Lese-, Schreib- und Rechenfertigkeiten zu erwerben.

Doch die zweite Ursache der Ausgrenzung liegt in der – bisweilen ideologischen – Unfähigkeit begründet, jungen Menschen eine Ausbildung angedeihen zu lassen, die in eine Beschäftigung mündet, obwohl es ihnen genau darum geht. Ausgrenzung hat eine weitere Ursache. Dabei handelt es sich um die Unfähigkeit, die elementarsten Regeln des Lebens in der Gesellschaft zu verstehen und zu respektieren. Stellt antisoziales Verhalten in der Realität nicht die schlimmste Form der Ausgrenzung dar? Damit meine ich den Vorsatz, sich über das Gesetz hinwegzusetzen. Diese Regeln des gesellschaftlichen Lebens müssen so weit verinnerlicht werden, dass jungen Menschen, die sich von der Gesellschaft entfernt hatten, gesagt werden kann, dass "das Gesetz in ihnen selbst" ist. Sollte Rehabilitation nicht über das Konzept der bloß staatsbürgerlichen Identität hinausgehen und das des staatsbürgerlichen Engagements umfassen, also der aktiven, positiven Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben? Wenn das der Fall ist, sollte sich die staatsbürgerliche Bildung nicht auf das Verstehen von Texten und Prinzipien beschränken, sondern die Herausbildung natürlicher alltäglicher Verhaltensweisen und Einstellungen unterstützen, die man durch einen Prozess der Assimilation und der Entwicklung persönlicher Reife erwirbt. Bildung und Erziehung beschränken sich nicht auf Bildungs- und Lerneinrichtungen. Unterschiedliche Akteure, einschließlich der Familie, der Unternehmen, Verbände und der Medien, können zu einer Bildung beitragen, die sich nicht auf den reinen Wissenserwerb beschränkt, sondern auch die Regeln für das Leben in der Gesellschaft umfasst. Deshalb muss allen diesen Akteuren bewusst sein, welche positive Rolle sie im Bereich der Bildung spielen, und sie müssen Einstellungen vermeiden, die diesem Bildungsziel zuwiderlaufen oder einer Entledigung ihrer Verantwortung gleichkommen.

Diese drei Elemente führen uns zur vierten Ursache der Ausgrenzung, die Arbeitslosigkeit. Diese Elemente sind so eng miteinander verflochten, dass es schwierig ist, die primäre Ursache zu ermitteln. Abschließend könnten zerrüttete oder instabile Familien als Ursache von Ausgrenzung genannt werden, die ebenfalls für das Schulversa-

gen, für Armut und Unsicherheit, für sozialen und psychischen Kollaps verantwortlich gemacht werden können.

Daran ist klar zu erkennen, dass es bei der wahren gesellschaftlichen Integration nicht nur um die Ausübung oder Einforderung von Rechten und Freiheiten geht, sondern auch um die Pflichten des Einzelnen und die Übernahme von Verantwortung. Ausgehend davon wächst die Erkenntnis, dass sich die Gesellschaft und der Einzelne nach besten Kräften um die Integration von Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft, die Wirtschaft und schlicht und einfach in die Städte und Gemeinden bemühen müssen, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil diese Form der Ausgrenzung vielfach falsch verstanden wird oder unbewusst erfolgt. So liegt noch ein weiter Weg vor uns, wie die hohe Arbeitslosenquote (89%) unter Menschen mit Behinderungen zeigt.

Man darf keinesfalls vergessen, dass alle Sektoren der Gesellschaft daran erinnert werden müssen, dass Rechte mit Pflichten einhergehen. Wie können wir erwarten, dass eine Gesellschaft reift, d.h. in größtmöglicher Harmonie lebt, wenn jene, die die Elite repräsentieren, nicht in der Lage sind, auch nur im mindesten Vorbild zu sein? Je mehr Macht jemand hat, sei es im intellektuellen oder wirtschaftlichen Bereich, in den Medien, den Gewerkschaften oder der Politik, umso stärker sollte er sich seiner Verantwortung bewusst sein.

Letztlich ist soziale Ausgrenzung das Ergebnis einer Vielzahl von Ursachen: Versagen oder Unfähigkeit der Schule, Flucht aus der elterlichen Verantwortung, komplette Ablehnung von Autorität (etymologisch bedeutet Autorität "wachsen lassen"), Arbeitslosigkeit, Unkenntnis sozialer Regeln, Rückzug der Eliten, Verlust des Sinns für das Gemeinwohl, grenzenloser Individualismus, Materialismus und grenzenloses Konsumdenken, Verschwinden aller ethischen und moralischen Grenzen.

Wenn dies die Frage ist, wie lauten dann die Antworten? Wen und was müssen wir aktivieren?

Zunächst die Verantwortung der Eltern für Bildung und Erziehung, dann die Effektivität der Schulen, die die Quelle elementaren Wissens bleiben müssen; die Zusammenarbeit der Unternehmen, die zwar

nicht in der Lage sind, Bildungs- und Wissensdefizite auszugleichen, die sich aber ihrer sozialen und staatsbürgerlichen Verantwortung bewusst sein und Betroffenen, die am stärksten vom Arbeitsmarkt abgeschnitten sind, helfen sollten, sich durch Arbeit wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Das bedeutet jedoch, dass sie ihre Einstellungs- und Beschäftigungspolitik gegenüber Arbeitskräften an beiden Enden des Altersspektrums überdenken müssen.

Ist die soziale Krise der Europäischen Union nicht vor allem eine moralische Krise? Der Mensch ist kein "Homo oeconomicus". Die Menschen leben nicht von Brot allein und können nicht damit zufrieden sein, dass die Welt auf eine zunehmend virtuelle Wirtschaft reduziert wird, in der die Anhäufung spekulativer Reichtümer wichtiger ist als die Entwicklung wahrer und konkreter Werte.

Die Frage der aktiven Einbeziehung führt uns zu der Frage des Kampfes der Kulturen und des Zusammenlebens und damit zur Zuwanderungspolitik. Wir müssen den Multikulturalismus realistisch angehen, denn trotz seiner positiven Aspekte kann er auch problematisch sein, wenn die erforderlichen Ressourcen, beispielsweise im Bereich Bildung, nicht bereitgestellt werden. Das alternde Europa kann diese Herausforderung nur dann meistern, wenn es sich seiner Werte sicher sein kann: menschliche Würde und Autonomie, die die Wahrnehmung von Rechten und die Übernahme von Verantwortung voraussetzen; die Ausübung der Freiheit mit den damit einhergehenden Pflichten; das Streben nach Gerechtigkeit und die Sorge um die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft. Die Europäische Union muss ferner ihre komplexen und verschlungenen Wurzeln respektieren und akzeptieren, die bis nach Athen, Jerusalem und Rom, in das Christentum und die Aufklärung zurückreichen.

Am Ausmaß der sozialen Ausgrenzung lässt sich die Gesundheit einer Gesellschaft ablesen. Die 78 Millionen Menschen, die in der Europäischen Union unterhalb der Armutsgrenze leben, sind Symptom einer kranken Gesellschaft. Die Strategie "EU 2020" muss konsequent an qualitativ und quantitativ anspruchsvollen Zielen zur Bekämpfung extremer Armut und an entsprechenden Vorkehrungen zu deren Überwachung festhalten.

Das wird zur aktiven Integration der schwächsten und am stärksten benachteiligten Gruppen beitragen, doch kann die Gesellschaft nur dann integrativ sein, wenn sie selbstbewusst, realistisch und zukunftsorientiert ist.

Ausgehend davon stellt die direkte Verbindung zur Zivilgesellschaft und ihren Organisationen, und zwar auch auf lokaler Ebene, die den engsten Bezug zur Realität des Alltags aufweist, eindeutig eine Notwendigkeit für die Organe der Europäischen Union dar, die immer stärker als weit entfernt von den Alltagsorgen der Bürger wahrgenommen werden. Diese Art des Dialogs sollte dazu beitragen, dass die europäische Politik den Erwartungen und Sorgen der Bürger besser entspricht. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss verfügt über die besten Voraussetzungen, um diesem Auftrag effektiv und im Geiste der Eintracht gerecht zu werden.

In der Praxis sollte der Ausschuss regelmäßig sehr offene und pluralistische Konferenzen und Anhörungen zu wichtigen europäischen Themen durchführen. Es geht nicht um noch mehr politisch korrekte und selbstgefällige Veranstaltungen. Im Gegenteil, es geht darum, Dinge in Frage zu stellen. Im Interesse einer ehrlichen Synthese der Diskussionen sollte sich der EWSA zum Sprachrohr der Zivilgesellschaft entwickeln, die – von der repräsentativen Demokratie häufig desillusioniert – in die Passivität und bisweilen sogar Feindseligkeit abgeleitet. Die erarbeiteten Berichte würden dem Rat, dem Europäischen Parlament und der Kommission vorgelegt werden, und sie würden eine offizielle Antwort erfordern.

SCHLUSSEKLRÄRUNG UND VORSCHLÄGE

Schlusserklärung des Präsidenten

Armut und soziale Ausgrenzung in Europa werden durch die Wirtschafts- und Sozialkrise verschärft. Millionen von Arbeitsplätzen sind in den letzten Monaten verloren gegangen, was Maßnahmen für die am stärksten Benachteiligten noch dringlicher macht.

Die Europäische Union muss ein neues Entwicklungsmodell einführen, bei dem der Schwerpunkt auf der Durchführung einer echten Ordnungspolitik liegen muss. Dazu müssen die Regierungen der Mitgliedstaaten gemeinsam handeln, insbesondere um im Rahmen eines nachhaltigen Wirtschaftsszenarios die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die zunehmende Prekarisierung einzudämmen und den sozialen Zusammenhalt zu verbessern.

Bildung in jedweder Form ist der Motor für soziale Integration: Bildung ermöglicht das Verständnis der Gesellschaft, den Einstieg in die Arbeitswelt und die Entwicklung von Unternehmergeist, die Kenntnis der individuellen Rechte und die Teilhabe am wirtschaftlichen und sozialen Leben.

► Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hat die Organisationen der Zivilgesellschaft unter dem Motto "Bekämpfung sozialer Ausgrenzung durch Bildung" versammelt, um die Kreativität und die Erfahrungen der Zivilgesellschaft in diesem Bereich herauszustellen und konkrete Vorschläge zu erarbeiten, die die Institutionen der Europäischen Union bei ihren Überlegungen und ihrem Handeln voranbringen können.

► In Anknüpfung an das Europäische Jahr 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung muss die Europäische Union tätig werden und den Bürgerinnen und Bürgern konkrete Lösungen für das Problem der sozialen Ausgrenzung bieten. Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung muss auch in Zukunft eine Priorität der Europa-2020-Strategie sein.

► Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss fordert die Kommission auf, eine Anhörung auf der Grundlage eines Grünbuchs zum Thema "Bekämpfung sozialer Ausgrenzung durch Bildung" einzuleiten. Diese Anhörung wäre der erste Schritt im Rahmen der Umsetzung der in der Europa-2020-Strategie vorgesehenen Leitinitiative "Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut". Mit einer solchen Initiative könnte das Potenzial der organisierten Zivilgesellschaft und der beteiligten Akteure für soziale Innovation erschlossen werden, ganz im Sinne des Vertrags von Lissabon, in dem es heißt: "Die Organe pflegen einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft" und "Um die Kohärenz und die Transparenz des Handelns der Union zu gewährleisten, führt die Europäische Kommission umfangreiche Anhörungen der Betroffenen durch." (Artikel 11 Absatz 2 und 3 EUV).

► Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss ersucht die Kommission, auf die Vorschläge zu reagieren, die die Organisationen im Rahmen der Arbeiten der Biennalen Konferenz 2010 zum Thema "Bekämpfung sozialer Ausgrenzung durch Bildung" formuliert haben.

(Anlage: Vorschläge, die in den drei Workshops der Biennalen Konferenz 2010 des EWSA zum Thema "Bekämpfung sozialer Ausgrenzung durch Bildung" erarbeitet wurden).

Vorschläge

WORKSHOP 1

Die von den Teilnehmern eingebrachten Vorschläge stützten sich auf folgende Elemente:

- Bildung als Grundrecht,
- Gleichheit und Nichtdiskriminierung als grundlegende ethische und moralische Position,
- die Charta der Grundrechte und einschlägige internationale Übereinkommen,
- die Millenniums-Entwicklungsziele

und sollten zur EU-2020-Strategie beitragen:

Frühkindliche Bildung

Es werden eine intensivere Investition in die frühkindliche Bildung und die Förderung der die Kinder bis zum Schulalter umfassenden Altersgruppe gefordert, um die Lernfähigkeit zu verstärken, die Analphabetenquote und die Zahl der Schulabbrecher zu senken und die sozialen Fähigkeiten zu verbessern. In die EU-2020-Strategie sollten konkrete Indikatoren aufgenommen werden, mit denen sich der Einfluss der Teilnahme an der frühkindlichen Bildung und Erziehung auf die soziale Integration im späteren Leben messen lässt.

Bildungsträger

Die Erschließung der Synergie und Komplementarität zwischen der gesetzlich vorgeschriebenen, der nichtformalen und der informellen Bildung trägt wesentlich zur Verhinderung sozialer Ausgrenzung bei. Die Zusammenarbeit zwischen Bildungsträgern und Familien ist für die Erarbeitung flexibler pädagogischer Lösungen, die die Bedürfnisse des Einzelnen und der Gesellschaft befriedigen, von entscheidender Bedeutung. Die Familien als Bereitsteller informeller Bildung sollten unterstützt werden.

Zur Gewährleistung einer höheren Qualität der Bildung und erfolgreicher Ergebnisse müssen entsprechend qualifizierte Fachkräfte eingesetzt und unterstützt werden. Die laufende Arbeit der Kommission wird anerkannt und muss nun von den Mitgliedstaaten weiter vorangebracht werden.

Sprachausbildung

Migranten muss unbedingt eine hochwertige sprachliche Ausbildung angeboten werden. Kommunikationsfähigkeit ist eine Voraussetzung für eine erfolgreiche soziale Integration. Positive Ergebnisse lassen sich nur erzielen, wenn auf allen Ebenen ausreichend Zeit sowie personelle und finanzielle Ressourcen investiert werden. Für die Teilnahme an Bildungsmaßnahmen und für die Aufnahme einer Beschäftigung sind Sprachfertigkeiten

sowohl im mündlichen als auch im schriftlichen Bereich unabdingbar.

Diskriminierung

Die Teilnehmer sprachen sich für eine Antidiskriminierungspolitik für alle Gruppen aus, erkannten jedoch an, dass der Zugang der Roma zu wesentlichen Dienstleistungen und die Ausübung ihres grundlegenden Rechts auf Zugang zu Bildungsmaßnahmen besonders problematisch waren. Das Europäische Parlament wurde konkret ersucht, diese Fragen anzugehen.

WORKSHOP 2

- Das Ziel der EU-2020-Strategie, die Schulabbrecherquote auf weniger als 10% zu senken und den Anteil der jungen Menschen mit Hochschulabschluss auf mindestens 40% zu erhöhen, muss beibehalten werden.
- Eine Erwerbstätigkeit unter würdigen Arbeitsbedingungen ist der Schlüssel zu wirtschaftlicher Selbstständigkeit. Die Menschen müssen dazu animiert werden, aktiv nach Arbeit zu suchen; wenn jedoch erreicht werden soll, dass 75% der 20- bis 64-Jährigen einer Beschäftigung nachgehen, müssen zunächst einmal gute Zugangsbedingungen geschaffen werden.
- Die Mitgliedstaaten sind für ihre Bildungssysteme selbst verantwortlich und müssen dabei den ethnischen, soziokulturellen, wirtschaftlichen, geschlechtsspezifischen und altersbedingten Unterschieden der Bevölkerung Rechnung tragen.
- Die allgemeine und die berufliche Bildung sind gerade in Krisenzeiten unverzichtbare Investitionsbereiche, die den Einsatz der erforderlichen Mittel rechtfertigen.
- Der Analphabetismus stellt ein großes Beschäftigungshindernis dar. Deshalb muss Europa prioritäre und koordinierte Maßnahmen seiner Mitgliedstaaten zur Alphabetisierung der betroffenen Bevölkerungsgruppen unbedingt fördern.
- Die Sozialpartner müssen umfassende regionale und lokale Vereinbarungen zur Förderung der beruflichen Fort- und Weiterbildung finden und zur Entwicklung des europäischen

Rahmens zur Zertifizierung von Qualifikationen und Kompetenzen beitragen.

- Bei Weiterbildungsmaßnahmen am Arbeitsplatz muss darauf geachtet werden, dass die Arbeitgeber und die Arbeitnehmervertreter Konsenslösungen finden, die im Interesse aller sind und den Erfordernissen des Arbeitsmarktes Rechnung tragen.
- Die Unternehmen müssen ihrer sozialen Verantwortung nachkommen, um ihr Humankapital zu erhalten und aufzuwerten, insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Rezession.
- Die Regierungen müssen die Rolle der organisierten Zivilgesellschaft und insbesondere die der Sozialwirtschaft anerkennen und unterstützen, und zwar mithilfe kreativer Ansätze zur Unterstützung von Bildung und der aktiven Eingliederung der Arbeitssuchenden (durch berufliche Weiterbildung oder durch Arbeit).
- Der Erwerb beruflicher Fertigkeiten muss mit dem Aneignen von Grundwissen und dem Erlernen von sozialer Kompetenz einhergehen.
- Es müssen Anstrengungen für den leichteren Zugang und Verbleib von Frauen auf dem Arbeitsmarkt unternommen werden.
- Die Einwanderungsbestimmungen müssen integrationsfördernd sein und Arbeitsmigranten als neue Bürger ansehen, deren Rechte es zu schützen gilt, einschließlich des Rechts auf Bildung.
- Es sollte vermieden werden, Mechanismen einzuführen, die ausschließlich auf das fahrende Volk abzielen, da damit die Abschottung dieses Personenkreises gegenüber der restlichen Bevölkerung nur aufrechterhalten würde. Vielmehr muss ihre Integration über die Anpassung bestehender Mechanismen an ihre kulturelle Eigenheit erfolgen.

WORKSHOP 3

Vorausschickend möchten die Teilnehmer von Workshop 3 daran erinnern, dass die Wahrnehmung der Rechte und Pflichten nicht nur Selbstzweck ist, sondern dass ihr Ziel letztlich darin besteht, die Würde ausgegrenzter Personen durch ihre umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben neu zu bekräftigen.

- Mit der noch so feierlichen Ausrufung der Rechte ausgegrenzter Personen ist es nicht getan; die Ausübung dieser Rechte muss konkret ermöglicht und rechtlich garantiert werden.
- Die Ausbildung sozial ausgegrenzter Menschen muss spezifischen Kriterien des Austauschs und der Gegenseitigkeit genügen und sich informeller und nichtformaler Methoden bedienen, insofern die traditionellen Methoden der formalen Bildung Gefahr laufen, die Ausgrenzung ursachenunabhängig zu verfestigen bzw. zu stärken.
- Es sollte betont werden, dass die Bildungsfunktion nicht nur auf Unterrichts- und Bildungseinrichtungen beschränkt ist, sondern dass zahlreiche weitere Akteure - Familie, Unternehmen, Vereine, Medien - zu einer Bildung beitragen können, die nicht nur den Erwerb von Kenntnissen, sondern auch die Aneignung der Regeln des Lebens in der Gesellschaft umfasst.
- Demgegenüber wurde festgestellt, dass bestimmte gesellschaftliche Akteure bisweilen bildungsfeindlichen, verantwortungsscheuen und unsozialen Verhaltensweisen Vorschub leisten.
- Über die Aneignung der verfassungsmäßigen Rechte und Bürgerrechte hinaus besteht der Gemeinschaftssinn darin, diese Grundsätze, Rechte und Werte über einen persönlichen Assimilations- und Reifeprozess im Alltagsleben umzusetzen.
- Das Problem der Qualität und Gleichheit des Bildungssystems muss aufgeworfen werden, da dessen Mängel oder Schwächen Ursachen von Ausgrenzung sein können.
- Das Thema Multikulturalismus muss realistisch angegangen werden, da er bereichernd, aber auch problematisch sein kann, wenn die für die Bildung erforderlichen Mittel nicht eingesetzt werden.
- Der Situation der Menschen mit Behinderungen sollte besonderes Augenmerk gewidmet werden, da sie häufig Opfer von unfreiwilliger oder unbewusster Diskriminierung sind, wie dies die außergewöhnlich hohe Arbeitslosenquote (89%) in dieser Bevölkerungsgruppe zeigt.
- Das Niveau der sozialen Ausgrenzung kann als Gradmesser für die "Integrität" einer Gesellschaft erachtet werden. Die 78 Mio. Menschen, die in der Europäischen Union unter der Armutsgrenze leben, sind Ausdruck einer Not leidenden

Gesellschaft. Deshalb sollten in der EU-2020-Strategie unbedingt qualitativ und quantitativ ehrgeizige Ziele zur Verringerung der extremen Armut beibehalten und mit einem Mechanismus zur Beobachtung dieses Phänomens verknüpft werden.

ANLAGE 1

PROGRAMM DER KONFERENZ



European Economic and Social Committee



Programme

In collaboration with



Istituto degli Innocenti



PROVINCIA DI FIRENZE



COMUNE DI FIRENZE





Istituto degli Innocenti - Piazza della Santissima Annunziata

Learning, knowledge and understanding are the keys to sustainable social inclusion.

More than a quarter of Europeans are affected by social exclusion. Its causes are wide and varied and include poverty, disability, membership of an ethnic minority, difficulties in cultural integration, and job insecurity. In line with my programme and mandate, and with the view that the EESC should give practical and useful assistance to the EU institutions in responding to the European public's expectations, I have decided that the 2010 Biennial Conference should address the issue of education as a fundamental tool in combating social exclusion of all kinds. The conference will explore the links between education, in all its forms and facets, and social exclusion, and will examine a number of aspects and dimensions of government action in the field of education, where civil society plays a very active role.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Mario Sepi'.

Mario Sepi

President of the European Economic and Social
Committee

Thursday 20 May

OPENING SESSION

1.45 p.m. REGISTRATION OF THE PARTICIPANTS AND WELCOME COFFEE

2.30 p.m. WELCOME ADDRESS

- **Mario Sepi** - *President of the European Economic and Social Committee*
- **Enrico Rossi** - *President of the Tuscany Region*
- **Andrea Barducci** - *President of Florence Province*
- **Matteo Renzi** - *Mayor of Florence*
- **Alessandra Maggi** - *President of the Istituto degli Innocenti*

3.30 p.m. OPENING OF THE DISCUSSIONS

- **Gianni Pittella** - *Vice-President of the European Parliament*
- **Anna Diamantopoulou** - *Greek Education Minister*
- **Mariastella Gelmini** - *Italian Education, University and Research Minister*
- **Antonella Manfi** - *President of Tuscany Confindustria*
- **Guglielmo Epifani** - *Secretary-general of the Italian General Confederation of Labour (CGIL) (tbc)*
- **Fintan Farrell** - *Director of the European Anti-Poverty Network (EAPN) and coordinator of the 2010 coalition of social NGOs*
- **Josep Borrell** - *Former President of the European Parliament, President of the European University Institute, Florence*

5.30 p.m. INAUGURATION OF THE STANDS
Piazza della Santissima Annunziata

6.30 p.m. CONCERT BY AL SAVIA GROUP (GIPSY AND TZIGAN MUSIC)
Piazza della Santissima Annunziata

Friday 21 May

WORKSHOPS

- 8.30 a.m. Welcome and coffee
- 9.00 a.m. Opening of the workshops
María Candelas Sánchez Miguel - *Member of the Economic and Social Committee, "rapporteur" of the Opinion on Education and Social exclusion*
Stefano Zamagni - *President - Italian Agency for Non-Profit Organisations of Social Utility*
Antonia Carparelli - *European Commission, DG EMPL - Head of Unit - Inclusion, Social Policy Aspects of Migration, Streamlining of Social Policies*
Susanne Conze - *European Commission, DG EAC - School education, Comenius*

**WORKSHOP 1 EDUCATION AS A GATEWAY TO SOCIAL ENGAGEMENT:
THE FOUNDATIONS OF INCLUSION**

- 10 a.m. Introduction by the workshop moderator
Luigi Berlinguer - *Member of the European Parliament (morning)*
Valeria Fargion - *Faculty of Political Science - University of Florence - Jean Monnet Chair (afternoon)*
- 10.15 a.m. Civil society and social stakeholders' experience in the following fields:
- The role of education within the family
Anne Alitolppa-Niitamo – *The Family Federation of Finland > Education to New Information Technologies and social inclusion*
 - Education as a conduit to multiculturalism
Mostafa el Ayoubi - *Editor in chief, Confronti > Education in mosques*
 - "Street education"
Denisa Pochová – *Pediatrician at the Presov Hospital, advisor to RAMAD (Association of Roma Youth and Children in Slovakia)*
 - The role of school-based education
Simona Taliani - *Centro Frantz Fanon, Turin > School education for inclusion of immigrants*
- 11 a.m. Statements and reactions from institutional and civil society players
- **Domenico Lucano** - *Mayor of Riace, Calabria > integration of migrants into the village life*

ANLAGE 1: PROGRAMM DER KONFERENZ

- **Luca Bravi** – *Prof. of Social Science, University for Distance Learning L. da Vinci, Faculty of training sciences* > Social situation of Roma

- **Didier Chabanet** - *Researcher at the ENS Lyon* > A comparative approach to the links between education and social exclusion in EU countries (YOUNEX program)

- **Noureddine Erradi** - *Integration for All (IFA)* > Grundtvig Workshop: intercultural learning

- **Celeste Pernisco** - *National Association of Italian pedagogues (ANPE - EUROFEPP)* > Family and school: an educational alliance?

- **Maria Gabriella Lay** - *Programme Manager, "Global Campaign to Raise Awareness and Understanding on Child Labour" (ILO)*

12 noon Opening of the discussion by the workshop "rapporteur":
Maureen O'Neill - *Member of the Economic and Social Committee*

12.15 p.m. Discussion between the expert witnesses, speakers and workshop participants

1 p.m. - 2.30 p.m.
Lunch and cultural activities

2.30 p.m. Resumption of the discussion with a view to adopting proposals

4.15 p.m. - 4.45 p.m.
Coffee Break

4.45 p.m. Submission of the proposals by the rapporteur

5.30 p.m. Closing remarks by the workshop moderator

**WORKSHOP 2 EDUCATION AS A GATEWAY TO THE LABOUR MARKET:
MAKING INCLUSION REAL**

- 10 a.m. Introduction by the workshop moderator
Marco Revelli - *Sociologist, Chairman of the national commission on social exclusion (morning)*
Franco Chittolina - *Director, Centro Studi Fondazione della Cassa di Risparmio di Cuneo (afternoon)*
- 10.15 a.m. Civil society and social stakeholder experience in the following fields:
- Alternative ways of securing inclusion for marginalised young people
Lionel Urdy - *Director, Second Chance School, Marseille*
 - Opening the workplace to people experiencing exclusion
Stéphane Lévêque - *Director, FNASAT Gens du voyage*
 - Workers' insecurity
Assunta Serenari - *Associazione Amici di Piazza Grande Onlus, Bologna > Poor and homeless workers*
 - Creativity in times of economic and social crisis
Charlotte Gruber - *President of the European Network of Social Integration Entreprises (ENSIE)*
- 11 a.m. Statements and reactions from institutional and civil society players.
- **Luigi Angeletti** - *Secretary General of the UIL (tbc)*
 - **Andrea Olivero** - *Spokesperson of "Forum del Terzo Settore"*
 - **Aviana Bulgarelli** - *Director, CEDEFOP > Vocational training and social inclusion*
 - **Paolo Coceancig** - *(CSAPSA) > Social inclusion and new forms of poverty: proposal for a methodology*
 - **Tommaso Grimaldi** - *Secretary General of the EVTA > The role of vocational training in the reintegration into the labour market*
 - **Neus Pociello Cayuela** - *AROA Foundation, Barcelona > Professional insertion of women of underprivileged means*
- 12 noon Opening of the discussion by the workshop "rapporteur":
André Mordant - *Member of the European Economic and Social Committee*
- 12.15 p.m. Discussion between the expert witnesses, speakers and workshop participants
- 1 p.m. - 2.30 p.m.
Lunch and cultural activities

ANLAGE 1: PROGRAMM DER KONFERENZ

2.30 p.m. Resumption of the discussion with a view to adopting proposals

4.15 p.m. - 4.45 p.m.
Coffee Break

4.45 p.m. Submission of the proposals by the rapporteur

5.30 p.m. Closing remarks by the workshop moderator

WORKSHOP 3 EDUCATION AS A GATEWAY TO THE EXERCISE OF RIGHTS:

ACTIVE INCLUSION

10 a.m. Introduction by the workshop moderator
Giovanni Moro - *President of FONDACA and founder of Active Citizenship Network*

10.15 a.m. Civil society and social stakeholder experience in the following fields:

- Equal rights for all
Marie-Cécile Renoux - *ATD Fourth World, Delegate to European Union*
- The role of the social partners in providing information and training on rights-based issues
Beniamino Lami - *National Secretary FLC-Cgil, Responsible of Welfare Department > Vocational training and social inclusion*
- The exclusion of young people at an early stage from education and training networks
Cesare Moreno - *President of the Association Maestri di Strada*
- Education as a universal service
Alessandro Martini - *Director, Caritas Florence > The educational challenge: teaching solidarity*

11 a.m. Statements and reactions from institutional and civil society players.

- **Denis Stokkink** - *President of the European Think tank "Pour la Solidarité" > Right of access to finance*
- **Giovanni Biondi** - *Responsible of Programmation Department, Ministry of Education, University and Research > Citizenship and Constitution*
- **Emmanuel Decaux** - *Professor of International Law at the University of Paris II, member of the UN Advisory Committee for Human Rights > The right to education on human rights*
- **Rosario Iaccarino** - *Training National Officer, FIM Cisl*

ANLAGE 1: PROGRAMM DER KONFERENZ

- **Sergio Marelli** - FOCSIV
- **Luisa Bosisio Fazzi** - *President of the National Council on Disability (Italy)*

- 12 noon Opening of the discussion by the workshop "rapporteur":
Stéphane Buffetaut - *Member of the European Economic and Social Committee*
- 12.15 p.m. Discussion between the expert witnesses, speakers and workshop participants
- 1 p.m. - 2.30 p.m.
Lunch and cultural activities
- 2.30 p.m. Resumption of the discussion with a view to adopting proposals
- 4.15 p.m. - 4.45 p.m.
Coffee Break
- 4.45 p.m. Submission of the proposals by the rapporteur
- 5.30 p.m. Closing remarks by the workshop moderator

21.15

Concert upon invitation

L'ORCHESTRA DI PIAZZA VITORIO

**Teatro della Pergola
Via della Pergola, 18
Firenze**

Saturday 22 May

CLOSING SESSION: FINDINGS AND CONCLUSIONS

9.00 a.m. WELCOME AND COFFEE

9.30 a.m. INTRODUCTION AND RECAP OF WORKSHOP PROCEEDINGS

- **Mario Sepi** - *President of the European Economic and Social Committee*
- **Maureen O'Neill** - *Member of the European Economic and Social Committee - Workshop 1*
- **André Mordant** - *Member of the European Economic and Social Committee - Workshop 2*
- **Stéphane Buffetaut** - *Member of the European Economic and Social Committee - Workshop 3*

10.15 a.m. THE INSTITUTIONAL PERSPECTIVES

- **Bibiana Aído Almagro** - *Spanish Equality Minister, Spanish Presidency of the EU*
- **Isabelle Durant** - *Vice-President of the European Parliament*
- **Maurizio Sacconi** - *Italian minister for Labour and Social Affairs (tbc)*
- **Marie-Dominique Simonet** - *Belgian Education Minister (tbc)*
- **Raffaele Bonanni** - *Secretary-general of CISL*
- **Tonio Dell'Olio** - *LIBERA, International Network Director*

11.45 a.m. CONCLUSIONS

- **Mario Sepi** - *President of the European Economic and Social Committee*
- **Martin Hirsch** - *French former High Commissioner for solidarity against poverty and former High Commissioner for young people, President of the 'Agence du Service civique'*
- **Mario Monti** - *President of the Bocconi University, member of the Reflection group on the future of the EU 2030*
- **José Manuel Barroso** - *President of the European Commission*

Simultaneous interpreting in FR/EN/IT

The Friday lunch and the Coffees will be served in the *Cortile delle Donne* of the Istituto degli Innocenti

ANLAGE 2

WORTBEITRÄGE

L'Educazione per combattere l'esclusione sociale

Antonella Coniglio

**Assessore alle Politiche Sociali
Sicurezza, Politiche della Legalità**

Nel ringraziare il Presidente Sepi per l'invito a questa importante occasione di analisi e di confronto sull'attuale problematica dell'esclusione sociale colgo l'occasione per portare i saluti del Presidente della Provincia di Firenze Andrea Barducci.

Il mio recente incarico di Assessore alle Politiche Sociali della Provincia di Firenze è legato anche al mio impegno professionale, un lavoro di oltre 30 anni, nell'emarginazione e nell'esclusione sociale.

Conosco dunque direttamente la complessità che tutto ciò comporta sia per quanto attiene la domanda di intervento che per quanto concerne la risposta che l'istituzione pubblica è in grado di dare.

Lo sviluppo economico degli ultimi anni non ha certamente ridotto la distanza tra i soggetti deboli, anzi, ha creato nuovi esclusi, applicando semplicisticamente il rapporto produttivo- incluso/ non produttivo- escluso.

In quest'ottica dunque sono compresi oltre a quella fascia di popolazione da sempre considerata "debole e svantaggiata" anche una larga percentuale di giovani, donne, tutti coloro, infatti, che non posseggono il requisito di "produttivo".

Le Istituzioni Pubbliche che hanno condotto negli anni progetti di inclusione sociale potevano "contare" su risorse economiche e su un diffuso consenso sociale, ma anche su politiche educative idonee.

Giova ricordare che tante significative esperienze di Politica sociale inclusive/educative sono da ricondurre agli anni 80/90, quando ad un rilevante impegno di risorse si accompagnava un'azione di sensibilizzazione e di educazione pregnante, tendente al superamento di stigma e di pregiudizi sia in ambito scolastico che extra scolastico.

Oggi al contrario il veloce e potente ciclo produttivo globale ha marcato pesantemente le distanze tra la popolazione definita inclusa e coloro che si trovano al margine di una socialità condivisa e attiva.

Non basta riconoscere che sulle politiche sociali, non più di moda si è investito sempre meno e sempre meno si investirà.

ANLAGE 2: WORTBEITRÄGE

Non è sufficiente richiamare le scarse risorse economiche per giustificare un'azione sempre più mirata all'emergenza che alla prevenzione di esclusione sociale.

L'attuale inversione di tendenza dello sviluppo economico impone un ripensamento sui modelli di politiche sociali fino ad oggi attuate, troppo incentrate sull'assistenza che sulla vera politica sociale attiva, capace di disegnare scenari di azione senza limitare a leggere fenomeni in continua trasformazione.

Fulvio Fammoni

CGIL

Il convegno odierno si svolge nel 40° anniversario dello Statuto dei diritti dei lavoratori in Italia. Una data importante perché i processi di avanzamento ed emancipazione del lavoro hanno sempre coinciso con le maggiori conquiste sociali dei diversi paesi.

Cito questo aspetto nazionale, in un convegno europeo, perché parte di quei contenuti sono riscontrabili nella carta dei diritti approvata a Nizza. Perché i termini diritti, dignità e libertà non siano soverchiati durante una crisi così profonda. Per questo la formazione, il ruolo di un cittadino formato ed informato e quindi più libero, è fondamentale.

Ma è davvero attualmente un bene pubblico alla portata di tutti? Dobbiamo purtroppo rispondere che molto è ancora da fare.

Si parla molto di obiettivi, meno della loro reale applicazione su fenomeni decisivi come l'abbandono scolastico oppure l'educazione degli adulti. Siamo in evidente ritardo e con questo trend sarà difficile realizzarli.

Dotare l'Europa della libera circolazione della conoscenza è un obiettivo fondamentale che però con la crisi rischia di arrestarsi.

La disoccupazione è in costante aumento e gli interventi contro la speculazione finanziaria sono incentrati sui deficit e rispetto dei parametri, paradossalmente prevedendo anche l'educazione come spesa da tagliare.

Tutti affermano che da crisi come queste si esce diversi, come lo si determina adesso con le scelte di qualità dello sviluppo futuro. Tagliare l'istruzione e la formazione è l'opposto della necessità e accentuerà fenomeni di esclusione e di povertà, anche culturale.

Il caso Italia è purtroppo in questo senso emblematico con i tagli alla scuola, all'università e alla ricerca. Per il lavoro è lampante l'esigenza di interventi urgenti di riqualificazione e collegamento fra domanda e offerta. Ma ci si può basare solo sul breve termine?

I dati CEDEFOP prevedono una evoluzione delle qualifiche verso l'alto, mentre troppo alta è oggi la presenza di basse professioni.

Inoltre, includere significa anche superare il problema della scarsa consapevolezza esistente fra le persone della necessità di formazione. Troppe tipologie di offerta, attualmente, tendono troppo a curvare sulla domanda dei più forti. Sono invece significative le testimonianze di chi scopre l'importanza della formazione solo dopo averla provata.

Quella della conoscenza e della sua diffusione non può che rappresentare dunque un grande impegno del sindacato europeo.

In Italia la CGIL ha dato vita ad una legge di iniziativa popolare, lo stesso si potrebbe fare in Europa utilizzando le norme del Trattato di Lisbona.

ANLAGE 2: WORTBEITRÄGE

Ecco perché in una fase in cui l'assoluta priorità è non perdere lavoro e non chiudere imprese l'attenzione a questo tema deve essere così alta.

Ecco perché iniziative come quella odierna, per la quale ringrazio il CESE e il suo presidente, sono importanti e attuali. Non rituali ma un impegno concreto per tutti che richiama progetti alti, il ruolo vero dell'Europa sociale come strada di uscita dalla crisi.

► **Fintan Farrell**

EESC Biennale, Firenze, 20-22 May 2010 

Fighting Poverty and Inequality the way to ensure that Education leads to the combat of social exclusion

Input by Fintan Farrell, Director, EAPN

EUROPEAN AND POVERTY NETWORK
SOCIAL EUROPEAN ASSOCIATIONS
DE LA FETE EUROPEENNE LA PALMISTE
ET L'UNIVERSITE DE PALMISTE
www.eapn.eu

Content of Input 

- Introduce EAPN
- What we know about Poverty, Social Exclusion and Inequalities in the EU and its impact
- Is the Europe 2020 strategy the answer?

EAPN Origins



- Established in 1990
- A network of independent NGOs involved in the fight against poverty and social exclusion (within EU countries, mostly)
- To defend the interest of people experiencing poverty and social exclusion in the development of EU policies and programmes

EAPN Membership and Financing



- 26 National Networks
- 23 European Organisations
- Receives financial support from the European Commission (PROGRESS Programme)

EAPN some achievements



1. Building a participative and sustainable network

- Sustained and growing network
- Increasing participation of people in poverty
- Increasing funding of national and EU networks

2. Impact on EU Policy?

- New Articles in the EU Treaties
- EU Social Inclusion Strategy (OMC on Social Protection and Social Inclusion)
- EU Programme to support the strategy (PROGRESS)
- EU Recommendation on Active Inclusion (Adequacy of Income, Access to Services, Support for access to employment)
- Partnership Principle in Structural Funds
- EU Meetings of People Experiencing Poverty
- 2010 EU Year Against Poverty and Social Exclusion

What do we know about Poverty in the EU?



- EU Poverty Programmes (80 and early 90s) and the EU Inclusion Strategy (Social OMC 2000+) have provided knowledge about the reality of Poverty and Exclusion in the EU and how to tackle it.
- Social OMC has powerful tools for mutual learning and exchange – indicators, peer review, national action plans.
- But we are not making progress on the ground

Poverty in the EU

(Based on the 2007 figures)



■ 60% of median equivalised income

- 2008 EU Average 17% (84 million people)
- 25% Romania (83 Euro)
- 10% Netherlands (910 Euro) 10 % Czech Republic (271Euro)

In Work Poverty



■ In work poverty rate

- EU Average 8% of working population (18 million people approx)
- 14% Greece (510 Euro)
- 3% Czech Republic (271 Euro)

Material Deprivation in the EU



- Lacking more than 3 basic necessities (eg adequate shoes, a meal with meat or fish every second day, adequate heating)
- EU Average 17%
 - 45% in Latvia (Romania and Bulgaria higher)
 - 3% in Luxembourg 6% Sweden and Netherlands
- 40% of people below the poverty line in the EU also experience material deprivation but 13% above the poverty line

Wealth and Inequality in the EU



- EAPN Motto: *'You can't speak about the fight against poverty and remain silent about wealth'*
- We know less: Lack of common definition and common indicators at EU level

Growing trends in Inequality EU



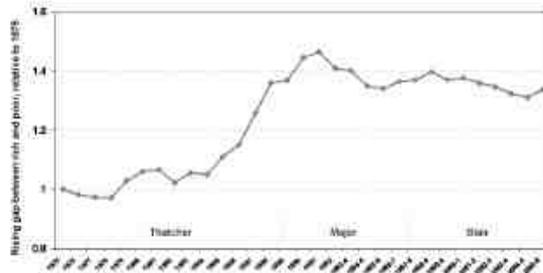
- **Inequality of Income distribution 1997-2007**
(as measured by Incomes of the top and bottom 20%)
 - EU 15: 4.7 to 4.9
 - UK: 4.7 to 5.5
 - EU 2007 5

- **Globally: enormous increase in inequality 80's and early 90's** (as illustrated in the next two slides).

Trends in Inequality UK

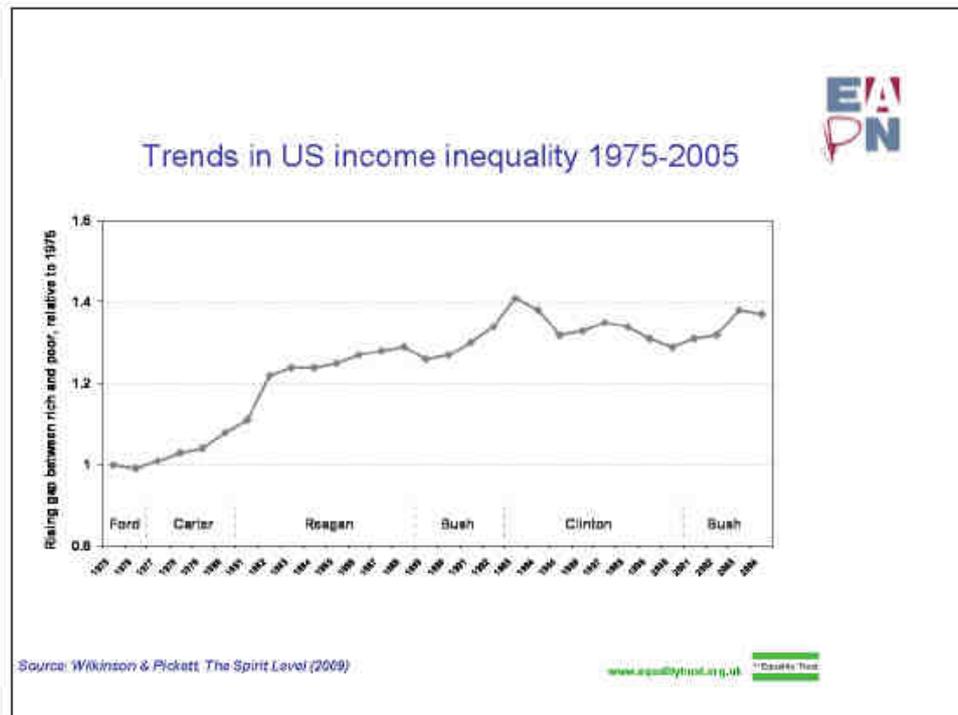


Trends in UK income inequality 1979-2005/6



Source: Wilkinson & Pickett, The Spirit Level (2009)

www.eapn.org.uk



EAN
PN

Impact on People Experiencing poverty

- *'I am undocumented, so for you I don't exist'*
- *'waking up in bad housing conditions which saps the will to do anything'*
- *'being paid regularly, but my debts still mounting up anyway'*
- *'hard to talk about, but when I did start to talk to others I felt no different from them and I wasn't embarrassed'*

Statements by participants at European Meetings of People Experiencing Poverty and social exclusion

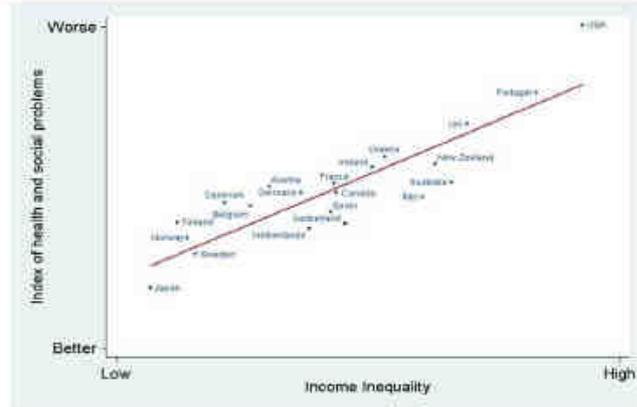
The Impact of Inequalities in 'rich' countries



Health and Social Problems are Worse in More Unequal Countries

Index of:

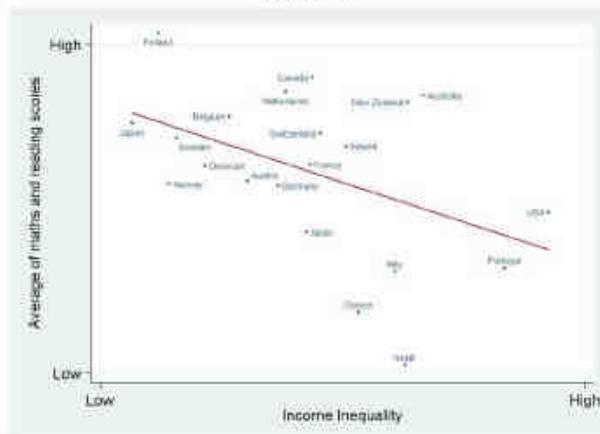
- Life expectancy
- Math & Literacy
- Infant mortality
- Homicides
- Imprisonment
- Teenage births
- Trust
- Obesity
- Mental illness – incl. drug & alcohol addiction
- Social mobility



Source: Wilkinson & Pickett, *The Spirit Level* (2009)

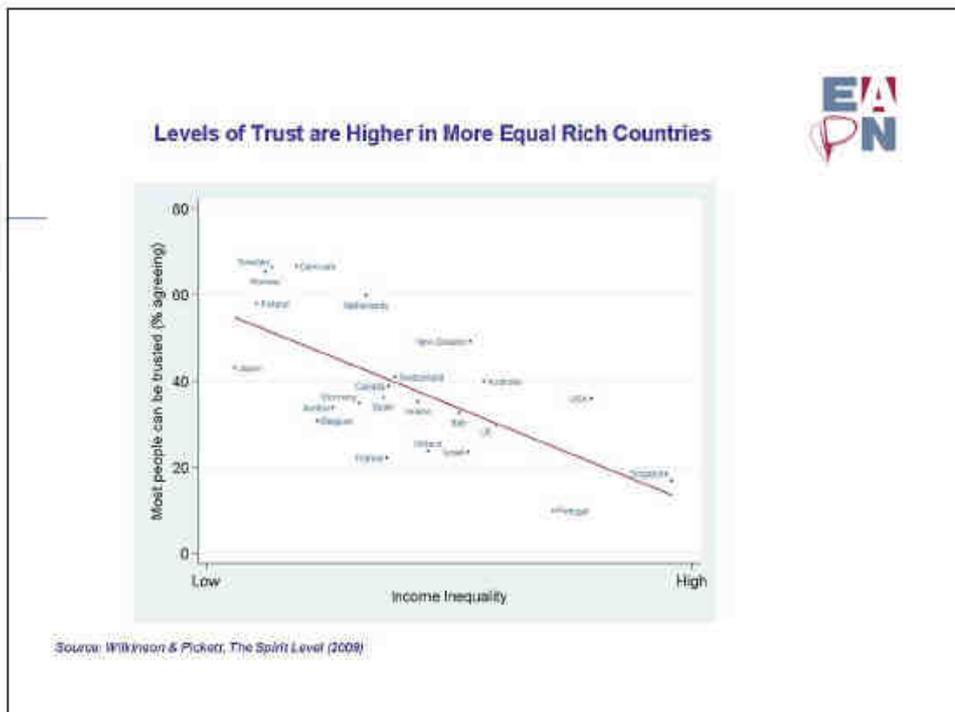
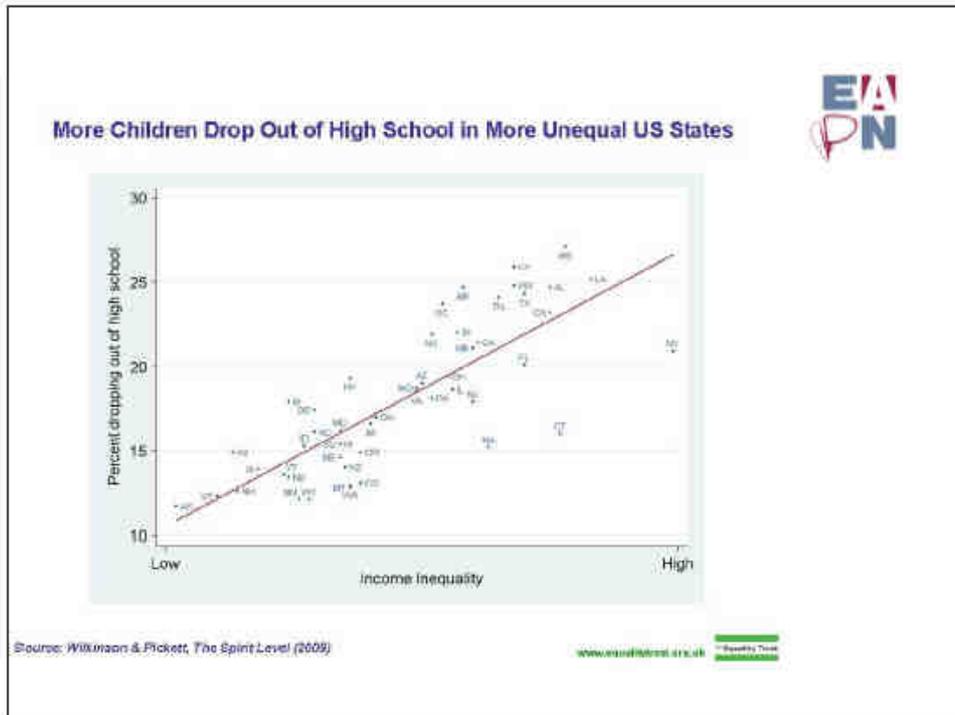
www.equalitytrust.org.uk Equality Trust

Educational Scores are Higher in More Equal Rich Countries



Source: Wilkinson & Pickett, *The Spirit Level* (2009)

www.equalitytrust.org.uk Equality Trust



What we need to reduce poverty and inequality



- A renewed respect for the values: such as social cohesion, sustainability, justice, equality, human dignity.... to inform our 'politics'.
- A paradigm shift from the 'growth and jobs model' to a 'social and sustainable model' as called for by the Spring Alliance (ETUC, Social Platform, Environmental NGOs ...)
- A recognition of social protection spending as an investment (reduces poverty in the EU by 40%)

Is the Europe 2020 Strategy the answer?



- The Europe 2020 strategy as proposed is still based on a 'growth and jobs model' and is not the shift in paradigm needed
- However the strategy does contain elements worth fighting for.

What EAPN is trying to achieve in the Europe 2020 Strategy



- Agreement of a headline target to reduce poverty based on the right indicator
- Support for the Education Target based on early school leavers
- Integrated Guidelines for the Europe 2020 strategy that reflect the social objectives
- An Ambitious “Platform Against Poverty” building on a reinforced OMC on Social Protection and Social Inclusion.

Achievement of these objectives is possible and is in line with the Commission proposals

Is a new Vision for an EU free of poverty needed?



Perhaps for the way forward we can take inspiration from the vision of one of the founding fathers of the EU, Jean Monnet, when he wrote in 1943

What we are aiming for is “an organisation of the world that will allow all resources to be exploited as well as possible and to be distributed as evenly as possible among persons, so as to create peace and happiness throughout the entire world”

Building Alliances for 2010



2010 BUILDING A
EUROPE FOR ALL
www.endpoverty.eu



Antonia Carparelli

European Commission, Head of Unit, DG Employment, Social inclusion policies

I would like to thank President Mario Sepi and the colleagues of the Economic and Social Committee for organizing this high-level conference. And a special thank for giving a prominent role to the European Commission, which I am representing this morning together with my colleague from the Education Department. Tomorrow, as you know, President Barroso will be here.

This conference is also a tribute of the European and Social Committee to the European Year 2010 against poverty and exclusion, which falls in a particularly critical moment for the Union and for its future.

As you know there are many European years, many Europeans day and also European weeks. Someone would say too many... and some of them pass almost unnoticed to the large public. This does not seem to be the case of this European Year 2010 against poverty. In fact, so far the mobilization around the Year has been very encouraging and in several cases it has largely exceeded our expectations.

This is probably because poverty and exclusion are becoming an increasing concern for citizens, and not only for those who are most directly affected. A recent article talked about "the rediscovery of poverty", and noticed that at some point the word poverty had almost disappeared from the vocabulary of our affluent societies, while it is now increasingly present in the public debate.

In reality I would rather talk about "the re-emergence of poverty", because what we have observed in recent years is an increase of poverty in the richest and more advanced countries, linked to new social and economic realities: migration, new family patterns, labour market fragmentation, technological divide, etc.

This is why the European Union has decided to put the fight against poverty and exclusion at the centre of its strategy for the next decade, the so called Europe2020 strategy. I am sure that President Barroso will illustrate it tomorrow in greater detail. But let me just say that the Europe2020 strategy aims at promoting smart, sustainable and inclusive growth in Europe.

This vision is underpinned by five headline targets. Two of them concern the issues that are at the centre of this conference: education and poverty (the others are employment, research and energy). This means that all Member States will commit to achieve concrete results in terms of reducing the early school drops, to increase the number of people with tertiary education, to reduce the number of people at risk of poverty or exclusion.

It is important to underline that these targets are strictly linked and – as we say it – mutually reinforcing. But of course this is rather obvious when talking about education and poverty.

All those who deal with antipoverty policies recognize the central role of education. And the statistics in this respect are extremely clear. The unemployment rate is stubbornly higher in the population with lower educational attainments. In 2009 it averaged 13% for people with low educational achievements, 7.5% for people with upper secondary education and less than 5% in the population with tertiary education.

In 2008, the percentage of people at risk of poverty in Europe was 17% - some 80 million people. However, this percentage increases to 23% for the population with low educational attainment (maximum lower secondary education); it falls to 13% for the population with upper secondary education and goes down to 7% for people with tertiary education.

These and other data are reported in a precious booklet that Eurostat has dedicated to the European Year 2010 and is called "Combating poverty and social exclusion. Statistical Portrait of Europe 2010", and can be found on the Eurostat website .

Against this background it is not surprising that education has a special place among the objectives of the European Year 2010 against poverty and exclusion. If you visit the website of the Year and have a look at the projects that have been supported at national level you will find a large number and variety of projects that refer to education in a broad sense, and some of them are very innovative and interesting.

Education has also been very present in the exchange of good practices and mutual learning that is at the centre of the coordination among Member States in the field of Social Policy – the so called Open Method of Coordination.

I will just refer to a pilot project that was run a few years ago in Luxembourg, and which was presented in a "peer review" exercise. The project consisted in following over a very long periods two groups of children with migration background. The first group included children enrolled in pre-primary school at the age of 3, while the second included children who only started school at the age of 6. The results were absolutely clear. The first group significantly outperformed the second in terms of school performance, employment, professional status and income.

So there is overwhelming evidence that education is a necessary tool to ensure equal opportunities and to combat poverty and exclusion. I believe that no one would question this.

However, when it comes to assessing how much education matters or to what extent can overtake other antipoverty policies, the opinions become less consensual and the debate becomes more complicated.

In fact it becomes very much the debate about opportunities versus outcomes, with on the one hand those who consider that social policies should essentially be concerned with ensuring equal opportunities and on the other hand those who insist that you cannot really ensure equal opportunities without a constant and sustained effort to correct the inequalities in outcomes.

In this context, I would like to refer to another project, which this time refers to the US. The project was conducted by the National Center for Education statistics and analysed the educational career of a group of Americans who were finishing the primary school in 1988. The pupils were classified according to their school

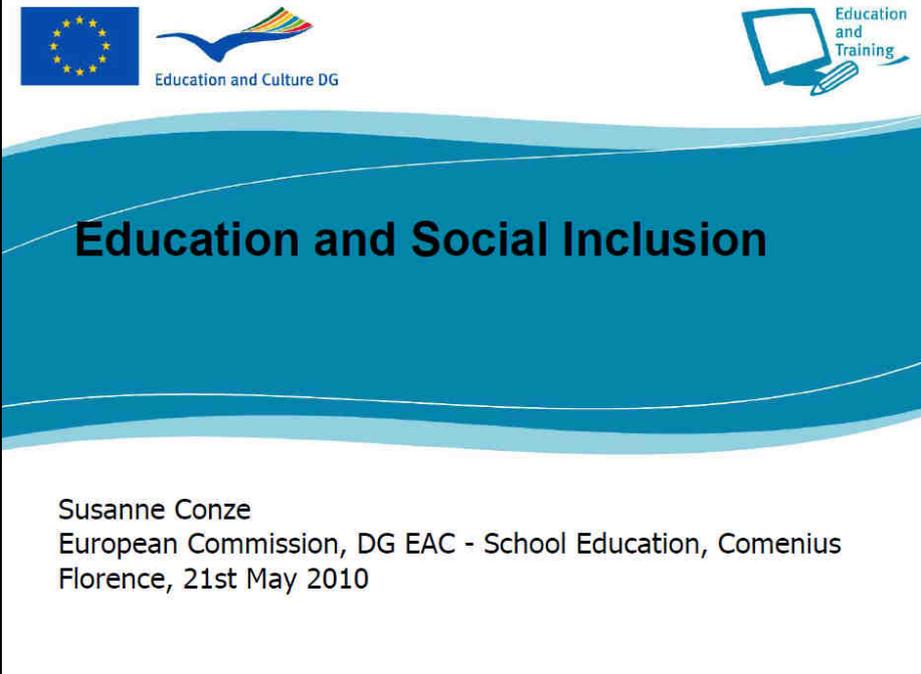
ANLAGE 2: WORTBEITRÄGE

performance at the age of 13 and according to the status of their parents (income, education, employment). The result was that the family status is still a better predictor of the likelihood to get a university degree than the school performance.

To my knowledge, we don't have similar, comprehensive studies for Europe. But there is a widespread perception that education must be associated to other policies that tackle the various dimensions of poverty and marginalisation. Without this it will be very difficult, if not impossible, to break the intergenerational transmission of poverty and exclusion.

In proposing a target for poverty reduction as a way to create more inclusive and cohesive societies, the European Union has clearly taken the view that opening opportunities and goes hand in hand with correcting deep inequalities in outcomes. The challenge will be now to move from words to deeds.

► **Susanne Conze**



Education and Culture DG

Education and Training

Education and Social Inclusion

Susanne Conze
European Commission, DG EAC - School Education, Comenius
Florence, 21st May 2010



Education & Social Inclusion
EUROPE 2020 strategy

Education and Training

- Smart, sustainable and inclusive growth
- Promotion of equity, social cohesion and active citizenship one of its four core objectives
- Education and training play important role in this strategy
- Headline target on reducing early school leaving and increasing number of graduates from higher education

2



Education & Social Inclusion

current situation

- Education and training can contribute to social inclusion, but current E&T systems do not provide sufficient equity
- Low participation rate of disadvantaged groups in early childhood education and care
- Too high early school leaving rates -14.8% at EU level
- Too high rates of low performing 15 year-olds
 - 24.1% low achievers in reading
- Gap in educational performance of children with migrant or ethnic minority background compared to native youth
- 80 Mio low skilled adults



3



Education & Social Inclusion

current needs

- Better access to high quality ECEC
- High quality education which provides key competences for all – with special support for disadvantaged learners
- Comprehensive and consistent policies to prevent ESL
- Inclusive education and more personalised learning
- Strengthening of vocational education pathways
- Permeability of educational pathways, no ‘dead ends’
- Recognition of non-formal and informal learning outcomes
- Broader access to higher education also for non-traditional learners



4

Education & Social Inclusion



To embed the social dimension in our lifelong learning strategies, starting from pre-primary education up to universities, vocational training and adult education.



5

Education & Social Inclusion



current activities

- Communication and Council conclusions on equity and efficiency in education in 2006
- Communication on schools with focus on equity and social inclusion issues in 2007, followed by Council conclusions in 2008
- Green Paper on migration and education in 2008, followed by Council conclusions in 2009
- Council Conclusions on social dimension education and training, May 2010
- Open Method of Coordination



6



Education & Social Inclusion

forthcoming activities

- Recommendation on Early School Leaving
- Conference under Belgian Presidency in September 2010
- Communication on ECEC in 2011
- Policy network on migrant education
- Strategies to support lifelong learning and social inclusion



7



Thank you very much for your attention!

For further information:
http://ec.europa.eu/education/index_en.htm
susanne.conze@ec.europa.eu



8

► **Anne Alitolppa-Niitamo**



Väestöliitto

The Role of Education within a Family

Social Integration and New Information
Technologies

31.5.2010



Informal education and fight against social exclusion

- Fight against social exclusion includes fight against exclusion over the generations
- Informal education at homes in terms of child's cognitive development, healthy life habits, adoption of values and norms etc. is important
- Parents are the primary socialization force for children
- Recognition of parents and families as a resource in the educational process

ANNE ALITOLPPA-NIIPTAMO 31.5.2010 2



- Parents do their best, according to their understanding and their resources
- Work in many NGOs, particularly in family associations to give support and speak for them
- Family and the parents mediate between the child and society
- Contextual orientation: parental competency in relation to the societal context
- In our work in the grass roots level, we have identified challenges that parents face that relate to fast societal change

ANNE ALITOLPPA-NIITAMO 31.5.2010 3



Fast societal change and social exclusion

Dr. Kağıtçıbaşı, a Turkish professor emerita in psychology, has been studying families, child raising practices in the context of culture and societal change.

She states:

- All societies change and, usually, even slow adaptation processes are enough for appropriate adaptation and maintenance of wellbeing
- But sometimes, the change can be incredibly fast, enormous and shaking
- In this short presentation, I'll give some glimpses on how fast societal changes challenge parenthood and put families and/or children at risk of social exclusion

ANNE ALITOLPPA-NIITAMO 31.5.2010 4



Increasing differentiation

- Some families react to changes around them slowly, others are able to react quite fast.
- As a consequence to the difference in their reaction, there is a gap that develops between these groups or families.
- This gap that is due to the rapid societal change, may widen the difference between social classes or between the generations
- Now I'll give you two examples of change that clearly challenge and confuse many parents

ANNE ALITOLPPA-NIITAMO 31.5.2010 5



Examples of fast societal change

1. NEW INFORMATION TECHNOLOGIES

- Not to demonize NIT: digital literacy and availability of Internet provide great resources for people
 - but great variance in means people have to acquire the hard ware and in adoption of skills to use the soft ware
- Digital literacy is a requirement for many jobs
- Access to Internet: look for jobs, access to gov. Services, acquire information, bank services, home-school communication, keeping contact with friends etc.
- So, depending on the means and resources, there is a real risk that marginalized groups may become even further excluded

ANNE ALITOLPPA-NIITAMO 31.5.2010 6



1. NEW INFORMATION TECHNOLOGIES

- New information technologies and use of Internet may pose some risks, as well, particularly for children and youth
 - Private becomes public, protecting one's privacy
 - Bullying, harassment, abuse, ethnic discrimination
 - Sexualization and violent contents
 - Risk for excessive use
- Parents have the primary responsibility in raising their children, also in relation to NIT
- Informal education at home: parents should enable, but also to be aware and guide and protect

ANNE ALITOLPPA-NIITAMO 31.5.2010 7



Examples of fast societal change

2. FAMILIES IN MIGRATION AND ACCULTURATION PROCESS

- Extremely rapid societal change, 'over one night'
- Challenges the sense of control of one's life
- Children often acculturate (i.e. ...) faster than their parents
- 'Dissonant acculturation' turns intergenerational roles upside down
- Parenthood challenged, childhood challenged
- Who guides and advises a child ?

ANNE ALITOLPPA-NIITAMO 31.5.2010 8



Parental training

- What we have seen among the parents is sometimes
 - - lack of awareness on changes that take place around them
 - - awareness but great confusion and uncertainty, even resistance
 - - parents who are are consious and up-to-date with the new demands of parenting
 - RISK THAT PARENTS KIND OF FALL OUT, AND WHEN THIS HAPPENS, CHILDREN ARE LEFT MUCH ON THEIR OWN > exclusion transferred over the generations

ANNE ALITOLPPA-NIITAMO 31.5.2010 9



A conclusion: Some suggestions

- Need for parental training, particularly for vulnerable groups and in times of fast societal change
- Recognition of parental training as a form of life-long education: non-stigmatizing, low-threshold, easy access
- Central role of NGOs in doing advocacy work for recognition of informal education in families & organizing parental training (family organizations)
 - Media literacy training for parents
 - Parental training for migrant parents
 - The Family Federation of Finland organizes peer-support groups for migrant parents: social inclusion by giving information, support and social networks
 - Strengthening parenthood more generally

ANNE ALITOLPPA-NIITAMO 31.5.2010 10

L'educazione alla multiculturalità ***La moschea come laboratorio di cittadinanza***

Mostafa El Ayoubi

Giornalistaⁱ

Nel contesto odierno, l'insediamento di decine di milioni d'immigrati in Europa è ormai un dato acquisito: una presenza, per la maggior parte di loro, strutturale e permanente. Il sogno del «ritorno in patria», che di solito accompagna l'immigrato nel suo progetto migratorio, spesso svanisce dopo pochi anni di residenza in seguito ai ricongiungimenti familiari e all'inserimento dei figli nei diversi contesti di socializzazione: scuola, quartiere, circoli sportivi e via dicendo.

Di fronte a questo fenomeno, la preoccupazione principale dei molti Stati dell'Unione europea è sempre stata quella di controllare i flussi migratori attraverso leggi nazionali, spesso molto restrittive e conservatrici. Inoltre, la politica migratoria in Europa è in gran parte incentrata sulla visione dell'immigrazione come forza lavoro e come risorsa economica da sfruttare per il proprio sviluppo economico e poco attenta alla questione dell'integrazione sociale di una realtà divenuta ormai una componente strutturale del tessuto sociale nazionale. In seno all'Unione europea, le politiche sull'immigrazione variano ovviamente da paese a paese. Tali differenze derivano, oltre che dalla storia di ciascun paese, dal fatto che vi è una difformità nell'interpretare il concetto di integrazione sociale.

In Francia il termine «integrazione» si accosta molto a quello di «assimilazione»: l'immigrato per integrarsi è invitato a fondere la sua identità nella cultura del paese di accoglienza. All'opposto di tale interpretazione vi è il modello cosiddetto «comunitarista» o «multiculturalista» che incentiva la ghettizzazione delle comunità straniere. Questa diversità nell'intendere l'integrazione si traduce in una differenziazione nel fornire soluzioni politiche alla questione dell'immigrazione.

Entrambi i modelli summenzionati – i più diffusi in Europa – hanno finora registrato insuccessi clamorosi mancando l'obiettivo dell'inserimento dei «nuovi

ⁱ Caporedattore della rivista *Confronti*, mensile di informazione politica, culturale e religiosa. Opinionista, curatore della rubrica *il PONTE-ALKANTATARA* della rivista *Nigrizia*. Membro della redazione del semestrale *Veritas et Jus* della facoltà di teologia di Lugano (Svizzera). Membro del comitato scientifico della Fondazione Villa Emma - Ragazzi ebrei salvati. Ha pubblicato in collaborazione con altri autori diversi libri tra cui: *Islam Plurale*, (a cura di), edizione Com Nuovi Tempi (2000); *La sfida del dialogo* (a cura di) edizione EMI (2003); *Identità multiculturali e multi religiose* (a cura di), Franco Angeli (2004); *Libera Chiesa in libero Stato* (a cura di), Claudiana (2005); *Per una legge sulla libertà religiosa* (a cura di), Quaderni Rosselli (2007); *Dialoghi in cammino – Protestanti e musulmani in Italia oggi* (a cura di), Claudiana (2009).

cittadini» e generando una sostanziale crisi d'integrazione sociale. Oggi sta maturando la consapevolezza che bisogna mettere in atto strategie politiche in grado di includere gli stranieri – non più solo forza lavoro – nella vita sociale, culturale e politica del paese d'accoglienza.

Per favorire il dialogo e la convivenza tra autoctoni e immigrati, molti paesi dell'Ue hanno cominciato a puntare sulla lingua come strumento di integrazione sociale. Allo straniero viene richiesto lo sforzo di imparare la lingua e la cultura del paese in cui ha deciso di vivere. A livello europeo è in atto un acceso dibattito sulla questione dell'educazione civica per l'immigrato. Le tesi variano da obbligatorietà a incentivazione, a facoltatività della formazione linguistica e culturale per chi si insedia permanentemente nel paese di accoglienza.

«Il contratto di integrazione» è la legge sull'immigrazione in vigore dal febbraio 2006 in Svizzera (il paese con il più alto tasso di immigrati in Europa, il 20%): i Cantoni possono obbligare gli immigrati a seguire corsi di lingua e di educazione civica per poter ottenere o rinnovare il permesso di soggiorno. Tale legge prevede che, per chi ha ottenuto buoni risultati, per avere un permesso di soggiorno di tipo C (di lunga durata) occorrono 5 anni invece di 10: uno sconto per chi si impegna ad apprendere la lingua e la cultura elvetica.

L'Olanda, nel gennaio 2005, ha emanato una nuova legge che obbliga gli immigrati che risiedono all'interno del suo territorio a sottoporsi ad un test di lingua e di cultura olandese. In Germania la conoscenza della lingua tedesca sta diventando una condizione decisiva verso l'integrazione; lo stabilisce la legge in vigore dal 1° gennaio 2005. La spesa raggiunta nel 2005 è stata di 188 milioni di euro pagati dal governo centrale. Sono gli uffici che hanno le competenze di concedere titoli di soggiorno a decidere chi deve seguire i corsi. La Gran Bretagna, dopo gli attentati del 7 luglio 2005 alla metropolitana di Londra (degli abitanti di Londra, uno su tre è di origine straniera), ha deciso un giro di vite sull'immigrazione. Dal novembre 2005, un test obbligatorio di conoscenza della cultura del territorio è imposto ai nuovi immigrati, da domande semplici come «qual è il nome del premier britannico?» ad altre più complesse del tipo «In che anno fu esteso il diritto di voto ai cittadini di 18 anni?». I corsi di cittadinanza per immigrati sono spesso affidati alle forze dell'ordine.

L'apprendimento della lingua del paese d'accoglienza

La responsabilità delle istituzioni pubbliche a livello centrale, regionale e locale, va di pari passo con la partecipazione attiva e l'impegno in prima persona dell'immigrato nel percorso della sua integrazione sociale. Le esperienze di formazione linguistica fatte in diversi paesi Ue rivelano che gli immigrati, per motivi vari, hanno difficoltà a seguire i corsi. Per risolvere questo problema e per rendere il migrante pienamente responsabile della sua formazione, le autorità competenti applicano soluzioni che vanno, a seconda del paese, dall'incentivazione all'imposizione.

I corsi di formazione sono a carico dello Stato in alcuni paesi come la Francia, la Spagna, la Danimarca e il Regno Unito. In altri paesi, come l'Olanda, la formazione linguistica è a carico dell'immigrato. Solo una parte viene rimborsata se il candidato supera «l'esame di integrazione».

L'apprendimento della lingua ha come prima finalità l'integrazione sociale dell'immigrato. In Germania, Austria, Olanda e Danimarca i corsi di lingua sono obbligatoriamente associati a corsi di educazione civica di cultura nazionale. L'altra finalità, in gran parte correlata alla prima, è quella di facilitare l'accesso al lavoro e la comunicazione con le amministrazioni pubbliche, servizi sociali e sanitari e via dicendo.

La specificità dell'immigrazione in Italia

Nell'Europa a 27, i cittadini stranieri (comunitari e non) sono circa 28 milioni. Rispetto al fenomeno migratorio, l'Ue presenta esperienze e approcci politici diversi. In alcuni paesi di lunga esperienza migratoria, come la Francia e la Gran Bretagna, dove si parla ormai di terza o di quarta generazione di origine straniera, l'immigrato al suo approdo non era del tutto ignaro della lingua e della cultura del paese che lo accoglieva.

L'Italia, invece, per via del suo passato fortunatamente «poco coloniale», si è trovata ad accogliere immigrati provenienti da diverse parti del mondo, da paesi con i quali non ci sono stati rapporti geopolitici e culturali diretti – salvo l'Etiopia, la Libia e la Somalia, dai quali provengono, tra l'altro, non molti immigrati. La stragrande maggioranza di coloro che decidevano inizialmente di emigrare verso l'Italia erano privi di elementi di conoscenza di base della lingua e della cultura del paese. Fino a tre anni fa la più grande comunità straniera in Italia era quella marocchina. Quasi la totalità dei marocchini arrivati nella Penisola non sapeva nulla della cultura e della lingua italiana, tutt'al più sapeva di qualche squadra di calcio del campionato italiano.

La peculiarità del caso italiano in rapporto al fenomeno migratorio costituisce, ovviamente, un elemento di ostacolo in più per un adeguato inserimento dei cittadini stranieri. Vi sono certo altre variabili importanti: le normative vigenti in materia di immigrazione e cittadinanza, l'approccio dei mass media al fenomeno, l'attitudine degli autoctoni verso gli immigrati; sono tutte variabili che condizionano la realizzazione di un appropriato modello d'integrazione capace di dare dei buoni risultati. Tuttavia, rimane il fatto che la lingua e la conoscenza della cultura sono fattori necessari per l'inserimento dell'immigrato, un punto di partenza fondamentale.

Diverse lingue e diverse culture

Per capire meglio l'importanza del fattore linguistico nel processo d'integrazione occorre prima analizzare le caratteristiche demografiche, geografiche e la composizione etnica di questa immigrazione verso l'Italia.

Nell'arco degli ultimi dieci anni l'immigrazione in Italia è cresciuta in maniera esponenziale. Gli immigrati erano meno di un milione nel 1990 e nel 2009 sono diventati più di 4 milioni e mezzo. La loro provenienza è molto eterogenea. Le statistiche disponibili oggi rivelano che le prime sei comunità numericamente importanti, in ordine decrescente, sono la rumena, la marocchina, l'albanese, l'ucraina, la cinese e la filippina. Le prime tre superano largamente i 300mila residenti ciascuna. Appare quindi evidente da questi dati che si tratta di

un'immigrazione estremamente eterogenea con caratteristiche linguistiche, etniche, culturali e religiose molto diverse tra di loro.

Lo Stato italiano, a partire dagli anni Novanta, ha investito risorse importanti nel settore dell'immigrazione soprattutto con finanziamenti alle Ong e associazioni del volontariato che attuano progetti mirati all'accoglienza degli immigrati. Ma si è limitato quasi esclusivamente a questo tipo di intervento e, fino ad oggi, nessuna strategia politica a lungo termine che strutturi questa presenza in modo da includerla nel suo tessuto sociale è stata presa in seria considerazione.

Questa situazione non ha per nulla favorito l'integrazione degli stranieri nella vita sociale e culturale del paese. Diversi sono i casi di immigrati che vivono in Italia da 15-20 anni con i loro familiari, ma che parlano a malapena l'italiano. Tale atteggiamento ha delle conseguenze negative anche riguardo l'andamento scolastico dei propri figli perché, ad esempio, non sono in grado di dare un sostegno nello svolgimento dei loro compiti a casa.

Inoltre la larga diffusione della Tv satellitare ha reso ancora più difficile l'avvicinamento degli immigrati alla lingua e alle vicende politiche e culturali della vita quotidiana italiana. Molte famiglie straniere seguono programmi diffusi su canali via satellite: i marocchini vedono la Tv marocchina, i cinesi quella del loro paese di origine e via dicendo.

Così il bisogno di conoscenza della lingua italiana si limita al minimo indispensabile, ovvero a ciò che serve per rinnovare il permesso di soggiorno, per comunicare con il proprio datore di lavoro ecc. Tale situazione sta incoraggiando la composizione di gruppi etnici che tendono a vivere in subculture parallele a quella della collettività, isolandosi da essa e formando così ghetti sociali e culturali con i propri valori e regole, a volte in contrapposizione con il sistema normativo vigente nel paese.

Per arginare il diffondersi di queste forme di aggregazione di tipo comunitarista che non favoriscono l'integrazione, ma al contrario accentuano i contrasti e i conflitti sociali, occorre attuare una politica che incentivi la conoscenza della lingua e della cultura italiana per agevolare l'integrazione e creare la base per la costruzione di una sana società multiculturale basata su una cittadinanza accomunata da una lingua, da valori e regole condivisi.

Oggi l'Italia ha certo bisogno di un quadro normativo adeguato in materia di immigrazione che aiuti lo straniero ad investire nel suo inserimento attivo nel paese d'accoglienza; nel contempo la lingua resta un mezzo determinante per raggiungere tale scopo. Occorre quindi da un lato una buona legge per l'immigrazione, ma dall'altro lato occorre assolutamente investire adeguate risorse per la promozione della lingua e della cultura italiana presso i cittadini stranieri.

In moschea per parlare la lingua e conoscere la cultura italiana

Con il progetto «Laboratorio cittadinanza» realizzato nel 2007 da Confronti, con il patrocinio del Ministero della Solidarietà sociale, abbiamo cercato di attuare un esperimento pilota per promuovere la conoscenza della lingua e della cultura italiana all'interno di un luogo di culto islamico. Per tale scopo sono state scelte due moschee della capitale: la moschea del Centro islamico culturale d'Italia e la moschea Al Fath di via della Magliana; la seconda è una sala di preghiera al piano terra di un palazzo condominiale, di proprietà della comunità egiziana.

Tenendo conto delle norme interne ai luoghi di culto islamico, che prevedono ad esempio la separazione tra uomini e donne, e della disponibilità delle persone che le frequentano, sono stati individuati, su indicazione delle due moschee, due campioni: uno di donne (20) e uno di uomini (25).

Corso di lingua per musulmane immigrate

La scelta di un gruppo solo di donne ci è stato dettato da un'esigenza legata alla Grande moschea, perché non è consentita la promiscuità uomo/donna.

Tenendo conto delle caratteristiche dei componenti del campione (disponibilità di orario e grado di alfabetizzazione) è stato deciso di attuare un corso di lingua italiana per principianti di 80 ore affidato a due insegnanti italiane.

L'elemento che accomunava le componenti di questo gruppo era l'impossibilità di accedere all'esterno per corsi di formazione linguistica per motivi familiari.

Il corso per le donne consisteva nell'insegnare loro elementi di lingua italiana, di grammatica e di conversazione prendendo spunto da esempi di vita reale: la casa, le feste, il mercato, le poste, la scuola e via dicendo.

«La valutazione globale dell'esperienza – ha affermato una delle due insegnanti – è senz'altro positiva, malgrado le difficoltà incontrate nella realizzazione del corso da entrambe le parti, docenti e discenti; ci si conosce un po' meglio e in ogni caso si sono stabiliti legami di fiducia e di simpatia che potranno, nei vari ambiti, portare sicuramente buoni frutti».

Anche l'altra docente ha sottolineato che ci sono stati degli ostacoli nel portare a termine il progetto, tra cui la dislocazione della Grande moschea, che si trova in una zona isolata rispetto all'abitato e non è ben servita da mezzi pubblici; ciò ha creato talvolta qualche problema logistico per chi ha frequentato il corso. Ma ha anche parlato del «buon rapporto che si è creato sul piano umano all'interno del gruppo, sia tra le corsiste che con le insegnanti. Le donne sono sembrate molto contente di un'esperienza che in qualche modo le valorizzava, in quanto le poneva al centro di un intervento educativo. Inoltre va sottolineato il fatto che, nonostante le difficoltà, le persone che hanno frequentato con una certa assiduità hanno acquisito più sicurezza nell'uso della lingua e fatto progressi a volte sorprendenti. Infine, sul piano umano e didattico, si è trattato di una situazione complessa, ma anche ricca di stimoli ed estremamente interessante, per le diverse realtà che ha messo a confronto».

Educazione alla cittadinanza per uomini in moschea

Il secondo campione era composto da 25 uomini e la moschea che ha ospitato l'iniziativa è stata quella di via della Magliana, Al Fath.

Le lezioni si svolgevano una volta la settimana, di sabato pomeriggio, all'interno della moschea, nella sala dove di solito pregano le donne. Rispetto al campione delle donne, questo gruppo aveva qualche nozione in più di lingua italiana. Ciò ha consentito di attuare un corso di educazione alla cittadinanza (o di educazione civica) che comprendeva: elementi di storia dell'Italia e conoscenza del territorio italiano; introduzione alla Costituzione e alle leggi dello Stato; sistema politico italiano: Governo, Parlamento e altre istituzioni; scuola e obbligo scolastico; immigrazione e integrazione; laboratorio teatrale di educazione civica.

Il gruppo dei 25 uomini è stato formato dai responsabili della moschea Al Fath, che hanno individuato le persone che erano interessate a seguire il corso. La maggioranza di loro aveva una conoscenza di base della lingua italiana e non sapeva quasi nulla della storia d'Italia, di come è composto il suo territorio, di chi è il capo del Governo e della Repubblica, di come funziona il sistema scolastico, di che cosa è l'obbligo scolastico e via dicendo.

Un'esperienza positiva

In entrambi i corsi, quello delle donne e quello degli uomini, i partecipanti hanno dimostrato attenzione e interesse frequentando con una discreta regolarità i corsi, nonostante le difficoltà esterne (lavoro, famiglia...).

Per le donne il corso è stato una finestra aperta sul mondo esterno, a loro molto poco noto: eppure tra di loro vi erano donne che vivono in Italia da più di 20 anni. In alcune culture islamiche, quella araba in particolare, il ruolo dell'uomo è ancora preminente; la donna in alcuni settori di questa realtà è spesso confinata all'interno delle mura domestiche e il contatto con il mondo esterno è ridotto al minimo indispensabile. Ciò ovviamente limita il suo orizzonte di relazioni.

Per gli uomini, l'idea di scoprire che anche gli italiani in passato sono immigrati alla ricerca della fortuna e che molti di loro hanno attraversato mari, stipati come schiavi nelle sale macchine delle navi, li ha in qualche modo resi coscienti che con l'impegno e la volontà si può riuscire a cambiare in positivo il proprio destino e fare anche la fortuna del paese dove si immigra.

Alla fine del corso tutti hanno espresso la volontà di continuare questo tipo di esperienza per conoscere meglio il mondo in cui vivono.

La decisione di fare due corsi separati è stata una scelta sofferta, obbligata da circostanze esterne. L'idea iniziale era quella di fare un unico corso per un gruppo misto, ma i nostri interlocutori della comunità islamica non erano d'accordo. Tre erano allora le soluzioni: rinunciare all'esperimento pilota, fare solo un corso per uomini oppure dividere il campione in due sottogruppi. Alla fine è stata adottata l'ultima soluzione per dare alle donne una chance di partecipare, perché altrimenti sarebbero state tagliate fuori dal progetto.

Con la scelta di un luogo diverso dalla moschea per il corso e l'individuazione dei partecipanti musulmani con altri criteri non imposti dalla comunità islamica sarebbe stato possibile fare una classe mista, ma a quel punto non sarebbe stato possibile coinvolgere i luoghi di culto islamico in questa operazione di «moschee aperte» per trasmettere, oltre agli insegnamenti religiosi, la conoscenza della lingua e della cultura italiana.

Entrare in luoghi di culto – dove di solito si prega, si insegna religione e, come insinua qualcuno, in alcuni casi verrebbero fatte attività illecite legate al fondamentalismo e al terrorismo di matrice islamica – per promuovere la lingua e la cultura italiana, è stato un segnale molto positivo da parte dello Stato e della società civile che intendono dare una mano alla comunità islamica per scongiurare il rischio della ghettizzazione e del comunitarismo, fonti di deriva di fanatismo e violenza: un segnale di grande maturità culturale e politica.

La disponibilità di queste moschee ad aprire le loro porte per far entrare la lingua e la cultura italiana è una prova che questi luoghi di culto possono giocare

un ruolo molto importante, come agenzia sociale educativa che favorisce una buona integrazione dei suoi membri nella società italiana.

Gli immigrati musulmani e la conoscenza della lingua e della cultura italiana

Contemporaneamente al progetto pilota «Laboratorio cittadinanza», è stata svolta una piccola indagine conoscitiva sul campo per cercare di decifrare come la comunità islamica residente a Roma sia composta al suo interno e cercare di capire come i suoi membri si comportano di fronte alla questione della loro integrazione nella società italiana, come considerano la loro permanenza in Italia, come vivono la loro fede islamica in un contesto non musulmano e che rapporto hanno con la cultura e la lingua del paese dove si sono insediati. Per tale scopo è stato fornito un questionario composto da 14 domande ad un campione di 60 persone: 30 donne e 30 uomini.

Si tratta di una ricerca sul campo rivolta ad un piccolo campione, il cui scopo non è tanto quello di dare risposte esaustive sulla presenza islamica in Italia o sulle dinamiche in seno alla società italiana, quanto di verificare il grado di integrazione di un piccolo gruppo di persone di fede musulmana nel tessuto sociale della città nella quale risiedono.

Il campione era composto da persone che frequentano le moschee e sono quindi osservanti. Il 50% degli uomini hanno dichiarato che, da quando vivono in Italia, il loro attaccamento personale verso l'islam è aumentato, contro il 36,7% delle donne (vedi scheda 2). Tale dato rivela il ruolo che la religione di appartenenza può giocare nella vita dell'immigrato nel suo nuovo contesto sociale.

Quanto alla questione di come le persone intervistate si relazionano con la lingua, risulta evidente che circa la metà del campione ritiene che «è molto importante» conoscere la lingua italiana: il 53,3% per gli uomini e il 46,7% per le donne. Coloro che ritengono «abbastanza importante» la lingua italiana sono rispettivamente il 46,6% e il 40%. «Poco importante» sapere l'italiano è stata la risposta di una parte minima del campione: il 6,7% degli uomini e il 13,3% delle donne (vedi scheda 3). La differenza tra i due sottogruppi è dovuta al fatto che queste donne passano la maggior parte della giornata in casa, si relazionano poco con l'esterno e quindi non sentono l'esigenza di esprimersi in italiano. Comunque, risulta evidente che la stragrande maggioranza delle donne e degli uomini ritiene che la lingua italiana abbia una sua rilevanza.

Sono state interessanti anche le risposte relative alla conoscenza della cultura italiana (vedi scheda 4): il 43,3% delle donne ha dichiarato che è molto importante per loro conoscere la cultura italiana. Tale desiderio è stato espresso soprattutto delle donne che hanno un'età inferiore ai 40 anni. Questa percentuale abbastanza alta deriva dal fatto che il contesto di provenienza sociale di queste donne è marcatamente religioso, con una forte influenza maschile che tende a limitare l'accesso verso l'esterno alle donne, che invece vogliono uscire e conoscere il mondo esterno alla casa e alla moschea. La conoscenza della cultura italiana interessa una percentuale minore per gli uomini: solo il 36,7% la ritiene molto importante. Rimane inoltre alta la percentuale di chi non ritiene per nulla importante la cultura italiana: il 16,7% delle donne e il 20% degli uomini la pensa

così. Tuttavia almeno l'80% del campione nel suo complesso ritiene che la conoscenza della cultura sociale e politica abbia una certa importanza per gli immigrati.

Le risposte a questa piccola indagine esprimono in modo indiretto il bisogno di conoscere meglio la lingua del paese di accoglienza. Un bisogno che rimane tuttavia schiacciato ed emarginato da altre esigenze, preoccupazioni e incertezze legate alle norme sull'immigrazione, ai titoli di soggiorno, alla casa, al lavoro e via dicendo. La situazione di precarietà in cui si trovano molti immigrati è spesso alla base di un disinteresse verso la cultura italiana, le sue leggi e verso quello che succede in generale nel paese. Capita spesso di incontrare cittadini di origine straniera che non conoscono il nome del sindaco della città in cui vivono e lavorano; non sanno chi governa il paese, non sanno nulla di elezioni e né tanto meno sanno distinguere tra elezioni politiche, amministrative o referendum. La maggior parte degli immigrati è in Italia per motivi di lavoro. Ma quando, ad esempio, il 25 aprile non vanno a lavorare, sanno solo che è un giorno di festa ma non sanno cosa rappresenta simbolicamente quella data per l'Italia. Per integrarsi socialmente sono certo necessari il titolo di soggiorno, il contratto di lavoro, il libretto sanitario, la possibilità di mandare i figli a scuola, avere un luogo di culto ecc. Tuttavia ciò non è sufficiente per un'autentica integrazione, che non può avvenire senza un volenteroso sforzo da parte dei cittadini immigrati. È un errore grave quello di dire «Perché mai io dovrei sapere chi amministra la città dove vivo e pago le tasse o chi governa il paese dove sono immigrato, se non ho il diritto di partecipare alle consultazioni elettorali?». I diritti civili e politici sono sacrosanti per tutti e devono essere garantiti per tutti da parte di chi governa, ma devono anche essere rivendicati con forza e determinazione da tutti i cittadini, compresi gli immigrati. Ma per rivendicarli occorre conoscere il sistema-paese: la sua storia e tradizione, la sua Costituzione e le sue leggi, la sua vita politica e civile quotidiana. Una legge sulla cittadinanza aperta agli immigrati può anche facilitare l'ottenimento del passaporto italiano, ma se chi, dopo tanta fatica, diventa cittadino italiano sa poco o nulla della vita sociale e politica del «suo nuovo paese», il suo passaporto, pur utile, ai fini di una integrazione sociale autentica rimane solo un pezzo di carta.

Health Street Education

Denisa Pochová

**Pediatrician at the Presov Hospital,
advisor to the Association of Roma Youth and Children in Slovakia (RAMAD)**

INTRODUCTION

The Slovak Republic is under obligation to keep CRC - Convention on the Rights of the Child, which defines the fundamental human rights of children around the world and like other states shall create conditions to meet the best interests of children. Article 24 of the CRC refers to the child's right to the best health status and access to health services of the highest standard. The State must ensure that no child is deprived of access to effective health services.

However, there is a group of children living in socially disadvantaged environment, which prevents access to health care for various reasons. It is very vulnerable social group of Roma children living mainly in segregated colonies, that are not connected to water, sewer, gas systems, any electricity and any asphalt roads. Already in advance the environment of majority Romani settlements creates conditions for the fact that children born to such environment become endangered by environment already in the first moments of their lives and probably even sooner, before their birth.

To these facts other risk factors proceed, such as high unemployment rate of parents, lack of financial means, just minimum of education, insufficient health awareness and preventive behavior does not exist there. Direct evidence of the negative impact of these factors on the health status of children threatened by environment is higher morbidity and higher mortality, especially infant mortality.

INFANT MORTALITY RATE

Infant mortality rate, which means mortality rate of children within one year of life, represents one of the basic demographic indicators, which create basis for health evaluation in the European Union. Infant mortality rate is the most important indicator of cultural and economic condition of any country. It increases with poverty and social exclusion, which limits availability of health care.

Although the total infant mortality rate of children in Slovakia has been of slightly decreasing tendency since 2002, in the group of Roma children it is still high! And in average in the last 8 years it is three times higher (15,7 per mil) than the value of infant mortality rate of children of the majority group (5,3 per mil). Infant mortality rate in Slovakia as a whole is comparable with the infant mortality

rate of the European Union in year 2009. There is no difference between whole Slovakia and Eastern Slovakia, but in Eastern Slovakia infant mortality rate of Roma children is more than two times higher than infant mortality rate of children of majority group.

MORBIDITY RATE

Absolutely unacceptable living conditions with insufficient infrastructure, very low hygienic standard mainly in segregated Roma settlements in combination with other above mentioned risk factors are cause of higher morbidity rate of Roma children. The number of hospitalized children endangered by environment has been increasing since 2004 and this includes children of all age categories.

The most vulnerable and the most suffering group are small children under one year of age. Those are the children who are fully dependent on their parents' care in all aspects. The most common diseases suffered by children are diseases of the respiratory and digestive system, from the simplest forms to serious forms that lead to life-threatening. The children are often born to under-aged mothers, mothers who smoke during their pregnancy, drink alcoholic beverages or take even easily accessible drugs such as toluene not keeping in mind health risks for an embryo during pregnancy. Romani mothers themselves suffer from malnutrition, very often they are anemic, they suffer from chronic diseases, such as hepatitis B or C and lately also higher occurrence of syphilis has been reported, which is a sexually transmitted disease. All the referred factors on mothers' side pre-determine embryo during pregnancy to insufficient development, children are born with low birth weight and numerous births are given preterm with various development malfunctions and serious inborn infections. Organism and immunity system of preterm born children with low birth weight are not developed sufficiently; therefore common disease may get more complicated and results in hospitalization of a small child. Big problem represent also abandonments of newly born children by mothers often as soon as the second day after the birth. Children abandoned by their mothers are not breastfed, which is an important pre-determining factor of diseases occurrence. Children who are not breastfed are fed by instant milk diluted with water from the river or are fed only with the water from river, which results in serious diarrhea and serious dehydration and shock, which may further result even in failure of vital functions. Wrong nutrition of children slows down their growth and leads to damage of other body apparatus. Insufficient or even no vaccination results in repeated occurrence of infectious diseases, even those, which have almost totally disappeared, such as tuberculosis occurrence. Recently, since summer 2008 until now, epidemic spread of acute hepatitis A has been cyclically occurring with focus point being in Romani settlements. The main causes of the disease are miserable hygienic conditions and non-existing preventive behavior. Children of higher age suffer from various transmitted skin diseases such as psora and lice with often empyemic skin complications. Almost 90% of hospitalized Romani children of preschool and younger school age have parasites. Infection sources are eggs from excretes of animals, dogs and cats freely moving around the settlement. Infection is transmitted by dirty hands of children after playing outside on the ground and with the said animals. Parasites in children represent cause of numerous diseases

starting with the most frequent ones such as diseases of digestive systems and respiration malfunctions to the most serious which may endanger children's lives.

The impact of adverse living conditions on the overall health status of Roma children is clearly negative. Whereas the problem is complex and affects not only the health sector, but also the social sector, municipal sector, the state and its legislation, in our association exists volunteer team of experts from various fields that contribute to solving this issue. We consider that prevention is the most effective way to prevent diseases, mortality and negative phenomena in society.

HEALTH STREET EDUCATION

Goals Our main long-term goal is to improve overall health status of Roma children by reducing the morbidity and malnutrition and reducing infant mortality. How to achieve this goal? Having an influence on risk factors involved in high value of natimortality, which are high occurrence of inborn development malformations, low birth weight of Roma children and preterm births of Roma children. „Risk factors for high proportion of Roma children with low birth weight are demographic, social-economic as well as genetic factors, number and order of births given by Roma mothers, high percentage of under-aged mothers and single mothers, insufficient nutrition as far as its amount and quality is concerned, increasing use of alcohol and smoking during pregnancy and increasing addiction to the most accessible drugs. Miserable hygienic conditions just support occurrence and high transmission of infectious diseases, which result in preterm births and births of children with low birth weight given by pregnant Roma mothers.

It follows that our work focuses on reducing or eliminating these risk factors using appropriate form of information groups, which are directly affected by these risks. In our case it is primarily a group of Roma children and their mothers. From my own past experiences have proved the most effective individual and small group meetings with Roma mothers and their children. We choose „go straight to the place, to the streets“ where vulnerable children live and this decision we make based on the previously mentioned reasons.

The main themes of our meetings are:

- All about contraception
- Advantages of breastfeeding
- Nutrition of breast-fed babies, toddler nutrition, nutrition of older children
- Nutrition of pregnant adolescent mothers
- Ineligible effects of smoking, alcohol and drugs
- Basic hygiene habits
- Importance of vaccination

Methodology and material that we use is very simple. We use direct examples of the works according to the chosen theme. Very important for us is trust, open and active communication, the presence of both mother and child, but also other adults. Individual and small group approach may seem to be ineffective from the

reasons that the information does not affect a large audience. Concerning the large differences in perception and understanding among individuals the meetings seem to be optimal at this time. If the theme is interesting, then follows the spread of this information in the Roma community even without our participation.

The concept of our work is divided into several parts: 1. monitoring and analysis of health – morbidity rate, hospitalization, infant mortality rate, 2. monitoring and analysis of risk factors, 3. searching relation between risk factors and health status, 4. searching for various options available to solve problems, 5. retrospective analysis.

RESULTS

There is a significant increase in the level of awareness and in impact of information about health, health nutrition, hygienics, planning parentage on children and parents from socially deprived groups. There is an increase responsibility of the adults belonging to such groups for their own health and health of their children, improving attitude to prevention, vaccination and treatment of diseases, improving awareness of mothers as far as care for a child is concerned with starting pregnancy through giving birth to concern in an infant.

CONCLUSION

“Right to healthy life of high quality is given to all children regardless of where and to which social conditions they were born.”

Didier Chabanet

Chargé de recherche à l'ENS de Lyon

Younex (Youth, Unemployment and Exclusion in Europe) est un programme de recherche européen financé par la Commission dans le cadre des 7^{ème} PCRD.

L'un des objectifs de cette recherche consiste à comprendre et à analyser les parcours de vie de jeunes chômeurs de longue durée (c'est-à-dire de personnes âgées de 18 à 25 ans, qui sont sans emploi depuis au moins un an) et ce dans une perspective comparative puisque l'enquête couvre 6 pays (l'Allemagne, la France, l'Italie, la Pologne, la Suède et la Suisse).

Nous sommes ainsi en train d'effectuer une étude détaillée des processus d'exclusion et de précarisation sociale et politique affectant les jeunes, à partir d'une sociologie compréhensive de leur trajectoire individuelle.

Pas de résultats chiffrés, pas de théories globalisantes, pas de recette miracle non plus, mais simplement quelques petits éléments de diagnostics tirés d'une série d'entretiens semi-directifs.

Ce qui frappe, d'abord et avant tout dans tous ces entretiens, c'est que l'exclusion sociale - qui est donc appréhendée ici avant tout à travers l'expérience du chômage de longue durée - est une situation irréductible à toute tentative d'objectivation. Ce que je veux dire par là, c'est que ce n'est pas le statut, ou le manque d'argent, la pauvreté, qui définissent le mieux le chômeur.

Pour reprendre une expression d'une sociologue française – Dominique Schnapper – le chômage est avant tout une expérience. Et c'est le sens que lui confère les principaux intéressés (les chômeurs) qui en fait une situation dramatique, intolérable, insupportable, ou au contraire acceptable, normale. C'est bien l'éducation, dans son sens le plus large, qui fait que l'on vit cette situation plus ou moins bien, qu'on lui donne tel ou tel sens, et, aussi, que l'on a plus ou moins de chances de s'en sortir. Et de s'en sortir vite.

L'éducation, telle que je l'entends ici englobe un ensemble de facteurs extrêmement vaste et disparate, qui définit l'individu-chômeur dans sa situation d'exclusion.

L'éducation est en quelque sorte au fondement de ce que certains appellent le « capital identitaire », c'est-à-dire les ressources cognitives, psychologiques et sociales qui étayent le développement de l'être humain et qui sont le principal rempart contre les ravages de l'exclusion à l'âge adulte.

L'éducation, c'est bien évidemment l'école. On sait que, dans tous les pays de l'UE, la courbe du chômage est inversement proportionnelle au niveau d'études. C'est un point capital, à ne pas oublier. On voit très bien dans nos entretiens que plus le bagage scolaire est important, plus les potentialités de sortir du chômage sont grandes. Sans surprise.

On voit également les stratégies, plus ou moins conscientes, plus ou moins fines, plus ou moins élaborées, qui sont mises en œuvre pour sortir du chômage. Ceux qui ont la capacité de se projeter dans un avenir professionnel, sont ceux qui durant leur chômage parviennent à s'inscrire dans des logiques de formation et qui se construisent une trajectoire professionnelle intéressante. Ce sont souvent ceux qui ont le bagage scolaire le plus étoffé.

On peut assez souvent faire un lien entre le capital scolaire et la capacité des chômeurs interrogés à être les acteurs de leur propre histoire, au sens où ils portent un diagnostic cohérent sur leur situation (les raisons pour lesquelles ils sont au chômage) et ensuite une stratégie justement pour sortir de cette situation.

Mais l'éducation, c'est aussi la famille.

Elle a une importance capitale pendant la période de chômage, d'abord parce qu'elle peut permettre d'amortir les effets du chômage.

C'est quelque chose que les théoriciens de l'Etat providence ont parfaitement mis en évidence et qui joue notamment, mais pas exclusivement, dans les pays du Sud de l'Europe.

Avec la crise, le rôle de la famille apparaît de plus en plus nettement, comme un repart justement contre les difficultés sociales.

C'est la famille qui va, quand elle le peut, subvenir aux besoins financiers et matériels du chômeur.

C'est la famille qui va également, éventuellement, apporter le réconfort, je dirais, moral et affectif, dont ont souvent besoin les jeunes qui sont et restent au chômage, surtout dans cette tranche d'âge un peu floue entre l'adolescence prolongée et le début de l'âge adulte (ce que Olivier Gallant appelle joliment « l'adultescence »).

La famille constitue bien souvent cet espace dans lequel on peut se réfugier, contre la dureté du monde social, comme l'ont très bien montré les sociologues de la famille.

Au passage, on constate et on sait que la famille est de moins en moins cet espace de socialisation, de transmission des valeurs et des connaissances entre générations – en d'autres termes cet espace d'éducation – mais qu'elle est en revanche de plus en plus un refuge, un cocon, un espace affectif qui tente de préserver contre les difficultés sociales et l'exclusion.

A cet égard, on lit dans nos entretiens des inégalités terribles entre ceux qui peuvent compter sur un soutien familial important et ceux qui au contraire ne peuvent compter que sur eux-mêmes (parce que la famille est restreinte, parce qu'elle est monoparentale, parce qu'elle est désunie, parce qu'elle n'est pas disponible, etc., etc.).

Au-delà de la famille, ce sont plus largement les réseaux sociaux - les amis évidemment, mais aussi le tissu associatif, la vie de quartier, les relations de proximité - qui constituent le cadre pratique à partir duquel l'expérience du chômage prend sens.

Je voudrais tirer, un peu arbitrairement je l'avoue, trois enseignements.

D'abord, les discours que nous recueillons sont fortement sexués. Dans tous les pays, tous les chômeurs interrogés considèrent que le chômage est plus difficile à supporter pour les hommes que pour les femmes. Ca renvoie aussi à l'éducation, mais sous un autre angle, plus sous l'angle des représentations et des stéréotypes sociaux. Beaucoup de monde (homme ou femme d'ailleurs) a intégré l'idée qu'un

homme doit travailler, pour gagner de l'argent et faire vivre une famille, alors que, au fond, pour une femme c'est moins grave. Ca peut sembler un peu caricatural, mais c'est une croyance qui reste très fortement ancrée.

Toujours au registre des différences de genre, on remarque que pour certaines femmes interrogées, le chômage et plus généralement l'exclusion sociale peuvent se manifester par une accélération du passage à l'âge adulte – parfois due à une grossesse précoce - ce qui lui hôte les possibilités d'améliorer son employabilité par la poursuite de ses études et par une initiation à la vie professionnelle.

Alors que la réaction de certains jeunes hommes au chômage, peu instruits, préfèrent se réfugier dans un état d'adolescence perpétuelle, ce qui les conduit à retarder la mise en ménage, a fortiori la paternité.

C'est un premier point, la permanence de représentations et de conduites sexuées.

Le deuxième point est relatif à la maîtrise du temps.

On sait que l'accès à un certain degré de maîtrise du temps et de l'avenir est indispensable pour réussir ses études mais aussi pour traverser l'épreuve du chômage. Cette capacité de projection de soi est rendu difficile tant par les temporalités familiales faites d'urgence et d'imprévu, que par les décalages des horaires de travail de certains parents, ou même l'absence de rythmes de ceux qui dans l'entourage familial sont sans emploi parfois depuis de longues années.

De même, on sait que l'ascétisme scolaire est difficilement compatible avec un « hédonisme populaire » qui se construit en raison d'un rapport à l'avenir incertain.

On retrouve cela dans l'épreuve du chômage. Pour la quasi-totalité des chômeurs, très vite, au bout de quelques semaines ou de quelques mois, la difficulté est de rythmer ses journées, de se donner un cadre, de ne pas rompre ses relations sociales et, surtout, de trouver le moyen de se projeter dans le temps. Certains y arrivent, d'autres non, en mobilisant des apprentissages, des situations, des ressources antérieures et notamment un certain nombre de dispositions acquises, en tout cas développées et perfectionnées durant leur scolarité.

Troisième et dernier aspect sur lequel je voudrais insister – et qui est sans doute l'un des points les plus saillants de nos entretiens - l'absence à peu près totale de repères politiques, au sens large. Ce n'est guère surprenant, mais les syndicats, les partis politiques, ou même simplement les grilles de lecture globalisantes permettant de donner un sens collectif, ou structurel, à l'expérience du chômage, sont à peu près totalement absentes. Le chômage est presque toujours vécu sur un mode personnel, et ce quel que soit le niveau d'étude ou le bagage culturel ou scolaire des personnes interrogées. Ce n'est donc pas l'apanage des démunis. C'est aujourd'hui une représentation très largement dominante, et qui a des conséquences cruciales.

Faute de repères politiques collectifs, le chômeur est en effet aux prises avec son propre destin et, en l'occurrence, bien souvent avoir le sentiment de ne pas être à la hauteur, d'avoir défailli, bref d'être responsable de sa propre situation. C'est un élément frappant, tous les chômeurs interrogés ont le sentiment d'être responsables de leur situation, souvent d'être les seuls responsables de leur situation, à tel point que certains d'entre eux disent mériter leur sort (de chômeur).

Il y a là un décalage très frappant entre un phénomène (le chômage) qui est éminemment collectif, politique, macro-économique et la façon dont il est perçu subjectivement par les chômeurs eux-mêmes.

Il s'agit, comme le dit le sociologue français Serge Paugam, du malheur dont l'exclu devient coupable. « Dans les sociétés qui transfigurent le succès en valeur suprême et où domine le discours justificateur de la richesse, le pauvre, l'exclu ou le chômeur est le symbole de l'échec social » (Paugam).

On voit toute la différence avec les sociétés industrielles d'autrefois, dans lesquelles la condition de pauvre affectait un grand nombre de personnes. Mais dans les sociétés ouvertes, dont au moins théoriquement tous les membres sont égaux et jouissent des mêmes chances, l'exclusion n'est pas perçue comme un destin dicté par des impératifs sociaux pour être vue comme le résultat d'un comportement individuel.

C'est en quelque sorte le passage de la « pauvreté intégrée » à « l'exclusion disqualifiante », le propre des chômeurs disqualifiés étant de souffrir d'une dévalorisation sociale.

A ce sujet, nos entretiens n'ont pas de valeur statistique, mais le poids de la culpabilité n'est visiblement pas le même dans des régions très massivement frappées par le chômage (comme dans le cas du Sud de l'Italie), où des mécanismes de solidarité (familiaux notamment, j'en ai parlé) continuent quand bien que mal de jouer et où le chômage est généralement source de pauvreté, mais pas d'anomie ou de disqualification.

Dans d'autres pays, l'Allemagne ou la Suède, par exemple, la stigmatisation est beaucoup plus forte, pour des raisons culturelles liées (parmi beaucoup d'autres choses au poids du protestantisme) et à l'importance accordée à la valeur travail.

A un niveau plus individuel, ou plus personnel, le ressenti des jeunes chômeurs varie beaucoup en fonction des attentes et des espérances qu'ils ont pu formuler.

Conformément au théorème de Tocqueville, ce n'est pas l'importance objective des phénomènes sociaux qui est déterminante, mais leurs dynamiques subjectives.

C'est un phénomène bien connu des théoriciens de la frustration relative, que je vais tenter d'explicitier rapidement.

On peut à cet égard, très grossièrement, identifier deux scénarios. Celui des jeunes chômeurs qui ont déjà, peu ou prou, intériorisé le fait qu'ils sont et/ou qu'ils seront chômeurs. Parce qu'ils sont depuis très longtemps en échec scolaire. Parce qu'ils n'ont jamais vu leurs parents travailler. Ceux qui n'ont jamais rêvé à un avenir radieux sont le moins déçu, et ils acceptent avec une certaine fatalité leur sort. En revanche, ceux qui ont suivi des études supérieures, qui ont des parents actifs, qui n'avaient jamais connu le moindre problème d'intégration sociale, ceux-là sont particulièrement désarçonnés.

Ce que je veux dire par là, c'est que l'éducation et la formation reçue leur donne certes les meilleures chances de s'en sortir, mais ce sont aussi ceux qui acceptent le moins de collaborer avec les centres d'aides à l'emploi, qui culpabilisent le plus, ou qui se découragent le plus vite.

Conclusion : Pour terminer, un point. Ces jeunes chômeurs nous interrogent sur cette fameuse « économie de la connaissance la plus compétitive et la plus dynamique du monde ». Avec ses fameux taux d'emploi.

ANLAGE 2: WORTBEITRÄGE

Il ne s'agit évidemment pas de remettre en cause le bien fondé d'une telle société, mais en même temps : que fait-on des autres ?

Du fait de l'évolution du marché du travail, des caractéristiques personnelles telles qu'un faible niveau scolaire, qui dans le passé ne constituaient pas un obstacle important à l'emploi, conduisent aujourd'hui à un emploi marginalisé ou périphérique – ou à pas d'emploi du tout - et par conséquent à l'exclusion.

En d'autres termes, une société de la connaissance, qui fait à juste titre de l'éducation son moteur, doit aussi penser le sort de ceux qui ne parviennent pas à atteindre les standards d'excellence qu'un tel système requiert.

De la même manière que la pauvreté a pu autrefois être intégrée et n'était pas nécessairement synonyme d'exclusion, le chômage de masse nous invite aussi à réfléchir aux moyens d'intégrer socialement ceux n'ont pas de travail et qui, bien souvent, souffrent d'un manque d'éducation et de formation.



Famiglia e scuola: Alleanza educativa?

Dott.ssa Celeste Pernisco

**Associazione Nazionale Pedagogisti Italiani (ANPE) –
Federazione Europea Pedagogisti (EUROFEPP)**

L'educazione afferisce senza ombra di dubbi al DNA della professionalità Pedagogica e all'educazione come agire pedagogico è affidato il compito di realizzare il cambiamento sociale.

La bibliografia sul ruolo educativo sia della famiglia che della Scuola, due grandi sistemi, entrambi influenti sull'educazione dei bambini, è ricca di ricerche e di atti di convegni, perché entrambi i sistemi sono in crisi.

Genitori e insegnanti sono educatori corresponsabili?

I nostri giovani vivono in un'età che ha cancellato i segni e i significati identitari; essi crescono senza avere coscienza di cosa sono, investiti da un disorientamento educativo determinato da un lato, dalla crisi dei valori e da una supervalutazione della ragione e della scienza, dall'altro lato, da un eccessivo individualismo a spese della comunità e da un cattivo uso del principio di tolleranza.

L'educazione si esaurisce in un presente per il quale "ciò che mi va bene è anche giusto", la conseguenza è una massiccia frammentazione educativa.

Scuola e Famiglia sono state influenzate dalle trasformazioni sociali di questi ultimi decenni, che hanno visto notevoli cambiamenti.

La Famiglia ha importanza primordiale e originaria nell'educazione; la Scuola prosegue nell'intento di una costruzione armonica della personalità degli allievi/e a lei affidati/e: sua è la specificità didattica!

Ma queste due istituzioni non hanno mai raggiunto un accordo sulla specificità dei rispettivi compiti e delle rispettive competenze.

Cosa si aspetta il genitore dalla scuola? Lo percepisce come un luogo altro da sé in cui il figlio può avviarsi ad una crescita legata alla socializzazione?

ANLAGE 2: WORTBEITRÄGE

L'insegnante ha intanto l'aspettativa di essere accettato, soprattutto per i suoi metodi di insegnamento.

Le incomprensioni sul piano educativo, quando ci sono, possono essere legate alla pretesa di entrambe le parti di essere nel giusto a tutti i costi, pena il dover ammettere di aver commesso qualche errore.

All'incrocio della conflittualità degli adulti c'è il vissuto dei ragazzi e delle ragazze nelle loro difficoltà evolutive, non solo nel rendimento scolastico ma soprattutto nel comportamento, difficoltà cioè a elaborare codici di comportamento ispirati ai valori morali e alla responsabilità.

Occorre trovare la coesione educativa, occorre ristabilire un equilibrio tra singolo e collettività, tra istanze personali ed esigenze sociali; occorre che il "patto educativo di corresponsabilità", introdotto con il decreto n. 235 del 21/11/2007, non diventi un documento burocratico/formale (come spesso accade) , ma diventi invece espressione di una effettiva volontà della Scuola, della Famiglia, del Territorio di procedere insieme per costruire una società migliore.

***Champion the Cause of All Children
Tapping into young people's creativity and
energy: empowerment leading to action***

Maria Gabriella Layⁱⁱ

Children grow up in a world of heart-breaking extremes. Many of them go to proper schools, enjoy the safety of families, and prepare themselves for a tomorrow in which they will be skilled workers, leaders of industry, experts in communication, scientists, artists or athletes. They learn the joy of achievement, the strength of shared goals in sport and music and experience the effort required to meet challenges. They grow up with the knowledge and ability to exist within and manage a complex world.

Other children live in a parallel world without schools or safety, with no play or dreams for a better future. Children are sold in bondage, made to work as prostitutes or domestic slaves or exploited in drug trafficking and other illegal activities. Many are forced to carry arms in wars and conflicts the causes of which they cannot grasp. By the millions they toil from a very young age in hazardous conditions, robbed of their right to self-development and threatened in life and healthⁱⁱⁱ.

Denied the promises of the world of plenty, these children are left feeling helpless, humiliated and resentful. Further, the world is denied the contribution of the constructive imagination, creativity, commitment and potential achievements of these millions of excluded children.

Putting a stop to the massive violations of children's rights taking place around the world today is one of the central moral imperatives of our time. Each child has the right to fully develop his/her potential in a stimulating and nurturing environment. As a whole, all children deserve to benefit from universal human rights and social protection. Adults must beget a new era of commitment and involvement inspired

ⁱⁱ Maria Gabriella Lay, Programme Manager "Global Campaign to Raise Awareness and Understanding on Child Labour", ILO, Geneva.

ⁱⁱⁱ According to the recent ILO Global Report "Accelerating Action against Child Labour" more than 200 million boys and girls around the world are engaged in child labour. Around half of these children are exposed to its worst forms. Governments have the primary responsibility for enforcing the right to education:

<http://www.ilo.org/jpec/Campaignandadvocacy/GlobalChildLabourConference/lang-en/index.htm>

by the revolutionary nature of the Convention of the Rights of the Child (CRC) and one of its key principles: **child participation**.

It is crucial to rethink and broaden the notion of education, lifelong education – a continuous process of personal development affecting every aspect of an individual – knowledge, attitudes, behaviours and skills, including the critical ability to take action and participate in the decision-making processes. Adults should enable young people to develop awareness of themselves and their environment and encourage them to play their social role within their communities. By investing in young people, we stimulate their critical thinking, solidarity and sense of social responsibility.

Worldwide interdependence and globalization are major forces in contemporary life. One of the main intellectual, political and ethical challenges of our time is **to be able to design and build a common future**, to establish ends and means of sustainable development through new forms of international co-operation and **greater investment in human and social capital**.

Today more than ever it is vital to strengthen the social role of children and youth as multipliers of knowledge and human rights-based initiatives in their respective communities. Young people can be a driving force for change in society, provided they are given the space and support they need and deserve. They must be equipped with knowledge and understanding of the full implications of globalization, the interdependence of the world and be guided to appreciate the true meaning and value of dignity, respect and commitment. By giving them responsibility to act and acknowledging the value of their contribution, young people strengthen their capacity for understanding and critical thinking and they develop a conscious and active sense of national and glocal citizenship: they acquire the ability to think globally and act locally.

Young people are eager to explore and take action. It is up to adults to respond constructively by offering them concrete opportunities to exercise their responsibility. **The International Labour Organization (ILO) is keen on encouraging young people to acquire principles of justice, fairness, equality and compassion.** This gives way to behavioural change in present and future generations. With this in mind, a special programme was created by the ILO. SCREAM – which stand for Supporting Children's Rights through Education, the Arts and the Media - is an education and social mobilization community-based initiative designed to be used by educators, in non-formal and formal settings, to cultivate young people's understanding of human rights, gender equality, social dimension of globalisation and social justice issues and to place the issue of child labour in the broader context of education and the Millennium Development Goals. SCREAM is a special programme designed to enhance children's participation and youth empowerment by working through visual, literary and performing arts as a means to gain skills and confidence. It furthermore strives to harness their creativity and compassion so that they may contribute to a more solidarity-conscious society. When children are given responsibility to act and the value of their contribution is acknowledged, they

ANLAGE 2: WORTBEITRÄGE

develop self-esteem, self-discipline, self-confidence, memory and at the same time they acquire principles of justice, fairness and equality.

SCREAM was created with young people for young people. The SCREAM education pack consists of 14 modules, a user's guide, a copy of the relevant juridical instruments including the Universal Declaration of Human Rights, the UN Convention on the Rights of the Child (CRC), the Minimum Age for Admission to Employment, Convention 138, the Worst Form of Child Labour Convention 182, and the Declaration on Fundamental Principles and Rights at Work; and a CD containing 600 photos. The modules are flexible, adaptable to various cultural contexts and constraints with regard to time and resources; they can be tailored and adapted to the context at hand. This education/social mobilization tool is operative on every continent, is available in 20 languages and can be accessed on the web at: www.ilo.org/scream Thousands of children and youth in the world ask important questions and reflect on the great issues of our time. Through a myriad of SCREAM-related initiatives, they express their doubts, fears, creativity and social commitment. **They are doing it through music, theater, visual arts, academic debates, photo exhibits, workshops, interviews and more- in a constructive and egalitarian dialogue with those adults who wish to guarantee a future to younger generations.** They embody the authentic spirit of child participation and youth empowerment, and give to the world their creative energy with joy, imagination, and generosity.

The poem by Michele, a twelve years old boy from Switzerland, illustrates how young people are willing and ready to actively take social responsibility and participate in global processes of awareness raising and change.

I WANT TO... by Michele

**I want to cry out to the world
the rage of chained children.**

**I want to cry out to the world
the pain of abused girls.**

**I want to cry out to the world
the sadness of abandoned babies.**

**I want to cry out to the world
the fear of maltreated kids**

**I want to cry out all this to the world
But who will cry out with me?**

Will you?

ANLAGE 2: WORTBEITRÄGE

The Pinocchio canvas “Once upon the time... Jiminy Cricket, where are you?”^{iv} - among the many visual creations – is a strong genuine expression of youth participation. It is the voice of teenagers who were given the opportunity to present their vision of the complex reality of child labour in a globalized world and to promote awareness in a way that is also meaningful to younger children. No words can evoke the richness of their inner experiences, the knowledge and awareness acquired and the value of their appeal for equal rights in a world of disparities. They ask to “champion the cause of all children”.

^{iv} Slide show: http://www.ilo.org/dyn/media/slideshow.curtainUp?p_lang=en&p_slideshow_id=23.

► **Lionel Urdy**



21 mai 2010

Présentation E2C Marseille



www.e2c-marseille.net



Les enjeux en France

- En France environ 150 000 jeunes quittent chaque année le système scolaire sans qualification ni diplôme (soit 17% d'une classe d'âge).
- Dans les zones urbaines sensibles le taux de chômage des jeunes est de près de 20%. Pour les jeunes sans qualification ce taux est de plus de 40%.

La mission de l'E2C est :

- L'accès à l'emploi et/ou à une qualification
- Une remise à niveau sur le socle de compétences fondamentales (mathématiques, français, bureautique/numérique) le niveau « 16 ans » fin de scolarité obligatoire.

www.e2c-marseille.net

Une initiative Européenne

Initiative européenne proposée en 1995

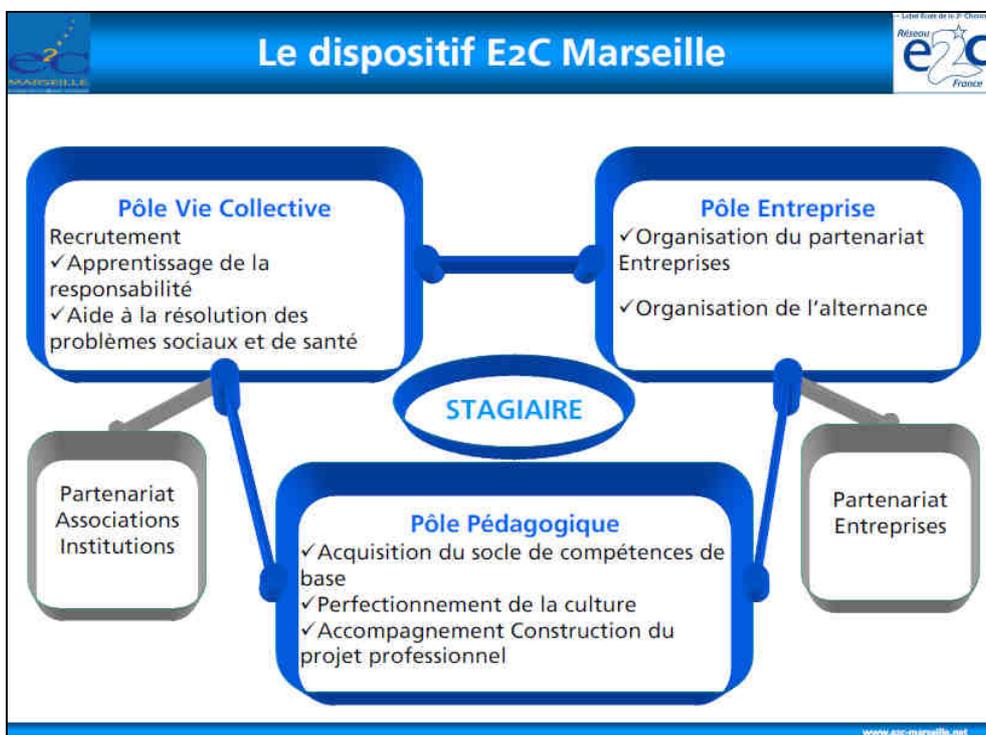
A l'origine, le Livre Blanc « *Enseigner et apprendre. Vers une société cognitive* », présenté par Mme Edith Cresson sur la base du rapport du groupe d'experts de haut niveau présidé par le doyen Jean-Louis Reiffers lors du sommet des chefs d'État de Madrid de décembre 1995, puis adopté par les Ministres de l'Éducation des États membres.

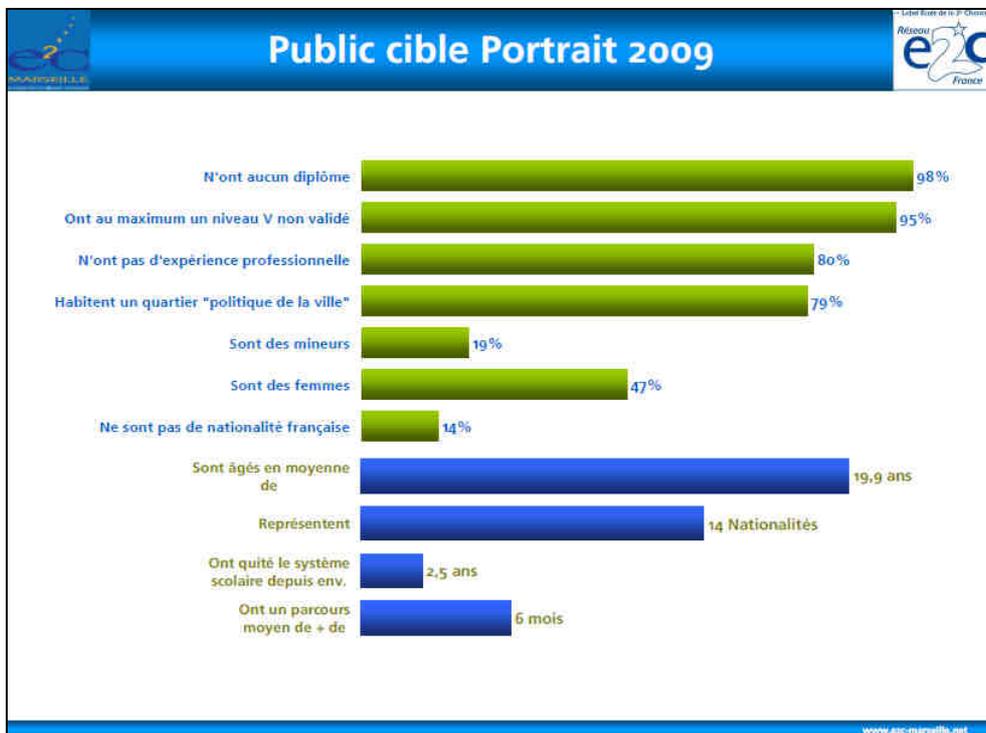
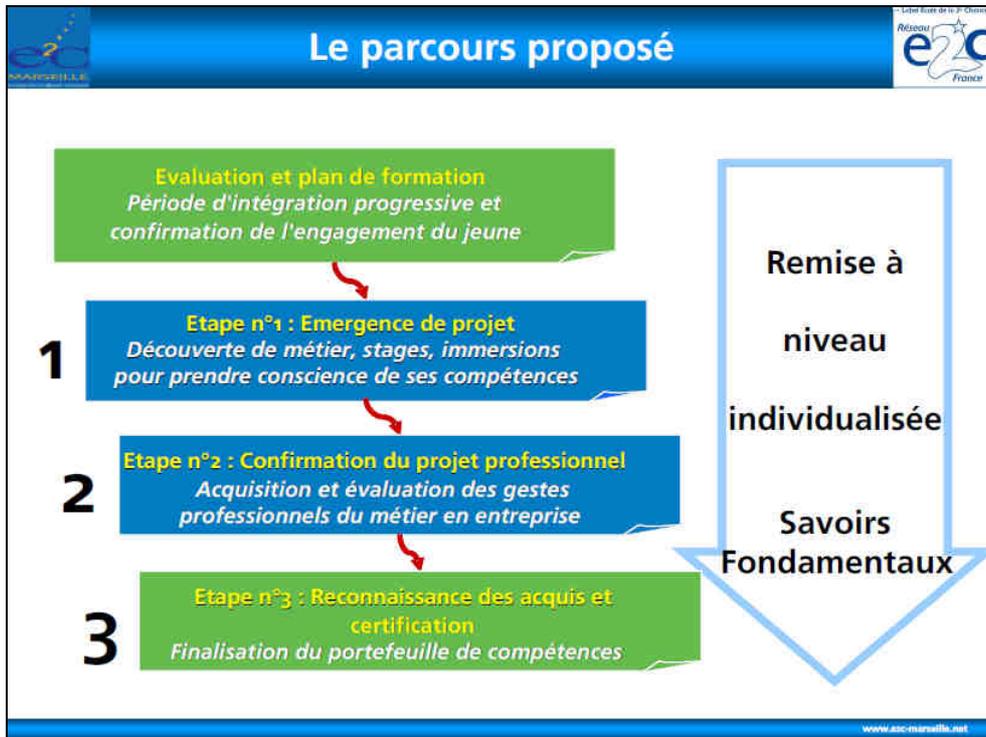
1997 à Marseille : création de la première école en Europe

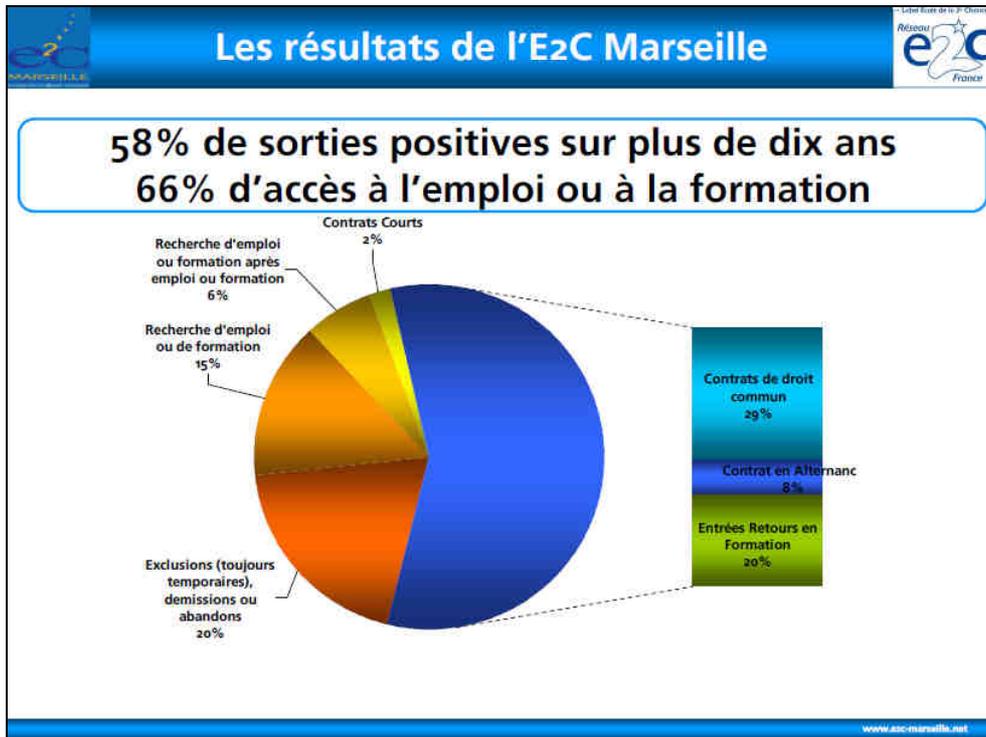
L'E2C de Marseille est soutenue par *toutes les collectivités locales* : Conseil Régional PACA, Conseil Général 13, Communauté Urbaine Marseille Provence Métropole, Ville de Marseille et Chambre de Commerce et d'Industrie Marseille Provence.

En 2010, plus d'une cinquantaine d'écoles fonctionnent en Europe plus 24 en France, pays où elles se développent le plus vite

www.asc-marseille.net







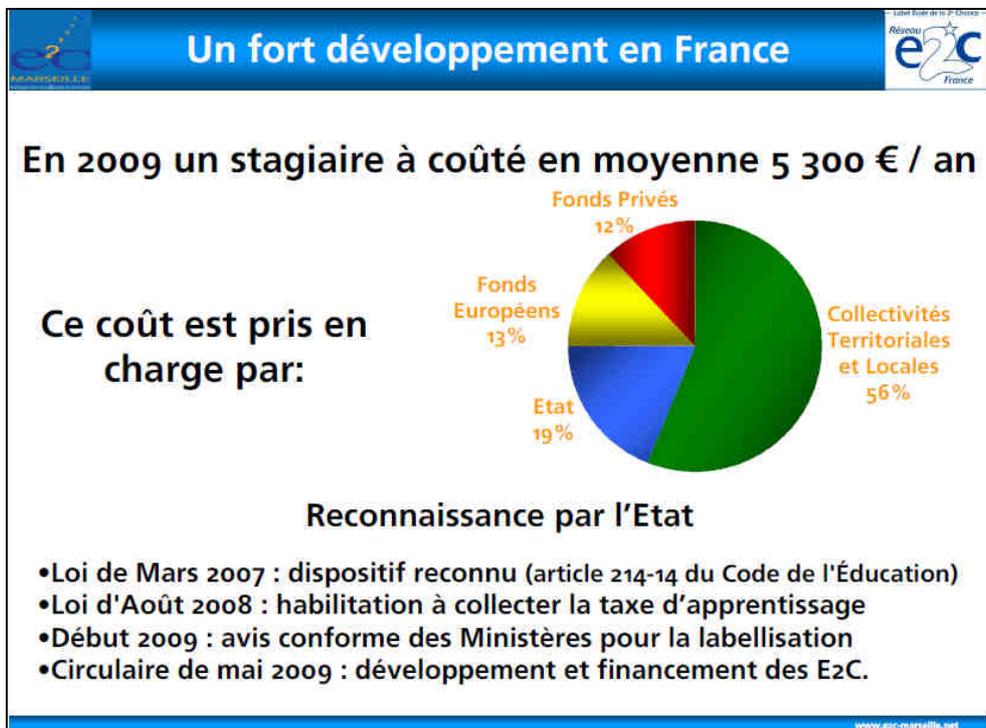
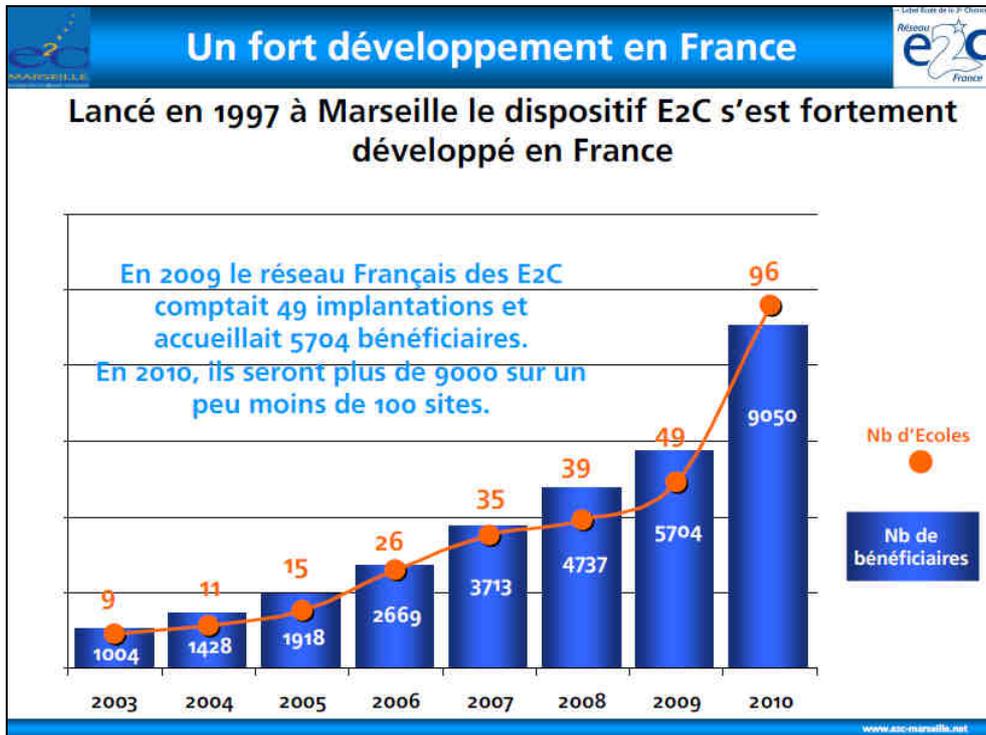
Reconnaissance nationale française

Depuis 4 ans les E2C bénéficient d'une reconnaissance nationale
 Qui s'appuie sur un processus de Labellisation

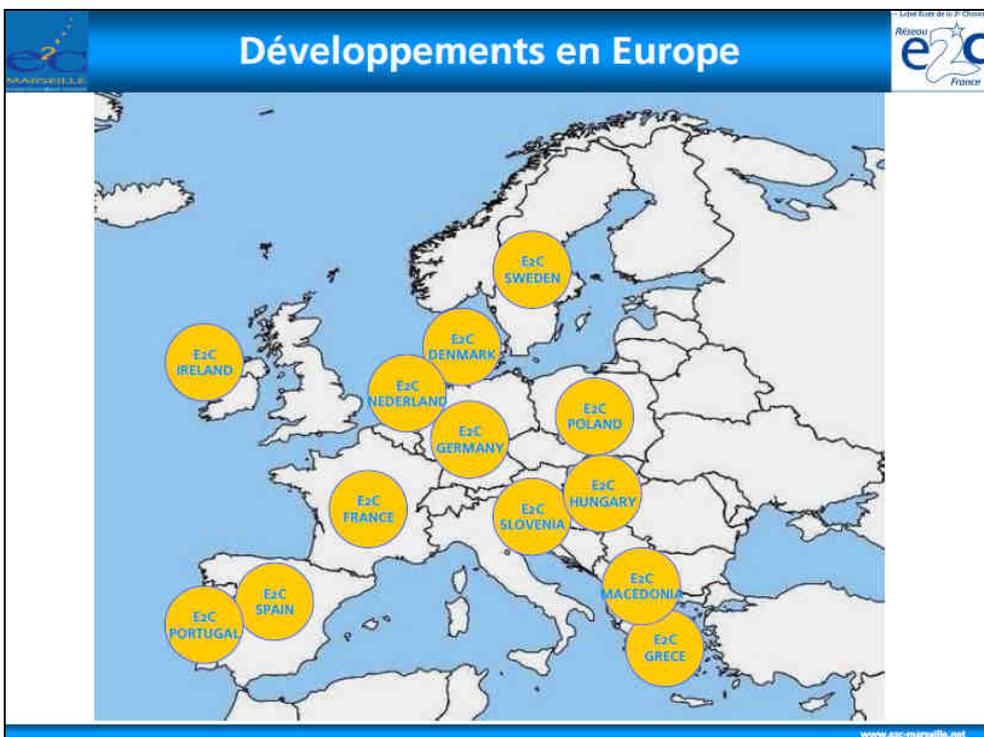
Principales dispositions

<p>Loi de mars 2007: Dispositif reconnu (article 214.14 du code de l'éducation)</p> <p>Loi d'août 2008: Habilitation à collecter la taxe d'apprentissage</p> <p>Début 2009: Avis conforme des ministères pour la labellisation.</p> <p>Circulaire de mai 2009: développement et financement des E2C.</p>	Reconnaissance de la spécificité	<ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Le Public concerné <input type="checkbox"/> Délivrance d'une attestation de Compétences acquises.
	Le processus de Labellisation	<ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Géré par le réseau avec avis conforme de deux ministères <input type="checkbox"/> Basé sur la charte des principes.
	Le Financement	<ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Habilitation pour la taxe d'apprentissage <input type="checkbox"/> Conventions possibles Etat / Régions.

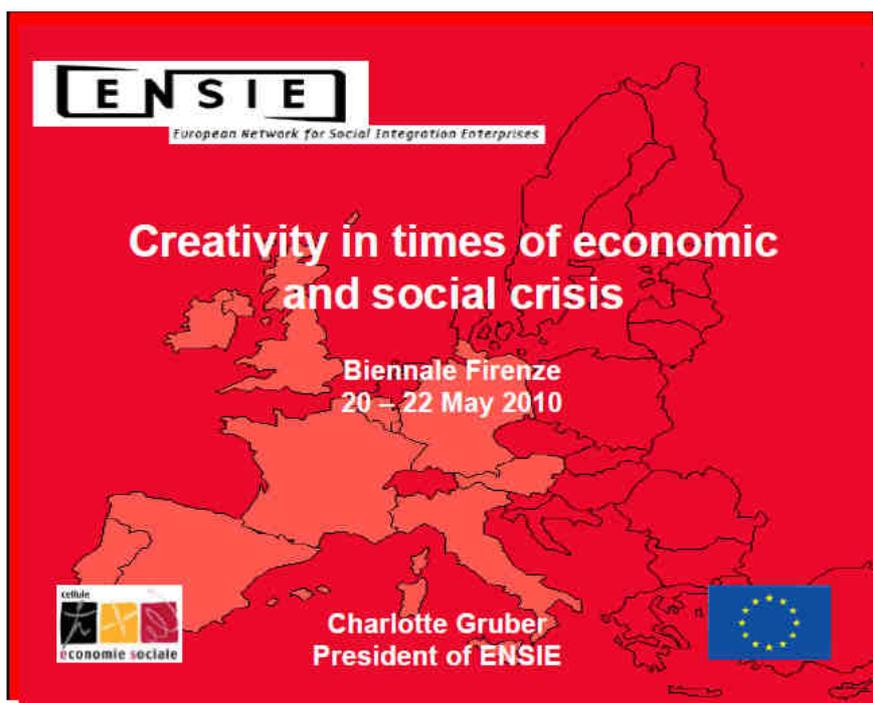
www.e2c-marseille.net



ANLAGE 2: WORTBEITRÄGE



► **Charlotte Gruber**



Objectives of ENSIE

- social integration of disadvantaged risk-groups by improving their employment opportunities and productivity
- economic viability of social enterprises and integration and reinforcement of their role in the general economic landscape
- promotion of equal opportunities while maintaining the strategy advocated by the European Union in terms of gender mainstreaming and diversity management

ENSIE European Network for Social Integration Enterprises

Common features of Social Integration Enterprises in the member countries:

- ❖ Enterprises as means for integrating disadvantaged target groups
- ❖ Enterprises to promote participation
- ❖ Enterprises being part of the economy
- ❖ Enterprises with a strong element of qualification

Creativity and Innovation are important elements for successful social integration enterprises

Creative approaches are needed to convince young people affected by social exclusion of the importance vocational training or professional education



ERfA (Graz, Austria)
experience through work

Aims of ERfA

- Give people meaningful work
- Integrate them step by step into the labour market
- Train and qualify them
- Develop their potentials



ERfA (Graz, Austria) experience through work



“We want to offer working opportunities that meet the interests and potentials of our target group”



Groupe Terre, recycling (Wallony– Belgium)



- Collecting and re-using of clothes
- Collecting and re-using of paper products
- Collecting glass
- Metal Construction
- Acoustic Insolation
- Fabrication of solar panels





Millrace IT (Great Britain)

- MillRace IT is a Social Firm, committed to creating employment and training opportunities
- MillRace IT creates good quality jobs for people disadvantaged in the Labour market
- MillRace IT offers access to work related training courses
- MillRace IT helps to improve self-esteem and to give purpose to the live of its people



Zoveco - zonas verdes cordobesas -(Spain)

Zoveco is a social enterprise working with people who are at risk if social exclusion:

- Young people without professional training
- Drug addicts
- Women exposed to violence
- Migrants

Zoveco is effected by the present economic crisis (delayed payments, diminished liquidity and investments, looking for new markets)



gabarage – upcycling design -(Austria)

The three pillars of gabarage:

- Design
- Ecology
- Responsibility

Gabarage works especially with drug addicts and aims at:

- Giving a structured daily routine
- Preservation/consolidation of employability
- Income generation
- Meaningful activity
- Strengthening the self-esteem
- Increasing the quality of life



Busy Bees - Sunflower Recycling- (Ireland)

Sunflower strives to provide quality recycling at the most reasonable prices, while providing Training & Employment opportunities for the communities of Dublin's inner city.

In a modern world built on consumerism and appearance we pride ourselves on a common sense approach to the recycling ideals that goods and good service need not cost a fortune. While aiding and maintaining the environment, Busybees not only recycle, prepare and resell pre loved furniture at great prices but also provide a removal service for any unwanted household furniture in perfectly good condition.



Graz Jobs -(Austria)

Graz Jobs offers employment opportunities to people who have not been working for a long time.

Graz Jobs was implemented in as a joint programme of five different social integration enterprises in Graz. Using the existing structures of these five enterprises the programme could offer a wide range of activities to the target group.

Graz Jobs is committed to an active implementation of gender mainstreaming and wants to increase the gender equality by offering 50 % of its jobs to women.

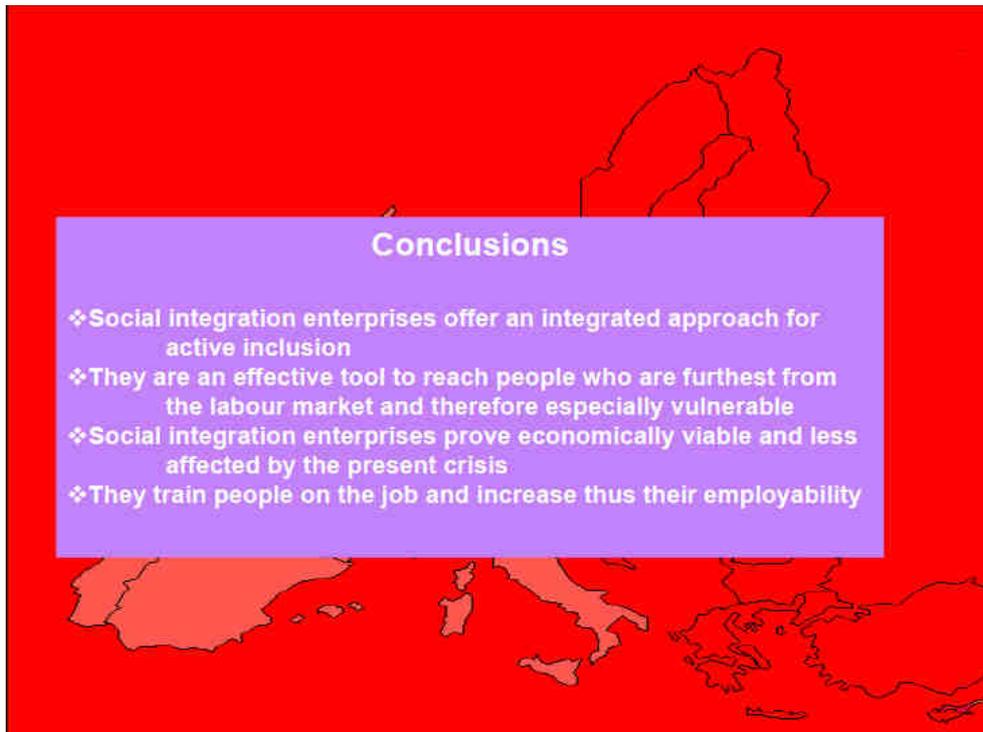
And many many others...

Social Integration Enterprises all over Europe take up innovative ideas and make use of the creativity of its staff and target groups to:

- ❖ Succeed economically
- ❖ Train and qualify their target group
- ❖ Cooperate with communities and other stakeholders
- ❖ Offer new employment opportunities and integration into the labour market

But

they often remain invisible and receive little recognition

A map of Europe is shown in the background, with a purple rectangular box overlaid in the center. The box contains the title 'Conclusions' and a list of four bullet points.

Conclusions

- ❖ Social integration enterprises offer an integrated approach for active inclusion
- ❖ They are an effective tool to reach people who are furthest from the labour market and therefore especially vulnerable
- ❖ Social integration enterprises prove economically viable and less affected by the present crisis
- ❖ They train people on the job and increase thus their employability

For more information

www.ensie.org

charlotte.gruber@safrangarten.at

Thank you for your attention

► **Aviana Bulgarelli**



CEDEFOP | European Centre for the Development
of Vocational Training

Education and training as a gateway to the labour market: Making inclusion real

Vocational education and training and social inclusion



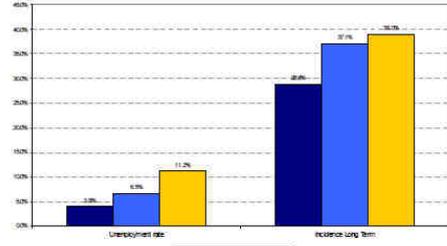
Aviana Bulgarelli, Director Cedefop



Low-qualified people...

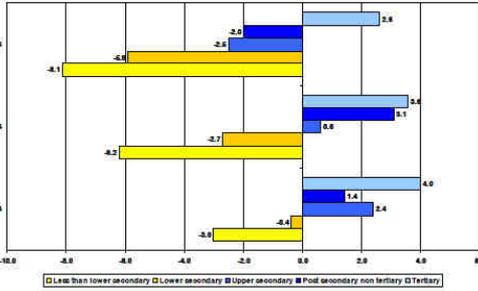
...have been hit hardest
by the crisis

Unemployment rates by qualifications and incidence of long term to total unemployment (EU27 - 2009)



Qualification Level	Unemployment rate	Incidence long term
High	5.9%	27.1%
Medium	11.2%	38.0%
Low	28.6%	38.0%

EU27 - Changes in employment by highest level of education attained (% change)



Period	Less than lower secondary	Lower secondary	Upper secondary	Post secondary non tertiary	Tertiary
2009Q4-2009Q4	-4.1	-2.6	-2.6	2.8	2.8
2007Q4-2008Q4	-4.2	-3.7	0.5	3.1	3.4
2008Q4-2007Q4	-4.0	-4.4	1.4	2.4	4.0

N.B.: short VET programme incl. in lower secondary

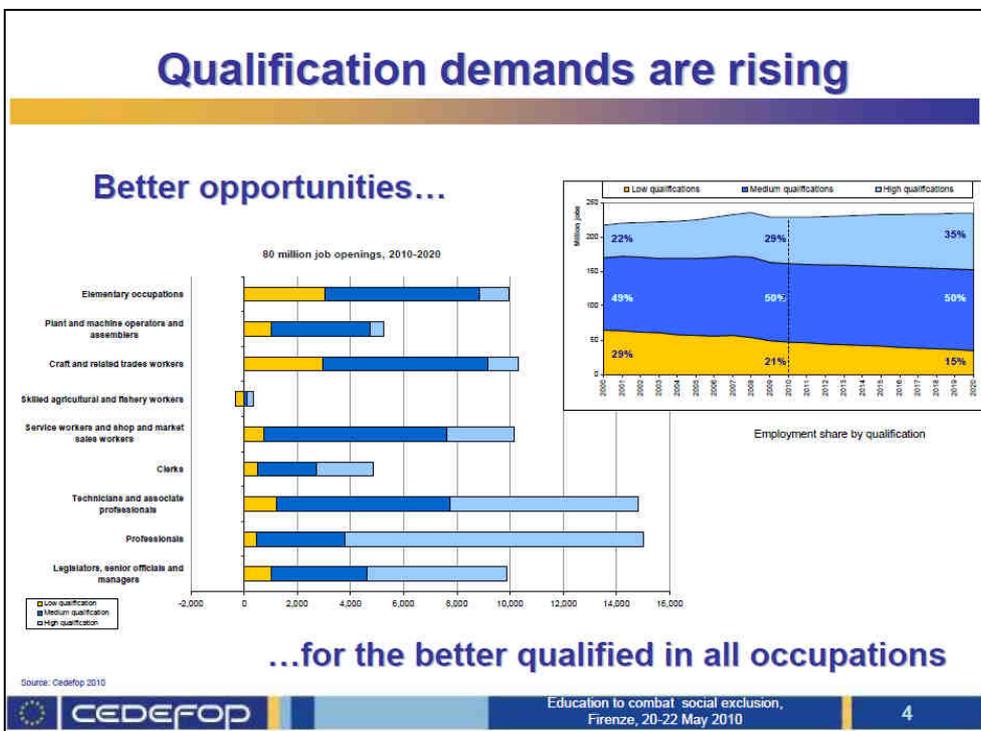
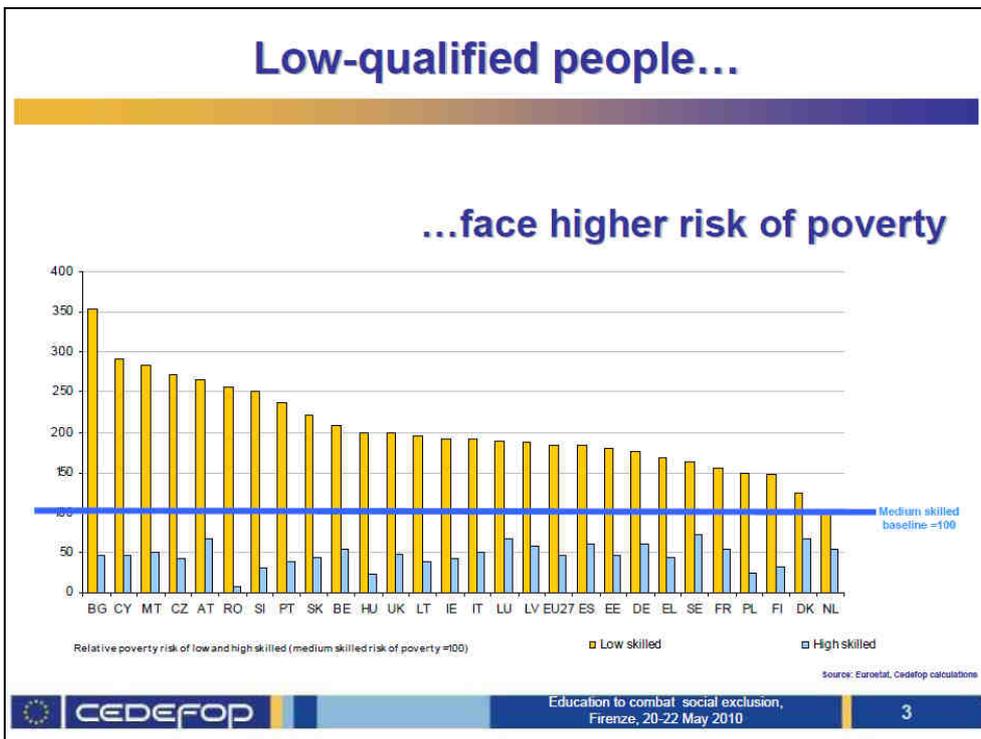
... are generally more
likely to be jobless

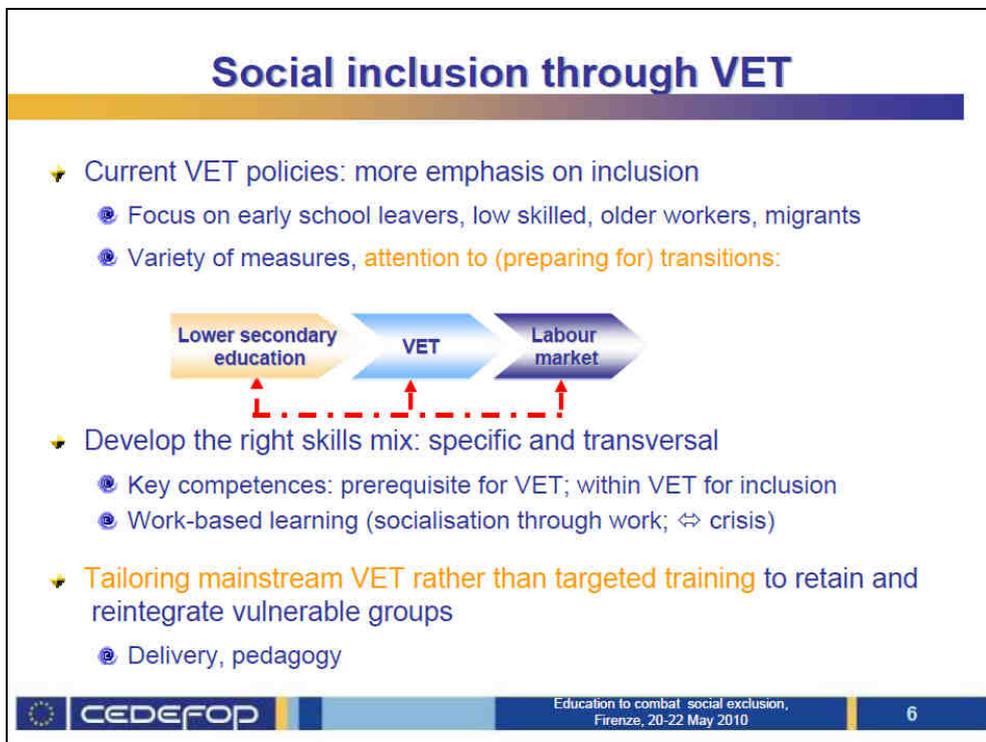
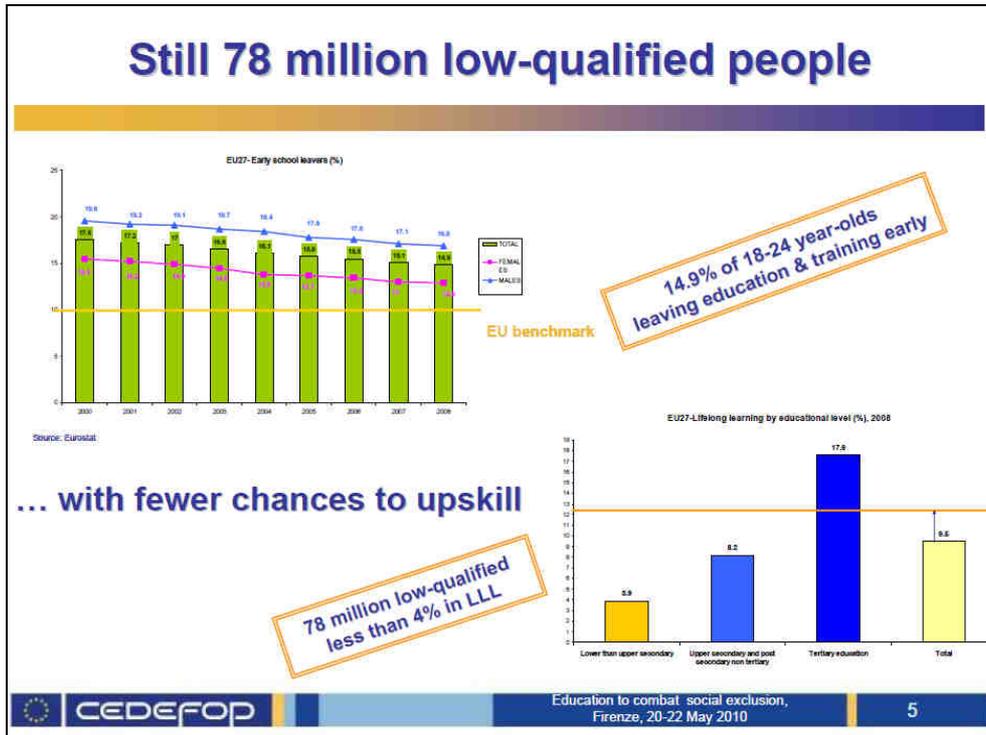
Source: Cedefop's calculation on Eurostat data



Education to combat social exclusion,
Firenze, 20-22 May 2010

2





Support measures to promote inclusion

- ✦ **Anticipate** skill needs and supply ➔ long-term skill strategies
 - ➔ communicate benefits of better skills to citizens and employers
- ✦ **Focus and draw on what people know and can do**
 - Ⓜ Better use of skills and more opportunities to stretch skills at work
 - Ⓜ Documentation of skills ➔ skills portfolio
 - Ⓜ **Information and guidance**, mentoring (easier access, better quality of services for groups at risk)
 - Ⓜ **Valuing skills acquired through work and life**
competence-based assessment for further learning and recognition
- ✦ **Bringing the worlds of education & training and work together**
 - ➔ New partnerships (incl. employment/social services, civic organisations)



VET and social inclusion

**VET can play a prominent role but
it is **not the universal remedy****

- ➔ **Education and training, employment, social and economic policies and tools need to go hand in hand**
- ➔ **Social partners have a crucial role to play**





More information: Cedefop's reports on

Skills supply and demand

http://www.cedefop.europa.eu/EN/Files/3052_en.pdf

Guiding at-risk youth through learning to work

http://www.cedefop.europa.eu/EN/Files/5503_en.pdf

VET policy since 2002

to be published in December 2010

Thank you for your attention



CEDEFOP

Education to combat social exclusion,
Firenze, 20-22 May 2010

9

Inclusione sociale e nuove povertà: una proposta metodologica

Paolo Cocceancig

In seguito alle profonde trasformazioni sociali e della realtà produttiva avvenute in Italia negli ultimi decenni, gli operatori dei Servizi si trovano oggi a dover declinare al plurale il significato del termine povertà, non a caso le aree d'intervento preposte all'inclusione sociale sono definite delle "Nuove e vecchie povertà".

Accanto alle tradizionali situazioni di indigenza e disagio, la maggior parte delle quali faceva riferimento a Servizi come il SERT e i CSM, si stanno consolidando altre e più complesse forme di criticità sociale.

Il sociologo francese Eugene Enriquez, in uno studio di qualche anno fa sulla trasformazione del lavoro sociale in Italia, ne individua i passaggi essenziali: il primo, dal secondo dopoguerra agli anni settanta quando, sulla spinta delle due idealità forti del tempo (quella d'ispirazione cristiana e quella d'ispirazione marxista), si sviluppa l'idea dell'inclusione totale, tutti gli individui, ciascuno in base alle proprie competenze e possibilità poteva e doveva avere una funzione sociale, un ruolo propulsivo all'interno della società; la seconda che parte dalla fine degli anni settanta quando, con la crisi delle grandi fabbriche e i conseguenti licenziamenti, per la prima volta si ritiene ammissibile il pensiero che l'individuo possa essere socialmente espulso.

La società neoliberista che prende corpo durante gli anni ottanta, certa della spinta inesauribile dell'energia propulsiva del consumismo, ritiene di essere in grado di prevedere all'assistenza di quel 20% di persone che rimangono ai margini del sistema produttivo.

La crisi attuale è anche la crisi di quell'illusione, peraltro già presagita in tempi non sospetti da alcuni studiosi più lungimiranti (la società dei 2/3 di Peter Glotz). Oggi molte persone che si rivolgono ai nostri Servizi, "assuefatte" ad un ormai impraticabile assistenzialismo permanente, si vergognano della loro condizione e preferiscono rinunciare ai beni primari pur di conservare i loro feticci identitari (schermi al plasma, abiti griffati, cellulari di ultima generazione). Il lavoro di aiuto per questi individui non può ovviamente ridursi alla ricerca di un'occupazione, cosa peraltro quasi impossibile in questi nostri tempi di crisi, bisogna ripartire da una ridefinizione del sé, creando intorno a loro una rete di relazioni positive, trasmettendo una nuova consapevolezza delle priorità, in poche parole va progettato un percorso educativo globale d'inclusione.

Ci sono poi le persone che, dopo anni di occupazione, hanno perso il lavoro in seguito alla crisi economica degli ultimi due anni: spesso sono individui cui mancano pochi anni al raggiungimento dell'età pensionabile, difficilmente ricollocabili in ambito lavorativo. La loro difficoltà è la difficoltà di chi non si è mai

trovato in una situazione del genere: non sanno come si cerca un lavoro, dove andare, a chi chiedere aiuto semplicemente per stilare un curriculum. Molti di loro dopo alcuni mesi, neppure troppi, perdono la fiducia in sé stessi e spesso cadono in depressione (visto il preoccupante aumento del numero di suicidi tra i neo-disoccupati, a Bologna un gruppo di specialisti ha fondato un'associazione, Primo Maggio, che garantisce supporto psicologico a queste persone).

Infine ci sono i figli della precarietà contrattuale originata dalla Legge 30, il più delle volte giovani che non riescono a pianificare un futuro stabile (farsi una famiglia, si diceva una volta) e che stanno esaurendo i risparmi accumulati dai loro padri in una vita di lavoro fisso.

Ora, di fronte a questa smisurata complessità del disagio presente nella nostra società, si è necessariamente dovuto modificare l'approccio progettuale di noi operatori del sociale: non solamente semplici interventi di Borsa Lavoro o lavori socialmente utili destinati inevitabilmente al fallimento, palliativi che servono al più a far pagare qualche bolletta arretrata nell'immediato, bensì presa in carico globale della persona nella sua complessità (l'integrazione lavorativa deve andare di pari passo con quella sociale).

Aumentare l'occupabilità di una persona è un percorso che necessariamente si deve sempre porre come obiettivo, oltre all'acquisizione del maggior numero di competenze, una nuova definizione di sé all'interno del contenitore identitario di riferimento (sentire l'appartenenza). Ciò si può raggiungere solamente mediante la responsabilità collettiva del territorio attraverso un patto del lavoro locale che chiami in causa la molteplicità degli attori sociali presenti (Enti locali, Cooperative sociali, Centri per l'Impiego, sindacati, volontariato e imprese del profit maggiormente sensibili al tema) e che recuperi il valore del lavoro come elemento socializzante, di crescita personale (in Inghilterra per parlare di qualità del lavoro si usa ancora il termine forte di *decent work*).

Stimolare dunque il territorio a responsabilizzarsi di fronte alle problematiche che in esso e alle volte in conseguenza di esso, nascono. Parallelamente sottolineo l'importanza della presa in carico della persona nella sua articolata completezza: la persona nella sua totalità, non solo il disoccupato.

Per quel che riguarda l'esperienza operativa sul territorio (la Provincia di Bologna), la nostra progettualità si colloca essenzialmente sulla scia delle indicazioni contenute nel Rapporto sulle Politiche contro la Povertà e l'Esclusione Sociale Anno 2003 (a cura della Commissione Parlamentare di Indagine sull'Esclusione Sociale), ponendosi come metodo e obiettivo la realizzazione di Buone Prassi capaci di rispondere alle seguenti caratteristiche:

- Prossimità: capacità di essere vicino all'altro e al suo bisogno, accorciando le distanze, sia fisiche che relazionali, tra chi domanda e chi risponde.
- Personalizzazione: capacità di ascoltare le singole persone e di coglierne i bisogni, organizzando risposte che tengano conto dell'unicità del singolo, delle sue inclinazioni e delle sue esigenze.
- Territorializzazione: insediamento locale dei Servizi per favorire la vicinanza fisica al disagio e la conoscenza diretta delle problematiche territoriali.

ANLAGE 2: WORTBEITRÄGE

- Lavoro di rete: trama di relazioni non competitive che connette entità autonome che permette risposte operativamente più snelle ed aderenti ai tempi e ai modi della domanda.
- Innovatività: capacità di “inventare” soluzioni inedite, combinando in modo efficiente le risposte con le reali disponibilità delle risorse.
- Flessibilità: adattare gli schemi organizzativi alla logica del problem solving piuttosto che alla conformità procedurale.
- Accompagnamento: “presa in carico” della situazione problematica nella sua unicità e complessità.
- Tempestività: attivare risposte alle diverse tipologie di disagio in tempi rapidi data la natura spesso emergenziale dei disagi stessi e la necessità di agire in contesti e situazioni ad alta problematicità, dove risulta cruciale saper intervenire in tempi ristretti.

La figura professionale che grazie alla sua versatilità racchiude in sé le funzioni necessarie (educativa, assistenziale, organizzativa e di ricerca, come da Decreto Ministeriale n.520/98) per garantire il funzionamento di tali percorsi progettuali, è quella dell’Educatore Professionale.

Essa infatti garantisce:

1. affiancamento e accompagnamento, in particolare nella fase iniziale e nelle fasi di crisi e di abbandono, nei luoghi di lavoro e/o in attività di socializzazione.
2. intervento nei contesti familiari per stimolare le funzioni parentali e supportare, in collaborazione con altre figure professionali, gli adulti nella fruizione dei servizi motivandoli alla costruzione di un progetto di vita autonoma.
3. ampliamento dei momenti di co-progettazione e verifica puntuale con le Aziende per ridurre al minimo i rischi di esclusione avendo preventivamente condiviso la necessità di una ridefinizione in itinere delle azioni.
4. attività di marketing sociale al fine di monitorare le Aziende del territorio per la creazione di un significativo elenco di Ditte particolarmente sensibili alle problematiche dell’esclusione (accoglienza delle Imprese del profit nella Rete).

Concludendo, dalla nostra pratica operativa ci deriva l’insegnamento che le politiche di contrasto alle situazioni di grave marginalità sociale possono produrre risultati significativi soltanto con la messa in rete dei saperi e delle risorse.

Per riportare le persone dentro i luoghi di riconoscimento sociale, per impedire l’allargamento della forbice che sta separando agio e disagio nella nostra società, per contrastare significativamente le cittadinanze passive, bisogna essere in molti. Bisogna evitare le solitudini operative.

► **Tommaso Grimaldi**



"Le rôle de la formation professionnelle pour la réintégration sur le marché du travail"

Tommaso Grimaldi Secrétaire Général, AEFP,
l'Association Européenne pour la Formation Professionnelle

www.evta.eu

*CESE 2010 Conférence biennale
21/05/2010 Florence*



La plus grande communauté européenne pour la formation professionnelle

www.evta.eu



- AEFP réunit les structures de références nationales, régionales, locales et sectorielles de la F.P.
 - Structures publiques, semi-publiques ou privées.
 - Centralisées ou décentralisées.
 - en charge de formation professionnelle et/ou de services pour l'emploi.
- Ainsi qu'une communauté d'experts de la F.P.
- AEFP soutient ses membres dans leurs réponses respectives aux défis de la croissance, de la compétitivité et de la cohésion sociale dans le cadre de l'apprentissage tout au long de la vie.



Le rôle de la F.P pour la réintégration des personnes sur le marché du travail semble évident et pourtant...

Dans les situations de restructuration:

- Les représentants du dialogue social n'invitent pas toujours les représentants de la formation professionnelle à participer aux tables de discussions.
- Les fournisseurs de formation professionnelle doivent travailler dans des délais serrés.
- Les tâches des fournisseurs de formation professionnelle ne sont pas clairement définies lorsqu'ils agissent dans le cadre de restructuration. La plupart du temps, ces tâches s'ajoutent à leur travail quotidien.



Trois bonnes pratiques visant à promouvoir l'employabilité des groupes vulnérables

L'employabilité: la combinaison des facteurs qui permettent aux individus de se préparer et d'accéder à l'emploi, de s'y maintenir, et de progresser au cours de leur carrière.

Groupes vulnérables: Groupes qui font face à un risque de pauvreté et d'exclusion sociale plus élevé que la population moyenne et qui rencontrent souvent des difficultés, comme le faible niveau d'éducation, le chômage ou le sous-emploi, qui peuvent entraîner leur exclusion sociale.



Trois bonnes pratiques visant à promouvoir l'employabilité des publics cibles

- Trade Union Learning Representatives (R.U)

www.unionlearn.org.uk/ulr/index.cfm

- Le Visa-DIF (France)

www.libres-savoirs.regioncentre.fr

- Le projet européen "Key to Mobility"

<http://www.keytomobility.org/>



Trade Union Learning Representatives (ULR)

- Reconnu légalement au Royaume-Uni depuis 2003 (*Employment Act*)

- **Fonctions:**

- Promouvoir et soutenir la formation et l'éducation au sein et à l'extérieur du lieu de travail. Et notamment, encourager les travailleurs les moins éduqués à se former.

- Analyser les besoins en formation des travailleurs

- **Comment?**

- Relation de confiance entre représentants syndicaux et travailleurs (pairs)



Trade Union Learning Representatives (ULR)

•Financement:

- Union Learning Fund*
- ULR, en collaboration avec leurs employeurs et les fournisseurs de formations locaux, établissent des Centres d'apprentissages.
- Lorsque syndicat et patronat favorables au projet : possibilité de négocier des Learning Agreements.

•Facteurs de réussite:

- Communication libre et transparente fondée sur un réel partenariat entre ULR et employeurs.
- Relation de confiance entre travailleurs et ULR.
- Employeurs doivent être à la base favorables à la formation et laisser du temps libre aux ULR.



Le Visa-DIF

Le cadre: Ambition de la Région Centre : garantir à tous ses citoyens l'acquisition d'un socle de connaissances fondamentales, indispensables à l'autonomie et à l'intégration sociale

Moyens :

- Volonté d'offrir à tout habitant de la région la possibilité de trouver un lieu de formation proche de son domicile
- Mise en place d'une politique de formation aux savoirs de base : savoir lire, écrire, compter, manipuler un ordinateur,...

Enjeux sociaux : lutter contre toute forme d'exclusion

Enjeux économiques : une offre de formation configurée pour les entreprises au plus près du territoire pour contribuer à améliorer leur compétitivité

- ↳ Création de visas : modules courts de formation adaptée à chaque apprenant



Le Visa-DIF

Une formation centrée sur les usages de l'apprenant

Une relation humaine formateur - apprenant au cœur du processus pédagogique du VISA qui se décompose en plusieurs phases :

- l'apprenant est accueilli pour un positionnement pour connaître son niveau et ses attentes
- le formateur crée un parcours personnalisé, adaptable à tout moment
- l'apprenant peut dialoguer en permanence avec le formateur pendant le parcours de formation
- une fiche de suivi par apprenant sert de tableau de bord au formateur et soutient la motivation
- une attestation est remise en fin de formation : le VISA

Le Visa est individualisé grâce à un positionnement



Key to Mobility: Objectifs

Promouvoir la mobilité des jeunes à risques

- Permettre aux jeunes défavorisés d'acquérir les compétences professionnelles internationales de bases nécessaires pour leurs intégrations à d'autres formations et/ou au marché de l'emploi.
- Doter les formateurs et professeurs des compétences et connaissances nécessaires pour soutenir les stagiaires dans l'acquisition de compétences clés pour la mobilité.
- Améliorer le cadre permettant la mobilité des jeunes à risques durant leur période de formation et au-delà.
- Explorer les possibilités de certifier ce module de formation en tant que module additionnel pour les formateurs.



***Professional insertion of women of
underprivileged means: an experience of
education for women empowerment***

Neus Pociello Cayuela

**General Coordinator and Manager of
the Attention Program for Women of the Aroa Foundation**

The characteristics of specific exclusion and psychosocial risk of women are increased on less privileged sectors due to greater exposure to other aspects of risk and situations of poverty, migrations, gender violence or cultural contexts of supremacy. The essential link that connects these issues stems from a need of survival that is reflected in a lack of development of personal skills, whether derived from formal education (schooling) or non formal education and own nature knowledge and management (mental, emotional and social).

This experience is based on the program that the Aroa Foundation has developed for the professional insertion of immigrant women since 2004. Women represent a 44.75% of the immigrant population in Catalonia and are a key element of integration for their impact on the entire family. Immigrant women suffer a particular risk because they have to adapt to a new sociocultural environment with totally different patterns from the origin country, face a grieving process of separation, a difficulty in entering to the labour market with low recognized work and sometimes the pressure to support alone their families.

From this reality the central action of this program promotes the employability of women through their training, not only achieving professional skills, but personal development and empowerment skills, facilitating the takeover required to generate a change in personal circumstances (recognition of skills and personal development potential) and social (recognition of their autonomy as an agent of transformation of inequalities).

Objectives

- Promote women empowerment training them in the knowledge of their own nature and personal skills.
- Provide tools for self-management and prevention of psychosocial risks.
- Facilitate the insertion to the labour market forming them in the care of chronically sick and elderly.

ANLAGE 2: WORTBEITRÄGE

- Promote the value and equality of women in a sustainable and pluralistic society.
- Facilitate integration accompanying the process of adaptation to new personal and socio-cultural context
- Helping the welfare of the dependents and the elderly by training their caregivers.

Methods

The specific methodology designed by Aroa Foundation combines formal and non formal education tools, thus ensuring attention to all dimensions of the person (physical, mental, emotional and social) to obtain satisfactory results not only in the labour market area but also in the individual development of each participant to preserve their own autonomy in all areas of their life.

Intervenant: Neus Pociello Cayuela is the General Coordinator and Manager of the Attention Program for Women of the Aroa Foundation. The mission of Aroa Foundation focuses on helping individual and collective welfare, promoting the global health which has a physical, mental, emotional and social dimension, preventing and attending the psychosocial disorders generated by the modern lifestyle. Psychosocial disorders are originated in those situations that cause states of chronic stress, aggressiveness, lack of emotional support and generate various symptoms or diseases such as depression, adjustment disorders, pain or chronic fatigue among others. Aroa Foundation unique methodology to combat this disorders comes from an integrative perspective of conventional and alternative tools of health, education and social care.

L'éducation pour exercer ses droits - Déconstruire et reconstruire de nouveaux savoirs à partir de ceux qui ont le moins'

Marie Cécile Renoux

L'université populaire est une action fondatrice du Mouvement ATD Quart Monde. Elle rassemble tous les mois des personnes qui vivent dans la grande pauvreté et d'autres qui en sont solidaires, afin de s'entretenir ensemble sur un thème précis. Elle constitue un espace créé par et pour les personnes qui au départ ne possèdent pas encore les outils nécessaires à la maîtrise de la pensée, de la parole, de l'expression publique.

Elle se décline dans différents domaines dont celui de l'accès aux droits.

Toutes les Universités populaires Quart Monde se fondent sur l'expérience des personnes qui y participent. Elles mettent en valeur l'expérience de vie des personnes très pauvres et l'existence d'un savoir d'expérience en Quart Monde dont les personnes doivent pouvoir prendre conscience et qu'elles doivent pouvoir partager avec d'autres. Cela veut dire, réunir - parfois difficilement - un certain nombre de conditions pour mettre en œuvre ces échanges.

Ces rencontres ont une fonction « d'instruction », de production de savoir, et de « transmission » de ce savoir, les personnes très pauvres ayant un rôle central comme acteur, la démarche éducative étant conçue pour et avec elles.

Des savoirs sont acquis, non seulement par les personnes en situation de grande pauvreté, mais par tous les autres participants à l'université populaire, dans une démarche de co-construction, avec un projet défini : le combat contre la misère et l'exclusion sociale.

Ces savoirs permettent d'agir, d'entrer dans des relations sociales qui sont transformées puisqu'elles reposent sur de nouveaux savoirs - notamment le droit - et la légitimité de faire valoir ses droits.

1. Présentation d'ATD Quart Monde

Le Mouvement ATD Quart Monde s'est bâti et se construit encore aujourd'hui avec des personnes qui vivent dans la grande pauvreté et qui la refusent au jour le jour.

^V Contribution bâtie à partir de la thèse en Sciences de l'Éducation (Université Paris VIII) de Geneviève DEFRAIGNE-TARDIEU (volontaire permanente du Mouvement ATD Quart Monde), intitulée « L'Université populaire Quart Monde, la construction du savoir émancipatoire », 2009.

<http://www.atd-quartmonde.fr/L-Universite-populaire-Quart-Monde,1021>

Il lutte pour les droits de l'homme, avec l'objectif de garantir l'accès des plus pauvres à l'exercice de leurs droits et d'avancer vers l'éradication de l'extrême pauvreté.

Pour ceux qui vivent dans la grande pauvreté, c'est l'ensemble des droits qui sont violés, des droits indivisibles et interdépendants. Le combat à mener ne peut donc se résumer à « venir en aide » à des populations démunies ; il est de s'unir pour **rendre effectif l'accès de tous aux droits de tous**.

Face à la vision des très pauvres, souvent considérés comme responsables de leurs échecs et coupables de leur malheur, le Mouvement ATD Quart Monde appelle à « changer de regard », et à opter pour une nouvelle vision du monde :

En réaction à la fatalité de la misère, la misère a été mise « hors la loi » ; en réaction au poids de l'exclusion et de la honte, un réseau d'alliance au-delà des clivages sociaux a été formé ; en réaction à la culpabilité de la misère, une identité forte et de fierté a été formée, celle de Quart Monde. En réaction à la honte de l'ignorance une nouvelle posture est proposée, un renversement qui impose le prétendu ignorant comme un savant, c'est la posture de l'Université populaire Quart Monde.

2. L'Université populaire Quart Monde

L'université populaire est une action fondatrice du Mouvement ATD Quart Monde. Elle rassemble tous les mois des personnes qui vivent dans la grande pauvreté et d'autres qui en sont solidaires, afin de s'entretenir ensemble sur un thème précis ; le dialogue, médiatisé par l'animateur ou l'animatrice, se déroule avec la participation d'un invité. Les invités sont des experts du thème débattu qui viennent participer aux échanges dans une recherche de compréhension commune. Ce sont des personnes relais dans la société par leur situation professionnelle, par leur rôle politique, par l'impact de leur pensée, etc.

Le thème et le cadre de la réflexion sont déterminés par les personnes vivant dans la grande pauvreté afin que la problématique soit véritablement la leur et ne soit pas imposée par un tiers, ce qui serait une nouvelle aliénation. Chacun apporte sa réflexion à partir de son expérience de vie ou de son expérience d'action ou bien encore de son expérience professionnelle. Pareille réflexion sur l'expérience est la base des échanges.

L'Université populaire constitue un espace créé par et pour les personnes qui au départ ne possèdent pas encore les outils nécessaires à la maîtrise de la pensée, de la parole, de l'expression publique.

Pour des personnes qui n'ont jamais été écoutées et qui n'ont jamais été prises au sérieux, c'est une occasion de parler avec honneur, en ce sens que leur parole compte pour quelqu'un, et prise en considération par quelqu'un.

La présence de personnes issues de différents milieux a pour but de ne pas enfermer les personnes pauvres entre elles, de former chacun à la pensée de l'autre, de créer une communauté d'apprentissage. La présence régulière de personnes qui ne vivent pas des situations de grande pauvreté est une

reconnaissance pour les autres. C'est un moyen de faire évoluer conjointement les situations de non-droits qui mènent à l'exclusion sociale et à la pauvreté.

3. Mais il y a des conditions à réaliser pour mettre en œuvre les interactions

Elles sont nombreuses et parfois délicates à réunir. Il s'agit de la reconnaissance inconditionnelle de la dignité de l'autre, même et surtout s'il est très marqué, abîmé par la misère ; il s'agit d'attribuer du sens à la pensée de l'autre, même si celle-ci est encore embryonnaire ou balbutiante ; il s'agit de s'engager dans une relation de réciprocité, chacun reconnaissant l'autre et apprenant de l'autre. Il s'agit enfin de s'engager ensemble dans un projet commun de libération, un projet clairement affiché d'engagement contre la grande pauvreté.

« A part l'université populaire, je n'ai pas vu grand monde m'écouter. C'est là que j'ai vraiment appris à ne pas être jugé..., ça a été important pour moi. »

Ces relations spécifiques étant posées, des transformations importantes peuvent avoir lieu : *« La première fois, quand je suis arrivée aux réunions d'université populaire, je n'ai pas parlé parce que je me suis sentie tellement ridicule, j'avais peur (...) et ce qui m'a surpris, c'est la concentration d'attention portée aux personnes démunies. »*

Cela nécessite une grande proximité avec les familles démunies car il faut aller à la rencontre des personnes, susciter leur participation, les engager dans un dialogue avec d'autres personnes qui ne sont pas du même milieu socio-économique, dépasser les blessures et les blocages.

4. La production de savoir

Ces rencontres ont une fonction « d'instruction », de production de savoir à partir de l'expérience de vie, et de « transmission » de ce savoir, les personnes très pauvres ayant un rôle central comme acteur.

C'est l'expérience de vie qui est la plus grande force des personnes très pauvres. Les situations qu'elles endurent et la résistance ou les tentatives de résistance à la vie de pauvreté sont un atout que l'Université populaire va mettre en valeur. Ainsi apparaît **l'existence d'un savoir d'expérience en Quart Monde**, même parmi les personnes très limitées dans leurs savoirs formels; mais il est nécessaire qu'elles en prennent conscience et qu'elles le partagent avec d'autres.

Toute réalité de vie n'est une « expérience » que si elle a été réfléchie, que si un sens lui a été donné, que si elle a été mise en mots. A l'université populaire, au sein du groupe, ces différentes étapes sont franchies.

Le niveau d'études des participants est en général très peu élevé ; l'expérience de l'école est celle de l'échec. Il faut prendre cela en compte. Il faut une attention constante aux conditions de vie, aux capacités d'expression, aux différentes formes de pensée, aux blessures et aborder de façon radicalement différente la question

de l'apprendre. Certains ne savent ni lire ni écrire, mais ils peuvent participer avec profit car la majorité des échanges et du travail se fait oralement.

L'éducation non formelle et l'expérience de vie viennent relayer les manques de l'éducation formelle. A l'université populaire les sollicitations intellectuelles les plus diverses ouvrent de nouvelles possibilités ; l'expression orale, le mime, le théâtre, l'écriture, les expressions symboliques révèlent des possibilités insoupçonnées et cachées, une expérience de vie très riche.

5. Comment se forge la réflexion sur les droits ?

Toutes les Universités populaires Quart Monde se fondent sur l'expérience de vie des personnes qui y participent mais elles se déclinent dans différents domaines dont celui de l'accès aux droits.

Différents exemples permettent d'analyser le type de savoir qui est produit et de mettre en évidence la construction collective de savoir.

Une université populaire consacrée au thème de « l'égalité des chances ». C'est la notion exposée dans la « loi de cohésion sociale » en France. Il est important d'en débattre car c'est ce que propose le gouvernement comme approche de la pauvreté.

La problématique consiste à chercher à partir d'exemples ce qui peut être facteur d'égalité des chances, ce qui joue à l'encontre de l'égalité des chances et enfin ce qu'il aurait fallu pour qu'elle soit respectée.

L'invité est le directeur de cabinet de la secrétaire d'Etat, chargée de la précarité et de l'exclusion.

L'université populaire du mois suivant est un prolongement. Elle est consacrée au volet logement de ce plan de cohésion sociale. Les questions pour la préparation sont les suivantes : Quelle est l'importance d'avoir un logement pour vous si vous en avez un, et en quoi il vous manque si vous n'en avez pas ? Que faites-vous pour en trouver un, pour le garder, pour aider d'autres ? Les réflexions sont transmises sous forme de « théâtre image ».

L'invité est un architecte, représentant d'ATD Quart Monde pour les questions de logement, qui sera reçu prochainement par le ministère qui travaille sur la future loi pour l'habitat. Est également présent un responsable logement.

Ces dialogues apportent majoritairement la connaissance des droits :

La connaissance de la nouvelle loi, la prise de conscience de ses droits (le quotient familial), la possibilité d'évaluer l'accès aux droits (l'hôpital c'est l'égalité des chances), et la possibilité d'analyser ses droits (le calcul des ressources était fait sur les revenus de l'année passée).

Ces interactions permettent aussi des prises de conscience à propos de sa vie et de la situation de non-droit (une femme choisi l'image d'un escalier qui descend et puis qui remonte pour symboliser la dégringolade et la remontée qu'a été sa vie), et permettent la compréhension des raisons du non-droit. Elles permettent de déjouer

un effet contre-productif, l'effet de seuil (avec 80 euros de plus on est pauvre). Ces dialogues permettent aussi d'entrer dans une problématique de pensée étrangère (l'égalité des chances) et de la critiquer (on n'y croit pas à l'égalité des chances).

L'invité, lui aussi, entre dans l'échange et fait des propositions (il faut un reste à vivre, il faudrait des seuils progressifs) et fait appel à l'expertise et à la capacité de pression des militants (signaler les médecins qui refusent la CMU (Couverture maladie universelle)).

Dans ces échanges se dégage une réflexion collective sur le sens de « l'égalité des chances ». Cette notion est revue collectivement et reformulée par l'assemblée dans le sens d'un accès effectif aux droits. Il y a unanimité pour dire que l'égalité des chances n'existe pas en milieu de grande pauvreté, avec des preuves. Il y a des propositions pour tendre vers l'accès effectif aux droits : le quotient familial, les seuils dégressifs, la prise de risque des bailleurs auprès des personnes à faibles ressources, l'autorisation de l'exercice de la solidarité, le « reste à vivre ». Il y a une proposition de mesure de l'égalité des chances : être reconnu comme un être humain. Il y a une proposition de rétorsion contre ceux qui ne respectent pas la loi.

On voit mettre en œuvre l'échange pour une compréhension commune. L'assemblée a compris le sens de la loi sur l'égalité des chances. L'invité a compris le point de vue de l'assemblée. Ils ont mutuellement compris l'incompréhension. Ils cherchent à se lier sur un terrain d'entente, celui des non-droits et sur le terrain de la lutte contre le non-droit dans un domaine précis.

L'université populaire sur le logement apporte une information sur le droit (définition du logement insalubre) et un échange d'information entre pairs, et de savoir faire (affiche dans le hall d'un immeuble pour prévention des expulsions). Il y a un partage d'expérience avec l'invité pour renforcer sa connaissance sur le non accès au droit (« je suis intéressé et très en colère contre ce que j'entends »). Il y a une contribution à la création de droit (investissement pour faire avancer la législation sur le Droit Au Logement Opposable) ; il y a instruction d'un responsable du logement qui découvre l'aspect humain du nonaccès au logement (« on apprend beaucoup de choses en vous écoutant »). A la marge de l'Université populaire, il y a le rétablissement du droit par l'obtention d'un logement. Dans cette rencontre, c'est plutôt la dimension collective du droit qui est au centre des échanges.

De nombreuses universités populaires sont consacrées au thème de la famille, des enfants, de la protection de l'enfance, sujet qui est au cœur de la vie des personnes en situation de pauvreté. Citons l'exemple d'une université populaire avec un juge des enfants. Celui-ci reconnaît qu'« il n'y a que dans le tribunal pour enfants qu'il y a une telle distance entre la loi et la pratique. Personnellement, je trouve ça insupportable ».

« On ne m'a pas dit pourquoi mon enfant était placé ».

Ces revendications souvent exprimées lors des universités populaires, ont amené la France à se mettre en conformité avec la jurisprudence de la Cour européenne des droits de l'homme en autorisant aux parents et aux enfants, l'accès au dossier en assistance éducative.

Les adultes présents découvrent des règles de droit qu'ils ne connaissaient pas, mais à partir de leur vie, ils questionnent les pratiques mises en œuvre : « Vous ne pensez pas qu'on devrait plutôt aider les parents à avoir leurs droits plutôt qu'enlever les enfants ? »

« J'ai été placée, je suis mère de famille. J'ai des difficultés à élever mes enfants. Toute cette souffrance, comment on peut la réparer pour éviter de faire des erreurs, pour éviter qu'on nous enlève nous-mêmes nos enfants ? »

6. Comment sont produits de nouveaux savoirs ?

Un invité commente la production de savoir à laquelle il a participé : « Il y a plusieurs niveaux dans la production de savoir. D'abord il faut que la personne sache qu'elle a quelque chose à dire, même si elle l'ignorait. Parce que la parole de ces gens, c'est toujours une parole de quémante, de demande, de manque..., et là on va les interroger dans quelque chose de l'excès : 'Tu es porteur de quelque chose qui est un point de vue, un avis, une histoire, un contexte'... Déjà, on ne s'adresse plus à quelqu'un qui est carencé, mais on sollicite l'excès de quelqu'un, ce qui est en plus, la richesse. Ça, c'est déjà le premier moment. Vient le deuxième niveau : ce que la personne a à dire, ce n'est pas parce qu'elle le ressent que c'est une vérité. Donc il y a confrontation, et un début de pensée ensemble. »

7. Les transformations

Quels sont les effets des transformations produites ? Quels sont les changements ?

Les participants disent le plus souvent :

« Les invités à chaque réunion sont importants car ils nous expliquent nos droits que parfois on ignore et on ne peut pas se défendre ». L'Université populaire est un lieu où l'existence des droits est une révélation pour beaucoup. De plus, les lois qui ont une incidence sur la vie des personnes démunies sont évoquées régulièrement. Celles-ci sont nombreuses, difficiles d'accès et changent régulièrement.

« Au fur et à mesure des années qui passaient, j'ai appris beaucoup de choses, j'ai appris qu'il y avait des droits, donc le droit d'avoir un toit décent, le droit à la santé, le droit à la culture...je me suis servie beaucoup de ces droits-là, c'était une lutte très, très dure parce que, il fallait que je leur présente les papiers en disant : « J'ai droit à ça, pourquoi je ne l'obtiens pas. » On me disait toujours : « Oui, mais vos revenus sont faibles, vous avez 5 enfants, vous n'avez que les allocations familiales, vous n'avez pas de revenus... » C'était une lutte continue avec le droit au logement. L'assistante sociale que j'ai été voir pour avoir un appui, elle lisait bien les papiers que je lui montrais, elle a même fait une photocopie pour en garder un pour elle ».

Il n'est pas rare que des membres de l'Université populaire informent le personnel administratif dont ils dépendent de l'existence de leurs droits.

Les savoirs acquis à l'université populaire permettent d'agir, d'entrer dans des relations sociales qui sont transformées puisqu'elles reposent sur de nouveaux savoirs - notamment le droit - et la légitimité de faire valoir ses droits.

Le rassemblement a un projet défini : le combat contre la misère. Il donne de l'assurance, il donne une identité, personnelle et collective, qui permet de passer de la honte à la dignité, il donne plus de force dans le combat. Dans ce rassemblement, chacun se transforme. Ceux qui vivent la pauvreté osent des choses qu'ils n'oseraient pas autrement. Ceux qui n'ont pas vécu parmi les pauvres prennent conscience de la misère et du refus de la misère. Ils réfléchissent à la vie. Ils ont fait le choix de ce combat pour être plus utiles. Ensemble il y a l'espoir d'ouvrir de nouvelles portes.

Les militants formés à l'Université populaire s'investissent dans des actions et programmes qui demandent cette formation de base acquise au fil des années.

Certains participent à des programmes ambitieux de co-formation avec des professionnels. De nombreux groupes de travail voient le jour : sur le placement des enfants, sur la famille, sur l'accès aux droits fondamentaux (qui ont suivi, en France, la mise en œuvre de la loi de lutte contre les exclusions).

8. Conclusion

La grande pauvreté met à l'épreuve toute institution, organisation, pédagogie, ou même pensée et donne l'occasion de déconstruire et reconstruire à partir de ceux qui ont le moins de moyens.

S'il y a une seule leçon à retenir, c'est que la démarche éducative doit être conçue pour et avec les personnes concernées dans un projet émancipatoire.

Lorsque l'intérêt est mobilisé, lorsque le sens est établi, l'ouverture à l'« apprendre » est beaucoup plus aisée. Des savoirs sont acquis, non seulement par les militants, mais par tous les autres participants à l'université populaire, dans une co-construction

Les travaux de l'université populaire sont le fondement de l'action politique du Mouvement ATD Quart Monde avec ses capacités de connaissance, de réflexion, de propositions et de revendications. L'université populaire a un impact, tant par la capacité d'émancipation de ses membres que par ses implications dans la société.

« C'est ce que je trouve joyeux, important, intéressant dans cette expérience de l'Université populaire d'ATD Quart Monde. Il y a là, quelque chose qui est de l'ordre de l'émergence d'un savoir partagé...Il s'agit de mettre en commun expériences et savoirs dans un chaudron commun pour qu'il émerge quelque chose en commun. Quand on sort d'une séance de l'Université populaire d'ATD...tout le monde sort avec quelque chose qu'il n'avait pas avant de venir. Ce n'est pas diffuser, divulguer un savoir, c'est construire des savoirs. »

Formazione ed inclusione sociale

Beniamino Lami

Segretario nazionale FLC-Cgil

Il carattere inclusivo del sistema formativo italiano deriva direttamente dal dettato costituzionale che attraverso il combinato disposto di diversi articoli, tra i quali il terzo ed il trentatreesimo, ne definisce direttamente natura e finalità.

La formazione e la scuola in particolare rivestono un carattere così importante che per quest'ultima, caso unico, ne vengono addirittura individuate le modalità di espletamento e di erogazione.

La natura laica e plurale della nostra scuola, le sue finalità di crescita civile e culturale di ogni cittadino e di strumento indispensabile e necessario per rimuovere le disuguaglianze e gli ostacoli alla conquista di una piena cittadinanza, è fuori discussione.

Le istituzioni della Repubblica hanno quindi il compito di costruire le condizioni perché queste finalità possano effettivamente svilupparsi e il diritto all'istruzione essere universale.

Costruire le condizioni per..., vuol dire dotarsi di un sistema in grado di intuire e capire le trasformazioni sociali e di interagire con esse.

Cioè un sistema strutturalmente in grado di riformarsi trasformarsi in rapporto alle caratteristiche delle realtà in cui opera.

Il fenomeno migratorio che ha investito l'Italia come molti altri paesi europei, non ha più il carattere dell'eccezionalità, ma ha ormai assunto una caratteristica di tipo strutturale. La multiculturalità e la multietnicità della nostra società sono caratteristiche evidenti e palpabili ed hanno prodotto profondi mutamenti che investono tanto il territorio quanto i diversi aspetti del welfare, dalla sanità al lavoro alla scuola.

Non c'è banco di prova migliore del rapporto con l'immigrazione per verificare la capacità del nostro sistema scolastico di essere fedele al dettato costituzionale.

Non c'è banco di prova migliore per verificare la capacità di trasformare multiculturalità e multietnicità in intercultura.

L'intercultura è essa stessa cultura, carica di principi di solidarietà, uguaglianza, cittadinanza e democrazia e, da questo punto di vista rappresenta la traduzione più concreta della nostra Costituzione.

E' una cultura che si costruisce insieme, nell'interazione tra identità diverse di singoli e di comunità che fa dell'etica della pace, della fratellanza, e del riconoscimento delle diversità, il fulcro di una chance di crescita civile e sociale individuale e collettiva.

Istruzione come servizio universale La sfida educativa: educare alla solidarietà

Alessandro Martini

Direttore - Caritas Florence

La Caritas, strumento della fondamentale dimensione caritativa della Chiesa Universale, si pone come esperienza concreta e condivisa nell'ascolto, nell'osservazione e nel discernimento delle sfide che tutti gli uomini e le donne del nostro tempo affrontano o subiscono, con le vicissitudini spesso ai più sconosciute e drammatiche che queste implicano.

Nel costante e capillare impegno verso le molteplici fragilità ed emergenze di cui ci occupiamo quotidianamente, la sfida educativa ad un primo sguardo potrebbe sembrare non prioritaria sull'agenda Caritas, rappresenta invece un punto fondamentale di attenzione, approfondimento e azione nella pedagogia della Carità da proporre sempre e ovunque come opportunità, stile di vita, incarnazione dei valori di pace, di giustizia sociale, di diritti fondamentali a difesa della persona umana per un'azione di vera inclusione sociale per tutti.

Istruire per educare, educare per tutelare, promuovere, difendere e portare a completamento le potenzialità intrinseche in ogni creatura umana nei suoi diritti fondamentali.

La complessità della vita sociale e del sistema di relazioni da un lato, e la spinta selettiva come caratteristica prevalente dei criteri di inclusione sociale dall'altro, unitamente ad un crescente divario tra benessere e malessere in diverse aree del pianeta, fanno da sfondo ad una preoccupante realtà in cui l'universalità del diritto all'istruzione è tutt'altro che acquisita.

Don Lorenzo Milani, per noi un riferimento importante, in un passaggio di una lettera ai genitori diceva:

"Quando avete buttato nel mondo di oggi un ragazzo senza istruzione avete buttato in cielo un passerotto senza ali".

Ritengo molto appropriato questo pensiero di don Milani, prete e uomo dell'educazione il quale ha dedicato tutte le proprie energie ed una vita intera lasciandoci un grande patrimonio da cui trarre insegnamento.

L'esperienza Caritas intende considerare preminente l'impegno educativo e pedagogico verso comportamenti, stili di vita ed azioni che accompagnino e sostengano il percorso di crescita della persona in modo integrale.

Ascoltare in un tempo in cui sembra non trovare più spazio la dimensione autentica della relazione umana, *educare all'ascolto dell'altro* crediamo possano rappresentare una priorità ed un'attenzione verso esperienze di vera solidarietà. Se oggi consideriamo infatti le modalità culturali comportamentali prevalenti in un quadro di forte de-responsabilizzazione rispetto alle dinamiche sociali di relazione, dobbiamo evidenziare come l'individualismo e l'ego-centrismo smisurato porta a considerare l'altro come antagonista, come "nemico" a prescindere e a compromettere irrimediabilmente qualsiasi forma di dialogo corretto e positivo come base di possibili opportunità relazionali.

Ascoltare risulta peraltro una missione ancora più delicata ed ambiziosa se il richiamo d'aiuto all'uomo credente arriva da voci deboli, piccole o svantaggiate. La Caritas, in quanto organismo pastorale della Chiesa, animato da basilari principi cristiani attraverso i suoi operatori ed i suoi volontari, può e deve in questo senso esercitare la sua pedagogia al fine di portare voci inascoltate alle orecchie delle istituzioni, entità preposte ad imprimere cambiamenti strutturali votati al miglioramento delle condizioni sociali delle comunità che chiedono aiuto.

"Sortire insieme dai problemi è la politica, farlo da soli è l'avarizia", esortava ancora profeticamente don Lorenzo Milani. Ma se davvero siamo convinti che la politica possa rappresentare la più alta forma di carità, l'azione in una realtà come la Caritas, capace di fare rete sul territorio, può essere decisiva per illuminare zone d'ombra di disagio sul territorio.

Dal dialogo e dall'accompagnamento solidale di ogni vita soprattutto nel creare percorsi che consentano a ciascuno di sviluppare istruzione, conoscenze e competenze tali da maturare nell'autonomia e nella libera autodeterminazione, si possano formare uomini e donne protagonisti di inclusione sociale.

Dalla conoscenza poi dei fenomeni e dei mutamenti socio-culturali attraverso l'incontro e la ricerca di occasioni volte alle positive prassi di contaminazioni di esperienze, storie e processi socio-educativi possono trarre vantaggio le realtà più deboli e fragili dalle fasce di popolazione ancora molto vaste, gravate dai più svariati condizionamenti e svantaggi a causa dell'analfabetismo, dell'ignoranza della lingua, dell'etnia o ceto di appartenenza.

La scelta di una vita solidale trova nella dimensione educativa il suo fondamento.

Solidali non si nasce, si diventa attraverso percorsi di istruzione e di educazione che con faticosa gradualità, coerente continuità ed esemplare testimonianza di vita qualcuno ci prende per mano e con Amore incondizionato prende parte alla nostra esistenza senza nulla chiederci in cambio: vive con noi e a nostro fianco come un dono capace solo di chiederci di fare altrettanto nelle dinamiche relazionali che ci troveremo a vivere. E' l'esperienza della reciprocità come frutto dell'educazione solidale molto cara alla pedagogia della Caritas.

E' una scommessa in cui tutti coloro che accettano di scommettere accettano di giocare una partita più grande di loro, piena di incognite, ma capace di investire tutto sui valori più autentici per rendere vero e realizzato un essere umano.

La dimensione educativa delle relazioni umane non può prescindere dal misurarsi con l'instancabile impegno verso una giustizia sociale capace di affermare tra le priorità assolute per tutti il diritto all'istruzione e ad una educazione adeguata. A tal proposito da anni la Caritas è attiva con esperienze di rete nella tutela dei diritti umani compreso il diritto all'istruzione sia a livello locale che internazionale.

La compagna di *lobby e advocacy* a fianco dei dimenticati intende proprio patrocinare, tutelare e prendere le difese dei più deboli. Intende dare voce e riscattare gli innumerevoli dimenticati ed emarginati del pianeta per il riconoscimento dei propri diritti fondamentali.

Solidarietà quindi resa concreta attraverso la risoluzione dei problemi più urgenti e delle cause alla radice della negazione dei diritti fondamentali come l'istruzione e l'educazione.

“La parola fa eguali” ammoniva Don Lorenzo Milani mentre spendeva le sue energie intellettuali e paterne verso i suoi ragazzi di Barbiana che lui stesso desiderava riscattare dal peso dell'emarginazione causata dall'ignoranza e dal pregiudizio.

L'unione europea ci invita quest'anno a riflettere ed agire per combattere le povertà. Le Caritas di tutta Europa si sono mobilitate con la campagna *Zero Poverty*. Certo anche nel nostro ricco continente sono evidenti i segni di una povertà economica che sta drammaticamente coinvolgendo milioni di persone. C'è una povertà tuttavia che non deve essere sottovalutata perché per certi aspetti più silenziosa e devastante. È la povertà dell'isolamento e dell'ignoranza oltre che dell'impossibilità di tanti ad accedere anche alle soglie più basse dei percorsi di istruzione che lascia sempre più ampie fasce sociali ai margini della vita comunitaria.

La parola per educare, la parola che si fa pane e si rende via per garantire nella libertà il pane della giustizia e dello sviluppo e nella responsabilità solidale del reciproco sostegno non fa mancare a nessuno il pane per il sostentamento come segno della propria dignità.



Droit d'accès aux financements

Denis Stokkink

Président du think tank européen Pour la Solidarité

Tout d'abord, je voudrais citer quelques chiffres qu'il est toujours important de rappeler. Malgré des systèmes de protection sociale parmi les plus développés au monde, 78 millions de citoyens vivent sous le seuil de pauvreté en Europe, soit 16% de la population. Même l'emploi ne permet pas toujours de s'en sortir puisque 8% des européens sont des travailleurs pauvres.

Cette situation est inacceptable, à partir du moment où l'exclusion sociale représente un déni des droits fondamentaux des citoyens tels que consacrés par la Charte européenne des droits fondamentaux qui a été intégrée dans le Traité de Lisbonne, et en particulier, ceux des catégories les plus fragiles comme les enfants, les personnes âgées ou les personnes handicapées.

Face à ce constat, une série d'instruments existent aujourd'hui au niveau européen. Tout d'abord, parmi les objectifs du Traité constitutionnel, figurent à présent clairement la lutte contre l'exclusion sociale et les discriminations, la promotion de la justice et de la protection sociale, l'égalité entre les femmes et les hommes, la solidarité entre les générations et la protection des droits de l'enfant.

Cet objectif se traduit dans la communication de la Commission intitulée « Europe 2020, une stratégie pour une croissance intelligente, durable et inclusive », qui fait suite à la Stratégie de Lisbonne adoptée en 2000, par la volonté de réduire de 20 millions le nombre de personnes menacées par la pauvreté d'ici 2020, indicateur qui doit cependant, encore être approuvé lors du Conseil européen de juin, par les chefs d'États et de gouvernements.

Peut être également considérée comme un pas décisif, la recommandation de la Commission de 2008 sur l'inclusion active. Cette recommandation est particulièrement importante car elle fixe un cadre structuré pour l'action politique de l'Union et de ses États membres en matière de lutte contre la pauvreté. Elle se fonde ainsi sur trois piliers que sont : des compléments de ressources adéquates, des marchés du travail inclusifs et l'accès à des services de qualité dont font évidemment partie les services financiers.

En effet, au cours des dernières décennies, force est de reconnaître que l'accès aux services financiers de base est devenu indispensable pour participer pleinement à la vie économique et sociale de nos sociétés. En particulier, l'usage du

virement bancaire est devenu la norme pour le paiement des salaires, des allocations sociales, la carte bancaire se généralise pour le paiement des achats de la vie courante. C'est même le seul moyen pour réaliser des achats en ligne via Internet. L'accès au crédit hypothécaire est incontournable pour l'acquisition d'un logement et l'accès à la propriété, etc.

Dans la plupart des États membres cependant, un grand nombre de personnes sont victimes d'exclusion financière, principalement les personnes à faibles revenus, les allocataires sociaux, les familles monoparentales, les personnes issues de l'immigration et les personnes âgées.

Ce phénomène risque de se développer encore dans le contexte de la crise économique et financière de 2008 qui a rendu les banques frileuses par rapport à la prise de risque vis-à-vis de leurs clients et des mesures d'austérité budgétaire qui sont en passe d'être adoptées par plusieurs États membres afin de permettre à l'Euro de regagner la confiance des marchés.

On peut dire que l'exclusion financière se définit comme « un processus par lequel les personnes éprouvent des difficultés à accéder et/ou à utiliser des services et produits financiers du marché général qui soient adaptés à leurs besoins et qui leur permettent de mener une vie normale dans la société à laquelle ils appartiennent ».

Selon les chiffres d'un sondage d'Eurobaromètre repris par la Commission dans la consultation qu'elle a publiée en février 2009 et intitulée « Inclusion financière : garantir l'accès à un compte bancaire de base », 10% des adultes c'est-à-dire des personnes âgées de plus de 18 ans, dans les pays de l'Europe des 15 (pays ayant adhéré à l'Union avant 2004) et 47% des adultes dans l'Europe des 10 (pays ayant adhéré à l'Union en 2004) ne disposaient d'aucun compte bancaire en 2003.

Par ailleurs, 8% des personnes interrogées dans les pays de l'Europe des 15 et 6% dans les autres États membres ne disposaient que d'un compte de dépôt sans carte de paiement, ni chéquier.

Au-delà de ces données globales, la proportion d'adultes exclus de l'accès à un compte permettant d'effectuer des transactions varie fortement selon les pays, puisqu'elle va de 2% aux Pays-Bas à 62% en Lettonie.

Les causes de cette exclusion financière sont diverses. Parmi les obstacles qui entravent l'accès aux services bancaires de base, le réseau EFIN (Européen Financial Inclusion Network) qui a été créé en novembre 2009 par le Réseau belge Financement Alternatif (RFA) et qui regroupe des acteurs de la société civile tels que des ONGs, des syndicats et des chercheurs, figurent le coût trop élevé des services financiers, la complexité des produits bancaires proposés, l'opacité et le manque d'information, le manque de confiance en l'institution financière, les problèmes de couverture géographique, les problèmes d'accès (problèmes de mobilité dus à un handicap, les problèmes de compréhension dus à la surdité ou la malvoyance), et enfin, la dimension culturelle et religieuse.

D'un autre côté, se profile la préoccupation croissante du surendettement. En Belgique, en 2007, 338.933 personnes étaient qualifiées de surendettées, selon le Service de lutte contre la pauvreté, la précarité et l'exclusion sociale, sur une population totale de 10,5 millions d'habitants. Véritable problème de société et phénomène immanquablement éprouvant, le surendettement se caractérise par un déséquilibre important et durable entre les revenus et les dettes de toutes natures.

Dans de nombreux cas, c'est un accident de vie qui peut être considéré à l'origine du surendettement : décès d'un conjoint, perte d'un emploi, maladie, etc. Dans d'autres, il s'agit au départ d'une mauvaise évaluation des capacités de remboursement.

Sans compter que la tentation du crédit facile est de plus en plus présente. En Belgique, une loi anti-usure réglemente rigoureusement les taux d'intérêt à la consommation. Par ailleurs, les prêteurs sont soumis à un certain nombre d'obligations légales parmi lesquelles la vérification de la solvabilité de leurs clients. Cependant, si l'octroi de crédit par les institutions bancaires classique est gérée de manière relativement rigoureuse, l'ouverture de ce marché à des opérateurs dont ce n'est pas l'activité de base tels que les enseignes de grande distribution pose problème, d'autant que la mise en oeuvre de la réglementation en matière de publicité reste problématique.

Enfin, des phénomènes tels que le vieillissement de la population, le financement des pensions de retraite, la libéralisation des services d'intérêt général ou encore le développement transfrontalier des marchés des biens et des services requièrent de la part des citoyens une maîtrise croissante de leurs choix de consommation et de leurs capacités d'anticipation budgétaire.

A côté de l'adoption d'un cadre réglementaire au niveau européen et national consacrant l'accès pour chaque citoyen à un compte bancaire de base, assorti de moyens de paiement, à un tarif raisonnable et du développement dans tous les États membres d'une législation protégeant le consommateur des dangers liés au crédit et au surendettement, s'impose également le développement d'initiatives en matière d'éducation du consommateur.

Toute une série de programme et de bonnes pratiques existent dans les États membres dans ce domaine. En Belgique, divers fonds publics soutiennent la mise en oeuvre de mesures d'information, de sensibilisation quant à la problématique du surendettement et à une meilleure gestion de son budget. Il s'agit notamment du Fonds Énergie wallon qui aide à la mise sur pied de projets destinés à permettre une meilleure maîtrise des coûts de l'énergie et du Fonds de Traitement du Surendettement, financé par des cotisations perçues auprès des établissements de crédit pratiquant le crédit-logement et le crédit à la consommation, qui peut financer des campagnes d'information et de sensibilisation en rapport avec le surendettement.

En outre, depuis le 1er avril 2004, le Ministère de la Région wallonne subsidie spécifiquement des actions d'information et d'accompagnement des consommateurs ou des personnes confrontées ou ayant été confrontées à un problème de surendettement afin de favoriser une meilleure gestion de leur budget par les ménages, de leur permettre d'améliorer leur situation sociale et d'éviter la survenance de situations de surendettement.

Cependant, de gros progrès restent à faire partout en Europe à la fois pour toucher le public cible le plus susceptible d'être concerné par ces programme d'éducation mais également pour renforcer leur efficacité.

Le projet européen MULFI (Apprentissage mutuel en matière d'inclusion financière) coordonnée par le RFA a permis de mettre en exergue un certains nombre de bonnes pratiques et de recommandations dans ce domaine. Parmi celles-ci, citons essentiellement le fait que l'éducation financière doit être orientée vers le long terme et être développée idéalement selon l'approche du cycle de vie

ANLAGE 2: WORTBEITRÄGE

car les besoins varient en fonction de l'âge des personnes, de leur situation familiale, de leur situation par rapport au marché de l'emploi, etc.

Le rapport du projet souligne également l'utilité de développer des partenariats avec les ONGs, les institutions publiques et le secteur privé pour toucher tous les publics cibles et d'évaluer l'impact de l'éducation financière sur ces groupes cibles en vue de promouvoir leur efficacité sur base de la documentation des meilleures pratiques et du développement de méthodes d'évaluation valables.

Pour en savoir plus :

www.pourlasolidarite.eu

- http://ec.europa.eu/internal_market/finservices-retail/inclusion_fr.htm
- <http://www.fininc.eu/index,en.html>
- http://www.observatoire-credit.be/index.php?option=com_content&task=view&id=5&Itemid=84

Cittadinanza e Costituzione

Simonetta Fichelli

**Referente “Cittadinanza e Costituzione”
Dipartimento per la Programmazione
MIUR**

L'insegnamento di Cittadinanza e Costituzione è in Italia previsto dalla L. 169 del 30-10-2008 e viene indirizzato alle scuole di ogni ordine e grado, compresa la scuola dell'infanzia, con l'avvio per l'anno scolastico 2009-2010 di una sperimentazione nazionale.

La stessa legge prevede e richiede di attuare azioni di sensibilizzazione e formazione del personale, dirigente e docente, finalizzate all'acquisizione per gli studenti delle conoscenze e delle competenze relative a “Cittadinanza e Costituzione”, nell'ambito delle aree storico-geografica e storico-sociale e del monte ore complessivo previsto per le stesse.

Il Ministero dell'Istruzione, Università e Ricerca, in collaborazione con l'Agenzia Nazionale di Supporto per l'Autonomia Scolastica (ANSAS) di Firenze, ha quindi avviato la realizzazione di interventi finalizzati a promuovere un'azione di sistema che coinvolgesse sia gli attori del processo: Scuole, Uffici Scolastici Regionali, Nuclei regionali dell'ANSAS, l'Istituto nazionale per la valutazione del sistema scolastico, sia gli aspetti e i settori di intervento a supporto delle fasi e procedure delle iniziative: progettazione, formazione, valutazione, documentazione.

A questo proposito, è stato pubblicato un Bando di concorso indirizzato a scuole di ogni ordine e grado per la progettazione e la sperimentazione di percorsi di innovazione organizzativa e didattica, con la richiesta di presentazione di progetti che, proposti dalle scuole nell'esercizio e nella valorizzazione dell'autonomia scolastica, siano finalizzati a coniugare l'acquisizione di conoscenze, relative al tema di Cittadinanza e Costituzione, con esperienze significative di cittadinanza attiva, avendo come obiettivo principale di promuovere negli studenti competenze specifiche trasversali che, attraverso il pensiero critico e autonomo e l'azione diretta, possano sostenere la formazione di un cittadino competente, solidale e consapevole.

La finalità del processo è che le buone pratiche prodotte possano costituire un circuito nazionale, inserite opportunamente nel sito specifico quale ambiente di formazione dedicato : www.indire.it/cittadinanzaecostituzione, come proposta di modelli trasferibili a sostegno dell'innovazione nel territorio nazionale.

ANLAGE 2: WORTBEITRÄGE

Gli obiettivi presenti nel Bando, rappresentano le linee di indirizzo e l' impianto dell' innovazione organizzativa, curricolare e metodologico-didattica, che la scuola dovrà assumere per l' insegnamento di Cittadinanza e Costituzione:

- promuovere la cittadinanza attiva, partecipativa, rappresentativa, consapevole e solidale come formazione della persona: sapere, saper essere e saper fare secondo i principi e i valori della Costituzione italiana, dei Trattati e della Carta dei diritti fondamentali dell' Unione Europea e del Diritto internazionale dei diritti umani;
- realizzare iniziative di partecipazione dove gli studenti siano diretti protagonisti di percorsi di cittadinanza attiva, declinata ai livelli locale, regionale, nazionale ed europeo;
- ricercare modelli e strategie finalizzati a garantire congruenza tra curricolo esplicito della disciplina e curricolo implicito dell' organizzazione scolastica;
- favorire azioni e modelli di interazione tra la scuola e le istituzioni, agenzie ed enti del territorio, come modalità in grado di dare completezza al tema della cittadinanza quale sistema integrato di rete interistituzionale;
- sostenere la continuità dei percorsi innovativi, modulandone le scelte formative tra le scuole dell' infanzia, del primo e del secondo ciclo, anche con la costituzione di reti scolastiche;
- documentare i prodotti finali, in termini di processi, procedure e risultati, per la realizzazione di un circuito nazionale di buone pratiche, quali modelli trasferibili a sostegno dell' innovazione.

La risposta delle scuole è stata incisiva: sono stati presentati n.° 3.202 progetti da scuole singole o capofila di reti di scuole, per un totale complessivo di 4.366 scuole coinvolte nelle reti.

Dall' esame delle sottocommissioni, costituite presso l' ANSAS, sono stati selezionati n.° 1.273 progetti in graduatoria, con i primi 104 finanziati, per un totale di 367 scuole coinvolte, costituenti le reti.

Da una prima riflessione emerge con chiarezza quanto il tema suscitò nelle scuole interesse, motivazioni e bisogni quasi da definire questo livello di partecipazione non una risposta ma una domanda: affrontare e incardinare il tema della Cittadinanza e Costituzione nel percorso istituzionale, sia perché in continuità con quanto le scuole, dagli anni '70 ad oggi, hanno affrontato in termini curricolari e didattici (ambiente, diritti dell' infanzia e umani, pace, intercultura, ecc.) sia per le situazioni e gli episodi di disagio, intolleranza e malessere che stanno sempre più emergendo in termini di comportamenti giovanili nella scuola, nell' ambiente familiare e nel territorio.

Dalla Mappatura dei progetti finanziati, eseguita dall' ANSAS, (vedi homepage del sito) emergono dati significativi: la partecipazione è equamente distribuita tra tutte le regioni a livello nazionale, con una presenza più significativa per la Secondaria di II° grado quale scuola capofila proponente il progetto, ma di una rete di scuole che vede nella trasversalità del livello scolastico, e quindi nella costituzione di reti verticali, la sua massima espressione. Le reti interistituzionali sono presenti a forte maggioranza sia con Enti locali e con altre istituzioni pubbliche, sia con Associazioni del volontariato, Enti e Fondazioni.

Ciò testimonia la vitalità del tema che riesce ad aggregare più partners in percorsi consolidati ma anche della attuazione dei principi dell' autonomia scolastica, in termini di scelte e opportunità della scuola per l' arricchimento dell' offerta formativa.

I progetti presentati, nella quasi totalità, sono previsti nel curricolo della scuola come declinazione pluridisciplinare e quindi trasversale, con estensione anche in attività extracurricolari e con utilizzo di esperti esterni, mentre le tematiche più affrontate sono quelle della cittadinanza attiva e Costituzione, a seguire legalità e diritti umani e, distanziati, gli altri nuclei attinenti al tema.

Ne emerge un quadro, almeno dall' esame della Mappatura, di una scuola che lavora e progetta sul tema della cittadinanza in termini di cittadinanza attiva, di itinerari condivisi con altre scuole e con le agenzie del territorio, soprattutto enti locali e del volontariato, nello sforzo di conoscere, acquisire, approfondire, assumere e tradurre i valori e i principi della Costituzione in competenze degli studenti, e quindi in comportamenti conseguenti e finalizzati.

Il quadro di riferimento, per la scelta dei contenuti, è stato volutamente proposto tenendo conto dei documenti nazionali: " Documento di indirizzo per la sperimentazione dell' insegnamento di Cittadinanza e Costituzione" del 4.03.2009, dei documenti europei " Raccomandazione del Parlamento europeo e del Consiglio d' Europa del 18.12.2006 ", relativo alle competenze chiave per l' apprendimento permanente, nonché delle recenti ricerche internazionali, ancora in corso, per lo studio di competenze sociali e civiche nei giovani.

Ciò che il Bando richiede, in sintesi e prioritariamente, è di declinare lo studio della Costituzione in modo innovativo e motivante, progettando iniziative di cittadinanza attiva da realizzare con gli studenti, congruenti con quei principi e valori costituzionali che sono stati oggetto di conoscenza, analisi e approfondimento, come esercizio di democrazia diretta e indiretta.

I progetti debbono pertanto garantire: 1) una fase relativa alla scelta di un curricolo, in termini di conoscenze, abilità e competenze, che risponda alle domande di senso e significato degli studenti e alle problematiche dell' ambiente ma si differenzi in base all' età degli studenti, alle competenze culturali maturate e all' offerta formativa della scuola, e 2) una fase successiva di attività e itinerari di " azione civica" degli studenti, secondo una visione trasversale e integrata della cittadinanza, sulla base delle risorse professionali, istituzionali e culturali di ciascun territorio.

I tempi di declinazione delle due fasi, i livelli di pluridisciplinarietà e trasversalità, l' articolazione delle metodologie organizzativo-didattiche, i criteri e le modalità di valutazione, saranno pertanto differenziati secondo l' ordine e grado di scuola e tradotti nel Piano dell' offerta formativa di ogni scuola, nella piena valorizzazione di un' autonomia scolastica curricolare, didattica e organizzativa. A sostegno delle scuole vincitrici del Bando è stato predisposto un piano di interventi integrati:

- i Nuclei regionali dell' ANSAS curano il supporto alle attività delle scuole selezionate e degli insegnanti coinvolti nell' iniziativa, in tutte le fasi del percorso;
- gli Uffici Scolastici Regionali, dopo aver promosso la partecipazione delle scuole al bando, coordinano le azioni: sostenere le reti scolastiche e interistituzionali, valorizzare tutte le risorse specifiche del territorio e già in atto

ANLAGE 2: WORTBEITRÄGE

e garantire le attività di counseling e monitoraggio, con la collaborazione scientifica dell' INVALSI;

- l' INVALSI predispone la Griglia per l' analisi dei progetti e il Piano per il monitoraggio della sperimentazione nazionale, prevedendone tempi e fasi .

La documentazione dei processi e dei risultati dei progetti avviene a cura delle scuole selezionate, attraverso sei format curati dall' ANSAS e presenti nel sito, con lo scopo di proporre un circuito nazionale di buone pratiche, quali modelli trasferibili a sostegno dell' innovazione.

E' indubbiamente da ritenere che i percorsi e le attività di monitoraggio e di documentazione rappresentino per le scuole un valore aggiunto, in quanto permettono loro una formazione in servizio e un' esperienza sul campo opportunamente utilizzabile anche in altri progetti e settori di intervento della scuola, e di cui, specialmente per la documentazione, se ne avverte la necessità in quanto appare il settore d' intervento meno approfondito e praticato dalla scuola, a livello nazionale. A questo proposito è stato garantito un supporto alle scuole con l' intervento diretto dei referenti della documentazione dei Nuclei regionali dell' ANSAS, appositamente aggiornati nello specifico della proposta.

Tra gli interventi integrati a sostegno della sperimentazione nazionale, sono stati organizzati dall' ANSAS e in collaborazione con le Regioni ospitanti, tre Seminari interregionali per le scuole selezionate delle Regioni del Nord, del Centro e del Sud, rispettivamente a Castiglioncello (LI) il 19-20-21 Gennaio 2010, a Verbania il 12-13-14 Gennaio 2010 e a Palermo il 3-4-5 Marzo 2010.

I Seminari sono indirizzati ai Dirigenti scolastici (o loro delegati) e ai docenti referenti del progetto delle scuole capofila vincitrici del Bando, unitamente ai referenti regionali degli USR e dei Nuclei regionali dell' ANSAS, delegati su Cittadinanza e Costituzione, al fine di informare/ formare gli attori principali di ciascuna regione sugli strumenti e le strategie attuate e da attuare, per la migliore riuscita dell' iniziativa.

L' articolazione dei Seminari ha previsto che siano presentate, a cura dell' ANSAS, sia le riflessioni relative alla Mappatura dei progetti a livello nazionale e interregionale, che le azioni di supporto alla sperimentazione nazionale: l' ambiente di formazione, con il sito dedicato: www.indire.it/cittadinanzaecostituzione e la documentazione dei processi e dei risultati dei progetti, mentre a cura dell' INVALSI sono state presentate le fasi, i tempi e le azioni di monitoraggio che ogni USR dovrà organizzare e predisporre nei rapporti con le scuole e nella restituzione dei dati per la valutazione complessiva a livello nazionale. Sono inoltre previsti spazi di confronto e condivisione, con lavori di gruppo specifici per docenti e per dirigenti scolastici, su temi dedicati.

Per i docenti, in base alle preferenze espresse sui nuclei tematici precedentemente comunicati, sono organizzati lavori di gruppo, coordinati dai rispettivi coordinatori dei forum del sito, su: 1) Costituzione italiana e Cittadinanza europea; 2) Ambiente, Sviluppo sostenibile e Cittadinanza attiva; 3) Diritti umani e Dialogo interculturale; 4) Legalità .

Per i dirigenti scolastici sono invece organizzati lavori di gruppo, coordinati da un Dirigente tecnico delle regioni interessate, sui temi: 1) Il supporto alla sperimentazione, la formazione del personale, l'organizzazione della rete di scuole

ANLAGE 2: WORTBEITRÄGE

e 2) Il curricolo implicito e l'organizzazione scolastica per Cittadinanza e Costituzione.

Un elemento innovativo è stata la presentazione, prevista per ciascun Seminario, delle azioni di sensibilizzazione, formazione e supporto nei livelli regionali a cura degli USR e dei Nuclei regionali dell'ANSAS, quale socializzazione e condivisione con i presenti: scuole, USR e Nuclei di altre regioni. Le iniziative, diverse e specifiche per ogni regione, sono attuate in sinergia con quelle del MIUR, ANSAS e INVALSI in una visione di sistema integrato.

In particolare il sito web e l'ambiente di formazione, dedicato a dirigenti scolastici e a docenti delle scuole di ogni ordine e grado, può essere utilizzato in libero accesso, senza iscrizione, oppure può prevedere altri due livelli: autoformazione e formazione blended con prevista l'iscrizione. Ciò facilita l'uso che le singole scuole, le reti di scuole, gli USR possono farne in base alle risorse, al ruolo dei tutors e alle strategie organizzative scelte per svolgere la formazione nel territorio (più o meno strutturata), ma garantisce altresì che la formazione, ai vari livelli proposti, può essere usata e organizzata anche da quelle scuole che, non vincitrici o non partecipanti al Bando, stanno comunque sperimentando l'insegnamento di Cittadinanza e Costituzione.

È un sito che presenta quindi delle caratteristiche importanti e nuove:

- di servizio alle scuole, con il coinvolgimento di tutti gli operatori della scuola ;
- aperto e flessibile in quanto offre la possibilità di essere utilizzato come “ lettura” per una prima sensibilizzazione ma anche come strumento per autoformarsi o partecipare ad un'azione di formazione blended , con tutors individuati dagli USR e il rilascio di un attestato;
- valorizza le pratiche e le esperienze regionali e nazionali, per lo spazio offerto alle aree regionali nel pubblicizzare le iniziative degli USR e i prodotti delle rispettive scuole;
- propone le ricerche , i documenti e i siti europei e internazionali permettendo alle scuole di ampliare e approfondire la visione dei temi scelti e dei problemi affrontati , anche con i contributi dell'UE e dell' ONU ;
- interattivo in quanto consente sia di partecipare ai forum, coordinati da esperti, di alimentare le FAQ e di discutere nella community, sia di inviare e inserire le buone pratiche delle scuole che, per ogni nucleo tematico, affiancano come materiali didattici e in chiave speculare, i materiali formativi elaborati da esperti universitari di carattere nazionale e internazionale.

Il tema della Cittadinanza e Costituzione è presentato nei 4 assi che compongono la cittadinanza:

- Dignità della persona e Diritti umani
- Alterità e Relazione
- Identità e Appartenenza
- Cittadinanza attiva e Partecipazione

che, a loro volta, interragiscono con i nuclei tematici più importanti: Diritti umani, Costituzione italiana, Cittadinanza europea, Dialogo interculturale, Ambiente e

Sviluppo sostenibile, Sport, Educazione stradale, Legalità, Luoghi e simboli di cittadinanza.

Per ognuno dei nuclei tematici elencati sono previsti, oltre ai materiali formativi (a cura di esperti) e ai materiali didattici (a cura delle scuole) anche forum, itinerari proposti di cittadinanza attiva, risorse (ricerche, documenti, siti ecc.) e normativa (Leggi, Protocolli d' intesa del MIUR ecc.).

Lo spazio presente di Metodologia e didattica per Cittadinanza e Costituzione offre riflessione sui temi relativi all' organizzazione di reti di scuole, la progettualità e la ricerca-azione, il curriculum trasversale e implicito, le metodologie e la didattica, le competenze chiave di cittadinanza e la valutazione delle competenze di cittadinanza sulla base degli ultimi documenti e ricerche europee e internazionali. Lo spazio, inoltre, della Documentazione presenta le modalità e tipologie di documentazione: il contesto, gli obiettivi specifici e le scelte di contenuto, le premesse teoriche, le metodologie/le strategie/le tecniche, il processo, i risultati e la ricaduta sulla didattica, la valutazione.

I format , individuati dall' ANSAS e proposti alle scuole, rappresentano sei tecniche di documentazione diversificate sulla base della tipologia del percorso/progetto compiuto ma anche delle competenze professionali e delle risorse tecnologiche delle scuole:

- Ambiente integrato
- Taglio ipertestuale
- Taglio slide-show
- Taglio giornalistico
- Docu-fiction
- Tecnologie Web 2.0

Obiettivo finale della documentazione è quindi di avere, quanti i progetti finanziati, 104 modelli innovativi: documentati attraverso i format proposti, consultabili dalle altre scuole tramite lo spazio dedicato nel sito, trasferibili in altri contesti.

Il Dipartimento della Documentazione dell' ANSAS avrà inoltre come compito, sulla base della Griglia elaborata dall' INVALSI e concordata con gli USR, la raccolta dei dati inviati dagli USR , a seguito delle azioni compiute con e presso le scuole, nella fasi intermedie del monitoraggio e finali della valutazione, al fine di una restituzione che possa garantire una visione compiuta dei risultati della sperimentazione di Cittadinanza e Costituzione, per ciascun livello: regionale e nazionale.

Il ruolo del MIUR è, pertanto, di assumere funzioni di indirizzo, coordinamento e controllo all' interno di una linea di intervento che coniughi il rispetto delle " autonomie" : Scuole, USR, Regioni, EE.LL. , Università, con la garanzia e la tutela di itinerari di sensibilizzazione e formazione , quale supporto alla sperimentazione, secondo standard di qualità, nel rispetto della complessità delle tematiche inerenti a Cittadinanza e Costituzione.

Tali tematiche, proprio per una loro corretta articolazione, esigono: inclusività, trasversalità, pluralismo, profondità, glocalismo e attualità , in una visione olistica e integrata .

ANLAGE 2: WORTBEITRÄGE

Occorre pertanto perseguire i principi di perequazione e sussidiarietà: ricercare e valorizzare, a supporto delle scuole e degliUSR, le sinergie e le risorse delle partnership di ogni regione per sostenere l'avvio di un sistema di rete regionale e ,nel contempo, agevolare e favorire la contestualizzazione delle scelte e degli itinerari formativi per una lettura " ecologica " del territorio dove la specificità è valore di consapevolezza sociale.

Per concludere, è opportuno ricordare la definizione che il Consiglio d'Europa (Strasburgo 2005) ha espresso sull'educazione alla cittadinanza:

" Educare alla cittadinanza è **fare buona cittadinanza** nella scuola. Educare alla cittadinanza è **pensare e agire**. Pensare e agire è **vivere la democrazia**. "

Giovanni Biondi

MIUR

L'introduzione in Italia, da questo anno scolastico, dell'insegnamento di Cittadinanza e Costituzione persegue molteplici obiettivi. Premesso che la formazione all'esercizio della cittadinanza attiva rappresenta una delle finalità principali dell'azione educativa della scuola, l'insegnamento, per quanto riguarda l'acquisizione delle conoscenze relative alla Costituzione e agli altri testi quali i Trattati, la Carta dei diritti fondamentali dell'UE e del Diritto internazionali dei diritti umani, interessa più direttamente le materie dell'area storico-giuridica mentre l'obiettivo di acquisire competenze di cittadinanza attiva interessa trasversalmente tutta la scuola. L'obiettivo, quindi, è quello di costruire comportamenti consapevoli negli studenti, basati sull'approfondimento di valori e principi presenti nella Costituzione ma anche nei principali documenti internazionali: dignità della persona umana, pari opportunità, solidarietà e cooperazione. Partecipare in modo consapevole comporta inoltre, per i nostri studenti, l'acquisizione delle competenze chiave europee, necessarie a vivere nella società della conoscenza. Uscire dalla scuola "attrezzati" per partecipare in modo attivo e consapevole richiede anche un passaggio radicale: da una scuola basata sulla trasmissione del sapere ad una scuola dell'apprendimento, da una scuola costruita per una società "industriale" ad un ambiente di apprendimento adeguato alle caratteristiche della società contemporanea. A questa trasformazione è legato anche il successo contro l'abbandono e la dispersione scolastica. I nuovi linguaggi delle ICT: immagini, suoni, filmati, animazioni, rappresentano elementi di un ambiente "amico" per i new millennium learners che parlano in questo modo una lingua comune, largamente condivisa e globale, in grado di motivare, recuperare e superare anche i confini delle nazioni.

Rosario Iaccarino

Responsabile nazionale formazione sindacale FIM Cisl

L'ambito nel quale si muove questo intervento è quello della formazione sindacale.

L'educazione come fattore d'inclusione sociale conferma la necessità di potenziare spazi e luoghi della formazione non solo pubblici e istituzionali, ma anche dell'associazionismo sociale. La democrazia ha, infatti, bisogno di un reimpianto sociale, e per essere "partecipata", come indica l'art.11 del Trattato di Lisbona, non può fare a meno di corpi intermedi tra cittadini e Stato, tra cittadini e Unione europea.

Un fattore debilitante della democrazia è la crescente vulnerabilità sociale che apre la strada al fenomeno della "disaffiliazione" politica.

La percezione della esposizione al rischio, spesso genera angoscia e paura, riflusso nel privato e nel locale, e oltre all'indifferenza favorisce anche l'intolleranza, fino al mancato riconoscimento dell'altro e all'esclusione sociale del diverso.

Il lavoro è uno snodo cruciale di questo processo. La disoccupazione tende a destandardizzarsi rispetto a quella fordista, aprendo il varco alla precarietà, che colpisce specialmente le giovani generazioni, e che per il suo andamento diventa una vera e propria trappola.

Questa condizione mina l'esercizio della libertà e rende problematica l'inclusione sociale: la libertà da ogni condizionamento economico e materiale, ma anche la libertà di esprimere le personali potenzialità - le capabilities, come le ha definite Amartya Sen.

E la libertà positiva riguarda anche chi il lavoro ce l'ha. Il lavoro non è una merce, si dice. Ma la contraddittoria transizione postfordista, tuttavia, lo espone costantemente a una tale sorte, sia pure in forme mutate e più subdole rispetto ad altre epoche. Nell'economia della conoscenza, infatti, le abilità relazionali, il sapere, l'intelligenza, la riflessività, oltre alle competenze tecniche, giocano un ruolo sempre più importante nel generare valore: dunque la persona nel suo insieme e non solo le sue braccia.

Perciò, in assenza di un orizzonte di senso e di luoghi di rielaborazione dell'esperienza di partecipazione, politica e sindacale, il lavoro rischia di impoverirsi della dimensione dell'essere della persona e di quella dell'utilità sociale, finendo per

ANLAGE 2: WORTBEITRÄGE

coincidere con i fini della tecnica e della razionalità capitalistica, per diventare mero strumento del profitto.

Questo è il terreno nuovo del conflitto tra capitale e lavoro, che per le persone (i lavoratori) non ha solo un profilo distributivo economico ma influenza la sfera simbolica e dell'identità. Una sfida anche la rappresentanza sindacale.

La Fim Cisl in questi anni si sta misurando con il concetto e la pratica di sindacato educatore, partendo dalla consapevolezza, etica ma anche politica, del superiore rendimento dell'azione collettiva rispetto a quella individuale ai fini della costruzione della cittadinanza sociale attiva.

Un'azione collettiva oggi messa in questione non solo dai cambiamenti economici, ma principalmente dai mutamenti delle mappe cognitive culturali, che portano con sé delle ambivalenze e rendono fragili ed esposti al rischio le persone e il legame sociale: la vitalità e l'autosufficienza della soggettività individuale, la ricchezza e la frammentazione delle differenze, le opportunità e i guasti della globalizzazione economico-finanziaria.

Per la formazione sindacale ciò significa fare i conti con un'emergenza educativa, ossia con la questione dell'identità e della crescita della persona/sindacalista, soprattutto delle giovani generazioni, oltre che della cura della loro professionalità.

Tenere in equilibrio persona e ruolo, per garantire realizzazione individuale e solidità dell'impegno, richiede di ricomporre nella persona la dimensione soggettiva (libertà) con quella sociale (responsabilità).

Le classiche competenze sindacali (il come dell'azione), vengono ridefinite alla luce delle trasformazioni del lavoro e delle nuove domande di rappresentanza e di cittadinanza, e contestualmente ricollocate in un orizzonte educativo più ampio, che rinvia costantemente al senso e alla motivazione (al perché dell'azione).

L'obiettivo è rendere la persona/sindacalista attore e autore di cittadinanza sociale attiva attraverso il buon uso della contrattazione sindacale, rideclinando valori come la libertà, l'uguaglianza, la fraternità, la solidarietà, nel nuovo contesto economico e sociale.

In questa prospettiva, la contrattazione collettiva si arricchisce esplicitamente del compito di ritessere le trame fragilissime della solidarietà e del legame sociale nel lavoro plurale, segmentato e differenziato, rilanciando la dimensione associativa della rappresentanza sindacale per ridarle una radice sociale e perciò anche maggiore efficacia.

Fare associazione vuol dire generare spazi di comunicazione e di relazioni, tra generi e generazioni, di educazione al sapere critico, luogo dove attingere le risorse simboliche (i valori-fine) e maturare la responsabilità dell'altro.

ANLAGE 2: WORTBEITRÄGE

La formazione sindacale nell'orizzonte educativo può contribuire a questa prospettiva, se invece che come "scuola" si propone come esperienza di comunità formativa.

La comunità è ciò che apre il soggetto alla relazione con l'altro (con la differenza), generando pratiche di reciprocità e responsabilità. E' un consegnarsi gli uni agli altri sotto il segno della cura. Una condizione nella quale l'uomo è educabile, cioè è in grado di realizzare la propria forma (Ivo Lizzola). Un'obbligazione – come ricorda Simon Weil - che viene prima del diritto, in quanto "un diritto non è efficace di per sé, ma solo attraverso l'obbligo cui esso corrisponde; l'adempimento effettivo di un diritto non proviene da chi lo possiede, bensì dagli altri uomini che si riconoscono nei suoi confronti obbligati a qualcosa".

Questa dimensione orizzontale della fraternità, che è educazione all'obbligazione verso l'altro e condizione dell'inclusione sociale, favorisce una declinazione dei diritti di cittadinanza non più al singolare né al plurale ma, come dice R. Pannikar, al "duale".



Sergio Marelli

Segretario Generale FOCSIV

L'educazione come diritto umano fondamentale rappresenta un investimento per il futuro della persona e della società, garantisce all'individuo il rafforzamento delle proprie potenzialità e alla società uno sviluppo sostenibile.

L'educazione è perciò fonte di garanzia per l'accesso ad ogni altro diritto, fornendo gli strumenti per rivendicarli e vederli rispettati e garantiti. Esso possiede infatti un potere immenso di trasformazione: i bambini che ricevono un'istruzione saranno uomini e donne coscienti di sé, capaci di operare scelte consapevoli. L'educazione è quindi la base per una cittadinanza attiva.

Preso atto quindi della sua importanza questo diritto è stato inserito tra gli Obiettivi di Sviluppo del Millennio promossi nel 2000 dalle Nazioni Unite da raggiungere entro il 2015; obiettivi che vedranno a settembre 2010, durante il Summit delle Nazioni Unite, lo stato di verifica della loro attuazione.

Spesso si crede che la promozione del diritto all'educazione rappresenti una necessità esclusiva dei Paesi in via di sviluppo e che non riguardi invece le Nazioni più ricche. A ben vedere, però, tale affermazione non risulta propriamente corretta dal momento che anche in Europa l'offerta di un'educazione di qualità per tutti è minacciata dal modello di sviluppo presente.

Ricerche compiute dimostrano infatti che anche al Nord il grado di sviluppo socio economico è un fattore discriminante: le aree più deboli e povere sono quelle in cui il maggior numero di studenti non mette a frutto l'esperienza scolastica, abbandona la scuola, non partecipa alle lezioni, ha percorsi irregolari di frequenza, è a rischio dispersione scolastica (non dal latino "disperdere, ma da "dispargere"= spargere qua e là).

Partendo da queste considerazioni si possono trovare profonde relazioni tra il secondo Obiettivo di Sviluppo del Millennio e l'ottavo Obiettivo "Sviluppare un partenariato mondiale per lo sviluppo" il quale trasversalmente interessa tutti gli altri sette.

In un ottica globale tale relazione evidenzia che per garantire il diritto all'educazione nel Nord del mondo così come nel Sud, è necessario ed urgente orientare diversamente l'attuale modello di sviluppo, ponendo al centro la persona, il bene comune di tutto l'uomo e di tutti gli uomini.

ANLAGE 2: WORTBEITRÄGE

Alla luce di questa stretta interdipendenza tra povertà/disagio ed abbandono scolastico, sembra urgente un impegno maggiore ed una rinnovata volontà politica dei Paesi ricchi, in un partenariato globale per uno sviluppo "nuovo" che punti al benessere di tutti gli individui, benessere inteso nella sua accezione più ampia. Alcune politiche, fondamentali in tal senso, sono:

- l'incremento dell'Aiuto Pubblico allo Sviluppo (APS) - sino a portare allo 0,7 la percentuale del Prodotto Interno Lordo (PIL) destinata all'APS
- il miglioramento della qualità degli aiuti
- la promozione della cancellazione del debito
- giocare un ruolo di leadership per la realizzazione di nuove regole del commercio internazionale più eque, fondate su principi di giustizia e sostegno le economie dei paesi più poveri

Relativamente al diritto all'educazione ed a queste politiche di lotta alla povertà l'Unione Europea gioca un ruolo fondamentale e sarà quindi necessario guardare con molta attenzione al "Piano d'azione sugli Obiettivi del Millennio e la coerenza delle politiche di sviluppo" che l'UE si appresta a discutere e ad adottare nel Consiglio europeo di giugno in vista del UN MDGs Summit di settembre.

Educazione: Il Sapere dei Diritti Umani

Luisa Bosisio Fazzi

Consiglio Nazionale Sulla Disabilità^{vi}

È importante richiamare l'attenzione sulla definizione di disabilità contenuta nella Convenzione ONU sui Diritti delle Persone con Disabilità e precisamente nell'Articolo 1

Scopo

1. Scopo della presente Convenzione è promuovere, proteggere e garantire il pieno ed uguale godimento di tutti i diritti umani e di tutte le libertà fondamentali da parte delle persone con disabilità, e promuovere il rispetto per la loro intrinseca dignità.

2. Per persone con disabilità si intendono coloro che presentano durature menomazioni fisiche, mentali, intellettuali o sensoriali che in interazione con barriere di diversa natura possono ostacolare la loro piena ed effettiva partecipazione nella società su base di uguaglianza con gli altri.

E nell'Articolo 2

Definizioni

Ai fini della presente Convenzione:

[...] per "discriminazione fondata sulla disabilità" si intende qualsivoglia distinzione, esclusione o restrizione sulla base della disabilità che abbia lo scopo o l'effetto di pregiudicare o annullare il riconoscimento, il godimento e l'esercizio, su base di uguaglianza con gli altri, di tutti i diritti umani e delle libertà fondamentali in campo politico, economico, sociale, culturale, civile o in qualsiasi altro campo. Essa include ogni forma di discriminazione, compreso il rifiuto di un accomodamento ragionevole,

perché, se è vero che in qualsiasi società la "povertà" e la "esclusione sociale" sono *anche* costruzioni sociali, la disabilità è *essenzialmente* una costruzione sociale. Quindi è particolarmente importante focalizzare l'attenzione sull'educazione che consente di accedere ai diritti.

Per essere più chiara porterò un esempio, apparentemente non collegato alla disabilità, che aiuta chi non vive la disabilità a comprendere il significato di discriminazione: una donna senza figli (per sterilità propria o del partner), in molte società anche oggi è una persona con disabilità grave, perché è esclusa

^{vi} Piazza Giovine Italia, 7 - 00195 Roma, telefono +39 06 37350087, fax +39 06 37350758, e-mail: sede.legale@aism.it.

dall'accesso a molti diritti e spesso discriminata nella sua stessa famiglia; una donna nelle stesse condizioni in Europa oggi, non è certo definibile persona con disabilità. La condizione di non accesso ai diritti è parte dell'essenza della disabilità.

Considerato questo dato di partenza, e per una volta uscendo dalla trappola di pensare sempre al binomio <educazione per l'accesso ai diritti – disabilità> come risolto all'interno della problematica del diritto all'istruzione del bambino con disabilità (che non viene negato né sminuito), credo che la disabilità possa costituire un interessante paradigma con cui misurare lo stato generale dell'educazione come strumento di accesso ai diritti per tutti.

Education: The Knowledge Of Human Rights

Luisa Bosisio Fazzi

It is important to pay attention to the definition of disability contained in the UN Convention on the Rights of Person with Disabilities and precisely

In Article 1

Purpose

1. The purpose of the present Convention is to promote, protect and ensure the full and equal enjoyment of all human rights and fundamental freedoms by all persons with disabilities, and to promote respect for their inherent dignity.

2. Persons with disabilities include those who have long-term physical, mental, intellectual, or sensory impairments which in interaction with various barriers may hinder their full and effective participation in society on an equal basis with others.

And in Article 2

Definitions

For the purposes of the present Convention:

[...]

“Discrimination on the basis of disability” means any distinction, exclusion or restriction on the basis of disability which has the purpose or effect of impairing or nullifying the recognition, enjoyment or exercise, on an equal basis with others, of all human rights and fundamental freedoms in the political, economic, social, cultural, civil or any other field. It includes all forms of discrimination, including denial of reasonable accommodation.

Because if its true that in any society the “poverty” and “social exclusion” are *also* social constructs, disability is *essentially* a social construct. So it is particularly important to focus on education that allow to access rights.

To be more clear I will take an example, seemingly unrelated to disability, which helps those living outside the disability to understand the meaning of

ANLAGE 2: WORTBEITRÄGE

discrimination: a woman without children (for her or partner's infertility) in many societies today is a person with severe disability because she is excluded from access to many rights and often discriminated inside her own family; in Europe today the same woman is not definable person with disabilities. The condition of not to access and not to exercise rights is the essence of disability.

Given this starting point and once avoid to fall in the trap of thinking always to the binomial < access rights trough education – disability > solved only in the issue of right to education of children with disabilities (not denied nor diminished) I believe that disability can be an interesting paradigm which help us to measure the general state of education as a means of access to rights for all.

***Intervención en la clausura de la Conferencia
Bienal del Comité Económico y Social Europeo:
“La Educación para combatir la exclusión social”***

Bibiana Aído Almagro

**Ministre espagnole pour l'Égalité des chances
– au nom de la Présidence espagnole de l'UE**

Sr. Ministro de Trabajo y Asuntos Sociales de la República Italiana
Sra. Ministra de Educación de Bélgica
Sra. Vicepresidenta del Parlamento Europeo
Sr. Secretario General de la Confederación Italiana de Sindicatos
Sr. Director Internacional de la asociación LIBERA

Señoras y Señores, buenos días

Deseo que mis primeras palabras en nombre de la Presidencia rotatoria del Consejo sean de felicitación y de reconocimiento al trabajo desarrollado por este Comité Económico y Social Europeo, reconocimiento que quiero dirigir especialmente a su presidente, D. Mario Sepi, cuyo mandato culmina este año, por la labor que ha llevado a cabo durante sus quince años de pertenencia a este Comité.

Mi enhorabuena por haber orientado certeramente la temática de la Conferencia Bienal que hoy clausuramos hacia un asunto de extraordinaria importancia en la coyuntura que nos ha tocado vivir como europeos y europeas, el tema de la Educación como herramienta para combatir la exclusión social.

La Educación es un elemento indispensable para cualquier sociedad porque constituye la vía de acceso para una plena integración.

La Educación nos capacita, nos iguala, nos hace ser conscientes de nuestra situación y nos prepara para la toma de decisiones y para el acceso al mercado de trabajo, hasta el punto que podemos decir que concentra en sí misma las grandes ideas consagradas por nuestra Carta de Derechos Fundamentales, como son la Libertad, la Igualdad y la Cohesión.

Para que esto funcione así, para que la Educación sea realmente el vehículo hacia una sociedad mejor, hacia un mundo mejor, debe cumplir con el principio de calidad en Igualdad, perseguir la excelencia sin renunciar a la integración,

ofreciendo al alumnado la verdadera igualdad de oportunidades independientemente de su origen, o de las necesidades especiales que plantee.

La calidad sin el acompañamiento de la Igualdad transforma la Educación en un mero sistema de reproducción de élites, lo cual nos conduce inevitablemente a la segregación y a la discriminación, un fracaso que como sociedad no nos podemos permitir.

No podemos permitirlo porque una sociedad que segrega no es sólo una sociedad injusta, también es una sociedad ineficiente. La discriminación nos priva de la aportación de capital humano, de la capacidad y el talento de aquellos y aquellas a quienes se les cercenan sus derechos de plena integración y participación.

2010 ha sido designado por la Comisión como el Año Europeo en la Lucha contra la Pobreza y la Exclusión Social, y esta dedicatoria no puede limitarse al plano meramente declarativo o retórico, al contrario, debe quedar patente mediante hechos e iniciativas.

En este sentido quiero recordar que se encuentra aún sobre la mesa del Consejo la propuesta de una Directiva sobre Igualdad de Trato con independencia de la religión o convicciones, discapacidad, edad y orientación sexual, un texto que pretende completar el marco normativo europeo de protección frente a la discriminación más allá del ámbito del empleo.

Un texto que contó con una acogida favorable en su planteamiento por parte de este Comité Económico y Social, tal y como queda reflejado en su dictamen de iniciativa de 18 de septiembre de 2008.

Como Presidencia rotatoria del Consejo, he de decir que hemos realizado grandes esfuerzos, al igual que lo hicieron Francia y Suecia y como me consta que harán las futuras presidencias Belga y Húngara, por lograr la unanimidad necesaria para hacer realidad un nuevo y definitivo paso hacia una Europa Social donde plantemos cara a cualquier tipo de discriminación independientemente del motivo que la origine.

No ha sido posible alcanzar ese consenso pero hoy estamos más cerca que hace un año, por lo que aprovecho para animarles a su implicación desde los distintos ámbitos en el objetivo de la adopción de una Directiva tan justa en el plano social como conveniente a la hora de sumar esfuerzos y capacidades frente a los retos que se nos presentan.

Conocemos sobradamente el falaz argumento según el cual los momentos de crisis no son buenos para la elaboración de normas o la implementación de medidas encaminadas a profundizar en la Igualdad de oportunidades. Un planteamiento no solo injusto sino tremendamente erróneo, porque son precisamente en los momentos de crisis cuando más necesitamos de la contribución de todos y de todas para sacar adelante el proyecto europeo, sin exclusiones.

Por esa razón insisto en la importancia del binomio que forman Educación e Igualdad, porque la Educación en Igualdad es la única capaz de sumar, aquella que no deja escapar ningún talento, aquella que concibe la formación o las becas no como un gasto sino como una inversión: una inversión en competitividad y en cohesión social, una inversión en las personas que tendrá un retorno en forma de un capital de humano formado y dispuesto a trabajar por el bienestar y el progreso de la sociedad en su conjunto.

ANLAGE 2: WORTBEITRÄGE

A día de hoy podemos afirmar que la Educación en Igualdad es nuestra herramienta más poderosa para hacer realidad el nuevo modelo de crecimiento que pretendemos consolidar durante la próxima década.

Señoras y Señores

Sufrimos los efectos, como he dicho antes, de una crisis, de la peor crisis económica vivida en Europa desde la II Guerra Mundial, una situación que se ha traducido en altos índices de desempleo, sobre todo en la población más joven, y que está motivando la adopción de duras medidas de ajuste en diversos Estados Miembros.

Tenemos ante nosotros no sólo el reto de remontar la crisis económica y financiera sino de recuperar además la senda del crecimiento desde una base sólida, poniendo para ello las luces de largo alcance, enfocando el futuro y haciendo frente a su diseño.

Por ello nuestros esfuerzos se concentran en estos momentos en construir un nuevo modelo de crecimiento al que hemos denominado Estrategia 2020, un modelo que bajo las pautas de inteligencia, sostenibilidad e integración, pretende una economía europea basa en el conocimiento, que utilice eficazmente los recursos y que redunde en mayores cotas de cohesión social y territorial, de forma que sea posible alcanzar una tasa de empleo para mujeres y hombres del 75% en los próximos diez años.

Bajo estas premisas, la apuesta por la Educación y la formación a lo largo de la vida adquieren especial relevancia dentro de ese esfuerzo colectivo de los Veintisiete por reorientar nuestra economía hacia parámetros como el conocimiento, la innovación y el empleo de calidad.

No obstante, hemos de ser conscientes de la situación de partida, de las debilidades que presenta Europa en lo referido a la Educación.

Un panorama que invita a una seria reflexión, pero también a la planificación y a la acción conjunta, porque un mayor nivel formativo significa una mayor facilidad en el acceso a un empleo de calidad, que es a su vez un relevante instrumento de inclusión social, además de un generador de riqueza y de lucha contra la pobreza.

Porque, señoras y señores, no podemos considerar de forma aislada cada uno de los factores que acabo de citar dado que forman parte de la misma ecuación: los entornos socioeconómicos desfavorables tienen una incidencia negativa en el fracaso y en el abandono escolar, y éstos a su vez generan un mayor riesgo de pobreza, y por ende, de exclusión social.

Si verdaderamente queremos una economía más competitiva, con un mayor aprovechamiento del capital humano y con altos niveles de cohesión social, hemos de trabajar a fondo en una Educación inclusiva y de calidad en Europa, un horizonte hacia el que hemos dado los primeros pasos.

ANLAGE 2: WORTBEITRÄGE

El Consejo de Ministros de Educación de la pasada semana dio luz verde a los objetivos de la UE en esta materia de cara a la Estrategia 2020, por una parte la reducción de la tasa de abandono escolar en Europa hasta el 10%, y por otra el incremento hasta el 40% de las personas con titulación universitaria o de formación profesional de grado superior.

Son objetivos ambiciosos a la vez que realistas, dado que los diferentes Estados deberán establecer sus respectivos objetivos nacionales en esta materia de acuerdo con la Comisión y en consonancia con los ya fijados en el ámbito de la Unión Europea.

Igualmente, los mismos forman parte de la propuesta de Decisión del Consejo sobre Directrices Integradas de Empleo, el incremento de la participación de ciudadanos y ciudadanas en la Educación terciaria, unas directrices que adoptaremos previsiblemente en el Consejo de Empleo, Política Social y Consumidores (EPSSCO), que tendrá lugar en Luxemburgo el próximo 7 de junio.

Concluyo, señoras y señores, agradeciendo al Comité Económico y Social su invitación para participar en esta mesa, cuyas aportaciones confío que enriquecerán las reflexiones y conclusiones de esta Conferencia Bienal.

Como Presidencia rotatoria del Consejo, responsabilidad que a partir del 30 de junio cederemos a Bélgica, nuestra meta ha sido la de situar la Educación con toda su dimensión social e inclusiva en el corazón de la Estrategia 2020, y la protección de la ciudadanía frente a toda forma de discriminación como una nueva conquista de esa Europa fábrica de derechos y libertades.

Tengo la absoluta certeza de que ese es el rumbo de la Europa social del siglo XXI, y es lo que esperan de sus dirigentes la inmensa mayoría de ciudadanas y ciudadanos de la Unión. Muchas Gracias.

Pour une Europe Equitable

José Manuel Barroso

Président de la Commission européenne

Monsieur le Président du Comité économique et social, cher Mario,
Madame la Vice-Présidente du Parlement européen, Madame Isabelle Durant,
Madame la ministre Almagro, représentante de la Présidence espagnole,
Monsieur le Président de la Région de Toscane, Monsieur Rossi,
Mesdames et Messieurs,

C'est avec grand plaisir que je vous rejoins à Florence ici, dans cette institution historique de la solidarité qu'est l'Istituto degli Innocenti, pour participer à cette biennale organisée par le Comité économique et social européen, avec le soutien de la Commission européenne. Je remercie chaleureusement le Président du Comité économique et social européen, Mario Sepi, de m'avoir invité à la conclure avec vous tous.

J'ai écouté avec grand intérêt les conclusions que vous avez tirées de ces deux jours de débat. Je vais m'attacher, avec les commissaires en charge, à répondre à vos propositions. Car la question qui nous réunit est fondamentale pour nous tous ici présents: comment faire de l'Europe un espace prospère qui assure une meilleure inclusion sociale de ses citoyens, dans un contexte de crise économique et de grandes pressions budgétaires?

C'est un des grands défis que se propose de relever la stratégie Europe 2020 que j'ai proposée aux chefs d'Etat et de gouvernement de l'Union et au Parlement européen, aux institutions et aux citoyens. Ce projet sera au centre de notre action coordonnée en Europe pour les dix prochaines années.

Le point de départ, c'est évidemment la crise économique et financière actuelle. Elle a balayé dix ans de progrès, de croissance et de création d'emplois. Elle n'est pas encore derrière nous. La situation de la Grèce et les attaques dirigées contre la stabilité de la zone euro il y a quelques jours le prouvent.

Nous avons adopté un mécanisme de stabilisation financière coordonné pour soutenir les États membres qui seraient menacés de graves difficultés. Je m'en félicite, car ce n'était pas facile. Au bout du compte, sur la base d'une décision des États membres et d'une proposition de la Commission, les États membres se sont mis d'accord sur un mécanisme de stabilisation financière coordonné. Mais il faut aller plus loin - dans la coordination des politiques économiques, dans la gouvernance européenne, dans la surveillance et dans la régulation des marchés financiers. C'est tout le sens des propositions que fait la Commission depuis le début de la crise, et encore avec notre communication du 12 mai, qui avance des propositions très concrètes pour renforcer la coordination des politiques économiques. Car les défis, notamment financiers, sont immenses, ne le cachons

pas. Ces derniers temps, on utilise souvent l'expression « sans précédent », et c'est vrai, c'est sans précédent: c'est la première fois que nous avons vu des attaques contre la dette souveraine d'une zone monétaire intégrée. Il faut en tirer une conclusion très claire: l'Union européenne, notamment la zone euro, doit faire un choix. Sommes-nous prêts ou non à avoir une véritable union économique ? Car il est évident, après les derniers développements, qu'on ne peut pas avoir d'union monétaire sans union économique. Les marchés l'ont compris. J'espère que les hommes et les femmes politiques vont le comprendre aussi.

Les défis sont immenses, je le disais. L'urgence, aujourd'hui, est de rétablir la confiance. C'est aussi par la consolidation budgétaire, par la réduction des déficits publics, par la réduction des dépenses que l'on y parviendra. Si nous ne prenons pas des mesures déterminées sur ces différents fronts, il faut le dire honnêtement, nous ne reviendrons pas à la stabilité dont nous avons absolument besoin. Sans stabilité financière, on n'aura pas de confiance dans les économies, dans la gouvernance, dans les règles du jeu et dans la fiabilité des acteurs. Sans stabilité, il n'y aura pas de reprise ni de croissance. Sans croissance, nous ne pourrons pas maintenir et renforcer notre modèle social et notre économie sociale de marché.

En fait, tout ce que nous faisons pour répondre à l'urgence de ce retour à la confiance et à la stabilité ne doit pas remettre en cause ni nous faire oublier les objectifs sociaux que prévoit la stratégie Europe 2020. Il faut continuer à investir de façon sans doute plus sélective dans les domaines et les mesures qui nous permettent d'obtenir les plus grands gains de compétitivité et de renforcer l'équité et la cohésion sociale. C'est pourquoi il faut effectivement beaucoup investir dans l'innovation sociale. Le défi, c'est de cibler des politiques sociales dans un contexte budgétaire qui a pris, dans certains pays, une dimension très, très exigeante. Le défi, c'est de rendre compatible la réforme budgétaire avec les dépenses sociales.

Je crois que tout le monde reconnaît aujourd'hui, parmi les gouvernements européens les plus attachés à nos valeurs sociales, que certaines dépenses publiques ne sont vraiment pas nécessaires. Il faut se concentrer sur les dépenses qui ont une valeur ajoutée en termes soit de compétitivité, soit d'inclusion sociale. En même temps, il ne faut pas regarder seulement les dépenses, mais aussi les recettes. Nous avons encore, dans beaucoup de pays, d'immenses problèmes d'évasion fiscale.

Il faut regarder les recettes, je le disais, car les difficultés sociales et humaines sont là. La crise a été un choc pour des millions de nos citoyens, notamment le drame de chômage. Il y a aujourd'hui en Europe 80 millions de personnes menacées de pauvreté, dont 19 millions d'enfants. Des millions de retraités et de travailleurs, en particulier des femmes, n'ont pas les moyens de vivre dignement. La crise n'a fait qu'aggraver toutes ces situations de précarité. Or, de la précarité à l'exclusion sociale, il n'y a parfois qu'un très petit pas.

Alors il n'y a pas de temps à perdre. Nous avons une vraie bataille à livrer pour sortir de la crise et préparer l'avenir.

Avec la stratégie Europe 2020, nous mettons en place les conditions d'une Europe équitable. Notre raisonnement, c'est que l'essentiel de l'Europe équitable se joue dans le triangle éducation, emploi et inclusion sociale. C'est en misant résolument sur l'économie du savoir que nous renouerons avec la croissance et que nous serons compétitifs. C'est par cette croissance intelligente que nous créerons plus d'emplois de meilleure qualité. Ces emplois, accompagnés d'une

politique active d'inclusion sociale, favoriseront l'équité et la cohésion dans nos sociétés.

C'est donc sur ce triangle que nous voulons concentrer l'essentiel de nos efforts. Voilà pourquoi trois des cinq objectifs communs de la stratégie Europe 2020 s'y rapportent.

D'ici à 2020,

- nous voulons ramener le taux d'abandon scolaire de 15 à 10 % et faire passer de 31% à 40% au moins la part de la population âgée de 30 à 34 ans qui aura suivi un cursus universitaire, un cursus supérieur complet;
- nous voulons augmenter de 69 à 75% le taux d'emploi de la population âgée de 20 à 64 ans, notamment par une plus grande participation des femmes et des travailleurs âgés et par une meilleure intégration des migrants dans la main-d'œuvre;
- nous voulons réduire de 25% le nombre d'Européens vivant au-dessous des seuils de pauvreté nationaux pour permettre à 20 millions de personnes de sortir de cette situation intolérable.

Au Conseil européen, il y a eu, notamment sur cet objectif, une grande discussion, qui se poursuit d'ailleurs. Certains disent que faire de la lutte contre la pauvreté un objectif ne vaut pas la peine, parce que pour eux, l'essentiel, c'est l'emploi. Je ne suis pas d'accord. L'emploi est évidemment essentiel, mais je peux vous le dire, nous avons des problèmes de pauvreté en Europe que l'emploi ne peut pas résoudre.

Nous avons le problème de la pauvreté des enfants. On ne peut pas leur dire d'aller travailler pour résoudre le problème de la pauvreté !

Nous avons le problème de pauvreté des retraités très âgés.

Et même parmi ceux qui travaillent, nous avons des situations de pauvreté dans des familles qui n'ont pas un minimum de budget pour vivre dans la dignité. C'est pour cela qu'il faut définir un objectif de « lutte contre la pauvreté ».

Et c'est très curieux, il y a un deuxième argument utilisé contre cet objectif, celui de la subsidiarité. Ce ne serait pas une compétence de l'Union européenne, mais des Etats membres. Les gens n'ont pas complètement lu le traité de Lisbonne ! Parce qu'effectivement, la lutte contre l'exclusion sociale est une compétence partagée entre les Etats membres et l'Union, c'est explicitement mentionné dans le traité. Alors, il faut le reconnaître. Je pense que certains n'aiment pas le terme de pauvreté, alors que c'est une réalité aujourd'hui en Europe. C'est plus vrai dans certains pays que dans d'autres. Les phénomènes de pauvreté que nous constatons aujourd'hui dans l'Union prennent de nouvelles formes.

C'est pourquoi ce n'est pas le terme qui est essentiel, et d'ailleurs le terme de lutte contre l'exclusion sociale, pour moi, est acceptable. Le débat n'est pas encore terminé. Je me félicite de l'appui du Parlement européen. Au niveau du Conseil européen, nous espérons parvenir à un consensus d'ici au mois de juin.

Pour renforcer encore notre action et notre efficacité, la stratégie Europe 2020 propose aussi de consacrer trois de ses sept initiatives-phares au triangle éducation-emploi-inclusion sociale.

La première, "jeunesse en mouvement", va libérer les capacités innovatrices de l'Europe en améliorant la qualité de l'éducation et de la formation à tous les

maillons de la chaîne. Nous présenterons notre projet dans une communication dans les prochaines semaines, puis un nouveau programme intégré pour les années 2014-2020.

La deuxième initiative, "nouvelles compétences pour nouveaux emplois", va moderniser les marchés de l'emploi et donner un coup d'accélérateur à la formation tout au long de la vie. Nous devons augmenter la participation au marché du travail. Nous devons aussi faire mieux correspondre offre et demande de travail en Europe. Il faut absolument agir pour éviter les situations comme celles dans lesquelles se trouvent certains États membres aujourd'hui, avec des centaines de milliers d'emplois non pourvus. Pour prendre deux exemples, il y a 440 000 emplois qui ne trouvent pas preneurs au Royaume-Uni et 942 000 en Allemagne! Cette inadéquation entre offre et demande d'emploi montre encore l'importance de l'éducation et de la formation.

La troisième initiative, enfin, la "plateforme européenne contre la pauvreté", permettra de partager plus largement les bénéfices de la croissance et des emplois. Il ne s'agit pas d'une politique d'assistance. Dans l'esprit de l'agenda social renouvelé de 2008, il s'agit de garantir les droits de ceux qui sont frappés d'exclusion. Je pense aux trois éléments: accès, opportunités, solidarité. Nous devons assurer aux personnes en difficulté sociale la possibilité de vivre dans la dignité et de participer activement à la société. Je pense que nous pourrions, en cette "Année européenne de lutte contre la pauvreté et l'exclusion", mettre en place cette plateforme qui nous permettra par exemple, tout en respectant pleinement la subsidiarité, de comparer les expériences très différentes. On ne peut pas avoir le même modèle pour tous, une approche uniforme. Il faut agir de façon très ciblée et intelligente.

Un des moteurs de la dynamique de compétitivité et d'équité que nous voulons enclencher, c'est l'éducation.

Pouvons-nous accepter, dans l'Union européenne, qu'un quart des élèves maîtrisent mal la lecture? Ou'un jeune sur sept quitte prématurément l'éducation ou la formation? Que 50 % d'entre eux environ atteignent un niveau de qualification moyen, mais sans rapport avec les besoins du marché du travail? Que seulement 30% environ des 25-34 ans aient un diplôme universitaire, alors qu'ils sont 40 % aux États-Unis et 50 % au Japon? Que l'Union ne compte que deux universités parmi les 20 meilleures du monde dans certains classements internationaux? Que près de 80 millions d'adultes n'aient que des compétences de base?

Est-ce qu'on peut l'accepter ? Bien sûr, la réponse est non!

Nous ne sommes pas restés inactifs, naturellement. La Commission a beaucoup fait dans les domaines de l'éducation et de l'inclusion ces dernières années. Nous respectons bien sûr les systèmes nationaux d'éducation, mais comment peut-on répondre au défi de la compétitivité, comment penser l'économie de l'Europe sans intégrer dans cette stratégie économique le domaine de l'éducation ? Les efforts doivent être partagés.

Nous devons faire plus. La Commission proposera en novembre des recommandations sur les mesures à prendre contre les sorties prématurées du circuit scolaire. Elle lancera en 2010-2011 un nouveau réseau sur les politiques d'éducation pour les migrants. Nous proposerons au début 2011 une communication sur l'éducation et la prise en charge de la petite enfance. Nous

consulterons en 2011 tous les acteurs intéressés sur la dimension sociale de l'éducation et de la formation. C'est un sujet fondamental, qui occupe une place importante dans Europe 2020. Le CESE y apporte une contribution essentielle.

Quoi qu'il en soit, il y a un très large consensus européen sur ce point: nous devons investir massivement dans l'éducation. Car c'est un vecteur dynamique à la fois de croissance et de cohésion sociale.

En dehors de la dimension humaine - la plus importante - qui est de donner aux hommes et aux femmes la possibilité de se réaliser en tant que personnes et de réaliser leurs aspirations, l'éducation, rappelons-le, est aussi un investissement économique. En encourageant la créativité, la mobilité, la capacité d'adaptation au changement et l'esprit d'entreprise à tous les niveaux de l'éducation et de la formation, on actionne un des moteurs clés de la croissance: l'innovation. C'est indispensable à la compétitivité de l'Europe.

Dans le même ordre d'idée, si les partenariats entre éducation, recherche et innovation fonctionnent relativement bien, notamment entre le monde de l'entreprise, l'éducation et la formation, ils permettent de mieux cibler les compétences dont le marché du travail a besoin. C'est important pour les entreprises qui cherchent à employer. Ça l'est encore plus pour orienter les personnes vers des formations qui offrent des perspectives d'emploi.

L'éducation est aussi le meilleur des investissements humains, civiques et économiques. Le but de l'école, c'est à la fois de favoriser l'épanouissement personnel et l'autonomie, et de donner les moyens d'une citoyenneté active. C'est d'enseigner des compétences interculturelles, les valeurs démocratiques et le respect des droits fondamentaux. C'est aussi de combattre toutes les formes de discrimination en ouvrant aux autres venus d'horizons différents. C'est très important, et pas uniquement du point de vue des valeurs, mais d'un point de vue économique. Je suis absolument convaincu, en voyant ce qui se passe dans d'autres parties du monde, par exemple en Asie, qu'on gagnera la bataille de la mondialisation si nous transmettons à nos jeunes, à nos enfants, cette culture d'ouverture.

C'est une question culturelle au sens large du terme, parce que l'économie n'est pas indépendante de la culture et la culture n'est pas indépendante de l'économie. Si on continue à transmettre à nos jeunes et à nos enfants des messages de repli sur soi, de peur, de résistance au monde contemporain, au lieu de leur dire qu'ils doivent gagner dans ce monde plus compétitif et qu'on a des moyens, notamment culturels, d'ouverture, je crois qu'on perdra cette bataille de la mondialisation. Donc, la question de la culture de l'ouverture est une condition du succès économique et social de l'Europe.

L'éducation, enfin, est un investissement social très efficace. Toutes les études le prouvent: une bonne éducation est le meilleur des départs dans la vie et le meilleur passeport pour une bonne inclusion sociale. Plus le niveau de formation d'une personne est élevé, plus son salaire est élevé, plus elle a accès à un bon logement, au système de santé et à l'information, et plus elle vit longtemps en bonne santé. À l'inverse, plus le niveau de formation d'une personne est bas, plus les probabilités de vivre dans la pauvreté sont fortes et c'est la raison pour laquelle une personne sans diplôme est trois fois plus susceptible d'être au chômage qu'un diplômé.

L'échec, dans certains cas, de nos systèmes d'enseignement a une traduction directe en inégalités sociales, en pauvreté et en exclusion sociale. Il se mesure par

un sentiment d'injustice, par de l'incivilité et même de la violence. Le coût social et financier de l'échec scolaire est très important en termes de santé, d'aides sociales, de sécurité ou encore de justice.

J'insiste aussi sur ce point, en pensant à certains comportements que nous avons constatés dans le système financier. Si nous n'avons pas un minimum de consensus social, nous aurons d'énormes difficultés pour réaliser les réformes qui sont nécessaires à notre économie.

Il faut donc tout faire pour que l'éducation joue pleinement son rôle de facteur d'équité, d'assurance contre l'exclusion et d'ascenseur social.

C'est en investissant dans l'enseignement et la prise en charge des enfants dès leur plus jeune âge que l'on obtient les meilleurs résultats, notamment dans les groupes défavorisés. C'est aussi en offrant une éducation pour tous. Quelle que soit sa situation, il faut que chacun, en Europe, puisse acquérir et développer tout au long de sa vie les savoirs et les compétences clés nécessaires à son employabilité, à une citoyenneté active et au dialogue interculturel.

Personne ne doit être abandonné sur le bord du chemin. Nous devons notamment investir dans la richesse de nos sociétés multiculturelles et dans leurs acteurs, les enfants de migrants. À l'inégalité des chances auxquels sont confrontés ces enfants, encore trop souvent défavorisés, il faut substituer ce qui fait la recette de la réussite scolaire: mixité des milieux sociaux et des origines, interactivité des apprentissages, soutien scolaire et implication des familles. Le seul critère d'intégration des migrants qui vaille, c'est le succès de leurs enfants. Nous devons réussir. Il ne peut pas y avoir de fatalité de l'échec scolaire en Europe!

Mesdames et Messieurs,

Bien sûr, investir dans le savoir, la formation et les compétences est un travail de longue haleine. C'est vrai, les élections ont normalement lieu tous les quatre ans, mais les décideurs politiques n'auront le courage de faire des choix que si la société porte ces objectifs.

Je parle de ces choix qui ne visent pas la prochaine élection, mais la prochaine génération. C'est comme planter un arbre, dont nous récolterons les fruits dans dix ou vingt ans. Offrir une bonne éducation aujourd'hui, c'est un acte de responsabilité pour les générations futures. C'est un acte de solidarité pour valoriser le gisement de talents que renferme notre capital humain en Europe.

Une fois que le Conseil européen aura donné le dernier feu vert à la stratégie Europe 2020, dans quelques jours je l'espère, il faudra passer des paroles aux actes. Et la stratégie deviendra alors très concrètement notre affaire collective.

Ce ne sera pas seulement la stratégie des institutions - Commission, Parlement, Conseil européen -, mais la stratégie de la société. L'Europe, ce n'est pas seulement Bruxelles. On ne fera l'Europe que si on a le sentiment que c'est un projet que l'on porte collectivement, au niveau politique et au niveau de nos sociétés.

L'enjeu mérite vraiment que nous travaillions tous main dans la main. Nous devons entraîner toute la société avec nous pour remettre l'Europe sur les bons rails. Il faut un partenariat étroit et solide entre l'Union, les États membres, les partenaires sociaux, les acteurs locaux et régionaux, la société civile.

ANLAGE 2: WORTBEITRÄGE

Le Comité économique et social européen a déjà joué un rôle actif pendant la stratégie de Lisbonne en mettant en place son observatoire. Je suis sûr que vous reconduirez ce processus.

J'espère que les Etats membres accepteront une meilleure structuration de la mise en oeuvre de la stratégie 2020, car le renforcement de la gouvernance est un élément essentiel. La Commission est prête à poursuivre encore plus activement son dialogue avec vous.

J'ai peut-être été un peu long, mais je voulais vous faire part de ma conviction sur ce programme politique, et vous dire que personnellement, j'y crois énormément. C'est dans ces circonstances difficiles que l'Europe peut montrer de quoi elle est capable. Et si on a la capacité d'unir la volonté politique à la volonté sociale et à l'urgence d'une meilleure cohésion sociale et de l'équité, tout en tenant compte de nos énormes défis de compétitivité, je crois que l'Europe sera présente et montrera qu'elle ajoute beaucoup de capacité de contribution à la prospérité et au développement économique et social de tous nos citoyens.

Je vous remercie de votre attention.